

Jahre oder alle zwei Jahre macht, in Wirklichkeit ist es ein Streit um finanzielle Prioritäten. Wenn wir es zusammenbringen, sie alle Jahre zu machen, die örtlichen Bewerber sind sicher glücklich, und es hilft ihnen auch zweifellos wirtschaftlich. Wobei man schon dazusagen muß, daß manche Themen allmählich ein bißchen ein Krampf werden und sie eher schon zum Wirtschaftlichen und Fremdenverkehr hin neigen, als zum Kulturellen. Aber bitte, der Wert an sich ist nicht zu bestreiten.

Ich möchte noch etwas sagen, was der Kollege Erlitz zu Beginn gesagt hat. Natürlich muß man schon die Schwerlastigkeit der Landeshauptstadt im Bereich des Kulturbudgets kritisieren und anmerken. Wir kritisieren die Wiener beim Bundesbudget, und uns geht es nicht anders beim Landesbudget. Das muß man auch sagen. Es findet sich eine solche Überlastigkeit in der Finanzierung der Grazer Vorhaben, daß wir sehr wohl sagen können, bitte, machen wir eine anständige Ausstellung und schauen wir, daß wir für die regionalen Einrichtungen zusätzlich mehr Geld bekommen. Wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir uns überlegen, ob wir nicht umschichten und verlagern. Das ist genau das, was er gemeint hat. Ich teile auch die Meinung, meine Damen und Herren, daß wir diese Grazer Kopflastigkeit jedenfalls zum Anlaß nehmen sollten, darüber nachzudenken – ich brauche hier nichts zu wiederholen. Alle kennen die Situation im Lande und wissen, wie das aussieht –, ob wir nicht dort etwas mehr unter die Arme greifen sollten – wie immer das geht. Wenn es wirklich heißt, wir müssen umschichten, dann werden wir umschichten müssen. Wenn es gelingt, ein bißchen mehr Geld zu bekommen, brauchen wir nicht umschichten. Aber bei jeder Budgetdebatte ist es das gleiche: Das Fordern ist leicht, und das Finanzieren ist schwierig. Ich hoffe, daß wir das in einer entemotionalisierten Atmosphäre ausdiskutieren können. Ich danke Ihnen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Er ist halt doch unser Besserer!“ – Abg. Trampusch: „Bei uns sind alle gut!“ – Allgemeiner Beifall. – 10.51 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das Wort hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (10.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe nur einen kleinen, einen marginalen, winzigen Bereich dieser Kultur in meiner Ressortverantwortung. Aber hier in dieser Debatte ist dieser kleine Bereich sehr vordergründig im Raum gestanden, und es haben sehr viele darüber gesprochen. Ich bin zunächst dem Präsidenten Rader dankbar, daß er in seiner Rede sehr wohl darauf hingewiesen hat, daß es eigentlich die Hochkultur ist, die bei uns eine besondere und ernsthaftere Diskussion bräuchte und es einer sehr ernsthaften Diskussion bedürfte, was jetzt von Herrn Präsidenten Dr. Klausner vorgetragen wurde. Dem ist nichts hinzuzufügen. Für mich sind in der Steiermark die Zeiten eines Prof. Koren wirklich vorbei. Es wäre sehr schön, wenn wir noch einmal in eine Phase des kulturellen Aufbruches kämen, und ich denke, man soll ernsthaft und nicht kleinkariert arbeiten.

Zu meinem Bereich der Blasmusik ist heute vieles gesagt worden. Der Herr Kollege Schleich hat gefor-

dert, ich sollte ein höheres Budget zur Verfügung stellen. Ein Satz dazu: Wenn Sie das Budget im Ermessensbereich anschauen, dann wird Ihnen auffallen, daß ausschließlich bei den SPÖ-Referenten diese Bereiche gestiegen sind. Bei den anderen sind sie bestenfalls gleichgeblieben beziehungsweise gesenkt worden. Ich habe sehr hart um ein höheres Budget gekämpft. Es ist mir nur gelungen, das gleiche zu bekommen. Jetzt darf ich auf den Kultursprecher der ÖVP eingehen – nein, nicht der Herr Dr. Cortolezis, der Kollege Tasch ist gemeint. Die ÖVP-Kultursprecher haben nämlich ein Mascherl. Der Herr Strobl sitzt auch hinten, der hat auch ein Mascherl, und nach dem, was der Herr Cortolezis heute gesagt hat, glaube ich nicht, daß er ein Mascherl bekommen wird. Aber der Kollege Tasch hat darauf hingewiesen, daß es gut wäre, wenn ein Architekt, der rechnen kann, hier Geld investiert. Ich sehe das ganz gleich. Sollte der Landtag dieses Budget beschließen, dann habe ich ein kleines Budget für Verstärkungsmittel, und wenn dieser Beschluß im Landtag gefaßt wird, dann werde ich aus meinen Verstärkungsmitteln die Förderung aus dem ordentlichen Haushalt verdoppeln. Das darf ich Ihnen jetzt mitteilen, und ich glaube, das ist ein gewaltiger Sprung nach vorne, und es zeigt, daß ich hier auch wirklich ein persönliches Anliegen habe. Ich selbst komme aus dem ländlichen Bereich, ich bin dort aufgewachsen und kenne den Stellenwert der Blasmusikkapellen sowie auch der anderen Vereine, ob es die Trachtenvereine sind, ob die Volkstanzgruppen und andere, und ich weiß, welche gesellschaftliche Bedeutung sie haben. Es ist für mich immer ein ganz besonders Anliegen, daß wir in diesen Bereichen unsere Nachbarschaft pflegen und daß wir mit diesen wenigen Schillingen, die hier zur Verfügung gestellt werden, eine Anerkennung für diesen gesellschaftspolitischen Beitrag zollen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 10.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zum Abschluß bitte ich den Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.54 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe, glaube ich, richtig gezählt, es handelt sich um 14 Redner, die in diesem Kapitel in rund zweieinhalb Stunden das Wort ergriffen haben, aus unterschiedlichsten Motiven zu verschiedensten Themen und, was man auch mit Vergnügen feststellen kann, auch mit verschiedenen ideologischen Einfärbungen, soweit sie überhaupt hörbar wurden in einigen Fällen. Im Regelfall gibt es einen großen Konsens, habe ich den Eindruck gehabt. Ich freue mich darüber ganz besonders, zu diesem Kapitel zu sprechen. Natürlich hat es einige Prologe gegeben in den letzten Tagen, die verständlicherweise da und dort zu Aufregungen geführt haben. Manches Mal auch zu künstlichen Aufregungen, das liegt in der Natur der Sache, die aber jedenfalls der Sache nicht abträglich waren. Das ist meine ganz persönliche Meinung. Denn, das sage ich gleich einleitend, das, was der Kollege Klausner zuletzt gesagt hat, das, was ich herausgehört habe aus dem, was der Kollege Schmid gesagt hat, ist das einzig möglichst sinnvolle Prinzip des Umganges miteinander auch in kulturpolitischen Fragen, nämlich, offene Fragen miteinander zu diskutieren.

Da möchte ich Ihnen ein ganz generelles Angebot machen: Wann immer und wer immer aus diesem Hohen Haus auch in Richtung des Ressortverantwortlichen für die Kultur Anliegen oder Probleme hat, bitte mich auch persönlich anzusprechen, damit wir auch einen entsprechenden Dialog führen können. Ich habe etwa in den letzten sechs Monaten, seitdem ich das Referat übernommen habe, um das ich mich nicht bewarb, das ich aber sehr gerne ausübe, ungezählte Gespräche geführt mit einer ganzen Reihe wichtiger und führender Persönlichkeiten aus dem steirischen Kulturleben. Mit Intendanten und Managern bis hin zu Kulturkritikern, vor allem aber auch mit Künstlern. Ich habe den Eindruck gewinnen können, und den möchte ich eingangs auch wiedergeben, daß natürlich kaum einer kommt und sagt, in seinem Bereich sei genügend Geld vorhanden. Und man könnte abwandeln, was der Klubobmann Trampusch im Zusammenhang mit Noten und Banknoten gesagt hat. Aber, meine Damen und Herren, wo ist das nicht so? Die drei Tage Budgetdebatte hier im Steiermärkischen Landtag, ich habe es gestern gesagt, das ist meine zwanzigste, die ich miterlebe, sind ja maximal dadurch gekennzeichnet, daß verständlicherweise fast jeder, der sich zu Wort meldet, eine zusätzliche Notwendigkeit formuliert und zumindest für das nächste Jahr darauf hofft, daß es zu einer besseren Dotierung seiner Wünsche kommen könne. Und immer wieder sind die Budgetdebatten dann dadurch gekennzeichnet, daß man letztendlich mit der Begrenzung und Begrenztheit dieses Nervus rerum leben und versuchen muß, Prioritäten gesetzt zu haben und in Zukunft zu setzen. Und das sage ich Ihnen auch ganz offen. Ich habe mich gefreut über die Relation zum neuen Finanzreferenten in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Verantwortung, die ich im Kulturressort übernommen habe. Er hat angesichts seiner bei Gott nicht geringen Probleme in diesem Zusammenhang für meine Vorstellungen eine sehr positive Haltung eingenommen. Es besteht keine Frage, Kollege Ressel, daß ich das, was ich generell eingangs gesagt habe, speziell wiederholen könnte, wo ich mir dieses, jenes und das andere noch vorstelle. Aber wir haben ja erst begonnen miteinander. Ich bin durchaus hoffnungsfroh für die Zukunft. Ich wollte das an die Spitze meiner Überlegungen deshalb stellen, weil ich glaube, daß wir uns keiner Illusion hinzugeben brauchen, alle miteinander. Daß öffentliche Mittel, noch dazu unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen, ins Unermeßliche wachsen werden, um es ein wenig ironisch zu sagen, in den nächsten Jahren, sondern die vorhin skizzierte Problematik uns ja in allen Bereichen selbstverständlich in den nächsten Jahren begleiten wird. Wenn das stimmt, was ein bedeutender Finanzfachmann, nämlich der Professor Gerhard Lehner vom WIFO, gesagt hat, es handle sich bei unserem Budget auch um ein Wahlbudget ohne Wahl, und er wird wissen, wovon er geredet hat, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mir klar, daß die Auseinandersetzung um das Budget 1993 mindestens so schwierig sein wird wie die Auseinandersetzung um das Budget 1992, noch dazu vor dem Hintergrund eines Budgetprovisoriums, zu dem wir immer gestanden sind. Ich habe das am ersten Tag hier in meiner Regierungserklärung und auch innerhalb der Regierung aus Überzeugung gesagt, weil ich die Meinung

hatte, der neue Finanzreferent muß sich mit seiner Aufgabe identifizieren, und er muß zu seinem Budget auch wirklich stehen können, und es muß eben sein Budget sein.

Nun zu einigen aufgeworfenen Fragen; zuallererst zu dem von Franz Majcen ausgesprochenen Dank an Kurt Jungwirth – unterstreichend und wiederholend. Er ist leider heute nicht unter uns. Einen sehr herzlichen aufrichten Dank (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) für 21 Jahre Verantwortlichkeit im Kulturressort nach dem großen Hanns Koren, dem eigentlichen Erfinder einer eigenständigen steirischen Kulturpolitik. Denn Hanns Koren – die Älteren, die ihn noch gekannt haben, wissen es – war diese ganz ungewöhnliche Kombination, einerseits aus präziser Wissenschaftlichkeit, andererseits einer geradezu dichterischen Kreativität literarischer Sorte, politischem Feingefühl, herzhafter Menschlichkeit und einem enormen Geschichtsbewußtsein. Der Mann hat sozusagen aus diesem Geschichtsbewußtsein heraus gelebt, und es war sicherlich kein Zufall, daß er der Schüler des großen Begründers der Volkskunde in der Steiermark, des Professors Viktor von Geramb, gewesen ist. Das hat er eingebracht. Ich sage noch einmal, aus einer ganz herzhaften Menschlichkeit, die sich darin niederschlagen hat, daß die Menschen ihn in diesem Haus auch wirklich geliebt haben. In diesem Zusammenhang kann man dieses Wort auch ganz schlank in den Mund nehmen, und wir alle, glaube ich, die wir ihn gekannt haben, bezeugen das, und unter dem Prätext „absolute Traditionsverbundenheit“ einerseits und offener Modernität andererseits, programmatisch offener Modernität andererseits. In diesem Wissen also um das, was dem Menschengeschlecht eigen ist, nämlich, daß das ein dynamischer Prozeß ist, der seine Vergangenheit hat, seine Gegenwart, aber auch seine Zukunft, und wo nicht selten auch in der Kulturpolitik Blasiertheit und manches Mal auch Arroganz oder auch Ignoranz die Menschen davor bewahren, das Ganze zu sehen, nämlich eben Tradition, Gegenwart und auch Zukunft. Das war sozusagen die Vorgabe eines Hanns Koren, und in diese Fußstapfen ist Kurt Jungwirth, und ich darf das als sein Freund auch sagen, hineingewachsen in ein ganz eigenes Profil und hat auch ganz eigene Akzente in diesem Zusammenhang gesetzt. Ich wollte das eingangs aus Respekt für unseren langjährigen Kulturreferenten und auch für meinen persönlichen Freund sagen, der noch dazu in der Situation, in der die neue Konstellation in der Regierung es erfordert hat, mich gebeten hat, das Kulturressort zu führen, und selbst aus der Regierung gegangen ist und der erfreulicherweise uns zur Verfügung steht als Präsident des Joanneums mit seiner Riesenerfahrung und auch bereit gewesen ist, im Theater-Ausschuß zu bleiben und den Präsidenten des „steirischen Herbstes“ weiterzumachen wie auch die Veranstaltungsgesellschaft. Ich freue mich übrigens, daß der Kollege Dr. Klausner in einer ähnlichen Funktion Ihnen sozusagen auch als „Elder Statesman“ für Ihre Fraktion in diesem Zusammenhang zur Verfügung steht. Und das, was er gerade heute sozusagen auch sehr abgeklärt in seiner Wortmeldung von sich gegeben hat, ist durchaus ein Zeichen dafür, wie wichtig es ist, daß in einer dynamisch nachwachsenden Generationenabfolge auch in der Politik jene nicht fehlen, die das Maß und da und dort auch die Weisheit

besitzen, über den Tagesstreit hinaus auch den größeren Horizont zu sehen. Ich freue mich darüber.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einigen Fragen, die hier aufgeworfen wurden.

Etwa zur Problematik Graz-Lastigkeit. Mehrfach gekommen. Ich gehe davon aus, daß das eine ernsthafte, und keine billige polemische Auseinandersetzung in diesem Zusammenhang war. Aber es erklärt sich natürlich auch einiges, wenn man sich etwa das Kulturbudget gründlich anschaut. Die quasi Pflichtausgaben im Kulturbudget, die wirklich großen Brocken sind: Vereinigte Bühnen, Landesbeitrag 122 Millionen, 20 Prozent des Kulturbudgets; das Musikschulwerk, ein gesamtsteirisches im übrigen, sehr bemerkenswertes – Kollege Erlitz, ich glaube, Sie wissen es, ich freue mich, daß Sie sich gerade in Frohnleiten sehr um die Fragen der Kultur kümmern –, 46 Musikschulen in der ganzen Steiermark; 44 Zweigschulen, also insgesamt 90, und Sie wissen es, Frohnleiten die Musikschule, Deutschfeistritz, Großstübing, Peggau, Röhelstein, Rothleiten, Übelbach als Zweigschulen von Frohnleiten. So könnte man alle Bezirke der Steiermark hernehmen und aufzählen. Genauso 122 Millionen, also in Wahrheit totale Regionalisierung vis-à-vis eines notwendigerweise am Ort, nämlich dem Grazer Opernhaus und Schauspielhaus, auszubehenden Anteiles des Landes für die Vereinigten Bühnen zusammen mit der Stadt Graz, wobei die Vereinigten Bühnen sich auch immer wieder bemühen, sozusagen über Land zu fahren.

Weil wir gerade dabei sind: Die Entwicklung unserer Bühnen – der Oper, des Schauspielhauses – ist äußerst erfreulich. Sie ist qualitativ bemerkenswert. Es hat große Kritik gegeben, große Anfangsschwierigkeiten mit der neuen Intendanz. Es gibt ein beachtliches Repertoire einerseits, und es gibt eine ebenso bemerkenswerte Premierenentwicklung, und wir haben festzustellen, daß in der Oper allein in der Spielzeit 1991/92 der Durchschnitt der Besucherzahl um 15 Prozent gestiegen ist, aber auch, daß die Gesamteinnahmen bei gleichen Preisen eine Steigerung von mehr als 20 Prozent erbracht haben. Das Duo Brunner-Nebel in der Oper ist in der Hinsicht sehr erfolgreich. Das soll man hier auch sagen, weil ein erheblicher Betrag in diese Richtung geht. Dasselbe gilt erfreulicherweise für das Schauspielhaus. Hier gab es in den vergangenen sechs Monaten 123 Vorstellungen, das sind um 16 Prozent mehr als im Vorjahr, und der Gesamtbesuch lag bei den Premieren und Repertoirevorstellungen bei durchschnittlich 472 Personen, das ist eine Auslastung von 82 Prozent. Auch dort eine Einnahmesteigerung um immerhin 10 Prozent. Wenn Sie sich die Premierenliste anschauen, ich habe nicht zuletzt aus Gründen der neuen Funktion mehr als früher Gelegenheit genommen, selbst auch im Haus zu sein, eine beachtliche Entwicklung. Ich glaube, das muß deutlich hervorgekehrt werden.

Das Landesmuseum Joanneum ist der nächste große Brocken, auch eine quasi Pflichtausgabe, 15 Prozent des Kulturbudgets. Gerade da ist das, was in Gang gekommen ist durch die Reform, die Fürst Schwarzenberg begonnen hat als Kuratoriumsvorsitzender, und die jetzt Kurt Jungwirth und Christoph Klauser zusammen mit dem früheren Abgeordneten Pfohl, der in großartiger Weise den Bau-Ausschuß bei der General-

sanierung des Opernhauses geleitet hat in Kooperation mit dem Hofrat Wolf-Dieter Dreiholz, weiterführen. Nach dem Regierungssitzungsbeschuß ist die Prioritätensetzung eine Aufgabe dieses Joanneums-Ausschusses und wird mit diesem Jahr auch das Gesamtkonzept vorliegen. Was ich besonders imponierend finde, daß der Unternehmensberater Dr. Pieber, der da eingesetzt wurde neben dem Architekten Rainer Hirzegger, eine exzellente Untersuchung mit jedem einzelnen Mitarbeiter im Joanneum in Gesprächen gemacht hat. Also eine Sache nicht von oben, sondern tatsächlich von unten. Ich bin da sehr zuversichtlich. Ich sage auch, das, was Christoph Klauser angesprochen hat im Hinblick auf den nötigen Verkauf, teile ich voll und teilt Kurt Jungwirth voll, und es ist einfach zu viel verlangt, daß ein exzellenter Kunsthistoriker, der der Direktor eines Museums ist, gleichzeitig ein exzellenter Werbefachmann sein muß. Das gibt es da und dort, ich nenne keine Namen, ist aber die Ausnahme. Es ist mit Recht gesagt worden im „steirischen herbst“ oder auch in der Styriarte, also einerseits Horst Haberl, andererseits Mathis Huber, haben wir es mit zwei Ausnahmefällen zu tun. Exzellente Kunstbegabte, aber andererseits exzellente Manager und Werbefachleute, Haberl überhaupt ein gelernter. Es ist sehr wohl sinnvoll, in dieser Diskussion die Kooperation der einzelnen Institute, die sich alle mit Recht mit Händen und Füßen gegen eine hypertrophe Kulturholding wehren. Vor allem, wenn es wirklich so sein sollte, daß wir für irgend jemanden einen Posten suchen. Ich habe das gehört, ich weiß es nicht, ich hoffe, das ist nicht so. Der von mir sehr geschätzte Kultursprecher im Grazer Gemeinderat, Karl-Heinz Herper, ist fern solcher Überlegungen. Er hat auch eine exzellente Tagung veranstaltet, bei der ich allerdings höre, daß die unterschiedlichen Fachleute mit größter Zurückhaltung Empfehlungen gegeben haben. Der Salzburger soll ausdrücklich gesagt haben: Es ist eine Salzburger Lösung. Die Steirer müssen da eine eigene Lösung finden. Also Hände weg von solchen Vorstellungen. Ich will es nicht ideologisieren, weil man natürlich auch auf die Idee kommen könnte zu sagen, was ist das wieder für eine zentralwirtschaftliche Vorstellung alter Prägung. Ich nehme nicht an, daß das im Vordergrund steht. Aber ich halte sie nicht für richtig. Ich bin aber gerne bereit, darüber zu diskutieren. Ich bin da wirklich der Meinung, daß das, was Dr. Cortolezis gesagt hat, der weitaus sinnvollere Weg ist, daß wir eben mit Huber, mit Haberl zusammen versuchen, sehr einfühlsam Vorstellungen zu entwickeln, mit den anderen bedeutenden Managern, Intendanten anderer kultureller Institutionen und Direktoren zu einem Konzept zu kommen, das wirklich aus der Vitalität dieses Kulturlebens unserer Stadt und unseres Landes heraus wächst, und nichts verordnen, sondern tatsächlich im besten Sinn des Wortes liberal sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Konservatorium Graz 10 Prozent, das ist auch eine quasi Pflichtausgabe, Philharmonisches Orchester 5 Prozent, rund 30 Millionen, ist auch quasi eine Pflichtausgabe. Als ich bei dem 150-Jahr-Jubiläum der Wiener Philharmoniker gewesen bin und mehrfach daraufhin auch angesprochen wurde von den Rednern, sowohl vom Bundeskanzler wie auch vom Professor Resel, dem Vorstand der Wiener Philharmoniker, habe ich gesehen, daß diese ganz seltene Kon-

struktion eines noch dazu von Anfang an demokratisch organisierten Orchesters – im Jahre 1933 hat man sich sogar des Chefdirigenten entledigt, und seither hat man zwar bevorzugte Dirigenten, aber man hat eigentlich keinen Leiter des Orchesters, sondern den gewählten Vorstand – wahrscheinlich auch deshalb wirklich so gut funktioniert, weil dieses Wiener Philharmoniker-Orchester gleichzeitig das Staatsopernorchester ist und diese Absicherung und die Basis sozusagen auch der staatlichen Kulturförderung in einem ganz hohen Maße, etwa in der Absicherung der Gehälter, genießt, und vor allem auch der Pensionen, und ein erheblicher Teil der Wiener Philharmoniker auch Professoren an der Wiener Musikhochschule sind. Das heißt also, im Grunde genommen ist gerade auch mit dem neuen Chefdirigenten der Oper, Mario Venzago, dafür vorgesorgt, daß wir beachtlich und mit Recht dieses Orchester als ein steirisches Orchester verstehen. Ich würde also sehr bitten, ich sage das ganz unpräzise, daß wir gerade auch in dieser Frage sozusagen der Kopflastigkeit oder der Graz-Lastigkeit sehr differenziert und sachkundig unsere Vorstellungen wiedergeben.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Dinge in diesem Zusammenhang auch noch sagen, und ich werde Sie sicherlich nicht über Gebühr beanspruchen, aber es bedarf einiger Erklärungen gerade im Hinblick auf die Äußerungen, die in der Debatte gekommen sind. Wir werden, und das ist bereits ein Teil meiner eigenen Handschrift in diesem Budget, denn ich arbeite ja sozusagen auf Schienen, die von anderen gelegt wurden, auf soliden Schienensträngen, aber wir werden die Weichen stellen, und einige konnten wir bereits stellen. Wir werden nämlich ganz bestimmte Akzente in der Kulturförderung setzen und setzen sie mit diesem Budget bereits, wobei ich mich ganz ausdrücklich zu einer liberalen, wertorientierten Kulturförderung bekenne, ganz ausdrücklich. Der Staat hat in erster Linie Rahmenbedingungen zu setzen und zu fördern, und die kulturellen Institutionen, Initiativen und was auch immer, wie auch zum Beispiel diese Steirische Kulturinitiative, eine sehr eindrucksvolle Sache, ich habe das auch mit der Frau Dr. Konrad kürzlich im Detail durchbesprochen, diese Initiativen bestimmen ihren Weg und versuchen, in der Wertung, etwa auch durch das Landeskulturreferat, jene Förderungsmittel zu bekommen, die mit Fug und Recht auch in diese oder in jene Richtung vergeben werden. Akzente heißt Aufstockung etwa des „steirischen Herbstes“, dies ist uns erfreulicherweise gelungen, heißt Aufstockung beim Forum Stadtpark, heißt Aufstockung bei der Buchebner-Gesellschaft, heißt Aufstockung beim Kulturzentrum Wolkenstein, heißt aber auch Aufstockung bei der Styriarte und heißt auch Aufstockung beim 30jährigen Freilichtmuseum Stübing. Denn ich sage Ihnen, diese Spannweite steirischer Kulturäußerungen ist ja in Wahrheit das Zeichen der Vitalität steirischer Kultur. Auch da hat Cortolezis Stellung genommen. Ich sage es ganz unbefangen. Das ist meine ganz tiefe Überzeugung. Solange man einen so großen Mann, wie den Nikolaus Harmoncourt, nicht nur als Sohn dieser Stadt bezeichnen kann, sondern er selber sich als solcher auch versteht, und ihn zur Verfügung hat, wäre es eine Sünde wider den Geist, eine solche Chance nicht wahrzunehmen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Es wäre aber genauso im Sinne dessen, das ich einleitend gesagt habe, eine Sünde wider den Geist, wenn wir die Bestrebungen gerade im Hinblick auf zeitgenössische Kunst, im Hinblick auf die notwendige Kreativität der Künstler dieses Landes gegenwärtig und zukünftig nicht mindestens so unterstützten. (Allgemeiner Beifall.) Daher sage ich ausdrücklich Aufstockung beim „steirischen Herbst“, Aufstockung beim Forum Stadtpark. Ich habe das aufgezählt. Wir haben selbstverständlich sehr selektiv auch große künstlerische Vorhaben gefördert, wie etwa die „Art Sat“ des Richard Kriesche, ein faszinierendes Projekt. Und wenn Sie Gelegenheit haben, sich das einmal am Schloßberg anzuschauen, dann tun Sie das. Denn Gott sei Dank ist die Kreativität in diesem Sinn auch grenzenlos im durchaus doppelten Sinn des Wortes.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Weiteres sagen, weil es angesprochen wurde. Das Joanneum, das eine ganz erstaunliche Entwicklung auch im Hinblick auf seine Besucherzahlen zu verzeichnen hat, eine ganz beachtliche Entwicklung. Ich habe sie mir herauschreiben lassen, und wir stellen fest, daß das Joanneum in den letzten fünf Jahren eine sehr bemerkenswerte Entwicklung genommen hat, nämlich eine Steigerung der Besucherzahlen um 20 Prozent, und nicht nur den Museumspreis des Europarates im Jahre 1983 erlangt hat, sondern auch mit der Ausstellung „Imperial Austria“ in den Vereinigten Staaten einen Superhit gelandet hat. Da kommt durchaus die Diskussion ins Spiel, die heute hier eine Rolle gehabt hat. Auch der vom Kollegen Schmid als Kultursprecher bezeichnete Freund Tasch hat einen Aspekt angesprochen, wenn Sie genau hingehört haben, fern jeglicher Blasiertheit, ich sage das noch einmal, oder gar esoterischer Arroganz: die Blasmusik, die im Problemkreis Volkskultur einen ganz hohen Stellenwert hat. Das ist ja kein Zufall, daß rechts, links, in der Mitte immer wieder auch von der Blasmusik gesprochen wurde und von der Notwendigkeit sozusagen der Förderung der Blasmusik am Land. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Bei der Jugend!“) Aber nicht nur Blasmusik, eben auch eine bemerkenswerte Popszene, wie Sie alle wissen. Eine bedeutende steirische Popszene. Man braucht gar nicht die Erste Allgemeine Verunsicherung oder STS allein herzuzehmen, es gibt inzwischen eine Tradition. Das hat durchaus in einer modernen Sicht von Kultur seinen Platz und ist genauso zu sehen wie diese Ausstellung drüben in den Vereinigten Staaten. Nicht nur, weil das eine mühselige Geschichte der Frau Dr. Annelie Hochkofler in den letzten vier Jahren gewesen ist, das zustande zu bringen mit unseren Museumsleuten, vor allem mit dem Fritz Waidacher und dem Prof. Krenn, der ein ganz bedeutender Mann ist, oder auch mit unserer Neuen Galerie, sondern weil hier ein Stück österreichischer Geschichte, Kunst- und Kulturgeschichte, den Amerikanern nahegebracht wird und selbstverständlich das Interesse des Fremdenverkehrs geweckt wurde – in einem ganz beachtlichen Maße. Doch bitte, keine Berührungsgänge mit Wirtschaft, Tourismus und Kultur. In Wahrheit ist ein alter Kulturbegriff, Kollege Erlitz, Sie wissen das, der nicht sehr präzise ist, aber immerhin etwas für sich hat, daß alles, was nicht von Natur aus besteht und durch den Menschen geschaffen wurde, Kultur ist. Natürlich hängt das letztendlich mit dem Kult des Menschen zusammen. Auch

das liegt auf der Hand. Aber wir haben auch heute ein anderes Kunstverständnis, ein weithin vor allem auch von den jungen Leuten akzeptiertes und getragenes. Ich wollte das deshalb sagen, weil ich meine, daß wir damit auch auf der Landkarte der Vereinigten Staaten neben Wien, Salzburg und Innsbruck plötzlich aufscheinen. Die steirische Eiche, der Mister Universum, der in Amerika so etwas wie eine Kultfigur ist, ich habe das gar nicht in dem Maße gewußt, hat zum Beispiel bei der Eröffnung in San Francisco die High-Society, die vollständig und vollzählig erschienen war, wirklich fasziniert mit ganz gescheiterten Sprüchen. Nicht nur, daß er gesagt hat, Graz ist die schönste Stadt der Welt, und auch wenn alle darüber gelacht haben, werden sie sich die einmal anschauen, weil sie sie sehen wollen. Der Bruder des Herrn Abgeordneten Martin Wabl zum Beispiel, ein bedeutender Wissenschaftler, ein sehr angesehener Immunologe in Berkeley, der auch dort anwesend war, hat mir gesagt, daß das in diesen kultivierten Kreisen einen solchen Stellenwert hat. Ich sage das, weil manchmal Vorurteile und Klischees da sind, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang wirklich auch den Medien ein Wort des Dankes sagen, die sich außerordentlich engagiert haben, die Printmedien wie die elektronischen Medien. Ohne sie ginge es überhaupt nicht in diesem Zusammenhang.

Lassen Sie mich sagen, meine lieben Freunde, der andere Aspekt, der angesprochen wurde, jener der Volkskultur, ist ebenso erfreulich vital. Der Kollege Vollmann ist im Augenblick nicht hier, ich habe das ausheben lassen, den Brief an den Herrn Kühberger, von dem er sprach. Er war ganz offenkundig richtig adressiert, nämlich Karl Meissl Hof, 8605 Kapfenberg. Da hat ihm der Herr Dr. Klingenberg von unserer Kulturabteilung zum Zeitpunkt 21. November 1991 mitgeteilt, als das Budget noch nicht da war, daß er ihm nicht sagen könne, wieviel er bekommen wird. Aber er hat ihm 40.000 Schilling á conto angewiesen, und es waren immerhin 150.000 in meinem Budget vorgesehen. Also er kommt genau dorthin, wo er war. Ich schätze das durchaus auch. Vielleicht kann dann jemand dem Kollegen Vollmann das zur Verfügung stellen.

Oder das große Sängerbundjubiläum heuer, 130 Jahre steirischer Sängerbund. Völlig neues Team an der Spitze. Dynamische, junge Leute, exzellente Gesangskultur. Ich erlebe das immer wieder, Sie auch draußen. Wenn ich an den Obmann Ing. Heckl denke, an den Mag. Herzog, den Landeschorleiter, oder an den Prof. Spanner, den Mag. Seebacher als Geschäftsführer oder den Hans Neuhold als Kassier. Superleute, ganz engagiert. Wir haben voriges Jahr hier mit dem Prof. Koringen seinen Geburtstag gefeiert im Landhaushof. Eine eindrucksvolle Präsentation dieser Art von steirischer gewachsener Kultur und auch unserer steirischen Identität, die mehrmals gefordert wurde.

Ich sage Ihnen in diesem Zusammenhang aber noch etwas, weil ich das für besonders wichtig halte. Ich habe mich lange Zeit nicht öffentlich geäußert, weil ich nicht wußte, wie mein Budget endgültig aussehen wird, und jetzt äußere ich mich. Wir haben eine ganz bemerkenswerte private Theaterszene in der Steiermark, und zwar 36 Bühnen im ganzen Land. Ich war kürzlich in diesem „Märztheater“ und in der „Scherbe“, und ich muß Ihnen sagen: Unglaublich

lebendige Theaterkultur. „Theater im Keller“ zum Beispiel in Graz: höchster Standard. Ich habe mit dem Minister Scholten kürzlich in Wien vereinbart, daß wir zu den Möglichkeiten seiner Projektfinanzierung neue Projekte suchen, um sie sehr gezielt, sehr gewichtet, sehr selektiv noch besser fördern zu können. Ich habe überhaupt keinen Ehrgeiz zu sagen, weil der Herr Minister Scholten dort finanziert, müssen wir auch. Das ist eine völlig absurde Arbeitsteilung, wenn der Herr Minister Scholten erfreulicherweise in dieser oder jener Kulturinitiative einen größeren Betrag zur Verfügung stellen kann als wir. Wir sollten eher sehen, daß wir vernünftig mit den Steuermitteln umgehen. Neben diesen Privattheatern gibt es auch eine bemerkenswerte private Galerieszene mit 39 privaten Galerien in der Steiermark. Entschuldigen Sie, daß ich das im Superlativ sage, aber das ist meine tiefe Überzeugung, faszinierend. Dann fragen Sie einmal einen der Galeriebesitzer, wie zum Beispiel den Eugen Lendl oder so jemanden oder den Rossi-Bleich, mit vollem Engagement, mit einer unglaublichen Begeisterung und ganz wenigen Banknoten – um bei diesem Banknotenbeispiel zu bleiben. Da kann ich nur das unterstreichen, was der gute Kollege Kinsky gesagt hat. Es ist übrigens eine Erfahrungstatsache, daß zum Teil in sehr schlechten Zeiten große künstlerische Leistungen vollbracht wurden und gar nicht selten und sehr häufig aus einem echten schöpferischen, künstlerischen Impetus. Und das ist der Unterschied letztendlich auch des künstlerischen Ingeniums im Regelfall zum ökonomischen Ingenium, daß aus sich selbst heraus, sozusagen im Selbstwert der künstlerischen Gestaltungsmöglichkeit agiert und gestaltet wird. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen, diesen ideellen Wert. Da gibt es Ungezählte im Land, Ungezählte, die das nicht laut sagen, aber die es nicht leicht haben und die trotzdem ihrer Kunst innerlich verbunden sind und sie auch ausüben. Wir werden auch sie in einem höheren Maße fördern, als das bisher der Fall gewesen ist. Das ist ein Akzent, den wir ganz bewußt setzen in diesem Zusammenhang.

Oder schauen Sie sich einmal den Skulpturenpark beim ORF an, den der Emil Breisach seinerzeit noch als Intendant und jetzt als Leiter und Chef der Akademie Graz vollbracht hat, eine imponierende private kunstpflegerische Initiative, großartig. Als ich das letzte Mal unten war, habe ich sie mir im Detail wieder angeschaut. Skulpturen des Hartlauer, des Moswitzer, des Krenn, des Pillhofer, des Wakolbinger, des Höfinger, des Wurm, des Long, des Lissy, des Oberhuber, der Strobl, des Troger, Lepper, Szalay, Pichler, Carr; ganz bedeutende Präsentation von Skulpturen, noch dazu moderner Skulpturen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir haben das Glück, daß es Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre bei uns eine Eruption von Kreativität, vor allem im literarischen Bereich, gegeben hat und damals das Forum Stadtpark entstand und seit dem Jahre 1960 etwa der Prof. Alfred Kolleritsch die „Manuskripte“ ediert, zuerst abgezogene Blätter gewesen – durch seine Schüler –, heute die bedeutendste deutschsprachige Literaturzeitschrift. Und ich kann das gar nicht alles im Detail aufzählen, aber auch da eine Situation, um die uns alle im deutschsprachigen Raum, aber auch in Europa und darüber

hinaus, die etwas davon verstehen, beneiden. Daher auch dort eine deutliche Akzentsetzung. Ebenso in der Frage dieses vorhin angesprochenen dialektischen Prinzips, auch der Volkskultur, eine Bemühung, neue Initiativen und Impulse zu setzen, etwa im Hinblick auf offenes freies Singen über Land, Malschulen und ähnliches. Wir brauchen diese Dimension, wir brauchen diese Spannung.

Wenn wir dazu bedenken, daß in der Volksbildung Einrichtungen sind, wie etwa die Volkshochschulen oder die Urania, die es bei Gott sehr viel schwerer hat. Allein im Jahre 1990/91 haben die Volkshochschulen über 50.000 Teilnehmer gehabt, die Urania hat inzwischen einen Mitgliederstand von 8300 Mitgliedern, vor allem durch unseren großartigen Leiter dort, den Markus Jaroschka, der sich voll engagiert, dann kann man nur den Hut ziehen auch vor diesen volksbildnerischen Aktivitäten, die es in unserem Land gibt. Und ich sage, die Kulturpolitik hat im wesentlichen drei Aufgaben, nämlich:

Erstens: kulturelles Selbstverständnis zu bewahren. Aber nicht nur zu bewahren, sondern auch immer zu erneuern. Und da geht es um die inhaltliche Diskussion, die viel wichtiger ist als die um Strukturen, Organisation und ähnliches, was nicht unwichtig ist. Und sie hat zweitens, ich sage das aus tiefer Überzeugung, Kreativität zu fördern von Kindesbeinen an, eben auch dieses Klima. Drittens: das Verständnis für Kultur zu wecken und zu verbreiten. Und ich sage, diese drei Aufgaben der Kulturpolitik sind prinzipiell gleichrangig und voneinander nicht zu trennen. In einer pluralistischen Gesellschaft, wie der unseren, ergänzen sich öffentliche und private Initiativen in der Bewältigung dieser Aufgabe.

Und noch einmal und abschließend, die wichtigste Aufgabe öffentlicher Kulturpolitik ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit sich kulturelles Selbstverständnis, Kreativität und Kulturverständnis frei entfalten können. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. Ich danke Ihnen sehr herzlich dafür, daß Sie in den vorangegangenen zweieinhalb Stunden, jeder auf seine Weise und zu verschiedenen Themen, dieses so wichtige Anliegen behandelt haben. Ich danke Ihnen allen dafür, vor allem jenen, die auch in diesem Teil mitgestimmt haben oder mitstimmen werden für das durchaus erfreuliche Kulturbudget für das Jahr 1992. (Allgemeiner Beifall. - 11.45 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wünscht die Berichterstatterin das Schlußwort? Das ist nicht der Fall.

Ich bitte die Damen und Herren, die den Ansätzen der Gruppe 3 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zur Diskussion des Budgetkapitels 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte in dieser Gruppe wieder zu teilen, und zwar im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Damit bitte ich den Herrn Berichterstatter Dr. Wabl um den ersten Bericht Soziale Wohlfahrt.

Abg. Dr. Wabl (11.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, unterteilt sich in folgende Kapitel und Unterkapitel: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtung der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfen nach dem Opferfürsorgegesetz, freie Wohlfahrt, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendwohlfahrt, sonstige Einrichtungen, Behebung von Notständen, Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, sonstige Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen, sonstige Maßnahmen.

Der Finanz-Ausschuß hat über diese Gruppe 4 beraten und hat einstimmig beschlossen, hier den Antrag zu stellen, auch im Hohen Hause diese Gruppe zu genehmigen. (Präsident Mag. Rader: „Meine Damen und Herren! Ich kann verstehen, daß nach einer so imposanten Rede etwas Unruhe herrscht. Aber ich bitte, dem Herrn Berichterstatter zuzuhören, bis er fertig berichtet hat!“) Ich danke, Herr Präsident. Das war keine imposante Rede. Ich habe nur meine Pflicht getan. Aber ich möchte um Aufmerksamkeit für das so wichtige Kapitel Soziale Wohlfahrt bitten und bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dem Kapitel 4 zuzustimmen. (11.47 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön. Bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich folgendes sagen: Ich habe gestern feststellen müssen, daß in diesem Haus sehr gerne gelesen wird. Leider auch vom Rednerpult aus, was ja bekanntlich nicht zulässig ist. Ich habe daher veranlaßt, damit Sie nachlesen können, daß jene Bestimmung der Geschäftsordnung, die feststellt, daß es nur den Mitgliedern der Landesregierung, sonstigen Regierungsvertretern und Berichterstattern gestattet ist, schriftlich abgefaßte Vorträge zu verlesen, kopiert werden und Ihnen jetzt anschließend auf den Sitzen aufgelegt.

Als erster Rednerin erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Minder.

Abg. Minder (11.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gewiß hat manchen von uns eine Meldung via Fernsehen und Rundfunk über die Behandlung alter und pflegebedürftiger Menschen in Amerika zutiefst geschockt.

Aber auch wie es möglich sein kann, daß ein mächtiges, reiches Land nur so lange an seinen Bürgern interessiert ist, als diese arbeitsfähig und gesund sind. Sind sie hilflos und pflegebedürftig, hat man eine grausame Methode gefunden, sich ihrer zu entledigen. Granny-Dumping - Großeltern-Wegwerfen: Schwerkrank, in den Rollstuhl verfrachtet, der Identität beraubt, über Grenzen abgeschoben, um immensen finanziellen Belastungen zu entgehen. Das ist gewiß kein Einzelfall, handelt es sich in Amerika doch um etwa 70.000 ausgesetzte Betroffene pro Jahr.

Unser soziales Netz kostet viel Geld, trotzdem soll davor gewarnt werden, Errungenschaften, die in mehr als 100 Jahren erkämpft wurden und sich insgesamt

bewährt haben, leichtfertig unter dem Schlagwort „Privatisierung“ in Frage zu stellen. In der Diskussion über die Sozialpolitik dürfen wirtschaftliche und finanzielle Aspekte nicht dominieren, Sozialpolitik muß immer im Rahmen einer umfassenden humanitären Politik verwirklicht werden.

Man muß sich auch im klaren sein, daß nicht nur die bisher erbrachten Leistungen aufrechterhalten werden müssen, sondern viele zusätzliche Aufgaben im Sozialbereich auf uns zukommen. Es muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Betreuung der immer größeren Zahl von Pflegebedürftigen sichergestellt wird, daß Prophylaxe im Bereich der Jugendwohlfahrt einen höheren Stellenwert einnimmt, daß die Betreuung von Behinderten auszubauen ist und andere Probleme, wie zum Beispiel erst das in jüngster Zeit aktuell gewordene Flüchtlingswesen, in den Griff zu bekommen sind. Ich möchte drei Schwerpunkte setzen.

Als erstes die Flüchtlinge. Die Ursachen für das starke Ansteigen der Zuwanderung sind vielschichtig. Es ist mit Sicherheit nicht ausschließlich auf die vielzitierte Öffnung der Grenzen zu den östlichen Nachbarländern zurückzuführen, wenn auch diese zumindest einen entscheidenden Anstoß gegeben hat.

Die wirtschaftliche Attraktivität unseres Landes, und hier im besonderen die Anziehungskraft des Arbeitsmarktes, hat bewirkt, daß viele Menschen in ihrem Wunsch, ein anderes Land aufzusuchen, Österreich als Zielland ausgewählt haben. Das Spektrum der Staaten, aus denen Flüchtlinge und Asylwerber kommen, verschiebt sich ständig. So stellt die Zuwanderung von Tausenden Menschen eine vielseitige Herausforderung für uns alle dar. Immer strenger werden die Gesetze der Abwehr gehandhabt. Neben neuen Gesetzen, Visumzwang und Grenzschutz schlägt jenen, die Asyl gefunden haben, zumeist Ablehnung und teilweise auch Haß entgegen, und sie sind in vielen Arbeitsbereichen oft Opfer der Ausbeutung. Dennoch hält der Zuzug von politischen Flüchtlingen und Emigranten an.

Es ist schwierig, exakt zu unterscheiden, ob die Flucht des einzelnen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen erfolgte. So gilt es, das Problembewußtsein zu schärfen, menschenwürdige Lösungen zu suchen und sinnvolle Wege der Hilfe und Mithilfe einzuschlagen.

Mit der Einsetzung eines Flüchtlingsbüros beim Land Steiermark soll eine effiziente und wirtschaftliche Betreuung von Flüchtlingen, Asylanten und anderen Fremden durchgeführt werden.

Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung gegenüber Fremden könnten durch eine koordinierte und gesicherte Betreuungsstruktur gemildert werden, und auch massive Probleme, die auf unser Land zukommen, könnten besser bewältigt werden. Derzeit befinden sich in der Steiermark 2500 Asylwerber in Bundesbetreuung, 200 Asylwerber ohne Bundesbetreuung, 300 De-facto-Flüchtlinge, 100 Konventionsflüchtlinge und 4000 Fremde, die sich illegal aufhalten. Also immerhin eine Zahl von 7000 Personen. So sind bei Asylanten in Bundesbetreuung die Koordination und inhaltliche Kontrolle der über 50 jährlichen Kurse sowie Rückreiseinformationszentren notwendig. Bei Asylanten ohne Bundesbetreuung die Unterbrin-

gung, der Lebensunterhalt, die Rück- und die Weiterreise, ärztliche Hilfe, aber auch Arbeits- und Wohnversorgung und Sprach- und Integrationshilfe. Das Bundesbetreuungsgesetz sieht Gasthaus und Pensionsverträge vor sowie die Kontrolle und die Verteilung auf die Bezirke im Einvernehmen mit den Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Arbeitsämtern.

Die Aktivitäten von privaten Flüchtlingsorganisationen müssen weiterhin finanziell und organisatorisch gestützt werden.

Eine zentrale Informations- und Auskunftsstelle soll für Anfragen aus der Bevölkerung zur Verfügung stehen und ebenso ein Rufbereitschaftsdienst für Krisen- und Sozialmanagements.

Hier soll das Flüchtlingsbüro aktiv mitwirken durch Bestimmung von Grundsätzen und Richtlinien in formeller, materieller und organisatorischer Sicht und durch Übernahme von Aufgaben im Rahmen des Landesflüchtlingsplanes.

Die Installierung eines Flüchtlingsbüros mit der nötigen Infrastruktur beim Land Steiermark sollte im Interesse der Betroffenen – die unserer Hilfe dringend bedürfen –, aber auch in unser aller Interesse raschest getroffen werden.

Der zweite Schwerpunkt: Pflegekinder.

Das Pflegekinderwesen stellt in der Steiermark traditionell die quantitativ wichtigste Unterbringungsform im Rahmen der vollen Erziehung nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz dar. Die möglichst familienähnliche Unterbringung der Kinder, die zum Zeitpunkt ihrer Erstunterbringung durchschnittlich vier- bis einhalb Jahre alt sind, garantiert am ehesten optimale Entwicklungschancen.

In Anerkennung der Leistungen bei der Betreuung von Pflegekindern wurden Richtlinien für ein Ruhegeld für Pflegepersonen erarbeitet. Herr Landesrat Tschernitz hat das sehr gut vorbereitet. Aber leider konnte mangels finanzieller Bedeckung der Vorschlag nicht in vollem Umfang verwirklicht werden. So ist ein Modell zustande gekommen in Anlehnung an das Ruhegeld des Magistrates Graz, und es stellt eine kostengünstigere Variante dar und ist im Budget 1992 mit 7,5 Millionen angesetzt. Demnach soll das Ruhegeld jenen Pflegepersonen gewährt werden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, insgesamt mindestens drei Kinder über eine Dauer von 20 Jahren betreut haben. Bedauerlich ist, daß dieser Schritt in der Landesregierung noch nicht beschlossen wurde. Von seiten der ÖVP wurde die Zustimmung mit dem Argument verweigert, daß die vorgelegte Schätzung über die Zahl der Anspruchsberechtigten nicht exakt genug sei. Schätzungen in diesem Bereich, und wir haben dies ja auch bei der steirischen Familienbeihilfe gesehen, sind äußerst schwierig, und ich bin daher der Meinung, daß trotz gewisser Unsicherheitsfaktoren bezüglich der Zahl der letztlich anspruchsberechtigten Pflegemütter rasch gehandelt werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich schränke auch ein, daß das nur ein erster Schritt sein kann. Unser Ziel für die nächsten Jahre muß es sein, daß, unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder, also bereits bei einem Pflegekind, ab einem Pflegezeitraum von 15 Jahren ein Ruhegeld auf Gesetzesbasis zu gewähren ist. Zusammenfassend wieder-

hole ich im Sinne unserer diesbezüglichen Resolutionen, sie liegen vor, daß noch heuer finanzielle Anerkennung der verantwortungsvollen Tätigkeit der Pflegeämter verwirklicht werden muß, nicht nur durch die Gewährung eines Ruhegeldes, sondern auch durch die entsprechende Anhebung des gewährten Pflegegeldes für Pflegekinder. Ich möchte von dieser Stelle aus allen, und sie befinden sich sicher nicht auf der Zuschauertribüne, die sich um die Betreuung und Erziehung fremder Kinder bemühen, einen sehr herzlichen Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Zum dritten Schwerpunkt, Landesaltenpflegeheime: Die vier vom Land Steiermark betriebenen Landesaltenpflegeheime in Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern stellen einen wesentlichen Teil zur Bedarfsdeckung im Bereich stationär pflegebedürftiger Personen in der Steiermark dar. Derzeit werden die Anstalten dezentral und, soweit als möglich, autark von Verwaltungsdirektoren geleitet. Diese Organisationsform bedingt jedoch, daß eine einheitliche Grundsatzplanung, Wirtschaftsführung, Kostenrechnung und Pflegeleistung nicht mehr zeitgemäß durchgeführt werden kann. Das derzeitige Management ist im Hinblick auf die Kosten und auf die Benutzerfreundlichkeit, und wir konnten uns leider davon überzeugen, nicht optimal, und es können auch der zukünftige Bedarf und Zukunftsperspektiven nur begrenzt berücksichtigt werden. So wurde im Jahre 1990 eine Unternehmensberatung beauftragt, Strukturanalysen durchzuführen und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Von den vorgeschlagenen Möglichkeiten zur Reorganisation möchte ich eine herausgreifen, nämlich die Schaffung eines Referates für die Landesaltenpflegeheime mit der Zielsetzung, eine zentrale Verwaltungs- und Wirtschaftsstelle und eine übergeordnete Pflegedienstleitung zu installieren. Da seitens des Sozialressorts geplant ist, die Landesanstalten im Sinne des steirischen Sozialplanes und des Konzeptes „Ältere Menschen – Pflege und Betreuung“ auch für ambulante beziehungsweise mobile soziale Dienste zu öffnen, wird dieses Referat neben der Wirtschaftsführung auch verstärkt im pflegerischen Bereich konzeptive Arbeit zu leisten haben. Die Landesaltenpflegeheime sollten Mustereinrichtungen für ein modernes Pflege- und Betreuungsangebot, sogenannte regionale Sozialzentren, darstellen, an denen sich auch andere Einrichtungen öffentlicher und privater Träger orientieren können. Ich hoffe, daß im Interesse der guten Führung der Heime, im Hinblick auf eine bestmögliche Betreuung der Pflegebedürftigen, ein solches Anstaltenreferat möglichst rasch eingerichtet wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich bin überdies der Meinung, daß auf Grund der ständig steigenden Aufgaben im Sozialbereich auch eine Personalumschichtung innerhalb des Landes notwendig ist. Die zuständigen Stellen des Landes haben neben der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zukünftig vor allem als Serviceeinrichtung für die Bevölkerung zu dienen. Und es darf nicht so sein, daß durch Umstrukturierung zum Beispiel in den Landesjugendheimen eingespartes Personal, Herr Landeshauptmannstellvertreter Hasiba hat gestern von 40 Dienstposten gesprochen, dem Sozialbereich verlorengeht. Anhand der nur beispielhaft erwähnten notwendigen Veränderungen

sieht man, daß im Sozialbereich vieles in Bewegung geraten ist. Ich bitte Sie daher alle um Ihre tatkräftige Mithilfe und Unterstützung bei der Bewältigung dieser sicher nicht leichten Aufgaben. (Allgemeiner Beifall. – 12.03 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Nach ihm Herr Abgeordneter Schinnerl.

Abg. Dr. Lopatka (12.03 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Kapitel Soziales zählt im Voranschlag mit beinahe 11 Prozent zu jenen mit einem überdurchschnittlichen Wachstum. Wachstum ist nicht immer Fortschritt. Es ist ein großer Irrtum, dem gestern der Generalredner der sozialistischen Fraktion unterlegen ist, als er das per se als etwas Positives hingestellt hat. Warum besteht meines Erachtens kein Grund zum Jubeln? Weil veraltete Strukturen unseres Gesundheits- und Sozialsystems sich oft finanziell äußerst negativ auswirken, das heißt, daß bei einem großen Kostenzuwachs dann unter dem Strich leider eher weniger herauskommt. Wir haben im stationären Bereich, der einen Großteil der Landesmittel verschlingt, eine Kostenexplosion im wahrsten Sinne des Wortes. Die Kosten der Landespflegeheime stiegen von 169 auf 194 Millionen um 25 Millionen Schilling seit 1990. Ebenso sind auch die Pflegegebühren generell enorm gewachsen. Zum Beispiel sind die Pflegegebühren, die in den Landeskrankenanstalten geleistet werden, von 255 um 69 Millionen auf 324 Millionen gestiegen. Auch im Behindertenbereich sind die Pflegegebühren sogar von 227 auf 330 Millionen um 103 Millionen seit 1990 angewachsen. Wir haben also schon jetzt jährlich dreistellige Millionenbeträge, um die die Pflegegebühren steigen. So erhält die Krankenanstaltenges. m. b. H., was oft gar nicht beachtet wird, neben den Milliarden aus dem Gesundheitsressort und auch aus dem Sozialressort mehr als 350 Millionen Schilling, und daneben müssen auch noch die Sozialhilfverbände in Millionenhöhe Pflegegebühren berappen. Somit bekommt zum Beispiel die Krankenanstaltenges. m. b. H. aus den Sozialtöpfen des Landes und der Gemeinden einen Betrag von mehr als einer halben Milliarde Schilling. Diese Beträge sind bei der zuletzt geführten Spitalsdiskussion wohlweislich verschwiegen worden, fehlen aber trotzdem in anderen Bereichen, auf die ich später noch zu sprechen kommen werde.

Wenn also mehr als eine Milliarde der 2,5 Milliarden des Sozialbudgets an Pflegegebühren verschlungen werden und in die Landesaltenheime fließen, so ist das hier sehr viel an Geld, das aber nicht einer sehr großen Anzahl von Personen zugute kommt, da ambulante Dienste im Vergleich dazu um ein Vielfaches kostengünstiger wären. Wir haben also meines Erachtens zu viele pflegebedürftige Menschen viel zu lange in stationären Einrichtungen, die enorme Kosten verursachen. Oft sind es sogar die Spitäler, wo die Menschen bleiben müssen, da uns andere Einrichtungen fehlen. Es muß daher meines Erachtens mit großem Einsatz aller Verantwortungsträger raschest darangegangen werden, den Rückstand, den die Steiermark im ambulanten Bereich hat, abzubauen. Denn nur eine

flächendeckende Hauskrankenpflege, verbunden mit sozialen Hilfsdiensten, wie der Altenhilfe und der Nachbarschaftshilfe, und die Einführung der längst überfälligen Pflegevorsorge, können hier entscheidende Verbesserungen bringen. Der Weg, den das Land hier eingeschlagen hat, sich privater Träger zu bedienen, muß konsequent fortgesetzt werden. Es ist auch meines Erachtens der einzig richtige. Denn erst dann, wenn wir flächendeckend ambulante Dienste aufgebaut haben und auch Familienangehörige den Pflegeaufwand finanziell abgegolten bekommen, erst dann können wir tatsächlich im teuren stationären Bereich zu Einsparungen kommen. Sollte hier Sozialminister Hesoun von der Einführung der Pflegevorsorge über eine Ankündigungspolitik nicht hinauskommen, dann wird uns nichts anderes übrigbleiben, als vom Land her einzuspringen. Leider fehlen mir konkrete Konzepte seitens des Sozialressorts, wie man es sich vorstellt, wie wir in der Steiermark trotzdem zu einer Pflegevorsorge kommen. Für die Spitalsbetten haben wir Jahr für Jahr Milliarden, für die Pflegeleistung, die Private erbringen, war man nicht bereit, entsprechende Mittel zu finden. Dabei stehen wir erst am Beginn einer Entwicklung, die uns noch viel Kopfzerbrechen bereiten wird und hoffentlich nicht zu katastrophalen sozialen Zuständen führen wird.

Wie komme ich zu dieser Aussage? Die Autoren der jüngsten Studie zum Thema „Alter und Pflege“, Josef Kytir und Rainer Münz, sprechen von einer demographischen Zeitbombe. Ich füge hinzu: Mit Recht! Die Zahl der über 80jährigen, von denen ein hoher Anteil pflegebedürftig ist, stieg von 22.000 im Jahre 1971 auf 42.000 im Jahre 1991. Diese Zahl soll sich in den nächsten 20 Jahren nochmals verdoppeln. Münz und Kytir prognostizieren insgesamt eine Verdreifachung der Pflegebedürftigen in den nächsten Jahrzehnten für unser Bundesland. Ich möchte hier an dieser Stelle sagen, wir sind nicht im geringsten auf diese explosive Bewegung vorbereitet. Uns fehlen schon heute Hunderte Pflegebetten, und wenn wir nicht rasch handeln, werden uns in Zukunft nicht Hunderte, sondern Tausende Pflegebetten fehlen.

Eine Studie des Ludwig-Boltzmann-Institutes des Vorjahres sagt, daß im Jahre 2031 die Steiermark mit einem Anteil von 37 Prozent der über 60jährigen das älteste Bundesland Österreichs sein wird. In Österreich wird der Anteil der über 60jährigen bei 33 Prozent liegen.

5,5 Millionen sind heuer im Budget für die Gemeinden als Beiträge für die Errichtung von Altenwohnhäusern, 5 Millionen für die Sozialhilfverbände für Pflegeabteilungen vorgesehen, also knapp 10 Millionen Schilling. Jeder, der sich in diesem Bereich ein wenig auskennt, weiß, wie wenig man damit in Wirklichkeit in Bewegung setzen kann. Wenn man vergleicht, die von meiner Vorrednerin angesprochenen vier Landesaltenheime, diese benötigen an die 200 Millionen. Landesrat Tschernitz trifft nicht die Schuld. Er hat hier Strukturen vorgefunden, die äußerst mühsam und schwerfällig zu ändern sind. Trotzdem sind es Strukturen, die wir nicht gutheißen können, denn, wer von Ihnen möchte einer von 300 Pflinglingen sein, der seinen Lebensabend in einem Landesaltenpflegeheim verbringen möchte? Wahrscheinlich niemand.

Es wurde in der Steiermark im Gegensatz zu anderen Bundesländern in der Vergangenheit verabsäumt, dezentrale kleine Pflegeeinrichtungen zu schaffen. (Abg. Minder. „Es sind schon Konzepte da!“) Darunter leiden wir nun. Gemeinsam müssen wir hier wirklich zu Umschichtungen vom Spital- hin zum Sozialressort kommen. Ein struktureller Umbau der Sozial- und Gesundheitspolitik ist ein Gebot der Stunde. Der Sozialplan, der im April 1991 vorgelegt worden ist, ist hier sicherlich eine gute Grundlage, nur, es müssen auch konkrete Taten folgen. Denn die Gemeinden und Sozialhilfverbände brauchen eine massive Unterstützung durch das Land, wollen wir das Problem Altenbetreuung in einer menschenwürdigen Art lösen. Das, was bisher an Hilfestellungen für die Gemeinden und Sozialhilfverbände möglich war, war eher dürftig. In Zukunft muß hier mehr möglich sein, denn ansonsten könnte es zu spät sein.

Wir haben hier auch in den unmittelbar vorangegangenen Jahren schwere Fehler gemacht. Die KRAZAF-Strukturmittel sind meines Erachtens in der Steiermark nicht richtig eingesetzt worden. Es war ein Fehler, auch von diesen KRAZAF-Strukturmitteln wieder welche in die Spitäler zu stecken, anstatt ambulante Dienste aufzubauen. Wenn man hier andere Bundesländer vergleicht, die haben diese KRAZAF-Strukturmittel viel zukunftsweisender eingesetzt. Denn die stationären Kosten explodieren in allen Bereichen, 100 Millionen mehr im Behindertenbereich. Wenn wir denken, 500 Millionen Schilling aus den Sozialtöpfen in die Spitäler. Das sind enorme Summen, und wie wenig haben wir dafür im Vergleich für die Hauskrankenpflege, für die Nachbarschaftshilfe, für die Altenhilfe? Hier, glaube ich, ist es auch recht und billig, daß jetzt Landeshauptmann Krainer und Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek diese KRAZAF-Strukturmittel größtenteils selbst vergeben, um eben zu einer höheren Effizienz zu kommen.

Ich darf noch zwei Bereiche ansprechen, die mir hier wichtig erscheinen und auf die ich hinweisen möchte. Es ist sicherlich richtig, wenn private Träger bei der Bewältigung der sozialen Aufgaben stärker berücksichtigt werden. Diese Tendenz hat aber auch dazu geführt, daß Sozillandesrat Tschernitz seine frei verfügbaren Mittel von 25 Millionen im letzten Jahr auf 53 Millionen für heuer erhöhen konnte, wogegen wir nichts einzuwenden haben. Ich bin mir auch sicher, daß Landesrat Tschernitz keine sozialpädagogischen Würstelstände fördern wird, wie es mit Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung geschehen ist. In der Arbeitsmarktverwaltung geht man schon sehr großzügig mit den Mitteln um, um nur zwei Beispiele zu nennen: Die Flüchtlinge sind vorhin angesprochen worden. Ja, wenn ein Flüchtling in Bundesbetreuung ist, so wird für ihn gesorgt. Muß dann noch die Arbeitsmarktverwaltung zusätzlich dem Flüchtling etwas zahlen, wenn er einen Kurs bei der Arbeitsmarktverwaltung macht? Ich glaube, das ist nicht notwendig. Dann aber fehlen plötzlich die Mittel. Es gibt weder den Kurs noch die zusätzliche Bezahlung. Oder eine Pflegemutter, die eine Ausbildung macht, hat die Kosten selbst zu tragen. Wenn eine Tagesmutter die Ausbildung macht, bekommt sie von der Arbeitsmarktverwaltung bezahlt. (Abg. Minder. „Darum soll es koordiniert werden!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine Koordinationsfrage!“) Ich könnte zig weitere Beispiele nennen, wo ich nur

hier aufmerksam machen möchte, daß wir genau schauen werden, wie Landesrat Tschernitz mit diesen frei verfügbaren Millionen umgehen wird.

Kurz darf ich auch noch auf die Pflegemütter eingehen. Ja, natürlich sind wir für das Ruhegeld. Aber wenn in einem Regierungsantrag steht, daß von einer Schätzstreuung von zu erwartenden Kosten von 7,6 bis 18,5 Millionen zu rechnen ist, so ist das schon eine gewaltige Spanne. Weiters stört mich, ich glaube, die vorliegenden Richtlinien würden zu krassen Ungerechtigkeiten führen. Denn wenn ich durch 20 Jahre hindurch ein Pflegekind betreuen muß, um zu diesem Ruhegeld zu kommen, so kann das zu folgendem führen: Ich habe hier zum Beispiel eine Pflegemutter, die 19 Jahre hindurch sechs Pflegekinder gehabt hat. Sie hat somit 438 Betreuungsmonate, wenn ich pro Kind einen Monat rechne. Daneben habe ich zum Beispiel eine Frau, die zuerst 16 Jahre ein Kind gehabt hat, dann eines drei Jahre und dann eines nur ein Jahr. So kommen auf sie drei Kinder und die 20 Jahre. Die hat 240 Betreuungsmonate, sie bekäme das Ruhegeld. Die vorherige Frau mit 438 Betreuungsmonaten bekäme das Ruhegeld nicht. So kann es wohl nicht gehen. Daher sollten wir einvernehmlich gemeinsam eine Lösung finden, die auch sozial gerecht ist.

Noch eine Frage, Herr Landesrat, die mich sehr interessieren würde: Wir haben einen Antrag auf eine gesetzliche Regelung der Ausbildung der Altenhelferinnen eingebracht. Bis wann können wir hier konkret mit einer Vorlage von Ihnen rechnen? Das würde mich schon sehr interessieren, denn dieser wichtige Bereich, der heute von allen angesprochen wurde, wo Altenhelferinnen arbeiten, ist ein Bereich, wo wir im politischen Bewußtsein bis zum heutigen Tag noch nicht einmal so weit waren, dieses Berufsbild und die Ausbildung gesetzlich zu regeln. Da sieht man schon, daß hier die Gesetzgeber hinter der realen Entwicklung nachhinken.

Daher zusammenfassend: Ich glaube, wir alle müssen uns bewußt sein, daß diese demographische Zeitbombe, wie ich es genannt habe, wie es auch Münz in seiner Studie nennt, tickt und wir sehr aufpassen müssen, da sie gewaltige Sprengkraft hat, wenn es uns nicht heute gelingt, die Probleme der alten Menschen zu lösen. Es geht nicht nur um die alten Menschen von heute, sondern auch von morgen und übermorgen. Das sind dann wir alle, und hier werden die Probleme dann um ein Vielfaches größer sein. (Allgemeiner Beifall. – 12.16 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich schlage vor, daß wir nach seiner Rede für eine Stunde Mittagspause unterbrechen und nach der Mittagspause fortsetzen mit der Rede des Herrn Abgeordneten Schrittwieser.

Abg. Schinnerl (12.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ich freue mich, daß ich endlich zu dem wichtigen Bereich Soziales nun einmal sprechen kann. Die Budgetdebatte bietet mir nun die Gelegenheit, meine Vorstellungen und auch einige kritische Anmerkungen hier darzulegen. Ich bin Mitglied des Sozial-Ausschusses, und es ist für mich als neuer Abgeordneter in diesem Haus eigentlich befremdend, daß dieser wich-

tige Ausschuß bis zum heutigen Tag noch kein einziges Mal getagt hat. Ich frage nun den Herrn Landesrat und die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Abgeordnete Erna Minder, warum dieser Ausschuß eigentlich bis jetzt noch nie zusammengerufen wurde, wo es so wichtige Dinge im Bereich Soziales zu besprechen gibt. (Abg. Minder: „Fragen Sie den Herrn Präsidenten, warum!“) Ich glaube, daß man ohne weiteres bei einem Gesetzesentwurf, wo es um Ruhegeld für Pflegemütter geht, wo es keine einheitlichen Lösungen gibt in diesem Punkt, diesen Ausschuß hätte einmal beschäftigen können. Dieser Ausschuß besteht seit einem halben Jahr und er ist bis jetzt nicht zusammengekommen. Dafür habe ich wirklich kein Verständnis. Warum dieser nicht zusammenkommt, das weiß ich nicht, aber ich hoffe, daß das in der nächsten Zeit wirklich passieren wird, denn wenn ich denke, daß die Frau Ausschuß-Obfrau gesagt hat, sie ersucht alle in diesem wichtigen Bereich um Zusammenarbeit, dann glaube ich, daß das gerade eine Sache wäre, wo man das unter Beweis stellen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, realistischere Weise müssen wir langsam aber sicher von der Tatsache der künftigen Unfinanzierbarkeit der zu erbringenden Sozialleistung ausgehen. Heute sind wir schon soweit, daß alle Bürger unseres Landes nur daran gemessen werden, ob sie mit sämtlichen Raffinessen und Tricks und unter Umgehungen und Verschleierungen es verstehen, in den Genuß der Sozialleistungen zu kommen. Damit werden aber die derzeitigen Sozialleistungen wirklich in Frage gestellt, zum Beispiel die Arbeitslosenunterstützung, die Wohnbeihilfe oder die Schulfahrtbeihilfe.

Und nun zum Problem der Arbeitslosigkeit in der Steiermark: Nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Statistik hatten wir Ende Jänner in der Steiermark eine Arbeitslosenrate von 10,6 Prozent. Dies war auch damals der Anlaß für eine Sondersitzung im Landtag. Im Vorjahr lag der Durchschnittswert noch bei 7,1 Prozent der Arbeitslosigkeit. Tatsache ist aber, daß vor einigen Tagen, also Ende März, bei uns 9,5 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen sind. Es gibt da sehr dramatische Zahlen in den Bezirken, vor allem in der Obersteiermark und in der Ost- und Weststeiermark, wo in verschiedenen Bezirken 10 oder knapp an die 10 Prozent Arbeitslosigkeit herrscht. Die Chancen auf einen freien Arbeitsplatz sind laut Statistik sehr gering. Auf einen freien Arbeitsplatz kommen in Leoben zwölf Arbeitslose, in Bruck an der Mur zehn Arbeitslose, in Hartberg acht Arbeitslose, in Voitsberg sieben Arbeitslose, in Mürzzuschlag, in Judenburg und Knittelfeld sechs Arbeitslose und in Weiz und Feldbach fünf Arbeitslose. In Graz kommen zum Beispiel auf eine offene Arbeitsstelle nur drei Arbeitslose. Soviel zur Statistik, meine Damen und Herren. Nun zur anderen Seite: Es ist ja hinlänglich bekannt, daß oftmals freie Arbeitsplätze von den Firmen nicht gemeldet werden, weil der Vorwurf im Raum steht, daß über das Arbeitsamt nicht unbedingt die qualifiziertesten Fachkräfte zu bekommen sind. Bei Wahlveranstaltungen im Herbst und jetzt bei der Bundespräsidentenwahl habe ich mit einer Unzahl von Gewerbetreibenden im Bezirk und im Raum Oststeiermark gesprochen, und die erklärten mir, daß eigentlich der wahre Grund ja gar nicht der ist, daß es keine Arbeit-

suchenden gibt. Es gibt sie zwar, aber sie sind von den Firmen nicht zu bekommen, aus welchem Grund auch immer. Es könnte auch sein, daß die Arbeitslosenunterstützung unter Umständen noch besser ist, als bei irgendeinem Betrieb zu arbeiten. Zusammenfassend noch einmal: Auf der einen Seite haben wir die Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite haben wir das Problem, daß gewisse Betriebsinhaber auf der Suche nach geeigneten Fachkräften sind und sie aber nicht bekommen. Hier würde der natürliche Mechanismus von Angebot und Nachfrage beiden Seiten helfen können. Warum ist das aber nicht so? Dies, meine Damen und Herren, ist ein Zeichen dafür, daß das Sozialsystem, das heute gehandhabt wird, nicht optimal funktioniert. Warum aber kann es nicht funktionieren? An unserem Sozialsystem ist ständig herumgebastelt worden mit folgendem Resultat: Die Sozialausgaben sind immer gestiegen, aber die Effizienz derselben läßt zu wünschen übrig. Auch hier gilt die Faustregel, je differenzierter ein Sozialsystem ist, umso unkontrollierbarer wird es, und die Gefahr der Mißbräuche wächst. Damit meine ich jene Pseudoarbeitsuchenden, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, die das System aushöhlen und unterwandern, indem sie nicht ernsthaft eine Arbeitsstelle haben wollen. Ich wehre mich hingegen, jene Arbeitslosen, die es in großer Zahl zum Beispiel in der Obersteiermark gibt und die in Wirklichkeit bedauernswerte Menschen sind, mit diesen von mir vorher Genannten in einen Topf zu werfen. Diesen Arbeitsuchenden gilt unsere volle Unterstützung auf ihrem harten Weg, wieder eine Arbeit zu finden.

Ich möchte nun aber vielmehr von den Leuten sprechen, die sich beinhard unseres sozialen Netzes bedienen, von Leuten, die sich nicht überlegen, wie sie wieder zu einem Arbeitsplatz kommen, sondern nur darauf aus sind, soviel Geld wie nur möglich aus den sozialen Mitteln zu ergattern, ohne dafür eine Leistung erbringen zu müssen. Aus jenen sozialen Mitteln nämlich, die von den fleißigen und tüchtigen Steirerinnen und Steirern aufgebracht werden müssen. Um diesen Mißstand zu beseitigen, haben wir Freiheitlichen einen Resolutionsantrag eingebracht, den ich nun vortragen möchte. „Im Zuge der Novellierung des Sozialhilfegesetzes soll sichergestellt werden, daß arbeitslose Sozialhilfeempfänger nach Verstreichen einer angemessenen Frist eine Arbeit annehmen müssen, die nicht unmittelbar ihrer beruflichen Eignung und Vorbildung entspricht, die ihnen jedoch im Hinblick auf diese zugemutet werden kann. Kann der Hilfesuchende innerhalb einer weiteren angemessenen Frist keinen ihm im Hinblick auf seine berufliche Eignung und Vorbildung zumutbaren Arbeitsplatz erlangen, ist er verpflichtet, andere Arbeitsmöglichkeiten zu ergreifen, auch wenn sie nicht der beruflichen Eignung und Vorbildung entsprechen. Die dadurch sicher durch Minderinanspruchnahme freiwerdenden Mittel können der Betreuung von Flüchtlingen zugeführt werden. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, diese Aspekte bei der Vorlage der Novellierung des Sozialhilfegesetzes zu berücksichtigen“. Dieser Resolutionsantrag wurde mit Mehrheit von der ÖVP und FPÖ angenommen. Resümierend, die Vergabe der Mittel aus dem Sozialbudget soll und muß ausschließlich jenen Personen zugute kommen, die im Sinne des Gesetzes unterstützenswert sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in einigen Sätzen eine Lanze für die Selbstorganisationen brechen. Selbstorganisationen, meine Damen und Herren, sind nicht nur eine Alternative zur Bürokratie, sie sind auch ein Mittel zur Budgetsanierung und Budgetentlastung, sie sind ein Mittel zur Verbesserung der Organisation und schlußendlich ein Symbol des alternativen Lebensstils. Ich weiß, daß die Leute das nicht gerne hören, weil alle gewohnt sind, vom Vater Staat gelenkt und versorgt zu werden. Es gibt hier eine sehr umfangreiche Literatur, welche Möglichkeiten es gäbe.

Es gibt private Tageszentren, es gibt Besuchsdienste, Hauskrankenpflege, das ist eine Möglichkeit, die wir weiter ausbauen und fördern müssen, es gibt Telefondienste privater Natur.

Es gibt weiters organisierte Begleitsdienste, es gibt Aktivitäten der Senioren und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, ich kenne auch die Gegenargumente. Es sind dies die Versorgungssicherheit durch den öffentlichen Bereich sowie die Verlässlichkeit durch den öffentlichen Bereich!

Aber, meine Damen und Herren, ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir mit diesem Budget nur die wichtigsten Themen mit den geringen finanziellen Mitteln erfüllen können. Durch die angespannte finanzielle Situation gibt es auch fast keinen Spielraum. Durch den weiteren Ausbau und durch die Weiterentwicklung der Selbstorganisationen tritt auch eine finanzielle Entlastung des Budgets ein, ohne die Betreuung zu verringern, sondern die Betreuung könnte sogar verbessert werden.

Ein möglicher Ansatzpunkt dazu wäre das Subsidiaritätsprinzip: Das würde im konkreten bedeuten, daß jeder versuchen würde, zuerst das zu erledigen, wozu er selbst imstande ist, und erst bei jenen Aufgaben staatliche Hilfe, sprich eben Sozialleistungen beansprucht, wo er selbst nicht mehr in der Lage ist, dies zu bewältigen.

Heute jedoch scheint die Situation, oder vielmehr ist die Realität eine andere: Als erstes wird versucht, in den Genuß sämtlicher sozialer Leistungen zu kommen, und erst dann, wenn nichts mehr geht, werden eigene Aktivitäten gesetzt. Ziel der Freiheitlichen ist es, wir wollen erreichen, daß die Menschen in erster Linie wieder ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. (Abg. Vollmann: „Hilfe zur Selbsthilfe. Eine Rückkehr in die Zeit um 1920!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich verweise nochmals auf Paragraph 46 der Geschäftsordnung!“)

Nun im konkreten zum Sozialbudget: Das Sozialbudget hat im heurigen Jahr fast die 2-Milliarden-Schilling-Grenze erreicht. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr 1991 eine Steigerung von 10,8 Prozent inklusive außerordentlicher Haushalt. Diese Erhöhung ist für die betroffenen Sozialhilfeempfänger eine überaus erfreuliche und auch sehr wichtige Förderungserhöhung. Ich hoffe und wünsche mir und uns allen, daß nur die echt berechtigten Sozialhilfeempfänger, und ich betone noch einmal die echt berechtigten Sozialhilfeempfänger, diese wichtigen und notwendigen finanziellen Hilfeleistungen in Anspruch nehmen können.

Nun einige Schwerpunkte, die sich bei der Betrachtung des Budgets ergeben:

Erstmals budgetiert, 10 Millionen für sozialökonomische Beschäftigungsprojekte, zum Beispiel BAN – Beratungsstelle für Arbeitslose und Nichtseßhafte, die vor sieben Jahren privat gegründet wurde –, weiters die Chance B, die Bunte Fabrik. Insgesamt konnten in diesen drei Bereichen 170 Personen mit Arbeit versorgt werden, die später wieder in den normalen Arbeitsprozeß eingegliedert werden können.

Das Budget für Sozialinitiativen wurde auf 10 Millionen Schilling aufgestockt.

Die Beiträge für die Altenbetreuung wurden um 10 Millionen Schilling erhöht.

Die Beiträge an private Jugendwohlfahrtsträger wurden um 100 Prozent auf 10 Millionen Schilling erhöht. (Beifall bei der SPÖ.) Man kann ruhig klatschen, das ist etwas Positives. Dies ist eine wichtige Erhöhung und kommt Landesjugendheimen, der Lebenshilfe und sonstigen sozialen Diensten zugute. Wichtig ist die Förderung von Wohngemeinschaften.

Die Förderungsbeiträge für Seniorenverbände sind erstmals mit einer Million Schilling budgetiert. Hier wurde meiner Ansicht nach aber nur eine Alibihandlung gesetzt. Denn es handelt sich hier um eine überaus große Personengruppe.

Bis zum Jahre 2011 werden eine Viertel Million Menschen über 60 Jahre alt sein. Die Lebenserwartung wird noch immer weiter steigen. Derzeit ist ein Fünftel der steirischen Bevölkerung älter als 60. So liegt es im Interesse sowohl der alten Menschen, als auch der Gesamtgesellschaft, daß bei der gerechten Verteilung von Rechten und Pflichten die alten Menschen nicht ausgeklammert werden.

Es wird nicht schwer fallen, den alten Menschen ihr Recht zukommen zu lassen, wenn sie in unserer Leistungsgesellschaft nicht nur an den Eigenschaften der Arbeitsfähigkeit, Kraft, Wendigkeit und Schnelligkeit gemessen werden, sondern an ihrer Lebenserfahrung, Geduld und Gelassenheit erkannt und geschätzt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist die Seniorenpolitik aufgerufen, Rahmendbedingungen zu schaffen, damit unsere ältere Generation, die maßgeblich unseren Wohlstand erarbeitet hat, einen sinnvollen Inhalt ihres Lebens und Wertschätzung in der Gesellschaft erfährt, die selbständige Lebensführung und das Verbleiben in der vertrauten sozialen Umgebung erhalten kann, bei Bedarf eine menschliche und fachliche Pflege bekommt und unter den angebotenen Dienstleistungen frei wählen kann. Die Erfahrungen zeigen, daß die Entwicklung der zur Verfügung stehenden Instrumente der Sozialhilfe für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben noch nicht abgeschlossen ist.

Darüber hinaus gibt es im Budget auch erstmals einen Ansatz für das Ruhegeld für Pflagemütter: Es wurden 7,5 Millionen Schilling budgetiert. Dieses Gesetz soll mit 1. Mai in Kraft treten, und noch immer gibt es unterschiedliche Meinungen. Nach meinem Dafürhalten sind hier bis jetzt noch immer keine Anspruchsvoraussetzungen vorgelegt worden, und ich hoffe, daß in diesem wichtigen Bereich in nächster Zeit Entscheidungen getroffen werden. Das Konzept habe ich bis jetzt noch nie gesehen. Ich werde mich aber sehr

bemühen, es in nächster Zeit vom Herrn Landesrat zu bekommen. Ich frage mich daher auch, nachdem dieser Ausschuß nie zusammengetreten ist, wann das wirklich das erste Mal passiert. Ich wäre sehr froh, wenn wir über diese wichtigen Dinge dann einmal sprechen könnten.

Die Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behinderten wurden im Budget von 3,5 Millionen auf 5 Millionen erhöht. Die Behinderten zählen zu den schutzbedürftigsten Gruppen in unserer Gesellschaft.

Die Bereitschaft, Behinderte vorurteilsfrei als gleichwertig anzuerkennen und sie am Arbeitsplatz zu akzeptieren, muß unser aller Ziel sein.

Bei öffentlichen Gebäuden und auf Wegen ist auf behindertenfreundliche Gestaltung zu achten – Landesregierungsgebäude, Bezirkshauptmannschaften, Finanzämter, Krankenkassen, Arbeitsämter und so weiter. Geeignete behindertenfreundliche Wohnungen wären beim Wohnbau einzuplanen, und erforderliche Umbauten sollen gefördert werden.

Ich ersuche alle Damen und Herren Abgeordneten im Haus, um die erforderliche Unterstützung für diese wichtigen Anliegen der Behinderten.

Auch die Blindenbeihilfe wurde Gott sei Dank von 158,2 Millionen auf 176,7 Millionen erhöht. Dies zeigt eine wirkliche Anerkennung dieser sehr benachteiligten Mitmenschen in unserer Gesellschaft.

Bei der Flüchtlingshilfe wurden die Kosten an die Sozialhilfeverbände von 90.000 Schilling auf eine Million erhöht. Die haben sich schon im Vorjahr ergeben, nachdem es so viele Ausgaben bei den Sozialhilfeverbänden gegeben hat. Die Installation eines Flüchtlingsreferates ist vorgesehen, das haben wir aus den Zeitungen entnommen, obwohl die dafür notwendigen Mittel nicht budgetiert wurden. Ich habe im Budget keinen Ansatz gefunden, wo es um Mittel geht, die für dieses Flüchtlingsreferat vorgesehen sind. Und ich glaube, daß es, wenn man schon weiß, daß man so etwas macht, um die Budgetwahrheit sicherzustellen, auch notwendig ist, daß budgetiert werden mußte.

Es ist begrüßenswert, daß heuer für soziale Belange mehr Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Und deshalb werden wir Freiheitlichen dem Sozialbudget der Gruppe 4 zustimmen. Wir befürchten aber, daß die Kosten, die hier veranschlagt sind, nicht eingehalten werden können, und so wird das Budget wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Aus diesem Grund bleibt uns Freiheitlichen nur noch der Weg, das Gesamtbudget abzulehnen und für die Zukunft zu hoffen, daß Sie es, Herr Landesrat, mit den nächsten Landesvoranschlägen im Hinblick auf die Budgetwahrheit ernst nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 13.39 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der Herr Abgeordnete Schinnerl hat zweimal festgestellt, daß der Sozial-Ausschuß nicht getagt habe. Ich darf der Fairneß halber mitteilen, daß nach der Konstituierung vom 18. Oktober 1991 der Sozial-Ausschuß am 19. und am 29. November 1992 zusammengetreten ist und im Augenblick zwei Stücke im Sozial-Ausschuß liegen, die für die nächste Tagung vorgesehen sind, weil sie erst am 17., also in der letzten Landtagssitzung, zugewiesen wurden.

Bevor ich unterbreche, darf ich sagen, daß wir noch immer lieben Besuch haben, nämlich die 16 Schüler der sechsten und siebenten Schulstufe des Bundesoberstufenrealgymnasiums Hasnerplatz unter der Leitung von Herrn Mag. Alfred Grischgl. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.) Ich hoffe, daß Sie noch ein bisserl Zeit haben, weil wir unterbrechen jetzt für eine Stunde. Die Sitzung wird um 13.40 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung der Sitzung von 12.40 Uhr bis 13.40 Uhr.)

Präsident Wegart: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (13.40 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hoffe, daß der Redner nach mir bald da ist, weil ich nicht lange zu diesem Kapitel brauchen werde. Ich möchte heute kurz über die sozialökonomischen Projekte reden, eine neue Form der Sozialpolitik, wie ich glaube, die zwar nicht immer ganz unumstritten ist, aber ich glaube, daß durch diese Form einer Sozialarbeit doch einige Probleme hintangehalten werden können. In den letzten Jahren haben sich in der Steiermark neun sozialökonomische Projekte etabliert, und sie beschäftigen sich vorwiegend mit sozial schwachen und am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Es handelt sich hier vor allem um Haftentlassene, Behinderte, Langzeitarbeitslose, physisch Kranke, alkohol- und drogenkranke Personen, Frauen und so weiter mit dem Ziel der Reintegration. Die Finanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist alljährlich für diese Gruppen ein besonderes Problem. Sie erwirtschaften Eigenerlöse von 15 Millionen Schilling. Der AMV, der der Hauptträger dieser Projekte ist, zahlt zwei Drittel dieser Kosten. Das Land übernimmt insgesamt aus den Gemeinden und dem Sozialhilfeverband 15 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren, diese sozialökologischen Projekte beschäftigen in der Steiermark, und das ist heute schon angeklungen, rund 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte auch diesen Punkt heute dazu benutzen, daß man diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank sagt. Ich habe das Glück, daß bei meiner Arbeitsstätte in Bruck, bei meinem Büro, in der Nachbarschaft ein solches Projekt beheimatet ist. Und ich habe immer wieder die Möglichkeit, nachzuschauen oder zu beobachten, in welcher Form sie hier an die Arbeit gehen. Es ist nicht immer leicht, sie auch aufrechtzuerhalten, wenn es auch hin und wieder Rückschläge gibt bei Personen, die in diesen Projekten beschäftigt sind. Denn es handelt sich ja um eine problematische Gruppe, für die es oft nicht selbstverständlich ist, daß sie täglich am Arbeitsplatz erscheinen, daß sie die Alkoholprobleme von heute auf morgen wegbekommen und vieles mehr. Sie gehen aber mit sehr viel Einfühlungsvermögen an die Arbeit und leisten daher auch für die Öffentlichkeit Hervorragendes. Der Wirtschaftsfaktor, den diese Projekte auslösen, ist nicht gering. Sie investieren und haben insgesamt bei den Investitionen einen Umsatz von rund 70 Millionen Schilling, und das ist schließlich ein nicht sehr geringer Betrag. Beschäftigungspolitische Maßnahmen, wenn sie experimentellen Charakter haben, sind zunehmend mit der kritischen Frage ihrer Fiskaleffizienz konfrontiert.

Einige Angaben dazu, daß diese Projekte ihre Berechtigung haben, möchte ich hier machen. Es gibt, wenn diese Leute in diesem Projekt ihre Arbeit machen, einen Zuwachs an direkten Steuern, die sie abliefern, die Erhöhung des Beitragsaufkommens für die Sozialversicherung und Einsparungen bei laufenden Sozialtransfers, meine Damen und Herren. Das sind einige der Punkte, warum diese Projekte sicherlich gerechtfertigt sind. Wir geben für die passive Arbeitsmarktpolitik in Österreich rund 34 Milliarden Schilling aus und für die aktive Arbeitsmarktpolitik – das heißt, die Probleme mit den Menschen lösen, mit den Menschen Umstrukturierungen vorzunehmen – 4,5 Milliarden Schilling. Ich glaube, das Verhältnis ist hier nicht das richtige, und man sollte darauf drängen, daß man mehr zur aktiven Arbeitsmarktpolitik übergeht. Meine Damen und Herren, diese Gruppe von Personen hat keine Lobby. Sie haben es vor allem deshalb so schwer, weil sie eben niemanden in der Wirtschaft, in der Öffentlichkeit haben, der uneingeschränkt hinter ihnen steht. Da haben wir, glaube ich, in der Politik den Schwächsten in der Gesellschaft zu helfen, eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Ich freue mich, lieber Herr Landesrat Tschernitz, und das hat es bisher nicht gegeben, daß für diese Projekte ein neuer Ansatz im Budget eingeführt wurde. Er ist mit 10 Millionen Schilling dotiert. Das kann sicherlich nur ein Beginn sein, weil ich glaube, daß diese Aufgaben zu nehmen werden. Aber es sind erstmals 10 Millionen Schilling im Budget, und ich bedanke mich namens der Betroffenen sehr herzlich, daß dies möglich war. Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, der Kollege Tschernitz hat das in der Regierung durchgesetzt, aber auch die Frau Landesrat Klasnic, sie ist zwar heute noch nicht hier, es gibt auch aus ihren Mitteln, und das muß man dazusagen, immer wieder Förderungsmittel, und diese ermöglichen natürlich auch dadurch diese Projekterweiterung. Das, glaube ich, gehört auch hier von mir dazugesagt, weil es ja ohnedies viele Punkte gibt, wo ich nicht mit der Vorgangsweise der Frau Landesrat einverstanden sein kann. Eine weitere Finanzierung, meine Damen und Herren, wird notwendig sein, auch in der Zukunft. Ich glaube, wir sollten uns alle dieser Aufgabe zuwenden, und wir werden auch trachten müssen, daß diese neue Form der Sozialpolitik weitergeführt wird. Ich muß hier auch, das hätte ich fast vergessen, eine Kritik an der AMV anbringen, denn man hat sich hier relativ rasch verabschiedet und hat die Mittel für diese Projekte sehr stark reduziert.

Das Land fängt jetzt einen Teil davon ab. Das ist gut, aber ich glaube, daß in der Zukunft der Bund hier eine besondere Verpflichtung hat. Sollten nämlich die Projekte geschlossen werden, würden für uns folgende Probleme verstärkt auftreten: Die Zunahme der obdachlosen Personen würde sich erhöhen, die Zunahme der Einweisungen in zentrale Großeinrichtungen, wie psychiatrische Klinik und Heime, eine Zunahme von Kriminaldelikten, eine Vermehrung von Leid in vielfältiger Form für zahlreiche Familien. Ich glaube, das ist das, was wir alle nicht wollen, was wir auch nicht zur Gänze, aber doch zum Teil, verhindern können. Ich ersuche Sie auch in der Zukunft um das Wohlwollen für diese Projekte. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.47 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl.

Abg. Beutl (13.47 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich nehme an, daß auch Sie als Abgeordnete in Ihrem Bezirk draußen immer wieder als Gratulanten hinauskommen zu den runden hohen Geburtstagen, zu 80jährigen, 90jährigen, zu Jubiläen, zu goldenen und diamantenen Hochzeitsjubiläen und daß es Ihnen bei solchen Angelegenheiten wahrscheinlich ähnlich ergeht wie mir, daß man selbst sehr bewegt ist zu sehen, wie sehr alte Menschen sich freuen, wenn man ihnen Aufmerksamkeit schenkt, ihnen Zeit schenkt. Es ist auch immer wieder eine sehr berührende Erfahrung mitzuerleben, wie alte Menschen innerhalb des Familienverbandes sich wohl fühlen, dazugehörig fühlen. Das bestärkt mich in meinem Wunsch, in meiner Forderung, daß wir uns bemühen sollten, so gut es geht, diese Möglichkeit der Heimbetreuung in der Familie, diese Familien- oder Hausbetreuung der alten Menschen zu fördern und zu unterstützen. Es ist am Land fast noch der Normalfall, und es sollte der Idealfall sein. Insgesamt sind es noch 40.000 bäuerliche Familien, in denen diese Art der Altenbetreuung noch wirklich gut funktioniert. Daß vieles zusammenstimmen muß, ist schon klar, es müssen auch die räumlichen Verhältnisse stimmen, und es muß vor allem die Bereitschaft der Familie da sein, diese häusliche Pflege auf sich zu nehmen. Es ist der ausgesprochene Wunsch vieler alter Menschen, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können, auch im Alter nicht verpflanzt zu werden in eine fremde Umgebung, in ein Heim und auch von vertrauten Menschen versorgt zu werden. Wenn wir uns aber dann anschauen, wer sie umsorgt, wer sie pflegt, wer sie betreut, dann müssen wir schon feststellen, daß das zum großen Prozentsatz Frauen sind, Töchter, Ehefrauen, Schwiegertöchter, die die Pflege leisten und die Hauptlast tragen. Es ist das auch statistisch erhoben. Und zwar sind es von den etwa 300.000 alten Menschen, die in dieser häuslichen Pflege in Österreich betreut werden, 63 Prozent, und davon aufgegliedert sind es 92 Prozent Männer und 59 Prozent Frauen, die von Frauen zu Hause gepflegt werden. Diese Frauen verzichten teilweise oder ganz auf ihren eigenen Beruf und verzichten damit auch auf ihre eigene Altersabsicherung. Das sollte uns schon bewußt sein. Das heißt, sie stehen im Alter selbst dann oft ohne eigene Alterssicherung da und haben sich doch ihr ganzes Leben um andere Menschen gekümmert und für sie Arbeit geleistet und ersparen auf der anderen Seite den Kassen riesige Beträge. Ich kenne viele solcher Frauen persönlich, die mir dann sagen: „Ich bin jetzt fast 60, ich habe fünf Kinder großgezogen und daneben noch die Eltern gepflegt.“ Der Schwiegervater ist jetzt vielleicht auf Grund eines Schlaganfalles ein Pflegefall, und diese Frau selbst hat vielleicht vier, fünf Jahre im Beruf verbracht, hat den Beruf dann aufgegeben und steht nun ohne eigene Alterssicherung da. Dazu kommt, daß diese Pflegeleistung nicht so einfach ist. Sie erstreckt sich heute, wo wir dank der fortschrittlichen Medizin mit einer sehr viel höheren Lebenserwartung rechnen dürfen, auf sehr viele Jahre. Es ist so, daß die Pflege der Eltern

manchmal nahtlos übergeht in die Pflege des Ehepartners. Für all diese Leistungen gibt es bisher nicht die Spur einer finanziellen Entschädigung. Dabei gibt es auch sehr genaue Berechnungen darüber, was der volkswirtschaftliche Wert dieser Familienarbeit ist, etwa ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Daß der ideelle Wert und die ideelle Anerkennung unbestritten sind, das ist schon klar. Wir sind der Meinung, daß es auch zu einer sozialrechtlichen Anerkennung dieser Leistungen kommen muß, und wir fordern daher, so wie für die Einrechnung der Erziehungszeiten von Kindern, auch die Einrechnung dieser Zeiten der Pflegearbeit in die Neugestaltung der Pensionsreform. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Es kann doch nicht so sein, daß Arbeit mit Maschinen, Wartung von Maschinen, höher bewertet wird, als Arbeit und Wartung – wenn Sie mir diesen Ausdruck erlauben – von Menschen im Familienverband. Da stimmt doch etwas nicht. Ich vermissе eigentlich diesen Ansatz in der Reformdiskussion nun in diesen Tagen, wo es um die Pensionsreform geht. Zusätzlich aber – und auch das ist eine Forderung – ist es notwendig, für diese pflegenden Personen Hilfen und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, denn sie brauchen das zur Entlastung. Man muß sich das einmal vorstellen. Es ist ja nicht immer nur der Mangel an Pflichtbewußtsein oder elterlicher Liebe, wenn Angehörige sich außerstande sehen, Familienangehörige sozusagen in ihre Pflegeverantwortung zu übernehmen. Anlässlich einer Diskussionsveranstaltung hat eine Betroffene es als „Elend der Angehörigen“ bezeichnet, das eines rund um die Uhr ist. Denn es ist bei der Altenpflege ja ähnlich wie bei der Säuglingspflege, es geht nicht nur um das Putzen und Waschen und Füttern, sondern es sind ja auch die vielen gestörten Nächte, die belasten. Es ist eine immense körperliche Anstrengung damit verbunden, denn alte Menschen, sind oft auch körperlich gewichtig, mit 80, 90 Kilogramm, sie müssen gehoben und gepflegt werden. Dazu kommt die psychische Belastung, denn alte Menschen werden eigensinnig und störrisch und oft auch ungerecht. Diese Frauen haben kaum Zeit zur Erholung, zu einem Urlaub, sie haben kaum einen Freiraum. Da sollten auch Einrichtungen geschaffen werden, um diesen Freiraum für die Entlastung solcher Pflegenden zu schaffen. Die Trends der gesellschaftlichen Entwicklung und auch die Bevölkerungsentwicklung werden das mit sich bringen – wir haben heute von dieser Drohung, die uns ins Haus steht, schon gehört –, daß diese so ideale häusliche Pflege in Zukunft kaum noch zu bewältigen sein wird und daß wir uns wirklich dringendst und bald um die Lösung dieses Problems kümmern müssen.

Wir müssen es schaffen, ein System einzurichten, bei dem es nicht nur um die Versorgung physischer Bedürfnisse geht, sondern viel stärker noch um die Möglichkeiten einer, nennen wir es liebevollen und würdigen Betreuung im Alter. Denn für jeden von uns wird sich früher oder später diese Frage stellen, die Frage der eigenen Betreuung und Versorgung im Alter. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 13.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Köhldorfer.

Abg. Köhldorfer (13.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie alle kennen ja den Sozialplan für die Steiermark. Die Diskussion über die Zunahme der pflegebedürftigen Personen in den nächsten zehn Jahren und somit der Mehrbedarf an Pflegebetten darf nicht nur bei den Landespflegeanstalten stattfinden. Es muß auch in der Steirischen Krankenanstaltengesellschaft darüber geredet werden. In der Krankenanstaltengesellschaft deshalb, weil, und ich zitiere hier aus dem Sozialplan, „geriatrische und gerontopsychiatrische Stationen und Abteilungen vielfach ähnliche Aufgaben erfüllen wie die Pflegeheime“. Das ist ja an und für sich etwas Gutes. Ist es aber nicht so, daß der Pflegebereich in den Krankenanstalten wesentlich teurer kommt als in den Landespflegeanstalten? Ein Tag im Krankenhaus kostet 3500 Schilling. Wir, die freiheitliche Fraktion, fordern eine optimale Verbesserung für beide Bereiche, indem man den Pflege- und den akuten Krankenbereich trennt. Der Pflegebereich soll in eigenen, billigeren Einheiten stattfinden und der Akutbereich in den teuren Krankenanstalten.

Wenn man in unserem Gesundheitssystem und in der Krankenanstaltengesellschaft die dringend notwendige Reform durchführen will, muß man zuerst den Pflegebereich optimal ausbauen. Erst dadurch werden die Krankenanstalten von den Pflegefällen entlastet. Ob man diesen Ausbau jetzt in den einzelnen Bereichen tätigt oder einer Gesamtlösung zuführt, darüber kann man diskutieren. Es stellt sich die Frage, warum man den Pflegebereich nicht auch ausgliedert. Das Land Steiermark muß auch hier den Weg gehen, der Mitte der 80er Jahre bei den Krankenanstalten begonnen wurde, mit dem Ziel, diese nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu führen. Es ist zu überlegen, den Pflegebereich in eine Unterorganisation oder Tochtergesellschaft mit dem Krankenanstaltenwesen, in welcher Form oder Firmenkonstruktion auch immer, zusammenzuführen. Der Ausbau des Pflegeheimbereiches kann aber auch unter dem Dach einer gemeinsamen Holding zwischen den Krankenanstalten und den Pflegeheimen stattfinden. Welche Überlegungen auch immer angestellt werden, es ist dringend notwendig, den Pflegebereich im Interesse aller Betroffenen möglichst rasch auszubauen.

Im Krankenanstaltenbereich kann durch eine gemeinsame Lösung auch die Strukturbereinigung, sprich Reform, beginnen. Die Krankenanstalten müssen finanzierbar bleiben, wie auch die Abgeordneten Hirschmann und Vollmann in der Generaldebatte ausgeführt haben. Die 5 Milliarden Schilling, die in den letzten fünf Jahren in die Krankenhäuser investiert wurden, waren dazu da, um Versäumnisse der letzten 50 Jahre teilweise zu reparieren. Es bleibt die Frage, wie finanzieren wir in Zukunft die KAGES? Es gibt nicht alle Jahre, so wie es heuer der Fall war, die Möglichkeit, über 500 Millionen Schilling vom Wirtschaftsplan der KAGES zu streichen. Man wird entweder große Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung in Kauf nehmen oder aber gewisse Reformmaßnahmen setzen müssen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wenn wir schon bei Überlegungen bezüglich unseres Gesundheitswesens und Sozialbereiches sind, muß auch die Hauskrankenpflege angesprochen werden. Dieser Form der Kranken- und Pflegebetreuung wird

in Zukunft ein wesentlich höherer Stellenwert beimessen werden müssen als bisher. Die Zeiten, wo Senioren und Pflegebedürftige von Familienmitgliedern versorgt wurden, ist etwas, das auch im Sozialplan dokumentiert wird, sind leider vorbei. Einerseits, weil es immer mehr kinderlose Paare gibt, und andererseits, weil es immer mehr Einpersonenhaushalte gibt. Dazu kommt natürlich auch die steigende Lebenserwartung. Um es diesem Personenkreis bei Krankheiten oder vorübergehender Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen, in ihren vier Wänden zu gesunden, ist es notwendig, eine umfassende steiermarkweite Hauskrankenpflege zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir haben hier in diesem Haus eine Resolution bezüglich der Hauskrankenpflege eingebracht, welche von der SPÖ mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt wurde. Es wird von der Sozialdemokratischen Partei behauptet, daß die Hauskrankenpflege in keinem Zusammenhang mit den Krankenanstalten steht, sondern daß es sich bei beiden um widersprüchliche Institutionen handelt. Dabei bekommt das Gesundheitsressort für den Ausbau der Hauskrankenpflege aus dem KRAZAF seit vier Jahren jährlich 100 Millionen Schilling zum Ausbau dieser Hauskrankenpflege. Der Herr Landesrat Strenitz ist nicht da, aber ich frage ihn, wo ist das Geld hingekommen? Auch der Generaldirektor der Gebietskrankenkasse (Abg. Vollmann: „Da mußt du seinen Vorgänger fragen, denn er hat das Geld noch nie gesehen!“), Herr Gerhard Bubik, wie ich gestern in der „Kronen Zeitung“ gelesen habe (Abg. Dr. Lopatka: „Es ist ein Fehler, daß Landesrat Dr. Strenitz jetzt nicht da ist!“) Meine Damen und Herren, der Sozial- und der Pflegebereich sind so eng miteinander verbunden, daß beide Bereiche davon angesprochen werden müssen. Es tut mir leid, daß er nicht hier ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Er interessiert sich nur für die Spitäler. Das ist der Fehler!“ – Abg. Dr. Wabl: „Die Hauptsache ist, daß du da bist!“ – Präsident: „Der Herr Abgeordnete Köhldorfer hält seine Jungferrede. Politische Fairneß würde es erfordern, ihm zuzuhören!“) Danke, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, jeder, der den Sozialplan für die Steiermark gelesen hat, kann daraus ersehen und lesen, wie eng verbunden das Sozial- mit dem Gesundheitswesen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Ganz deiner Meinung, nur, Dr. Strenitz hat das nicht verstanden!“)

Darf ich jetzt in meinen Ausführungen weiterfahren? Wir haben hier in diesen drei Tagen den Budgetlandtag, und ich bitte Sie, jetzt mit meinen Ausführungen fortfahren zu dürfen. Der Generaldirektor der Steirischen Gebietskrankenkasse, Herr Bubik, hat, wie ich in der „Kronen Zeitung“ gelesen habe, auch diese Frage gestellt, die ich vorher formuliert habe, und auch er ist der Meinung, daß ein Drittel der Patienten in den Krankenanstalten eine Pflege braucht, und kein Akutbett. Dazu dann noch die Aussage hier im Sozialplan, „es ist unbedingt erforderlich, den mobilen Pflegebereich umgehend auszubauen, um den fehlenden Pflegebettenbedarf abzudecken“. Das bestätigt, daß dies alles doch sehr notwendig ist. Aus freiheitlicher Sicht, und ich sehe hier unsere Gedanken und unseren von der SPÖ abgelehnten Antrag bezüglich der Hauskrankenpflege bestätigt, ist die Hauskrankenpflege unbedingt notwendig, um die Krankenanstalten und die Pflegeheime zu entlasten. Die Hauskrankenpflege ist eine Pflege ohne ein Akutbett. Damit kann man

über 800 Betten – (Abg. Dr. Lopatka: „Ein Bett brauchen Sie schon!“) ein Bett schon, aber kein Akutbett im Krankenhaus – und 500 Millionen Schilling jährlich einsparen. 500 Millionen Schilling, die wir nicht aufbringen können, wie wir beim jetzigen Budget sehen, die aber durch die Einsparungen auch nicht im Budget der Gebietskrankenkasse bleiben können. Das möchte ich hier behaupten und auch sagen.

Die Krankenanstalten benötigen dringend die Mittel für wichtige Vorhaben. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang muß sein, daß die Verrechnungsmodalität mit der GKK geändert werden muß. Weg von der tageweisen Bezahlung – hin zur Leistungsbezahlung.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Steiermark eine Krankenanstaltengesellschaft, die – seit der Ausgliederung 1985 – nach privatrechtlichen Gesichtspunkten geführt werden sollte und mit einer geplanten Reform auch nach wirtschaftlichen Prinzipien zu führen sein wird. Zuständig dafür ist Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Dann haben wir die Landespflegeheime, die flächendeckend ausgebaut und wie die Krankenanstalten sofort einer Strukturänderung unterzogen werden müssen, wofür Herr Landesrat Tschernitz zuständig ist. (Landesrat Tschernitz: „Das gehört zum Kapitel Gesundheit, und das ist die Gruppe 5!“) Schließlich gibt es dann die Hauskrankenpflege, wo jeder der beiden Landesräte in seinem Ressort federführend ist. Aus ganzheitlicher und ressortübergreifender Sicht muß schnellstens eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Diese kann so aussehen, daß alle drei Sparten – die Krankenanstalten, die Landespflegeheime und die Hauskrankenpflege – unter dem Dach einer Holding, nach privatrechtlichen Prinzipien zusammengefaßt, oder einzeln, als Tochtergesellschaften der KAGES, gestaltet werden.

Herr Klubobmann Dr. Hirschmann (Abg. Kanduth: „Ist auch nicht da!“), Sie haben in Ihrer Generalrede so viele freiheitliche Ziele (Abg. Vollmann: „Wo ist der Herr Dr. Hirschmann?“), die zur Sanierung des Gesundheitswesens beitragen, aufgezählt, daß ich davon überzeugt bin, daß wir sie auch umsetzen können. Es liegt an uns, keine englischen Verhältnisse in unserem Gesundheitssystem aufkommen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß jeder Steirer eine optimale, finanzierbare und vor allem parteifreie Versorgung erhält. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.09 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl (14.09 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mit Sicherheit eine der großen Herausforderungen der Zukunft, nicht nur die Pflege und Betreuung älterer Menschen neu zu gestalten, sondern wir müssen dazu parallel unsere Wohnungen behinderten- und altengerecht bauen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Daher ist die Aufnahme von Teilen der Önorm B 1600, diese behandelt in Grundlagen das behinderten- und altengerechte Bauen, in die Steiermärkische Bauordnung notwendig, wo es in den Vorbemerkungen etwa sinngemäß heißt: Die in dieser Önorm ange-

fürten Planungsgrundlagen enthalten jene baulichen Maßnahmen, die notwendig und nützlich sind, die Eingliederung von Körperbehinderten in das normale Leben zu fördern und die Lebensbedingungen älterer Menschen, deren Anzahl durch die höhere Lebenserwartung ja ständig steigt, zu verbessern. Das ganze ist mit geringen Mehrkosten zu erreichen und soll dazu dienen, den Verbleib des behinderten oder auch nur betagten Menschen in seiner gewohnten Wohnumgebung zu gewährleisten. Obwohl diese Önorm B 1600, von der ich jetzt spreche, im Bauverfahren anzuwenden ist, reicht sie bei weitem nicht aus, weil zu oft in diesen Planungsgrundlagen oder Unterlagen davon die Rede ist, es soll gemacht werden oder ist geeignet oder wird empfohlen und so weiter. Außer es handelt sich um spezielle Wohnungen, also reine Behindertenwohnungen, Heime, Krankenhäuser und so weiter, wo es verpflichtend vorgesehen ist. Es müßte daher meiner Meinung nach bei einer Übernahme dieser baulichen Maßnahmen in die Steiermärkische Bauordnung aus dem Soll ein Muß werden. Die derzeitige Situation im geförderten Geschosßbau, den wir dann anschließend behandeln werden, ist überwiegend so, daß nur die im Erdgeschoß befindlichen Wohnungen für betagte Menschen geeignet sind, weil in der Praxis der letzten zehn, 15 Jahre nur wenige Wohnhäuser mit mehr als vier Geschossen beziehungsweise drei Obergeschossen errichtet wurden und daher der Einbau von Liften oder entsprechender Aufzugshilfen – wie es in der Bauordnung heißt – laut Steiermärkischer Bauordnung nicht notwendig war und auch nicht notwendig ist. Genau hier liegt das große Problem, warum nur ein geringer Teil unserer neu gebauten Wohnungen oder generalsanierten Wohnungen altengerecht und behindertengerecht ist. Ich bin überzeugt, daß wir unsere Wohnungen, Mehrfamilienhäuser in Zukunft zumindest für den nachträglichen Einbau von Aufzugshilfen baulich vorbereiten müßten als ersten Schritt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Erreichung der Obergeschosse muß für alle Menschen und für alle Bewohner ohne fremde Hilfe möglich sein. Wir erleben es in den Gemeinden fast täglich, daß Menschen, die in Obergeschossen wohnen, eine Wohnung im Erdgeschoß suchen und auch dringend benötigen, einen Wohnungstausch sozusagen anbieten, der in den seltensten Fällen auch stattfindet, weil sie nach einer Operation oder auch nur wegen fehlender Kraft nicht mehr imstande sind, die Höhen zwischen Terrain und den Obergeschossen zu überwinden. Und das meistens bei Stufenhöhen von 17,5 Zentimeter. In einer ähnlichen Situation befindet sich aber auch eine Mutter mit ihren Kleinkindern.

Meine Damen und Herren! Nur 2 Prozent der Pensionisten wünschen sich eine andere Wohnung. Auch dann nicht, wenn diese größer, besser oder schöner wäre. Unsere älteren Menschen möchten aus ihrer gewohnten Wohnumgebung nicht weg. Sie wollen auch nicht unbedingt bei ihren Kindern wohnen, aber zumindest in der Nähe. Es gibt daher meiner Meinung nach kein Seniorenproblem. Wir machen es zum Problem, indem wir Seniorenwohnhäuser meist am äußersten Rand der Städte und Ortschaften errichten, weil gespart werden muß und weil uns dort die Grundstücke doch beträchtlich billiger kommen, wo dann als logische Folge die Isolierung dieser älteren Menschen

unaufhaltsam stattfindet und vor sich geht, wo sie wenig Besuch erhalten. Es ist erwiesen, daß ein Viertel der Bewohner dieser Seniorenwohnhäuser an den Stadträndern überhaupt keinen Besuch von Verwandten oder Bekannten erhalten. Trotzdem können und wollen wir auf diese Art der Wohnversorgung – es sind in Wirklichkeit Ersatzwohnungen – für betagte Menschen nicht verzichten, sondern wir werden weitere brauchen. Was wir benötigen, meine Damen und Herren, ist eine brauchbare Alternative zum Seniorenwohnheim. Wir müssen bewohnergerecht bauen, das bedeutet, nicht nur für Jung oder Alt unsere Wohnungen zu errichten, sondern für Jung und Alt. Nur so könnte es uns gelingen, die vielen Senioren, die derzeit in Krankenhäusern verweilen beziehungsweise verweilen müssen und in Wirklichkeit entlassungsfähig sind, man spricht von zirka 20 bis 30 Prozent der über 65jährigen – mein Vorredner hat das wahrscheinlich gemeint –, wieder in ihre Wohnumgebung zurückzuholen. Zuerst müssen wir aber das Problem lösen. Die Heimunterbringung liegt häufig nicht im Interesse der älteren Menschen. In Altenheimen erwarten den pflegebedürftigen oder auch nur alten Menschen meist eine Wohnsituation und Bedingungen, die zwar seine Existenzgrundlage garantieren, aber in vielerlei Hinsicht nicht seinen Vorstellungen und Erwartungen entsprechen. Wohnen im Alter muß ein zentrales Thema sein. Ein Thema, das nicht mit Patentrezepten einfach zu lösen ist. Erst durch das Zusammenfügen vieler Bausteine werden Lösungen entstehen, die der Komplexität des Wohnens im Alter gerecht werden.

Isolierung und Einsamkeit sind das größte Defizit der älteren Menschen. Wir müssen mit der Tatsache, daß die Lebenserwartung rasch zunimmt, mit dem Phänomen „Alter“ in angemessener Weise kulturell und sozial umgehen und nicht versuchen zu verdrängen oder hinauszuschieben. Und wie wir dieses anstehende Problem lösen, meine Damen und Herren, hängt im hohen Maße damit zusammen, wie reif unsere Gesellschaft ist. Ich danke fürs Zuhören. (Allgemeiner Beifall. – 14.17 Uhr.)

Präsident: Bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, begrüße ich auf der Zuschauergalerie die Schüler des Bundesgymnasiums Pestalozzi unter der Leitung von Herrn Dr. Günther Winkler. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke dem Lehrkörper und den Schülern für ihr Interesse an den parlamentarischen Einrichtungen unseres Bundeslandes.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (14.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung unseres Landes steigt laufend an. Waren 1951 knapp 16 Prozent aller Einwohner Österreichs über 60 Jahre alt, so betrug im Jahr 1986 der Anteil der über 60jährigen bereits 20 Prozent. Bis zur Jahrtausendwende ist mit einem Anstieg auf 1,65 Millionen Menschen, das sind 20,8 Prozent, zu rechnen, die über 60 Jahre alt sein werden. Im Jahre 2031 soll die Zahl der über 60jährigen auf 30 Prozent ansteigen, das sind rund 2,4 Millionen Menschen. Gegenwärtig sind in Öster-

reich etwa 330.000 Personen hilfs- und pflegebedürftig. Rund 80.000 von diesen benötigen Leistungen, die nur durch diplomierte Kräfte erbracht werden können. Der Rest kann über ambulante Hilfsdienste betreut werden. Etwa 235.000 Pensionisten beziehen einen Hilflosenzuschuß, das sind fast 14 Prozent der Pensionsbezieher. Der Hilflosenzuschuß ist eine Zuschußleistung zur Pension, das heißt, nur Pensionsbezieher können einen Hilflosenzuschuß erhalten, wobei es keine Abstufung nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gibt. Gemäß der derzeitigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes erhält eine hilflose Person diesen Hilflosenzuschuß nur dann, wenn der von ihr für eine Hilfsperson zu zahlende Aufwand den Betrag des Hilflosenzuschusses, der derzeit zwischen 2887 und 2969 Schilling liegt, erreicht. Hat ein Hilfloser beispielsweise bei einem angenommenen Stundensatz von 80 Schilling für die Betreuung „lediglich“ einen Betrag von 2700 Schilling zu bezahlen, dann erhält er den Hilflosenzuschuß nicht, weil dieser den Richtsatz unterschreitet. Die 2700 Schilling beispielsweise muß er in diesem Fall von seiner Pension berappen. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit, meine Damen und Herren, ist groß und kann jeden von uns treffen, zum Beispiel als Folge eines Arbeits- oder Freizeitunfalles. Eine bessere soziale Absicherung des Pflegefallrisikos ist eines der dringlichsten sozialpolitischen Probleme der Gegenwart. Im Vordergrund steht die Frage, wie unsere Gesellschaft die Pflegebedürftigen und ihre Familien künftig gestellt und versorgt wissen will. Die künftige Sozialpolitik hat davon auszugehen, daß der pflege- und betreuungsbedürftige Mensch so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung bleiben kann. Das Sprichwort „einen alten Baum soll man nicht verpflanzen“ hat nach wie vor Gültigkeit. Die ambulanten beziehungsweise mobilen Betreuungsformen, wie Hauskrankenpflege, Altenhilfe und dergleichen, müssen verstärkt ausgebaut werden. Wir brauchen aber auch die vorhandenen stationären Einrichtungen, und wir werden in Zukunft auch auf den Bau von behindertengerechten Seniorenwohnungen ein großes Augenmerk legen müssen. Die durch eine solche menschenwürdige Absicherung aller Pflegebedürftigen naturgemäß entstehenden Kosten müssen über die raschest einzuführende Pflegevorsorge gedeckt werden. Es besteht gerade in diesem Bereich ein dringender Handlungsbedarf. Ich fordere daher, daß die Beratungen auf Bundesebene zur Einführung einer Pflegevorsorge oder Pflegeversicherung so rasch wie möglich positiv abgeschlossen werden. Nur mit einer solchen bundesweiten Lösung kann dem in der Steiermark vorhandenen starken Nachholbedarf an mobilen und stationären Pflegeeinrichtungen wirksam begegnet werden. Wenn der Bund nicht, wie geplant, zu Beginn des nächsten Jahres dieses dringend notwendige Bundespflegegesetz erläßt, dann ist es erforderlich, daß das Land Steiermark eigeninitiativ eine derartige Regelung trifft. Es wurde, entgegen den Ausführungen des Abgeordneten Lopatka, diesbezüglich bereits Vorsorge getroffen, und zwar mit einer geplanten Novelle zum Sozialhilfegesetz. (Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist sie?“)

Die den Gemeinden entstehenden Kosten müßten vom Land refundiert werden, es soll nicht eine freiwillige Kostenleistung werden. Die Finanzierung einer

umfassenden Pflegevorsorge soll nicht das Problem sein. Die Bezahlung könnte in Form eines Zuschlages zur Sozialversicherung oder aber in Form eines Pflege-schillings erfolgen. Die Menschen in unserem Land sind bereit, etwas dafür zu bezahlen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Kultur einer Gesellschaft mißt man unter anderem daran, wieviel sie für die sozial Schwächsten unter ihnen übrig hat. Es ist unsere Verpflichtung, nicht nur die sozialen Errungenschaften zu halten, sondern diese, unseren gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßt, entsprechend auszubauen und zu verbessern. Unsere älteren Menschen werden es uns danken, so wie wir es, wenn wir in das Alter kommen, unserer jüngeren Generation danken werden. In diesem Sinne richte ich daher nochmals den dringenden Aufruf an die Verantwortlichen in der Bundesregierung, die gesetzliche Pflegevorsorge unverzüglich einzuführen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (14.20 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir stehen im Spannungsfeld zwischen Jugend, Kindern und Alten. Alle Wortmeldungen bis jetzt haben sich sehr häufig auf das Problem der alten Menschen konzentriert. Das ist eine Situation, die gegenwärtig zur Lösung ansteht. Wenn wir uns gesellschaftlich weiterentwickeln wollen, müssen wir verstärkt auf die Probleme und auf die Situation unserer Kinder und Jugendlichen eingehen. Ich stelle Ihnen daher die Frage: Ist unsere Gesellschaft kinderfreundlich? Ist sie kinderfreundlich? Wir wissen, daß in der westlichen Welt, in allen Industrieländern, das Alter unaufhörlich ansteigt. Von unten wächst wenig nach. Man sagt, daß im Jahr 2010 die Alterspyramide Kopf steht. Die Psychologin Monika Hofmann spricht sogar von fundamentalen Veränderungen, die nicht nur Arbeitsabläufe und gesellschaftliche Institutionen betreffen, sondern auch Werthaltungen und den Lebensstil der Menschen. Der „Spiegel“-Redakteur Hans-Joachim Schöps sieht im demographischen Umsturz, der einzigartig in der Menschheitsgeschichte ist, erbarmungslose Kämpfe zwischen Jungen und Alten. Es kann auch bei uns tagtäglich passieren, daß einfach die Bedürfnisse der einzelnen, ohne es zu wollen, auf dem Hintergrund der alten und der älteren Menschen zu Kollisionen führen, in Kinderfeindlichkeit ausarten. Dem Lärm- und Bewegungsdrang der Kinder steht das natürliche Ruhebedürfnis älterer Menschen gegenüber. Die Lebenswirklichkeit der Kinder schaut anders aus als das Idealbild der Familie es zeichnet. Wir haben in Österreich fast nur mehr Ein- und Zweikindfamilien, wobei entweder beide Elternteile die leiblichen Eltern sind oder ein Stiefeltern teil da ist. Wir haben selten werdend die Mehrkindfamilie. Das bedeutet, daß in der Zukunft das Verwandtschaftsverhältnis Geschwister, Geschwister-Kinder, Kinder, Tanten, Onkeln, auch die Versorgung innerhalb der Familie viel schwieriger und problematischer wird, weil es einfach zu kleine Strukturen gibt. Die Allein-erzieherfamilien, es sind mittlerweile 274.000 mit rund

400.000 Kindern, sind im Zunehmen, weil die Eltern sich entweder kurzfristig scheiden lassen oder über längere Zeit getrennt leben oder weil ein Elternteil stirbt. Viele Kinder leben mit ihren Eltern in Lebensgemeinschaft. Das sagt nicht, daß die Familiensituation für die Kinder dort schlecht ist, aber es ist einfach die formalrechtliche Grundlage nicht so gegeben, wie in den ehelichen Familien. Viele Kinder erfahren ihr Lebensumfeld bei den Großeltern. Die Großeltern sind die Ansprechpartner, die Erzieher. Wir haben Kinder in Heimen und in Internaten. Das ist die Lebenssituation vieler Eltern und Kinder. Die andere Situation ist, daß Familien um die Armutsgrenze herum und unter der Armutsgrenze leben. Es werden immer mehr. Natürlich ist die materielle Versorgung nicht das allein Seligmachende. Aber es ist um vieles schwieriger geworden, in materiellen Bedrängnissen zu leben. Der Wert eines Kindes in einer Klassengemeinschaft wird auch an materiellen Gütern gemessen. Kinder sind sehr brutal im Beurteilen und im gegenseitigen Vergleichen. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ist für die ÖVP von größter Bedeutung, auch die Mehrkindfamilien steuerlich zu entlasten.

Ich freue mich auch, der Herr Landeshauptmann ist nicht da, trotzdem möchte ich sagen, daß wir in der Steiermark nun seit 1. Jänner 1990 die steirische Familienbeihilfe eingeführt haben, und im abgelaufenen Jahr haben 4200 Familien einen Antrag gestellt. 3013 davon wurden positiv beurteilt. Hier ist etwas sehr Signifikantes. Hier wird wirklich sozial schwächeren Familien nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen finanzielle Unterstützung gewährt. Die Summe von 47.470.000 Schilling wurde im vergangenen Jahr ausgegeben. Sie ist wieder im gleichen Budgetansatz für das jetzige Jahr vorgegeben. Der Familienpaß, der mit 1991 eingeführt wurde, wurde von 10.500 Familien beantragt. Diese Arbeit der Beurteilung, Bewertung und bescheidmäßigen Erfassung obliegt dem Referat Frau, Familie und Gesellschaft. Ich möchte hier Frau Ridi Steibl mit ihrem Team für die geleistete Arbeit im Namen vieler steirischer Familien, vieler steirischer Frauen ein herzliches Danke sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Glücklicherweise aber wachsen auch viele Kinder doch in regelmäßiger und relativ großer Geborgenheit und in geordneten Verhältnissen auf. Trotzdem gibt es Unzulänglichkeiten. Einerseits mangelnde und andererseits übertriebene Zuwendung und Förderung der Kinder. Beides ist für die Kinder nicht günstig. Übermäßige Förderung und Zuwendung verursacht ein Nie-erwachsen-Werden, verursacht ein Sich-nie-Ab-lösen. Mangelnde Zuwendung verursacht Einsamkeit, Aggressionen und auch Entwicklungshemmungen, übrigens auch die übermäßige Versorgung. Was wir nicht mehr gelernt haben, weil wir in unserem Eltern-sein häufig denken, alle Steine und alle Grenzen müssen unseren Kindern ausgeräumt werden, das führt aber zum Mangel an Lebensbewältigung. Wir müssen wieder die Kraft und den Mut haben, den Kindern konsequent Grenzen erfahrbar zu machen, Konflikte zwischen den Partnern und zwischen den Generationen verbal ordnungsgemäß zu lösen. Ein weiteres Kennzeichen unserer Gesellschaft dürfte sein, daß Eltern manchmal Besitzanspruch an Kinder erheben, als ob sie eine Sache wären. Das Kind hat das Recht,

sich als eigenständige Persönlichkeit zu fühlen. Die Eltern müssen lernen loszulassen. Sofort nach der Geburt, mit jedem Entwicklungsschritt, den ein Kind tut, freut sich die Familie, aber sobald das Kind eigenständig zu handeln und zu denken beginnt, erzeugt diese Selbständigkeit Angst und Sorge. Übermäßiger Ehrgeiz und Einsamkeit belasten Kinder. Ganz besonders belastend wirken sich Streit, Alkoholismus, Arbeitslosigkeit und Mißhandlungen an Kindern aus. Solange diese Dinge im familiären Bereich bleiben, ist die Belastung ausschließlich für die Kinder zu tragen. Oft erst im Kindergartenalter oder in der Schule wird das Kind auffällig, und man entdeckt, wo die Ursachen liegen, nämlich im Elternhaus. Nun, es gibt ein großes Angebot an institutionellen Hilfen, sie werden von den Eltern nicht gerne angenommen, weil ein persönliches Scheitern oder das Gefühl des persönlichen Scheiterns damit verbunden ist, manchmal sogar das Gefühl, sie werden bestraft für ihre offensichtlich gutgemeinte Behandlung.

Die Familienberatungsstellen, die Suchenden Hilfe anbieten, werden leider nicht im entsprechenden Maß angenommen. Genauso, wie wir von Gesundheitsvorsorge sprechen, meine Damen und Herren, genauso, wie wir mit Gesundheitsvorsorge die Spitals- und Pflegekosten reduzieren können, müßten wir logischer- und konsequenterweise auch von einer vorsorgenden Familienbegleitung in allen natürlichen Lebenskrisen als ein echtes Anliegen sprechen. Denn allein über die sozialen Bereiche ist es für die Zukunft nicht möglich, unsere Familien zu stützen und zu stärken. Nicht die idealisierte und traditionelle Familie darf als Modell verwendet werden, sondern die Bedürfnisse der Kinder, und ich sage bewußt, der Frauen sollen im Mittelpunkt stehen. Daher ist es notwendig, das Selbstbewußtsein der Frauen zu stärken, nicht den Gegensatz zum Mann schüren. Der Mann sollte lernen, mit Ängsten, mit Dingen, die ihm unbekannt sind, umzugehen. Ängste erzeugen Aggressionen, und Aggressionen arten oft in Gewalt aus, die wieder von Frauen und Kindern ausgehalten werden muß. Das ist ein Kreislauf, der sehr böse ist und schwer zu tragen ist. Ab und zu gibt es auch das andere. Aber im Normalfall ist es so, daß die Frau gelernt hat, über Jahrhunderte hindurch einzustecken, zu tragen, auszuhalten. (Allgemeiner Beifall.) Wenn dieses System unterbunden werden könnte, dann, glaube ich, wäre ein erster Erfolg da.

Frau Ridi Steibl hat eine sehr schöne Forderung aufgestellt, und zwar eine Person in der Gemeinde zu finden, die für familiäre Informationen zuständig ist. Da geht es um Frauenrunden, da geht es um Familienrunden, da geht es um soziale Kontakte, wie zum Beispiel für Zugezogene, die oft nicht wissen, wo sie einen Ansprechpartner, wo sie Hilfe für eine kurze Zeit finden, wenn das Baby zu betreuen ist, oder Lernhilfen für Kinder. Es ist bekannt, daß Mütter es oft nicht schaffen, ihren eigenen Kindern, weil die Ansprüche entsprechend sind, Lernhilfen zu geben. Ganz besonders problematisch wird es, wenn ein Krankheitsfall eintritt. Hier wäre ein Ansatz, der im Privaten, und ich sage es noch einmal, im Privaten sich organisieren und zum Leben erweckt werden kann.

Ein Anliegen möchte ich noch hier anbringen, das ist die echte Unterstützung bei Behinderten, wobei ich

bei echter Unterstützung nicht meine die Integration unter allen Umständen, sondern Integration dort, wo es sinnvoll ist, bewußte Integration, wirkliches Hereinnehmen in die Gesellschaft, aber Hilfe durch Absonderung dort, wo es nötig ist. Und beides sollte man doch nach entsprechenden ärztlichen und psychologischen Betreuungen voneinander trennen. Mit einem noch so guten Sozialkonzept können wir die Vielfalt der Mängel, die es in unserer Gesellschaft gibt, nicht abfangen. Ich denke, wir müssen lernen, unsere Randgruppen, und das sind, meinem Empfinden nach, Kinder, alte, behinderte Menschen, die nicht gestylt, jung, attraktiv und leistungsfähig sind, alle, die aus diesem Schema hinausfallen, sind eigentlich Randgruppen. Und wenn es uns nicht gelingt, diese Herausforderung, die wir spüren müßten, anzunehmen, dann werden wir im Sozialbereich einen Kostenpunkt haben, den wir uns kaum leisten können. Alles läßt sich nicht mit Geld machen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.39 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (14.39 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich zu einem entscheidenden Problem der sozialen Wohlfahrt Stellung nehme, das auch nach Umfragen für 89 Prozent der Österreicher besonders wichtig ist, das ist die Frage der Pensionsvorsorge, die Frage der Pensionsgestaltung. Ich selbst bin in der Politik schon manchmal müde geworden, und trotzdem ist es vielleicht ein erfreulicher Zufall, daß wir hier im Land Steiermark über ein Ruhegeld für Pflegemütter reden, darüber reden, daß wir das endlich einführen, und auf der anderen Seite auch auf Bundesebene bei der so notwendigen Pensionsreform davon gesprochen wird, daß endlich die Kindererziehung bei der Pension entsprechend angerechnet wird.

Ich möchte aber persönlich ganz dramatisch näherbringen, wie sehr ich den Eindruck habe, daß bei uns die Entwicklung des Pensionssystems, so gut dieses System gedacht war, in eine Richtung läuft, die wir alle nicht mehr wollen. Vor drei Tagen habe ich beim Bezirksgericht Feldbach eine Scheidungsverhandlung durchgeführt, und vor allem die Frauen mögen mir jetzt zuhören. Da ist ein Ehepaar, sie haben beide eine Landwirtschaft gehabt und sind in einem langjährigen Ehestreit und einem Scheidungsstreit, haben eine Wirtschaft gemeinsam bearbeitet, und er hat eine Pension von sage und schreibe 3600 Schilling. Vor einem halben Jahr ist die Ehe geschieden worden, wobei jetzt um das Verschulden noch gestritten wird wegen der Pensionsanspruchsberechtigung, und die bäuerlichen Vertreter werden es wissen, daß man einen Antrag stellen kann auf Pensionsaufteilung, das heißt also, daß sie, obwohl sie schon längere Zeit getrennt sind, 1800 Schilling hat zum Leben, und er hat 1800 Schilling. Wir haben dort diskutiert, und ich habe mich bemüht, einen Vergleich zu finden, um den beiden Menschen, die jetzt Kinder aufgezogen haben, die Landwirtschaft betreut haben, daß für sie endlich Zeiten einkehren, wo sie vielleicht einen würdigen Lebensabend bestreiten können, soweit das überhaupt bei 3600 Schilling, dividiert durch zwei, möglich ist. Ich sage ihnen, ich bin fast, und ich sage das hier ganz

deutlich, zum Weinen gekommen, wenn nämlich nur 3600 Schilling da sind an Pension, dann können Sie sich vorstellen, wo da der Kompromiß ist. Sie hat erklärt, ich habe bisher 1800 Schilling gehabt, damit bin ich schon mit Hilfe der Kinder über die Runden gekommen, und er hat gesagt, was soll ich dir von den 3600 Schilling noch geben, weil damit kann ich auch schwer leben. Und das möchte ich hier wirklich als dramatisches Gegenbeispiel skizzieren, weil mir das einfach am Herzen liegt, wie die Dimensionen da entglitten sind, wie das Verhältnis im Pensionsbereich nicht mehr stimmt. Wenn ich heute im „Standard“ lese, und ich traue mich das bewußt vorzulesen, weil das in der letzten Zeit die Medien beherrscht hat, die Frage der Einkommensstruktur in der Nationalbank, die Frage der Pensionsstruktur, die dort herrscht, dann lese ich hier, daß der Vizepräsident Kienzl bereit ist, ehrenamtlich weiterzuarbeiten, wenn er seine Pension als Notenbank-Generaldirektor beziehen kann. Wie es der Zufall will, macht dieser Pensionsanspruch, der derzeit ruht, ebenfalls 4 Millionen Schilling im Jahr aus. Was heißt das, 4 Millionen Schilling, mehr als 300.000 Schilling im Monat? Ich will nicht die Verdienste des Präsidenten Kienzl hier schmälern, ich will auch nicht Leistungen schmälern. Das ist kein Konkurrenzbetrieb, das ist hier ein Monopolbetrieb im geschützten Bereich. Und auf der anderen Seite ein Ehepaar, das jahrzehntelang gearbeitet hat, Kinder aufgezogen hat, Pflege und Wartung betrieben hat, wie das hier die Kollegin Beutl erwähnt hat, und die durch dieses System, wo man dann sagt, sie haben zu wenig einbezahlt, mit 3600 Schilling leben müssen, und die streiten sich jetzt um diese 3600 Schilling. Ich war dort ohnmächtig, weil ich gesagt habe, was soll ich bei 3600 Schilling an Kompromiß vereinbaren, weil beide können davon nicht leben. Also zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig, wie man so schön sagt, und hier ist es endlich an der Zeit, daß man grundlegende Reformen durchsetzt.

Und da komme ich schon zu meiner ersten Forderung, zum gesamten Pensionssystem. Wir müssen uns endlich davon wegbewegen, daß für das Pensionssystem nur entscheidend ist, daß jemand etwas produziert, daß jemand im Arbeitsprozeß einen Zylinder, ein Kleid oder sonst etwas produziert, so wichtig das auch sein mag, und Kindererziehung, Betreuung von älteren Menschen, von kranken Menschen, von behinderten Menschen noch nichts gilt. Das kann unserem Staat, unserer Gesellschaft nicht würdig sein, und ich glaube daher, daß wir, und die Frauen werden mir recht geben, daß es höchst an der Zeit ist, daß hier Betreuung von Kindern, Erziehung von Kindern, ob es die eigenen sind oder Pflegekinder, kann hier nicht entscheidend sein, daß das endlich für die Pension eine Rolle spielt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Wir im Landtag werden es nicht entscheiden. Aber wir haben hier eine wichtige Aufgabe. Wir sind ein Bundesland, das sehr stolz ist. Die Wiener sind auf uns sehr oft „ang'fressn“, wenn sie über den Semmering herüberschaun. Daher glaube ich doch, daß es unsere Aufgabe ist zu fordern, daß beim zukünftigen Pensionssystem die Kindererziehung nicht nur dann angerechnet wird, wenn schon 15 eigene Pensionsjahre da sind, sondern daß wir hier einen Kompromiß eingehen, daß man das auch schon mit fünf Jahren bekommt. Ich

wäre überhaupt dafür, das sage ich da hier ganz deutlich, eine Mindestpensionsabsicherung für jeden Österreicher, der das entsprechende Alter erreicht hat oder krank wird, weil das muß das Recht eines jeden sein, daß er einen würdigen Lebensherbst verbringt. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Dr. Lopatka: „Weißt du, daß die ÖVP dafür eintritt, daß die Frauen bessergestellt werden?“) Gebe ich dir gerne recht. Das geht ja quer durch alle Reihen. Ich stehe zu den fünf Jahren, und ich sage Ihnen ein Beispiel. Ich kenne auch aus den Scheidungssprechtagen viele Beispiele, wo die Frauen kommen und mir folgendes erzählen: Sie haben gearbeitet, dann mit zwanzig geheiratet, dann sind die Kinder gekommen, sie haben vielleicht fünf, sechs Berufsjahre, und dann nach 20, 25 Jahren, ich habe das schon einmal erzählt, ist die Ehe gescheitert. Sie können nicht mehr miteinander reden oder der Mann, umgekehrt ist das selten der Fall, hat eine Jüngere gefunden, und dann steht sie da und sagt, was soll ich jetzt machen. Wenn wir geschieden sind, hat er nicht viel, er hat auch andere Auslagen, und sie kann dann in einem mühsamen Scheidungsprozeß sich oft einen Unterhalt von 3000, 4000 Schilling erstreiten, weil nur dann, wenn sie den Unterhalt hat, sie einen Pensionsanspruch bekommt.

Ich kenne Fälle in Fürstenfeld, Freund Majcen, du wirst mir das bestätigen, wo Frauen, die ein Leben lang geschöpft haben, heute mit 3000, 4000 Schilling leben müssen, die Miete zahlen, Müllgebühr und so weiter. Daher die erste Forderung, daß wir endlich einmal eine Annäherung an die Grundabsicherung finden.

Weiters, ich weiß nicht, ob du, Freund Lopatka, das auch unterstreichst, das wäre eine Maßnahme, die sofort möglich ist. Das heißt, daß man bei der alljährlichen Pensionserhöhung endlich von diesem unseligen linearen Prozentsatz abgeht. Das heißt, wenn der Kienzl 300.000 Schilling im Monat hat jetzt, dann machen 4 Prozent 12.000 Schilling Pensionserhöhung im Jahr aus, und davon wird die Steuer abgezogen. Er hat dann nur zusätzlich Probleme, wie er das Geld verwendet. Bei einem kleinen Pensionisten mit 5000, 6000 Schilling machen 4 Prozent, wenn ich die Steuer abziehe, vielleicht 200 Schilling aus. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, daß man endlich einmal eine Pensionserhöhung macht, die so aussieht: Ein Sockelbetrag, weil das Fleisch und die Lebenshaltungskosten werden für jeden um das gleiche teurer, und höchstens mit einem kleinen Prozentsatz. Ich stelle eines fest: Die Schere ist auseinandergegangen. Leider Gottes. Meiner Meinung nach muß sie wieder zusammengehen, aber ich wäre schon zufrieden, wenn die Schere gleich bleibt. Ich hoffe, daß es uns gelingt, daß wir das als Sofortprogramm erreichen.

Nun zum Dritten, und damit bin ich schon fertig, zum Ruhegeld für Pflegemütter. Das entspricht dem, was wir hier gesagt haben. Ich glaube, daß es doch eine gewisse Einstellungsänderung ist, daß wir darauf kommen, daß diese Betreuungstätigkeit, diese Erziehungstätigkeit uns etwas wert sein muß. Ich sage noch etwas: Jede dritte Ehe wird heute geschieden. Wir haben das Problem, daß immer weniger Kinder geboren werden. Aber ich kenne viele junge Frauen, die sagen, ein Kind geht gerade, daß ich arbeiten gehen kann, aber bei zwei oder drei Kindern muß ich zu

Hause bleiben. Was mache ich dann nach 20 Jahren, wenn ich alleine dastehe? Die Kinderbetreuung hat auch eine besondere Bedeutung für die Gesellschaft. Man nimmt dem Staat viel Geld ab, wenn er für Pflegemütter zahlt, wo wirklich die Pflegemütter Hervorragendes leisten. Denen kann man nicht oft genug danken (Beifall bei der SPÖ.), denn die bekommen keine Orden, auch nicht von der Landesregierung. Ich möchte meinen ersten Orden dann haben, wenn auch einmal eine Pflegemutter einen Orden bekommt.

Ich weiß schon, daß es schwer ist, von vielen Pflegemüttern eine auszusuchen, aber vielleicht gelingt es einmal bei den vielen Ordensverleihungen, daß man einmal drei, stellvertretend für alle Pflegemütter, herausnimmt. Aber eine sichtbare Anerkennung ist, daß sie endlich ein Ruhegeld bekommen. (Abg. Dr. Lopatka: „Nicht taktisch, gerecht muß es sein. Bei einer Neuregelung ist nicht nur eine Minderheit zu berücksichtigen!“) Freund Lopatka, ich gebe dir recht. Ich habe schon einen Antrag gebastelt, daß man 15 Jahre Pflegezeit, unabhängig von der Kinderzahl, nimmt. Ich glaube, das wäre ein erster, sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. Die Pflegemütter werden es uns danken. Die haben nichts davon, wenn wir danke schön sagen im Landtag und dann klatschen, sondern es geht darum, daß sie finanziell unterstützt werden und dieser Dank auch einen sichtbaren Ausdruck bekommt. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 14.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (14.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Welt befindet sich in einem gigantischen Umbruch. Vor kurzem las ich von einem Historiker, welcher der Meinung war, wahrscheinlich findet derzeit die größte Umwälzung seit der Französischen Revolution statt.

Seit Jahren finden riesige Völkerwanderungen statt. Vor allem in den Ländern der dritten Welt, wo die Menschen – um dem Hungertod zu entkommen – in benachbarte Länder flüchten. Mit ihrem gesamten Hab und Gut, das aus weniger als nichts besteht. Zu Hunderttausenden flüchten sie – dem Hungertod entrinnen viele, wenn nicht die meisten, dadurch nicht. Denn die Länder, in die sie kommen, haben selber nichts und sind hoch verschuldet. Nur ganz selten bekommen wir darüber Berichte und jedenfalls nicht in dem Ausmaß, das der Dimension dieses Problems angemessen erschiene.

Die ganze Dramatik, die zum Beispiel die Kurden erleben – nicht erst seit dem Golfkrieg –, für dieses Elend gab es noch nie Licht-ins-Dunkel-Kampagnen der Medien. Und es ist ein Irrtum zu glauben, mit so punktuellen und ausschließlich einseitig ausgerichteten Aktionen – wie die Kurdenhilfe –, die ohne Herstellung von größeren Zusammenhängen stattfinden, können sich die Satten das schlechte Gewissen reinwaschen.

Die sogenannte dritte Welt wird nun total abgeschrieben – kein müder Schilling, oder wenn, dann ist er gut versteckt – fließt im Landesbudget mehr dafür. Ja, mancherorts wird sogar schon laut darüber nach-

gedacht, wie sich denn die reichen Länder davor schützen könnten, wenn einmal zehnmal, 20mal, 100mal so viele Menschen aus den Entwicklungsländern aus ihrem Armutsgetto ausbrechen wollten und vom Süden in den Norden strömen werden.

Im verkleinerten Maßstab, und gar nicht weit von uns entfernt, haben wir es mitverfolgen können! Als die Albaner nach Italien wollten – und was sich dann abgespielt hat!

Die Militärs werden mehr und mehr zu lebendigen Berliner Mauern, die die Einwanderung von Menschen verhindern sollen.

Wir haben den Tourismus und die Reisefreudigkeit und -freiheit der Menschen oft als völkerverbindend bezeichnet. Heute zeigt sich mehr denn je, welcher Hohn das ist.

Sowieso hatten und haben diese Möglichkeiten im weltweiten Vergleich nur sehr wenige Menschen gehabt. Und auch die überwiegende Mehrheit von diesen hat dadurch ihr Bewußtseinsspektrum nicht erweitert.

Jetzt geht die große Angst um, daß wir teilen müssen, daß wir verzichten müssen. Denn unser Reichtum ist ja engstens verbunden mit der Armut derer, die flüchten wollen und müssen. Wir führen satt und zufrieden, manche zu gesättigt und zufrieden – vor allem mit sich selbst –, die Diskussion, daß wir zum europäischen Wirtschaftsraum gehören sollten, daß wir nach Europa gehen wollen.

Nun, meine Damen und Herren, wir sind in Europa! Und so schnell konnten wir gar nicht schauen, gab es in Osteuropa eine Entwicklung, die diesem Europa ganz andere Ausmaße gibt. Und wir, ja auch wir hier in Österreich und vor allem in der Steiermark, müssen uns mit dem sozialen Gefälle in diesem Europa auseinandersetzen. Vor allem unser Landesrat Tschernitz und seine Mitarbeiter.

Wenn die Grenzen offen sind, dann sind sie offen – und eben nicht mehr nur für jene, die uns Devisen bringen. Das muß uns allerdings auch schnurstracks zum Erkennen der sozialen Unterschiede hier bei uns führen. Aber nicht nur zum Erkennen, vor allem zum Aufzeigen, zum Zugeben! Dies ist deshalb so wichtig, weil es nicht geht, daß die Belastungen, die auf uns zukommen, ungerecht gleichmäßig verteilt werden. Das Wort Umverteilung ist aus der Mode gekommen. Wir haben dafür zu sorgen, daß es raschest wieder modern wird. Wir müssen uns mit allen moralisch denkenden und handelnden Menschen zusammensetzen – egal, woher sie kommen – und rasch handeln.

Für uns muß Europa mehr sein, als der EWR und die EG! Es geht um mehr Solidarität.

Ich betrachte es nicht als feministisch, wenn ich sage, daß wir Frauen sensibler sind in diesen Fragen.

Angesichts der hohen Arbeitslosenrate, vor allem auch in der Steiermark, ist es daher vollkommen unverständlich, daß bereits bestehende Sozialprojekte nicht in entsprechender Weise gefördert werden können, um ihren Weiterbestand zu ermöglichen beziehungsweise schon im Planungsstadium befindliche umzusetzen.

Diese Sozialprojekte sind oft die einzige Möglichkeit für junge Menschen, überhaupt in das Berufsleben einzutreten.

Was es für den sozialen und inneren Frieden im Land bedeutet, wenn ein hoher Prozentsatz von Menschen ohne Arbeit ist, brauche ich hier nicht näher auszuführen. Wie schon das Wort „sozial“ aussagt, kommen diese Projekte der Gesellschaft in vielerlei Hinsicht zugute.

Egal, ob sich die Projekte mit Altenbetreuung und Kinderbetreuung, Resozialisierung oder Integration von Ausländern befassen! Mittel- oder längerfristig kommt es der Gesellschaft wesentlich billiger, wenn sie versucht, ihre gut ausgebildeten Kräfte für und in der Gesellschaft wirken zu lassen. Am Beispiel Integration von Ausländern: Unter anderem ist die Sprache die Grundvoraussetzung, damit überhaupt eine eigenständige Erwerbstätigkeit möglich ist. Menschen, die bei uns Hilfe suchen, müssen über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen. Sie sollten ihre Mentalität verständlich machen können. Nur so kann ein reibungsloses gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht werden. Vereine, wie die Isop, die Caritas und die Volkshilfe, haben auf diesem Gebiet Beachtliches geleistet. Dies war bisher aber nur möglich, weil die AMV diese 18-A-Einrichtungen entsprechend unterstützt hat. Die Projekte dieser Vereine verhindern, daß unter anderem eine verstärkte negative Einstellung gegenüber Ausländern entsteht, wie wir sie in anderen Ländern ja finden. Damit wirken wir aber auch einer sich abzeichnenden Kriminalität entgegen. Das muß ein Hauptanliegen von uns allen sein. Jede Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie sich ihren schwächsten Mitgliedern gegenüber verhält. Dies hat Herr Kollege Hirschmann in seiner Generalrede festgestellt. Ich kann ihm in diesem Punkt nur vollkommen recht geben. Ich fordere daher, daß verstärkt beim Bund darauf eingewirkt wird, daß Projekte, die sich mit Altenpflege, Kinderbetreuung, Integration von Ausländern und Resozialisierung befassen, weiter als 18-A-Einrichtung der AMV bestehen bleiben, insbesondere Projekte von Vereinen, die sich bereits nachweislich bewährt haben, wie zum Beispiel Isop und Zebra.

Meine Damen und Herren, ich darf noch etwas nachholen. Es wurde bereits so vielen Mitgliedern der Landesregierung hier anlässlich dieser Budgetdebatte gedankt. Ich darf hier auch Dank überbringen. Ich durfte in Vertretung unseres Landesrates Tschernitz an der Hauptversammlung der Grazer Fraueninitiative teilnehmen, und ich wurde dort beauftragt, ihm den Dank der Initiatoren der Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder und Betreuerinnen des Grazer Frauenhauses zu überbringen, das leider, dieses Frauenhaus, beinahe aus den Nähten platzt. Auch das ist unsere Gesellschaft. Und ich habe versprochen, dies zu tun, und darf dieses Versprechen nun einlösen. Herzlichen Dank für die Aufstockung dieses Budgetansatzes. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.00 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (15.00 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich jetzt spontan auch zu Wort gemeldet, gerade weil die Probleme angesprochen wurden, die

sozialen Probleme: Altenversorgung, Erziehungsprobleme, Randgruppen, Scheidung, Pensionen. In Wirklichkeit findet generell eine Entsolidarisierung statt, und es ist die Frage, ob der Generationenvertrag aufrechterhalten bleibt. Wenn man das ein bißchen genauer analysiert, bin ich überzeugt, daß es in Wirklichkeit das Problem ist, daß die Großfamilie nicht mehr da ist und sie eigentlich zerschlagen ist. Auch, daß die Ehe als solche nicht mehr das ist, was sie vielleicht einmal war, und es wird die Verantwortung nur an den Staat abgeschoben für viele Aufgaben, und da sollten wir einen Gedankenansatz überlegen, ob es nicht gut wäre, auch ein bißchen daran zu denken, daß man vielleicht diese Großfamilie ein bißchen mehr in den Vordergrund setzt. Natürlich dort, wo sie funktioniert, ist die Altersvorsorge gegeben. Ich kenne das. Mein Vater war fünf Jahre krank. Kindererziehung findet in der Großfamilie ohne Probleme statt. Es gibt auch keine Extreme, weil die Kinder immer wieder die Möglichkeit haben, sich bei den Großeltern irgendwo einmal wieder zu verstecken. Es ist das Problem der Horte nicht gegeben. Ich weiß schon, daß es natürlich soundso viele Probleme nicht lösen kann, weil es örtlich eben nicht geht oder auch persönlich nicht, aber es ist vielleicht doch ein bißchen in die Richtung zu überlegen, daß es mehr Verantwortung für die Familie geben soll, für alle, und daß man das ein bißchen mehr in den Vordergrund stellt. In der Gemeinsamkeit kann man lernen, die Probleme mit Toleranz zu lösen. Und ich glaube, das ist ja auch etwas, was sicher wichtig ist. Die Geborgenheit in der Familie ist, glaube ich, wichtig, weil jeder sich gesünder fühlt und zufriedener leben kann. Überdies könnte ich mir vorstellen, daß man dem Staat sehr viel ersparen kann. Die Gefahr ist nur, wer viele Kinder hat, wird vom Staat ausgenützt. (Beifall bei der FPÖ. – 15.01 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet mit dem Schlußwort ist der Herr Landesrat Tschernitz.

Landesrat Tschernitz (15.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorerst ein herzliches Dankeschön den vielen Debattenrednern, die sich dieser Sozialpolitik gewidmet haben. Ein Danke für die vielen kritischen Anmerkungen, die gemacht wurden, weil ich glaube, daß es ein Beweis dafür ist, daß man sich mit diesen Fragen der Sozialpolitik auseinandersetzt. Und wie vielfältig alle diese Probleme sind, ist aus diesen Wortmeldungen hervorgegangen, über die Fragen der Pensionsreform und vieles andere mehr. Ich glaube, daß sich das gesamte Sozialwesen, Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, im Umbruch befindet, begonnen bei der Frühförderung von behinderten Kindern über die Betreuung verhaltensauffälliger Jugendlicher in Heimen und Wohngemeinschaften bis zur Frage der Pflege und Betreuung unserer älteren Menschen. Und es ist richtig, daß das Sozialbudget heuer erstmals die 2-Milliarden-Schilling-Grenze übersteigt. Ich bin aber auch überzeugt, daß wir die Vorgaben im Budget nicht nur einhalten werden, sondern wir werden die Mittel so sparsam verwenden, daß es zu keiner Überziehung in diesem Budget kommen wird. Es sind immerhin bereits eine Milliarde – das sind 50 Prozent – für die Behindertenhilfe, 750 Millionen – 38 Prozent – für die Sozialhilfe und 250 Millionen – das sind rund 12 Pro-

zent – für die Jugendwohlfahrt in diesem Budget enthalten. Das bedeutet eine Verdoppelung seit dem Jahr 1983, gegenüber 1991 eine Steigerung, wie heute schon gesagt wurde, von über 10 Prozent, ein Gesamtanteil am Landesbudget von 5,82 Prozent. Kein Jubelbudget, meine Damen und Herren, aber ein solides Budget, das garantiert, daß weiterhin eine eher offensive Sozialpolitik gemacht werden kann und natürlich keine Rede von Sozialstop oder Sozialabbau in diesem Lande vorhanden ist. Die Hauptbrocken in diesem Budget sind natürlich gesetzlich begründete Fixausgaben, wie eben eine halbe Milliarde für Heimunterbringung von Pflegebedürftigen, zum Beispiel 420 Millionen Schilling für Betreuung von Behinderten in den verschiedensten Einrichtungen oder auch 170 Millionen Schilling an Pflegegeldern, die eigentlich bar an Pflegebedürftige ausbezahlt werden. Und auch hier sind wir dabei, eine Veränderung herbeizuführen, nämlich das Anspruchsalter für dieses Pflegegeld herabzusetzen, weil wir immer stärker feststellen müssen, daß es auch schwerstbehinderte Kleinkinder gibt. Deshalb glauben wir, daß das sechste Lebensjahr eigentlich zu spät für die Inanspruchnahme dieses Pflegegeldes ist, und darum möchten wir eine neue Vorlage für den Steiermärkischen Landtag erarbeiten, um dann darüber zu diskutieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben 176 Millionen für Blindenbeihilfen in diesem Budget und 166 Millionen als Zuschüsse im Rahmen der geschützten Arbeit zur Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt, wo es möglich ist. Und gerade hier, ich glaube, auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Hasiba hat gestern die Zahl von seiten des Landes genannt, sind rund 350 Bedienstete in einer geschützten Arbeit, wodurch es immer wieder möglich ist, ihnen in den einzelnen Werkstätten jene Voraussetzungen mitzugeben, um dann in der freien Wirtschaft unter Umständen einen Arbeitsplatz zu finden und integriert zu werden. Natürlich sind in diesem Budget auch einige neue Akzente im Bereich der Förderungsausgaben gesetzt worden, die übrigens lediglich 4,5 Prozent des gesamten Sozialbudgets ausmachen.

Wir haben im Budget 10,5 Millionen an Sozialhilfeverbände und Gemeinden für Alten- und Pflegeheime. Hier geht es darum, bestehende kleine Alten- oder Pflegeheime umzugestalten, zu renovieren, um sie den neuen Gegebenheiten anzupassen. Wir haben 10 Millionen erstmals vorgesehen für die neun sozialökonomischen Projekte, über die einige der Damen und Herren schon gesprochen haben. Vor allem der Abgeordnete Schrittwieser hat auf Probleme hingewiesen, die zum Teil durch Auslaufen der Förderung der Arbeitsmarktverwaltung immerhin 170 Arbeitsplätze betreffen, welche für unser Land sehr viel bedeuten, nachdem viele junge, engagierte Menschen in diesen Projekten beschäftigt sind. Darum hat auch die Regierung im Herbst eine Absichtserklärung abgegeben, daß wir gerade für diese Gruppen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen werden. Es sind 25 Millionen Schilling für die verschiedensten privaten Organisationen in der Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt vorhanden. Insgesamt werden mehr als 200 private Wohlfahrtsträger unterstützt. Es sind Hunderte, Tausende Menschen, die bereit sind, in diesem Bereich der Sozialpolitik mit uns gemeinsam zu arbei-

ten. Ich bin immer der Meinung, daß es von unserer Seite nicht möglich ist, allein alle jene Voraussetzungen für eine gute Sozialpolitik zu schaffen, ohne diese so hervorragende Zusammenarbeit mit den privaten Wohlfahrtsträgern, wie zum Beispiel Lebenshilfe, Jugend am Werk, Steirische Vereinigung, Zivilinvalidenverband, Steirisches Altenhilfswerk, Volkshilfe, verschiedenste Tätigkeiten der Caritas und Vereine zur Beratung, Betreuung von Frauen, Bewährungshilfe, Pflegeelternverein, Kinderschutzzentrum, Rettet das Kind und viele mehr. Wir haben über 9 Millionen Schilling für die Flüchtlingshilfe zur Unterstützung der Sozialhilfeverbände, des Magistrates Graz und natürlich auch privater Organisationen im Budget. Aus dieser neuen Situation heraus ergibt sich eigentlich die Frage, ob es nicht wirklich sinnvoll wäre, und darum auch die Diskussion, die heute von einigen Debattenrednern angeregt wurde, vor allen Dingen von der Frau Abgeordneten Minder, ein Flüchtlingsreferat mit Flüchtlingsbüro in der Rechtsabteilung 9 zu errichten, eben zu einer effizienteren Betreuung der Flüchtlinge, Asylanten und sonstigen fremden Personen, die wir in unserem Lande haben. Wenn es auch nicht budgetiert ist, so geht es hauptsächlich darum, daß wir eine Anlaufstelle schaffen können. Wenn ich den letzten Stand unserer Asylanten sagen darf, so sind mit 1. April 1992 immerhin in der Steiermark 2383 Personen derzeit in 77 verschiedenen Häusern untergebracht. Das entspricht einem Prozentsatz von 20 Prozent. Die Quote gemäß Bundesbetreuungsgesetz für die Steiermark wäre eine Verpflichtung von 17,25 Prozent. Es sind also mehr, als dieses Gesetz vorsieht. Wenn man mit 31. März in vielen Bereichen die Betreuung von seiten des Bundes aufgegeben und mitgeteilt hat, daß die kroatischen und slowenischen Flüchtlinge heimkehren müssen, so sind immerhin aus diesem Bereich noch zirka 200 hier, wo man einfach auf Grund der Situation nicht verlangen kann, daß sie das Land verlassen müssen, und wir auch diesen Menschen Hilfe anbieten sollen. Darum glauben wir, um eine bessere Koordination zu haben, daß es zu so einem Flüchtlingsreferat kommen müßte. Es geht dabei um vier Dienstposten, wobei zwei sicherlich im Rahmen von Umschichtungen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Wir haben das erste Mal eine Million Schilling für die Seniorenverbände im Budget. Ich finde es äußerst wichtig, wenn es neue Budgetansätze gibt, daß Organisationen, die in der Zukunft noch viel mehr an Bedeutung gewinnen werden, einen fixen Budgetposten haben und eigentlich nicht auf die Subventionsvergabe angewiesen sind. Es werden sich die drei Pensionistenverbände, die sich in einem Beirat zusammengeschlossen haben, zusammensetzen, und sie wissen, mit diesem Budget ist für uns eine Million Schilling da zur Betreuung unserer Mitglieder, für alle sportlichen Veranstaltungen, alle kulturellen Veranstaltungen. Sie werden sich sicherlich gerecht einigen, wie diese Mittel aufgeteilt werden. Dies bedeutet eine wesentliche Erhöhung der zur Verfügung gestandenen Mittel, und es ist vor allen Dingen sicher sehr wertvoll zu wissen, im Landesbudget sind wir als Pensionistenverbände verankert, und mit dem Budget wissen wir auch, welche Mittel uns zur Verfügung stehen.

Natürlich ist im Budget auch verankert, was von einigen Herren, wie den Abgeordneten Dr. Lopatka

und Dr. Wabl, angeschnitten wurde, nämlich der Posten Ruhegelder an Pflegemütter. Leider gibt es hier noch keine Einigung. Ich darf aber sagen, daß ich zuversichtlich bin, daß es zu einer Einigung kommt. Auch ich würde mir wünschen, daß es diese Ansätze spontan geben würde, die im Antrag vom Abgeordneten Dr. Wabl enthalten sind und die auch der Abgeordnete Dr. Lopatka mündlich gestellt hat. Man muß das Budget im Gesamten sehen. Bei so vielen neuen Akzenten und Budgetposten mußte ich auch hier schauen, im Rahmen der Budgetverhandlungen das Beste herauszuholen. Ich persönlich war der Meinung, es ist einmal ein Ansatz, und wenn zirka 400, 500 Mütter, die Pflegekinder gehabt haben, zu diesem Ruhegeld kommen würden, dann ist es der erste Schritt, und der nächste müßte im kommenden Budget wieder gesetzt werden, um die Ziele zu erreichen, die heute hier gesagt wurden. Selbstverständlich bin ich der erste und sage, hätten wir die rund 40 Millionen, die es kosten würde, wäre es gut, aber wir haben uns im Zuge der Budgetdiskussionen auf das Grazer Modell geeinigt, wonach die Grazer diese 2500 Schilling pro Monat als Ruhegeld für Pflegemütter zahlen. Ich möchte sagen, daß es da keine Zustimmung geben wird, wenn verlangt wird, daß man auf 2000 Schilling, und das nur zwölfmal pro Jahr, herabsetzen soll. Das ist nicht der Weg, eine schlechtere Ausgangsbasis zu nehmen, als es die Stadt Graz bereits jetzt schon für ihre Pflegemütter hat. Andererseits muß man sagen, daß die Pflegemütter nie einen Aktivbezug gehabt haben, sondern das, was sie jetzt bekommen, ist nur die Abgeltung für jene Ausgaben, die sie für das Kind brauchen. Es ist kein Gehalt, sondern der Aufwand für das Kind soll bezahlt werden. Wir werden versuchen, noch bessere Unterlagen zu bekommen. Wir haben bereits die Bezirkshauptmannschaften aufgefordert, uns Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ich bin überzeugt, daß auch die Österreichische Volkspartei hier ihre Zustimmung geben wird und daß wir in den Gesprächen auf einen gemeinsamen Nenner kommen werden. Es ist nur für mich ein bißchen unverständlich, daß man in anderen Bereichen, wie eben für die steirische Familienbeihilfe, wo es auch schwer war, Daten zu erfassen, man doch 1990 50 Millionen Schilling im Budget gehabt hat, obwohl nur 13,8 Millionen gebraucht würden. Wir haben 7,5 Millionen im Budget, weil wir das so errechnet haben und der Meinung waren, daß wir damit das Auslangen finden werden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, und ich möchte alle Damen und Herren in diesem Bereich wirklich er-suchen, auch mitzuwirken, daß es im schnellstmöglichen Weg zu dieser Einigung kommen sollte.

Es ist eine der wichtigsten Maßnahmen im Budget natürlich auch, daß unsere bestehenden, und das ist auch von den Debattenrednern angesprochen worden, Landesaltenheime renoviert, umgestaltet werden sollen. Die Strukturen sollen verändert werden. Ich bin ganz Ihrer Meinung, meine Damen und Herren, nur müssen wir vorher die Voraussetzungen schaffen, daß wir in diesem Bereich auch die Möglichkeit haben, Veränderungen herbeizuführen. Wir versuchen es in kleinen Bereichen mit Erleichterungen, vor allen Dingen für das Pflegepersonal, durch Ankauf von Hebebadewannen, Pflegebetten, insbesondere für das Landesaltenpflegeheim Kindberg, wobei ich natürlich sagen muß, daß dringend eine Umstrukturierung auch

dieses Haus notwendig ist. Aber wir können das erst, wenn Voraussetzungen im anderen Bereich in diesen kleinen Einheiten in den einzelnen Gemeinden geschaffen wurden. Natürlich muß auch für die Kurzzeitpflege Vorsorge getragen werden, was heute hier angeschnitten wurde, um diesen Menschen zu helfen, die so Unheimliches leisten, wenn sie die Pflege noch zu Hause durchführen.

Wir haben 24 Millionen Schilling im Budget für Bauarbeiten bei der Generalsanierung der Landesausbildungsanstalt für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche in Graz am Rosenberggürtel. Eine dringende Aufgabe, die weitergeführt werden soll. Und natürlich, es wurde auch in vielen Debattenreden gesagt, ist das Hauptaugenmerk der Sozialpolitik in den nächsten Jahren auf das Problem der Pflege und Betreuung unserer älteren Mitmenschen gerichtet. Wir haben fast vor einem Jahr dieses Ausführungskonzept mit dem Titel „Ältere Menschen – Pflege und Betreuung“ beschlossen. Das ist ein Beschluß, den der Steiermärkische Landtag hier gefaßt hat, und es sind die Erfordernisse an stationären Einrichtungen und auch an mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten in dieser Broschüre klar ausgeführt. Und gerade dieser steigende Bedarf, der hier auch angeschnitten wurde, hat viele Ursachen. Vor allen Dingen – die Frau Abgeordnete Pußwald, die besonders auf die Probleme der Familien eingegangen ist, hat darauf hingewiesen – ergibt er sich aus der demographischen Entwicklung, wonach es immer mehr ältere Menschen gibt, und wegen verschiedener Veränderungen in der Sozialstruktur. Es gibt immer mehr kinderlose Personen, der Anteil der Kinder an der Bevölkerung sinkt, das wissen wir, immer mehr Einpersonenhaushalte, immer mehr unvollständige Familien, eben durch Scheidungen. Immer mehr Frauen sind berufstätig. Und aus all diesen Gründen ist leider die Pflege Pflegebedürftiger durch Familienangehörige immer weniger sichergestellt. Und immer mehr Pflegebedürftige sind daher auf professionelle Hilfe angewiesen, und das ist immerhin schon jetzt fast ein Drittel der Pflegebedürftigen. Ich glaube, auch hier hat die Frau Abgeordnete Beutl diese Frage angeschnitten, es sind noch zwei Drittel der Menschen, die Hilfe brauchen, im Familienverband, die zu Hause gepflegt werden. Gerade in diesem Bereich ist es natürlich notwendig, auch dementsprechend Vorsorge zu treffen. Ich werde es kurz noch einmal in der Frage der Pflegevorsorge auch sagen.

Nur eines, und das muß man auch heute feststellen, es fehlen in der Steiermark 450 Pflegebetten, und bis zur Jahrtausendwende werden es weitere 800 sein. Eine Milliarde Schilling müßte aufgebracht werden, um dieser Anforderung an Pflegebetten gerecht zu werden. Darüber hinaus gibt es auch noch die Alten- und Pflegeheime, die nicht mehr dem modernen Standard entsprechen, die auch adaptiert werden sollten. Der Bedarf an Pflegebetten würde noch beträchtlich größer sein, wenn nicht diese mobilen Pflege- und Betreuungsdienste so rasch wie möglich ausgebaut würden. Unseren Berechnungen nach wären fast 700 Dienstposten in der Steiermark bei den mobilen Diensten notwendig – also auch hier eine große Lücke einerseits, wo es um Arbeitsplätze geht, aber sich natürlicherweise auch die Frage der Finanzierung

stellt –, davon 45 Prozent im Bereich der Alten- und Pflegehelfer, 30 Prozent im Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege und 25 Prozent im Bereich der Heimhelfer. Erst die Hälfte dieser Posten gibt es ungefähr derzeit in der Steiermark. Ich meine damit, um diese Strukturen aufbauen zu können, muß so rasch wie möglich die heute angesprochene Pflegevorsorge, eventuell auch im Rahmen einer Pflegeversicherung, bundesweit eingeführt werden. Und weil ich gefragt worden bin, es müssen mit dieser Pflegeversicherung die Pflegebedürftigen in die Lage versetzt werden, sich diese mobilen Dienste oder einen Heimaufenthalt leisten zu können. Die Vorarbeiten sind mit den Ländern sehr weit abgeschlossen. Es geht um einen Kostenaufwand von rund 10 Milliarden Schilling, die diese Pflegeversicherung oder Pflegevorsorge kosten wird. Und miteinfließen müssen auch, meiner Meinung nach, jene Versicherungszeiten oder die Anerkennung der Versicherungszeiten, wo Frauen immer wieder bereit sind, ihren Arbeitsplatz unter Umständen aufzugeben, um zu Hause die Pflege eines Angehörigen, der Mutter oder des Vaters durchzuführen. Ich glaube, das müßte im Zusammenhang mit dieser Pflegevorsorge unbedingt geregelt werden, und es gibt unzählige solcher Anträge. Darum glaube ich, daß darüber hinaus gerade die entsprechenden KRAZAF-Mittel für den Bereich der Betreuung Pflegebedürftiger eingesetzt werden müssen.

Eines darf ich vielleicht heute hier sagen, daß gerade in der Vergangenheit mit dem kleinen Prozentsatz, der dem Sozialbereich zugeordnet wurde, also jene 10 Millionen Schilling, die wir pro Jahr zur Verfügung gehabt haben, wirklich Strukturen erarbeitet wurden, wo sich vieles in den Gemeinden im Rahmen von Sozial- und Gesundheitssprengeln getan hat. Ich hoffe nur, daß nun mit diesen Mitteln, die jetzt zur Verfügung stehen, 100 bis 120 Millionen Schilling pro Jahr, auch die neuen Verantwortlichen, der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmannstellvertreter bis zum Landesrat Strenitz, an diesen Strukturen weiterarbeiten, um diesen Aufbau in unserem Lande flächendeckend voranzutreiben.

Ein besonderer Punkt, meine Damen und Herren, ist natürlich die Ausbildungsmöglichkeit für diese Berufszweige. Diese müssen verbessert werden. Auch dem stimme ich zu: Die Anerkennung der Berufsgruppe der Altenhelferinnen muß erledigt werden. Einerseits die Verhandlungen auf Bundesebene, und andererseits liegt uns der Antrag hier vor, in dem es um die Altenbetreuung in der Steiermark geht und wo die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, jetzt so schnell wie möglich ein steirisches Altenbetreuungs-gesetz vorzulegen. Ich darf mitteilen, ich glaube, der Herr Abgeordnete Lopatka hat diese Frage gestellt, daß wir momentan mit den Bundesländern in Verhandlung stehen, weil wir versuchen wollen, abzuklären, ob es nicht möglich wäre, ein doch mit den anderen Bundesländern abgestimmtes Gesetz hier zusammenzubringen. Wie es aussieht, wird der Bund kaum in dieser Frage weiterkommen. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, nur versprechen, daß wir hier auf schnellstmöglichem Wege, sobald wir die Unterlagen von den Bundesländern erhalten haben, auch hier eine Vorlage machen und in Parteienverhandlungen eintreten werden, um das dem Steiermär-

kischen Landtag vorlegen zu können. Es ist wirklich notwendig, daß diese Maßnahme gesetzt wird. Es ist aber ebenso notwendig und erforderlich, daß ein Heimgesetz geschaffen wird, das die personellen und räumlichen Erfordernisse von stationären Pflegeeinrichtungen regelt. Auch hier sind wir dabei, das bereits zu erarbeiten, und wir werden auch in absehbarer Zeit dem Steiermärkischen Landtag eine solche Vorlage vorlegen können. Meine Damen und Herren, im Bereich der Behindertenhilfe müssen die guten Ansätze der Betreuung und Integration, wie sie derzeit im Rahmen der Frühförderung und in den heilpädagogischen Kindergärten vorhanden sind, natürlich weiter ausgebaut werden. Insbesondere auch im Bereich der Schule und im Bereich der Wohnversorgung von erwachsenen Behinderten.

Es sind Maßnahmen, die notwendig sind, um hier auch einen weiteren Schritt zu setzen.

In der Jugendwohlfahrt muß das Netz an so wichtigen Beratungsstellen in den Bezirken weiter ausgebaut werden. Die Umstrukturierung der Landesjugendheime, die vom Landtag beschlossen wurde, ist abzuschließen. Es wurden kleine Wohngemeinschaften gegründet. Es ist auch die Frage der Tagesmütter wichtig, die im Budget abgesichert wurden, Kindergruppen, der Anwalt des Kindes und viele andere Fragen, die im Rahmen der Jugendwohlfahrt dringend geregelt werden müssen. Im Bereich der Pflegeeltern ist die Frage des Ruhegeldes notwendig voranzutreiben, weil es auch darum geht, ein richtiges Verhältnis zur Tätigkeit der Tagesmütter herzustellen und für sozialpädagogische Pflegeeltern, die besonders schwierige Kinder und Jugendliche betreuen, sollen Anstellungsverhältnisse angestrebt werden. Das Kindersorgentelefon, wo Kinder und Eltern sich zum Ortstarif Rat und Hilfe holen können, hat sich bisher gut bewährt. Ich möchte es auch so umsetzen, daß es zu einer fixen Institution wird. Derzeit sind wir in Verhandlungen mit der Personalabteilung, weil es hier um einen halben zu schaffenden Dienstposten geht. Ich glaube, daß es auch hier eine Einigung geben wird.

Besonders wird es die Frage der Zukunft sein, wie die Sozialhilfeverbände gestaltet werden. Sie alle wissen, daß die Steiermark neben Oberösterreich das letzte Bundesland mit Sozialhilfeverbänden ist, die nach den gesetzlichen Bestimmungen in den Bereichen Behindertenhilfe, Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt große Aufgaben zu erfüllen haben. Ich stelle fest, daß sie leider in sehr unterschiedlicher Form und Gewichtung den verschiedensten Aufgaben nachkommen. Wir haben in der Steiermark eine unterschiedliche Struktur. Es ist fast nicht möglich, eine einheitliche Struktur im Sozialbereich in den Bezirken herzustellen. Ich glaube, daß man sich hier wirklich Gedanken machen muß, in welcher Art und Weise eine Neuordnung der Sozialhilfeverbände notwendig ist. Ich versuche, mit der Rechtsabteilung 9 in nächster Zeit auch dem Steiermärkischen Landtag eine Vorlage in dieser Richtung unterbreiten zu können, wo es dann zu Parteienverhandlungen kommen muß. Die derzeitige Entwicklung zwingt dazu, daß im Laufe der nächsten Zeit auch hier dieses Problem in Angriff genommen werden muß.

Neben der Sicherstellung der notwendigen finanziellen Mittel muß auch dem Personalproblem eine

besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir wissen, daß es in den Bezirken Probleme gibt bei der Besetzung der Referate mit geeignetem Personal, etwa wenn ich an die Besetzung im Rahmen der Jugendwohlfahrt denke. Wir kennen, auch das ist schon gesagt worden, die Probleme im Pflegebereich, der dringend einer Aufstockung bedarf. Es gibt auch Probleme selbst in der Rechtsabteilung 9, weil dort einerseits einige unbesetzte Posten sind, andererseits eine stark ansteigende Zahl von Aufgaben im Sozialbereich dazukommt. Neben der Schaffung des Flüchtlingsreferates soll auch die Umstrukturierung unserer Landesaltenpflegeheime in Angriff genommen werden. Durch eine effizientere Form der Führung im Rahmen eines Anstaltenreferates dürfte es möglich sein, eine gewisse Einsparung im Personalbereich zu erreichen. Vor allem begrüße ich das behinderten- und pflegegerechte Bauen, und es muß auch hier zur Einrichtung eines Dienstpostens kommen, wo vielleicht dann aus dem Bereich der Baudirektion ein Fachmann für alten- und behindertengerechtes Bauen sitzt. Damit wäre sicherlich allen Gemeinden, die sich um diese Bauform bemühen, gedient, die sich für die Errichtung kleinerer Einheiten einsetzen, um den älteren Menschen nicht mehr verpflanzen zu müssen, so daß er wirklich mit der mobilen Betreuung in seinem Heimatort oder in dieser Kleinstregion verbleiben kann. Speziell der Abgeordnete Heibl hat zu diesen Fragen gesprochen. Es gibt eine Vielfalt von Aufgaben, die auf uns zukommen.

Ich möchte auch die Gelegenheit nützen, um Ihnen, meine Damen und Herren, herzlich zu danken. Ich glaube, daß sich im Sozialbereich manches in Bewegung gesetzt hat, was auf die Initiative dieses Hauses zurückgeht. Darum gebührt Ihnen gemeinsam ein herzliches Dankeschön für Ihre Unterstützung in diesem Aufgabenbereich. Ich möchte aber auch allen öffentlichen Bediensteten in den Bezirken danken, die diese schwierige Aufgabe durchführen. Ich möchte meinen Dank an die Rechtsabteilung 9 richten, die immer wieder verstärkt mit den neuen Aufgaben konfrontiert wird, und ich möchte besonders herzlich allen privaten Wohlfahrtsträgern danken für diese gute Zusammenarbeit. Ich möchte natürlich meinen Dank in die vielen Familien mit einfließen lassen, die Großes leisten bei der Pflege und Betreuung von Menschen, die Hilfe brauchen. Mit diesem Sozialbudget 1992 können wir wieder einige neue Impulse setzen. Es ist sicherlich nicht nur das Geld entscheidend, sondern die Einstellung zu diesen sozialen Aufgaben, um das Bewußtsein der Menschen zu fördern, um Menschen zu helfen, die Hilfe brauchen. Ich, meine Damen und Herren, bin überzeugt, daß es uns gemeinsam gelingen wird, diese angeschnittenen Probleme auch umsetzen zu können im Interesse jener Menschen, die diese Hilfe brauchen. Herzlichen Dank Ihnen allen und ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zum ersten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt – liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat mir mitgeteilt, daß er auf ein Schlußwort verzichtet. Die Damen und Herren, die nun der Gruppe 4 – erster Teil, Soziale Wohlfahrt – zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung: Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Schinnerl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schinnerl (15.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 4, zweiter Teil, umfaßt die Wohnbauförderung. Einnahmen: 5.049,956.000 Schilling. Ausgaben: 5.104,956.000 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dem Kapitel eingehend befaßt und ersucht den Steiermärkischen Landtag, dem zweiten Teil dieser Budgetgruppe, Ansatz 48, zuzustimmen. (15.37 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (15.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es ist sehr ungewöhnlich, daß der zuständige Referent als Erstredner spricht. Das hat sogar den Herrn Präsidenten so verwirrt, daß er auf den Berichterstatter vergessen hat. Aber es ist natürlich auch ungewöhnlich, mit welcher Intension in den letzten Wochen über den Wohnbau von allen Seiten und sehr intensiv diskutiert wurde. Ich halte daher die heutige Sitzung für wirklich dazu angebracht, daß wir über diese vielen neuen Ideen, die in den Raum gestellt wurden, eine Debatte abführen und daß wir hier nicht nur über die Erfolge der letzten Jahre berichten, sondern daß wir darüber nachdenken, wie es weitergeht. Und wenn ich gemeint habe, daß sehr vieles in letzter Zeit hier in Bewegung gekommen ist, sei nur darauf hingewiesen, daß wir allgemein schon der Meinung sind, daß die soziale Komponente in diesem sozialen Wohnbau in der jetzigen Form zu wenig zum Zug gekommen ist. Eine Meinung, die in der Zwischenzeit alle drei Parteien teilen, und es freut mich, daß diese Meinung von uns in dieser Direktheit eingebracht wurde. Der Klubobmann der ÖVP hat auch von einer Mittelstandsförderung gesprochen, und wir müssen nachdenken, ob wir uns diese Mittelstandsförderung noch leisten können. Wir haben sehr viel in den letzten Wochen darüber geredet, wie wir die Finanzierung des geförderten Wohnbaues gestalten, und wir sind uns bewußt, daß diese Form der Förderung nicht mehr finanzierbar ist. Wir haben eine große Bereitschaft von allen Beteiligten im Wohnbaubereich zu spüren bekommen, an einer Veränderung mitzuarbeiten. Ich erwähne hier auch insbesondere die Beamtenschaft, die seit vielen Jahren mit diesen Systemen arbeitet, und ich erwähne auch die Genossenschaften, und ich erwähne die einzelnen Gemeinden und Kommunen, die hier ihre Bereitschaft signalisiert haben. Wir haben auch bereits Einigkeit erzielt, daß wir zukünftig an eine veränderbare, dem Kostenindex angepaßte Rückzahlung denken müssen, daß wir es uns ebenfalls nicht mehr leisten können, mit einer nicht den Einkommen angepaßten Miete über lange Zeiträume hinweg zu arbeiten.

Aus diesem Grund könnte ich mir vorstellen, daß wir heute diese Sitzung, die Budgetdebatte über den Wohnbau, dazu nutzen, über viele Bereiche zu be-

raten. Es gibt ja zur Zeit in der Steiermark schon an die 30 Gruppen, die neue Wohnbaumodelle erarbeiten. Ich höre beinahe täglich von einer neu entstandenen Initiative, die mich gerne einladen will. Wir sollten zunächst einmal darüber nachdenken, wo diese Notwendigkeiten wirklich liegen, und hier zwischen zwei Bereichen unterscheiden. Der eine Bereich ist der Bereich der Förderung, der Förderungsbestimmungen, und der zweite Bereich ist der der technischen Abwicklung der Verwaltbarkeit. Wenn ich zunächst einmal über die Förderungsrichtlinien spreche, dann möchte ich aber auch eines klar sagen: Mit dem jetzigen Budget sind die Sorgen nicht beseitigt. Es wurde vielfach behauptet, daß dieses Fünf-Milliarden-Budget es uns ermöglicht, daß wir hier alle Zusagen aufarbeiten können. Das ist unrichtig. Es ist zunächst einmal absolut nicht das höchste Budget, das dem Wohnbau jemals zur Verfügung stand, und man kann im Budget 1992 nachlesen, im Jahre 1990 wurden über 6 Milliarden für den Wohnbau aufgewendet, und von den jetzigen 5 Milliarden Schilling benötigen wir zumindest eine Milliarde zur Abdeckung der Verbindlichkeiten. Unsere derzeitige Form der Förderung mit konstanter Annuität bringt mit sich, daß von den eingesetzten Mitteln 50 Prozent verlorene Zuschüsse sind. Über die starre Bindung der vielen Milliarden, die hier eingesetzt sind, müssen wir nachdenken, ob wir hier nicht mit dem vielen Geld, das uns zur Verfügung steht, intensiver und besser arbeiten können. Und wenn in anderen Bereichen über Ausgliederung, über Privatisierung von privatwirtschaftlich organisierten Bereichen des Landes gesprochen wird, in Bereichen, wie zum Beispiel der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrswerbung, ebenfalls der Forschungsgesellschaft Joanneum oder sogar auch der KAGES, dann muß man sich die Frage stellen, warum eigentlich nicht die Wohnbaufinanzierung ausgegliedert werden soll. Ich stelle dies zur Diskussion, weil ich persönlich der Meinung bin, daß es sinnvoll wäre, die Finanzierung des Wohnbaus aus der Verwaltung auszugliedern und privatwirtschaftlich zu organisieren. Ich glaube, daß dadurch Möglichkeiten geschaffen werden können, auch Gelder von Außenstehenden, sind es zum Beispiel die Gelder der Genossenschaften, zu aktivieren. Es ist denkbar, daß es Investoren gibt, die ein Interesse haben, im Wohnbau ihre Gelder zu investieren und anzulegen. Wesentlich ist dafür natürlich eines: Es muß für die angelegten Gelder einen Rückfluß geben, der weitgehend wertgesichert ist. Wir haben zur Zeit, und ich habe es gerade erwähnt, etwa einen 50prozentigen verlorenen Zuschuß. Wir müßten es schaffen, daß wir die eingesetzten Gelder, das sind etwa 3 Milliarden Schilling vom Bund und einige 100 Millionen vom Land, so in einen Kreislauf bringen, daß dieses Geld einigermassen wertgesichert zurückfließt. Natürlich inklusive Zinsen, Herr Finanzlandesrat, und dieses Geld muß dann wieder dem Wohnbau zugeführt werden, und so haben wir auf lange Sicht die Chance, ein gesichertes und geordnetes System zu bekommen. Es war bestimmt im guten Glauben und im guten Denken, daß man so vieles für den Wohnbau zur Verfügung gestellt hat – 36 Milliarden Schilling haften aus –, um hier eine besondere Initiative für den Wohnbau zu schaffen.

Aber ich muß in diesem Zusammenhang vielleicht einige Leitzahlen in den Raum stellen. Die Belastung

aus dem Landesdarlehen für die Förderungsnehmer bis zu Beginn der 80er Jahre beträgt pro Quadratmeter Wohnung zwischen 8 und 10 Schilling. Die Belastungen für Förderungsnehmer aus 1982 liegen heute bei zirka 30 Schilling. Im frei finanzierten Bereich weit über 100 Schilling, 120, 130 Schilling.

Ich habe immer gesagt, daß wir nicht in bestehende Verträge eingreifen sollen. Ich stehe auch dazu, weil ich glaube, daß dies eine grundsätzliche Frage unseres Staatswesens und eine grundsätzliche Frage im Vertrauen an diesen Staat ist. Aber ich frage mich doch, ob wir hier nicht durch diese Art der Förderung bereits in bürgerliche Rechte, in Rechte im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes, eingegriffen haben. Und wir haben mit diesen Förderungen, die noch nicht einmal 15 Jahre alt sind, mit 9 Schilling pro Quadratmeter monatlicher Belastung gegenüber 30 bis 90 Schilling, im Grunde genommen einen neuen Friedenszins geschaffen. Wir kommen also mit der Situation genauso in die Diskussion der Mieterschutzwohnungen, wo Wohnungen gehortet werden, wo letztlich diese Wohnungen dann als Spekulationsobjekte auf den Markt kommen. Ich kenne genug Fälle, gerade im städtischen Bereich, wo ein sehr hoher Wohnbedarf ist und wo immense Gewinne mit geförderten Wohnungen gemacht werden. Ich will also in diese Vertragssituation noch nicht eingreifen, aber ich habe, das gebe ich in aller Offenheit zu, angesichts dieser Tatsache wohl die Verpflichtung, das auch in der Öffentlichkeit darzustellen. Es wird in nächster Zeit sicher darüber nachzudenken sein, ob diese Situation ad infinitum aufrechterhaltbar ist. Gerade angesichts dieser Tatsache ist es umso notwendiger, daß wir jetzt reagieren, daß wir diese Form der Förderung nicht so fortschreiben und eine Valorisierung der Rückflüsse einführen. Um es zu präzisieren, wenn ich einerseits von der Ausgliederung der Finanzierung spreche, ist es natürlich notwendig, auf der anderen Seite eine fixierte Rückzahlungsobergrenze festzulegen.

Ich nenne aber bewußt keine Schilling pro Quadratmeter Miete oder Rückzahlung, weil diese Dinge noch offen hinterfragt werden müssen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Herr Landesrat, es ist niemand da!“) Das macht nichts. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist ja schrecklich!“) Herr Kollege Cortolezis, nachdem Sie sich mehrfach zum Wohnbau gemeldet haben, freut es mich, daß Sie da sind, dann bekommen Sie heute einmal die entsprechenden kompetenten Informationen. Ich hoffe, daß Ihre Aussendungen dann auch in nächster Zeit kompetent sind.

Bleiben wir beim Thema. Es ist der Kollege Grabner der, der Wohnbauexperte der SPÖ ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Sonst bleibt es geheim!“) Aber Sie sehen, es gibt doch keine rot-blaue Koalition, sonst wäre die Mannschaft vollständig vertreten, auch das geht daneben.

Wir kommen zurück. Nochmals, wenn wir an Stelle der Objektförderung eine Wohnbaufinanzierung machen, müssen wir auch einen Quadratmeterschlüssel für die Rückzahlung fixieren, der wertzusichern und anzupassen ist. Ich stehe dazu und glaube, daß wir es ohne weiteres auch unseren Wohnungsuchenden erklärbar machen, daß der Wohnbau nicht jährlich billiger werden kann, sondern ebenfalls inflationsgebunden angepaßt ist.

Auf der anderen Seite, als drittes Standbein, steht natürlich die Subjektförderung in der Form, wie sie bisher war. Wir müssen jenen, die sich das Wohnen auf Grund ihrer finanziellen und sozialen Verhältnisse nicht leisten können, die entsprechende und auch nicht rückzahlbare Direktförderung gewähren. In der Subjektförderung ist gewährleistet, daß wir beinahe mit einer 100prozentigen sozialen Treffsicherheit genau jenem Personenkreis helfen, der die Hilfe braucht. Es soll nicht der, der in eine bessere soziale Situation kommt, wie es jetzt der Fall ist, weiter in den Genuß der Förderung kommen.

Es gibt noch einen zweiten Bereich, wo wir Handlungsbedarf haben. Das ist der Verwaltungsbereich, der Abwicklungsbereich. Es gibt hier einige Kritikpunkte, wie zum Beispiel die langen Verwaltungsverfahren. Es ist allgemein bekannt, daß wir bereits an einer neuen Bauordnung arbeiten, wo zum Beispiel Bau- und Widmungsverfahren in einem Bescheid zusammengelegt werden. Auch innerhalb unserer eigenen Verwaltung werden wir auf Wünsche der Bau-träger reagieren. Ich bin heute auch schon auf eine hohe Qualität in der Architektur und auf eine hohe Wohnqualität angesprochen worden. Ich glaube, daß in der Reihenfolge die hohe Wohnqualität an erster Stelle stehen sollte, ohne die hohe Anforderung an eine gute Qualität in der Bauausführung und in der städtebaulichen Gestaltung zu vergessen.

Es gibt weiter die Notwendigkeit des Kostenbewußtseins. Wir haben die teuersten Wohnbauten in der Steiermark und müssen darauf reagieren. Wir müssen die Verfahren beschleunigen und die Qualität auf breiter Basis weiter verbessern. Nicht nur in wenigen Einzelbereichen, in wenigen Projekten, die dann sicherlich von einer baukünstlerisch internationalen Außergewöhnlichkeit sind, sondern in der wirklich breiten Masse verbessern. Ich stelle mir weiters vor, daß wir in diesem Zusammenhang Bebauungspläne für verbindlich erklären. Die Bebauungspläne sind grundsätzlich im Raumordnungsrecht vorgesehen, und wir können mit den Bebauungsplänen zweierlei erreichen: Zunächst einmal, daß die städtebauliche Qualität in der Anfangsphase gesichert ist, daß die Stellung eines Gebäudes in seiner Umgebung in Ordnung ist. Zweitens, daß wir zu Beginn eines Bauvorhabens bereits die Rechtssicherheit haben. Wir können in diese Bebauungspläne sämtliche Experten vom Landschaftsschutz, Ortsbildschutz und so weiter einbauen, und der Bau-träger und Bauwerber hat mit Verordnung die klaren Richtlinien am Tisch und weiß, wie er das Projekt weiter bearbeiten kann. Natürlich werden wir für größere Projekte auch weiterhin Wettbewerbe haben. Ich erkläre noch einmal: Es waren nicht die baukünstlerischen Wettbewerbe, die diese Kritik ausgelöst haben, sondern im wesentlichen einige wenige Projekte, die einen sehr hohen Niederschlag in den Medien gefunden haben. Es ist im Bereich der Wettbewerbe viel Gutes gemacht worden, und ich habe nie etwas anderes gesagt. Bei den sogenannten Experimenten fehlt mir eines: Wir haben kein Ergebnis aus den Modellbauten. Wir haben das hingestellt ohne Erkenntnis für die Wohnqualität, für die Kosten, sondern leider nur mit einer Rückkoppelung über die Beschwerdeordner. Das ist für mich keine Wohnbauforschung. Aber ich stehe nach wie vor dazu, daß wir in breiter Masse über die Bebauungspläne

eine sehr große Möglichkeit für Verbesserungen haben.

Die Kostenseite ist, wie schon erwähnt, ein wesentlicher Faktor. Wir sind uns durch die Bank schon einig, daß wir das System der Eigentumsbildung dahingehend hinterfragen müssen, ob es wirklich notwendig ist, sofort die 20 oder 19 Prozent Mehrwertsteuer dem Staat abzuführen. Es gibt ja auch die Möglichkeit der Miete. Nach zehn Jahren Miete hat man noch immer die Möglichkeit, dieses Projekt käuflich zu erwerben, und man erspart sich die gesamte Mehrwertsteuer. Es kommt dann noch eines dazu, daß derjenige, der jetzt eintritt in dieses Projekt, in dieser Phase finanziell am meisten belastet ist und dadurch auch von den Grundstücks- und Aufschließungskosten freigespielt werden kann. Es wird sicher dazu beitragen, daß wir zu einer günstigeren Kostensituation kommen, wenn wir höhere Dichten zulassen. Ich weiß, daß das eine ständige Diskussion mit der Stadt Graz ist, aber ein urbanes Bauen oder ein Bauen vom zweiten Geschöß aufwärts ist eine 22prozentige Verbilligung. Ich kann im städtischen Bereich nicht so, wie es die Verantwortlichen für Graz vorhaben, Einfamilienhäuser am Rosenberg, am Ruckerlberg, im Stiftingtal zu meiner Philosophie des urbanen Wohnens machen. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, größere Projekte auf einmal durchzuziehen, und nicht mit Teilprojekten in einem Abstand von mehreren Jahren. Lieber sollte eine Gemeinde zwei Jahre warten und dann ein Projekt durchziehen. Das führt mit Sicherheit zu einer Kosteneinsparung zwischen 5 und 10 Prozent. Wir sollten auch darüber nachdenken, ob wir nicht den Wettbewerb für die Wohnbau-träger aufmachen. Es sollte kein ungeschriebenes Gesetz bleiben, daß nur gemeinnützige Genossenschaften den Zugang zum Förderungsbau haben. Wir haben in der Zwischenzeit über den Wohnbauschek bereits eine leichte Öffnung gehabt, und darüber hinaus können sich die Gemeinden beteiligen. Ich bin mir ganz sicher, daß die Genossenschaften keinen Wettbewerb zu scheuen brauchen. Sie haben ein sehr großes Know-how, sie haben teilweise auch Mittel, die sie miteinsetzen, aber auf der anderen Seite könnte privatwirtschaftlichen Bereichen ebenfalls die Möglichkeit gegeben werden mitzumachen. Und wenn die Genossenschaften dann die vielfach kritisierten Hausplanungen auch noch etwas verbessern und gute Architektur machen, würde ich meinen, sie sind überhaupt unschlagbar.

Es ist also ein großes Paket, das hier zur Diskussion steht. Es würde mich wirklich freuen, wenn hier der Landtag sich auch dieses Thema zu eigen macht und darüber nachdenkt. Es steht nicht nur den Wohnbauexperten frei, darüber nachzudenken, und es sind Punkte, die sicherlich jeden berühren. Vielleicht kommen neue Ideen, und wir sollten uns in Form einer Wohnbauforschung, in Form eines Experimentes auch vornehmen, daß man die eine oder andere Idee zum jetzigen Zeitpunkt probiert, und zwar losgelöst von Richtlinien.

Wir müssen jede Chance nützen, und wir müssen uns anstrengen, daß wir gemeinsam für die Tausenden und Abertausenden Wohnungsuchenden in der Steiermark eine vernünftige und rasche Lösung zustandebringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.59 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile es ihm. Nach ihm der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.59 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich freue mich über den eindringlichen Appell des für den Wohnbau nunmehr zuständigen Herrn Landesrates. Und allein die Tatsache, daß wir im Finanzausschuß, der den Beratungen in diesem Hause vorgegangen ist, uns zu einem gemeinsamen Resolutionsantrag zu diesem Thema gefunden haben, zwischen allen Fraktionen, signalisiert schon und möge auch ihm signalisieren, daß alle Fraktionen des Hauses genauso wie er größtes Interesse daran haben, daß in Richtung notwendiger Novellierung der Wohnbauförderungsrichtlinien, aber auch in Richtung effizienteren Mitteleinsatzes etwas geschieht. Wir werden gerne in den Beratungen sehr rasch versuchen, auf seine Vorschläge einzugehen.

Auf einige Punkte, die er genannt hat, möchte ich gleich hier vom Pult aus eingehen, so sehr wir uns in vielen Bereichen finden. Ich möchte nur ein paar Stichworte zitieren, die heute von ihm, gestern von Klubobmann Hirschmann und auch von uns immer wieder genannt wurden, weil wir hier deckungsgleich sind und weil ich diese bestimmten Bereiche aus der Diskussion ausklammern möchte. Förderungssätze sollen sozial treffsicher werden, Mischformen der Förderungsmöglichkeiten, solidarischer Ausgleich, je mehr Verdienst, desto mehr zahlen. Nur einige Stichworte, Hirschmann gestern. Der Herr Landesrat im selben Sinne, Betonung der sozialen Komponente, veränderbare Miete, er spricht auch von den verlorenen Zuschüssen, die es schwieriger machen, und er spricht auch davon, daß er die Förderungsfinanzierung verändern möchte. Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen, in denen auch wir der Meinung sind, und hier sind wir auch schon in der Wortwahl absolut einer Meinung. Und weil es in fast allen Bereichen so klare Übereinstimmung gibt, bin ich einerseits überzeugt davon, daß es schnell und rasch weitergehen wird, und ich komme dann noch auf einige Punkte, von denen wir uns im Detail vorstellen, daß es sinnvoll wäre, auch darüber zu diskutieren. Aber ich möchte vorher grundsätzlich einen Bereich ausgeräumt wissen, weil ich überzeugt bin, daß es nicht in dieser Richtung verstanden werden wollte und sollte, aber um Mißverständnisse hier gleich von Haus aus beiseite zu lassen, sage ich, ich habe Sie nicht so verstanden, wenn Sie gemeint haben, Wohnbauförderungsfinanzierung ausgliedern und privatwirtschaftlich organisieren, daß Sie damit die alte, ich sage unselige, Diskussion, mehr Markt oder mehr sozial gebundene Wohnungswirtschaft, aufleben lassen wollen. Dann, würde ich glauben, tun wir uns sehr schwer, Konsens zu finden, gerade deshalb, weil wir alle miteinander wissen, die wir uns mit diesem Thema befassen. Seit in Deutschland nun nach einigen Jahren des Rückfalles nach der Auflösung der Gemeinnützigkeit alle, die mit dem Wohnbau zu tun haben, heute schon sagen, dieser Rückschritt war die größte Fehlentscheidung, wohnpolitische Fehlentscheidung, die wir im Deutschland der Nachkriegszeit getroffen haben. Wir sollten alles unterlassen, was in

diese Richtung geht, weil ich glaube, hier würden wir einen falschen Weg gehen. Ich glaube, wir gehen miteinander den richtigen Weg, wenn wir sagen, und das wurde immer wieder betont, und ich mache es noch an drei Punkten etwas teamfest: Im Mietwohnungsbau ist ganz einfach die soziale Treffsicherheit zu erhöhen, und wir können durch eine Umschichtung zugunsten des Mietwohnungsbaues sicherlich auch die Mittel effizienter einsetzen. Wenn wir im vergangenen Jahr von den 5608 geförderten Wohneinheiten nur 711 Einheiten als Mietwohnungen errichtet haben und wenn das ein Prozentsatz von nur 12,6 Prozent ist von den gesamten geförderten Einheiten und wir im übrigen Österreich ein Verhältnis von 60 zu 40 zugunsten der Mietwohnungen haben, dann orte ich hier einen Bereich des notwendigen Nachjustierens umso mehr, wenn wir gleichzeitig wissen, in der Steiermark hat im vorigen Jahr eine Eigentumswohneinheit 1,108.000 Schilling Landesförderungsmittel verschlungen und eine Mietwohneinheit 870.000 Schilling. Wenn ich das nur als Milchmädchenrechnung in den Raum stelle und nur sage, einen Teil davon umschichten, dann kann ich allein aus diesem Titel um 15 Prozent oder, verglichen an der vorjährigen Gesamtsumme, um ungefähr zwei- bis dreihundert Wohnungen mehr errichten, weil ich für die einzelne Wohnung weniger Aufwand habe. Erster Ansatzpunkt.

Zweiter Punkt, auch da finden wir, daß wir in der Eigentumswohnungsförderung mehr, durchaus überall vorhandenes, privates Kapital einbringen. Das heißt, Eigenmitteleinsatz, der bei uns in dieser derzeitigen Förderungssystematik nicht gegeben ist, aber fast überall anders, insbesondere wenn man über die Landesgrenze hinaussieht, absolut gegeben ist und weil ich hier glaube, daß man durch den direkten Einsatz von privaten Mitteln auch Wohnbauförderungsmittel insgesamt sparen kann, und, das füge ich sofort hinzu, daß dieser private Mitteleinsatz natürlich animiert werden muß, neue Formen des verbesserten Bausparens, neue Formen des Wohnsparens und andere steuerliche Anreize. Ich sage auch sofort hinzu und befinde mich hier wieder in den Gesprächen und auch heute bei Ihnen – Raumordnung, Bauordnung, Förderungsrichtlinien –, ich gehe gar nicht näher darauf ein, wir alle wissen, was wir damit meinen, in den verschiedensten Bereichen sind auf verteuernde Bestimmungen zu durchforsten. Ich spreche hier natürlich auch von der höheren Bebauungsdichte und den schon einige Male angeschnittenen Möglichkeiten.

Ich möchte aber auch ganz kurz davon sprechen, daß in der Grundstücksbewirtschaftung und -bevorzugung sicherlich noch einiges nachzujustieren sein wird. Ich würde aber glauben, daß in der Raumordnung die Möglichkeit gegeben sein müßte, Wohnbaugründe gesondert auszuweisen und festzulegen, um damit auch à la longue eine preisgünstigere Bodenpreisgestaltung für den sozialen Wohnbau zu erreichen.

Planung kurz angeschnitten, einige Ziffern dazu. Wir alle wissen, daß in der Steiermark mit 98 Quadratmeter je geförderter Wohneinheit die höchste Quadratmeterzahl österreichweit, verglichen mit den anderen Bundesländern, geplant und gebaut wird. Wir alle wissen, daß wir, ebenfalls angeschnitten, die ge-

ringste Anzahl an Projektseinheiten bei uns haben. Wir liegen bei ungefähr 15 Einheiten im Durchschnitt je gefördertem Bauprojekt. Das übrige Österreich baut ungefähr 23 Einheiten, und da sage ich sofort dazu, ist nicht undifferenziert übertragbar auf jene vielen kleinen Gemeinden, die eben nur einen Bedarf von sechs, zwölf, neun Wohneinheiten haben. Wie man hier überhaupt bei all diesen Überlegungen sehr stark differenzieren sollte. Ich halte nämlich nichts davon, daß man alles über einen Leisten schert. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gesamtprojekte, und nicht aufsplintern!“) Richtig, dort, wo möglich, Gesamtprojekte möglichst groß anlegen, dort, wo nicht möglich, wie bisher, überall genau überlegen. Ich glaube auch, daß wir in die Richtung gehen sollten, daß wir uns nicht um eine einheitliche starre Systematik bemühen und zusammenstreiten sollten. Ich würde glauben, daß man gerade der Vielfalt der Wohnungswünsche, aber auch den vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten der einzelnen Wohnungswerber entgegenkommen soll, indem man auch jedem einzelnen die vielfältigsten Förderungsmöglichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten einräumt. Einbringen von privatem Kapital, je nach seinen Möglichkeiten, aber auch sonstige Überlegungen in Richtung schrittweises Weggehen von den verlorenen Zuschüssen heißt Direktdarlehen in Richtung Annuitätenzuschüsse in den verschiedensten Bereichen, so daß derjenige, der sich eine Wohnung sucht, von Haus aus sagen kann, in dieser und jener Art und Weise der Finanzierungsform würde ich glauben, daß ich es mir auch leisten kann. Ich sehe hier gute Ansätze dafür, daß wir Schritte weiterkommen. Ich bin guter Dinge, daß wir dann weiterkommen, wenn wir offen bleiben für alle Ideen und nicht deshalb Ideen ausklammern, weil sie zufällig von der anderen Fraktion gekommen sind. Wir sind für alles offen und auch gesprächsbereit. (Allgemeiner Beifall. – 16.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Ich begrüße auf der Zuschauergalerie 29 Schüler des ersten Lehrganges der Fachschule Haidegg unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Christine Bauer. (Allgemeiner Beifall.)

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth (16.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wohnbaudebatte war immer eine interessante, wie wir sie in den letzten Jahren gehört haben. Überraschend war heute zweifellos der Vorstoß des neuen Landesrates, von sich aus zu beginnen und damit eine gewisse Richtung in dieser Wohnbaudebatte auch vorzugeben. Er hat eine Reihe von Ideen in den Raum gestellt, auf die man einzeln vielleicht antworten könnte, aber ich glaube, weil es eine sehr problematische Thematik ist, daß man das nicht einfach so leichthin sagen kann und daß ich Sie so verstehe, Herr Landesrat, daß dies Denkanstöße für die nächste Zeit sind, über die man sich ernstlich zu unterhalten hat, weil der Wohnbau zur Zeit in einer Situation ist, die bei den Menschen in diesem Lande eine unwahrscheinliche Verunsicherung ausgelöst hat. Ich habe noch nie so viele Anrufe bekommen, noch nie so viele Vorsprechende bei Sprechtagen gehabt, als gerade in den letzten

Wochen, weil die Leute Sorge haben, gibt es überhaupt noch eine Förderung, kann man sich die Wohnungen in Hinkunft überhaupt noch leisten, was hat dieser Landtag eigentlich auf diesem Sektor vor? Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir schon rasch zu Lösungen kommen, aber wir sollten sie auch nicht überziehen. Manches von diesem Modell wird auch ein Wunschdenken bleiben, das du jetzt vorgestellt hast, gerade im ländlichen Bereich. Ich möchte gar nicht im besonderen heute darauf eingehen, weil ich glaube, das würde viel zu weit führen. Wir haben in der Vergangenheit alle Beschlüsse in den Wohnbaufragen in diesem Hohen Haus gemeinsam erarbeitet und getragen, doch sehr bemüht, daß wir die Anforderungen erfüllen konnten. Und ich glaube, es ist hoch an der Zeit – ich sage das bewußt noch einmal –, daß wir alles tun, daß die Verunsicherung von den Menschen genommen wird, daß wir ganz klar sagen, daß es auch in Hinkunft geförderte Wohnungen in diesem Land gibt. Ich glaube auch, daß wir schon zurückschauen können auf Leistungen auf dem Wohnbau-sektor, auf die wir stolz sein können. Es sind immerhin 20.600 Wohneinheiten im Geschoßbau in den letzten zehn Jahren errichtet worden mit einem Aufwand von 16 Milliarden Direktarlehen, Annuitätenzuschüsse mit 1,6 Milliarden Schilling, und im gleichen Zeitraum, meine Damen und Herren, wurden 31.334 Eigenheime mit 7,8 Milliarden Schilling Direktarlehen und über 2 Milliarden an Annuitätenzuschüssen gefördert. Das heißt, daß in den letzten zehn Jahren an die 30 Milliarden Schilling dem Wohnbau zur Verfügung gestellt wurden, und das war auch ein entscheidender wirtschaftlicher Impuls in diesem Lande. Und gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum 3 Milliarden Schilling an Wohnbauhilfen gewährt, das heißt auch, daß wir als Abgeordnete in diesem Hause sehr wohl gewußt haben, wo wir unseren steirischen Landsleuten zu helfen haben. Denn ohne diese Wohnbauhilfen wäre es vielen Menschen nicht mehr möglich, sich eine Wohnung zu leisten. Das jetzige Förderungssystem wird in Frage gestellt, und ich verstehe dies auch. Warne aber vor allem davor, eine Neuregelung unter Zeitdruck zu machen. Es muß nicht unbedingt der 1. Jänner 1993 nach meiner Auffassung sein, weil ich weiß, daß wir damit in eine fürchterliche Pression kommen, wenn das Gesetz werden sollte. Ich könnte mir auch vorstellen, nachdem die Mittel für 1992/93 vergeben sind und das neue Wohnbauprogramm 1993/94/95 herausgegeben wird, daß auch mit diesem Zeitpunkt das neue Förderungssystem – wie immer es aussieht – auch verwirklicht wird. Und ich warne auch davor, die Förderung ausschließlich auf den Annuitätenzuschuß abzustimmen, wie man es in der letzten Zeit öfter gehört hat. Nicht nur, weil die Rückzahlung, die Annuität für den Quadratmeterwohnpreis eine enorme Höhe erreicht, sondern vor allem deshalb, weil dieser Weg ganz deutlich in eine Sackgasse führt, aus der es kein Entrinnen gibt. Oberösterreich hat uns diese Art der Förderung jetzt schon fast vor 20 Jahren vorgeführt, und sie mußten diese Art der Förderung nach zehn Jahren schleunigst einstellen. Oberösterreich hat im Jahre 1973 mit dem Annuitätenzuschuß begonnen und bis zum Jahre 1984, meine Damen und Herren, 842 Millionen Schilling an Annuitätenzuschüssen gewährt. 1985 mußte man diese Art der Förderung einstellen, denn 1987 haben bereits diese 842 Millionen

641 Millionen gekostet. Sie sehen also darin, wo dieser Weg hinführt. Ich glaube, es ist kein guter Weg. Das heißt aber nicht, daß man auf den Annuitätenzuschuß überhaupt vergessen sollte. Hier muß es meiner Auffassung Mischformen geben zwischen Annuitätenzuschuß, zwischen Landesdarlehen.

Herr Landesrat, wir haben gerade auch von unserer Seite einige Rechenbeispiele vorgelegt, die nicht uninteressant sind. Es ist viel Arbeit drinnen, aber unser Vorstandsdirektor Hausner hat hier wirklich eine gute Arbeit geleistet, über die man zumindest diskutieren soll. Klar ist nun die Frage des Annuitätenzuschusses und diese Förderung sehr verlockend, weil es einige Jahre auch wunderbar funktioniert. Ich glaube, daß wir alle miteinander gemeinsam eine Verantwortung haben, dafür zu sorgen, daß wir Wohnungen schaffen, die sich die Menschen leisten können. Ich möchte auch grundsätzlich einiges dazu sagen. Es muß bei dieser neuen Förderung, wie immer sie ausschaut, das Landesrecht nicht nur im Budget ausgewiesen werden, sondern es muß auch – der Herr Landesfinanzreferent ist nicht da, er wird das nicht so gerne hören – ebenfalls verpflichtend in den Wohnbau fließen. Ich sage das auch deshalb sehr deutlich, weil ich mir schon vorstellen kann, wenn das Land sich von dieser Art der Förderung verabschiedet, daß selbstverständlich der Herr Finanzminister auch keine besondere Veranlassung hat, das Land seinerseits im besonderen zu fördern. Wir haben es schon einmal erlebt, das übersieht man, 10 Prozent waren weniger. Als wir die Wohnbauförderung verländert haben, haben wir 10 Prozent weniger Bundesmittel erhalten. Und das spielt bei drei Milliarden, die wir zur Zeit bekommen, schon eine dementsprechende Rolle. Ich möchte auch sehr deutlich sagen, Herr Landesrat, und da müssen wir auch aufpassen, die Rückflüsse aus dem Wohnbau sind selbstverständlich – Zinsen sowie Tilgung – dem Wohnbau zuzuführen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn er uns die Zinsen nicht gibt, dann setzen wir es hinunter!“) Das ist genau dies, was ich sagen wollte, dann hätte jede Überlegung auf eine höhere Verzinsung keinen Sinn.

Das wäre Dummheit, denn wir würden uns damit höhere Rückzahlungen einhandeln, höhere Wohnbeihilfen bezahlen müssen, und der Herr Finanzlandesrat würde sich freuen, daß er mehr Geld hat. Ich weiß schon, Erich, dich würde es auch freuen. Das kann ich mir vorstellen.

Aber da, glaube ich, müßten wir eigentlich die bestehende rot-blaue Koalition lösen und eine schwarz-blaue machen. Ich meine nur, das wird vielleicht funktionieren. Da sind alle einstimmig in der Frage. Fein, ich freue mich sehr darüber.

Diesen Dingen muß man eben mit Vorsicht entgegenreten, denn wir haben es ja in der Vergangenheit gesehen, und ich freue mich immer, wenn ich den Herrn Präsidenten sehe, und er lacht so in sich hinein; er hat es ja immer gut verstanden, dieses Landesrecht anders zu verwenden. Mein Gott, es wurde halt nicht gefordert, Herr Präsident. (Präsident Dr. Klausner: „Beim Ausgeben sind sich immer alle einig!“) Ich habe auch eine differenzierte Meinung, und ich weiß, daß ich mir keine besonderen Freunde einhandle, wenn ich das sage, zu den Altverträgen. Meine Damen und Herren, eigentlich ist es nicht sehr moralisch, daß

heute exzellent gut verdienende Menschen, denen ich nichts neide, damit man das ganz klar sagt, noch immer eine Wohnung haben, wofür sie für die Darlehen ein Prozent bezahlen.

Ja, da gibt es sicher ganz krasse Fälle, die auch noch darunter liegen. Ich frage mich wirklich, ob das so unrichtig wäre, solche Altverträge abzuändern in dieser Situation, in der wir uns befinden. Wir tun uns ja nicht leicht. Schauen Sie, man hat bei den VOEST-Arbeitern auch nicht gefackelt und hat ihnen ihre Treuepension weggenommen. Für die war das sicher viel schwieriger und viel schwerer, als wenn ich heute diese Altverträge ändern würde. Dazu kommt noch, daß die Menschen bei diesen Altverträgen, die wirklich im unteren Bereich liegen, durch die Wohnbeihilfe ja abgedeckt sind. Es würde denen also gar nichts passieren.

Ich meine also, vielleicht sollte man doch darüber auch einmal nachdenken, ob man nicht einen sehr ordentlichen, sauberen Weg findet, den man auch den Wohnungseigentümern wirklich entsprechend plausibel machen kann. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid hat bei seinem Amtsantritt für Entbürokratisierung plädiert, und ich habe damals schon gesagt, wenn ich das höre, dann stellen sich bei mir die Haare auf, weil in der Regel war es noch immer so, daß innerhalb der nächsten vier Wochen zwei neue Formulare auf dem Tisch gelegen sind. Zwei neue Formulare gibt es in der Zwischenzeit noch nicht, spürbar konnte natürlich die Entbürokratisierung in der kurzen Zeit nicht werden. Das sage ich also völlig ohne jede Polemik, das wissen wir auch.

Ich hoffe aber sehr, daß wir von einem Prinzip wegkommen, daß ein Mensch in der Steiermark sagt, was schön ist, und danach wird gebaut. Da gibt es allerdings Anzeichen, das muß ich auch sagen – wie mir meine Freunde berichten –, daß der eine es nicht mehr tut und dafür ein anderer glaubt, er muß uns selig machen. Das kann nicht unser Ziel sein. Das, glaube ich, muß man in aller Deutlichkeit sagen, und ich plädiere auch dafür, daß man die Bezirksverantwortlichen in den Bauämtern, die es ja gibt, mit mehr Rechten ausstattet, denn es sind hervorragende Leute, die vom Bauen und von der Landschaft und vom Ortsbild wirklich auch etwas verstehen und die einzelnen Situationen auch besser beurteilen können.

Abschließend meine ich, daß wir miteinander Lösungen finden müssen, die wir auch gemeinsam tragen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 16.21 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Ebner (16.21 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wie man nach dem heutigen Tag an dieser Diskussion sieht – und man weiß ja, die Diskussion läuft ja eigentlich schon seit Monaten –, ist die Diskussion so richtig in Gang gekommen. Es ist ja völlig unüblich, daß der Landesrat als erster das Wort ergreift, aber ich darf ihm danken, daß er diese Diskussion so stark in Gang gebracht hat. Immerhin, er kommt ja auch beruflich aus diesem Bereich. Als Architekt ist er immerhin

schon 20 Jahre in diesem Bereich tätig. Vielleicht bringt das auch etwas neuen und frischen Wind in diese ganze Diskussion hinein.

Der Kollege Vollmann hat bei seiner Generalrede davon gesprochen, daß wir 500.000 neue Wohnungen in Österreich brauchen werden. Das ist eine gigantische Zahl. Kein Mensch weiß in Wahrheit, wie so etwas zu finanzieren sein sollte. Diese Studie, die er da zitiert hat, nennt natürlich auch die Gründe, warum wir soviel Wohnungen brauchen werden, nämlich Gründe, die früher völlig übersehen worden sind, wie das Wohnbauprogramm so Anfang der achtziger Jahre, na ja, man kann fast sagen gestoppt, aber zumindest halbiert worden ist. Nämlich die Gründe, ich darf das zitieren, daß junge Leute eben das Elternhaus heute schon früher verlassen, eben mit 18 oder 19 Jahren, daß die Lebenserwartung der Menschen erfreulicherweise ansteigt und damit eben relativ große Wohnungen auch länger besetzt bleiben, daß die Zahl der Scheidungen ständig zunimmt, da brauche ich eben nach der Scheidung zwei statt eine Wohnung, und im Zunehmen begriffen ist auch die Zahl der Singlehaushalte. Es werden noch viele, viele Gründe genannt, warum das so ist, das ist eben eine dramatische Fehleinschätzung Anfang der achtziger Jahre gewesen, die zu einem ebenso dramatischen Fehlbestand an Wohnungen geführt hat, weshalb wir überhaupt auch darüber diskutieren. Aber warum diskutieren wir eigentlich im Landtag über Wohnungen? Weil eben Steuergelder da hineinfließen, insbesondere für die sozial Schwachen Steuergelder hineinfließen, und zwar von Bund und Land.

Das Land ist, sagen wir es ganz offen, das sehen wir gerade beim Wohnbaubudget, ganz einfach pleite und kommt der gesetzlichen Verpflichtung nämlich nicht mehr nach. Das muß man hier auch einmal ganz deutlich sagen. Ich darf hier das Wohnbauförderungsgesetz einfach zitieren, wie die Wohnbaumittel aufzubringen sind, nämlich durch Zweckzuschüsse des Bundes. Da sind 1992 3 Milliarden Schilling im Budget eingesetzt. Ich hoffe für uns alle und für den Herrn Landesrat Ing. Ressel, aber insbesondere für den Wohnbau, daß das keine Traumziffer ist, sondern daß wirklich 3 Milliarden Schilling vom Bund kommen. Unter Punkt zwei stehen dann Leistungen des Landes Steiermark im Ausmaß von bitte mindestens einem Sechstel der Zweckzuschüsse des Bundes, das wären immerhin 500 Millionen Schilling von diesen 3 Milliarden. Wenn ich das im Budget suche, diese 500 Millionen Schilling, dann suche ich diese 500 Millionen allerdings vergeblich.

Ich habe den Herrn Landesrat Ing. Ressel – er ist wieder erschienen – auch im Ausschuß darauf angesprochen, worauf er gemeint hat, daß seit der Verlängerung im Jahre 1988 das Landessechstel nicht mehr notwendig ist. Er hat schon teilweise recht. Der Bund hat um 10 Prozent gekürzt und hat dazu gesagt, „ich mache es nicht mehr zur Vorbedingung für die Bundeszuschüsse, daß du auch das Sechstel weiterhin dazugibst“. Nur bitte, Herr Landesrat Ing. Ressel, die Abgeordneten waren offenbar anderer Meinung. Sie haben nämlich ein Jahr nach der Verlängerung das Landeswohnbauauförderungsgesetz beschlossen und haben es durchaus für notwendig erachtet, auch das Landessechstel hier hineinzuschreiben.

Ein weiterer Punkt der Förderung sind Rückflüsse aus Förderungsmaßnahmen, ist also die Darlehens-tilgung im wesentlichen. Was wir mit diesem Rückzahlungs-begünstigungsgesetz und mit dem Forderungsverkaufsgesetz machen, das wir ja noch im Laufe dieses Budgetlandtages beschließen werden, ist bitte nichts anderes als eine vorzeitige Tilgung. Im Budget steht allerdings in den Erläuterungen drinnen, daß damit das Landessechstel abgedeckt werden soll, das halte ich ehrlich gesagt für eine Augenauswischerei, und es sollte da doch etwas mehr Ehrlichkeit Platz greifen, und nicht der Schmach, daß das das Landes-sechstel ist.

Das heißt also, daß meiner Meinung nach das fehlende Landessechstel nur durch den Vorgriff auf zukünftige Einnahmen gesichert werden konnte, ebenso weitere 1,1 Milliarden Schilling. Insgesamt also 1,6 Milliarden Schilling Budgetkosmetik. Ich bekenne mich durchaus zur Gesamtverantwortung für das Budget, aber das Land soll sich und wird sich auch nicht auf Dauer hier der Verantwortung entziehen können. Und eines muß man schon auch klarstellen, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid hat es etwas angedeutet, es können durch die Abdeckung mit diesem Forderungsverkauf die Altlasten abgedeckt werden und gleich viele Wohnungen wie in den Vorjahren gebaut werden.

Von einem Sonderwohnbauprogramm kann man in diesem Zusammenhang jedenfalls nicht sprechen. Das sollte man auch einmal deutlich sagen. Was aber laut Prognosen eben notwendig wäre, daß wir mehr Wohnungen bekommen. Und damit dieses Landessechstel für die Zukunft nicht in Vergessenheit gerät, ich erinnere, immerhin 500 Millionen Schilling, habe ich im Finanz-Ausschuß den Antrag gestellt, dieses Landes-sechstel wenigstens im Budget verbal auszuweisen, ohne eine Budgeterhöhung damit zu provozieren. Ich weiß schon, daß große Lust bei Abgeordneten der ÖVP, aber auch der SPÖ bestanden hat, hier auch diesem Antrag zuzustimmen. Aber offenbar war es nicht gewollt, auch nur einen einzigen Beistrich an diesem Budget zu ändern. Ich empfinde es als einen akzeptablen Kompromiß, der dann gefunden wurde, das als Resolution an die Landesregierung zu formulieren. Diese Resolution hatte auch die Unterstützung aller drei Parteien gefunden. Aber ich werde schon im Herbst, bei der nächsten Budgeterstellung, alle daran erinnern, daß sie hier einstimmig einer Resolution zugestimmt haben, daß im Budget des nächsten Jahres das Landessechstel ausgewiesen wird. Und den Herrn Landesrat Ing. Ressel darf ich gleich jetzt schon daran erinnern, immerhin sind Sie ja, Herr Landesrat, wie ich weiß, bereits bei den Vorbereitungen des nächstjährigen Budgets. Das heißt, wir haben in Wahrheit gleich viel Geld für gleich viele Wohnungen. Brauchen tun wir aber natürlich mehr Wohnungen, wie ich schon erläutert habe. Und dieses Mehr an Wohnungen brauchen wir bei gleichem Geld. Deshalb überlegen wir ja alle – und hier auch die Vorschläge, wie kann man es anders machen, wie kann man die Kosten senken. Es waren heute einige Vorschläge da, wie kann man die Kosten senken insbesondere bei der Förderung. Das ist schon gesagt worden, und das unterstütze ich gerne. Ich bin auch der Meinung, daß man die Förderung insgesamt flexibler gestalten wird müs-

sen. Das heißt, jeder soll unter dem Strich soviel Förderung bekommen, wie er für seine notwendige Wohnversorgung tatsächlich braucht. Aber eben nicht mehr. Ich sage nur noch einmal, wie alle, das Schlagwort „soziale Treffsicherheit“. Zum Beispiel braucht meiner Meinung nach nicht jeder ein einprozentiges Darlehen, es wäre vielen schon geholfen, wenn sie ein sechs-, vier- oder fünfprozentiges Darlehen bekommen, was bedeutet, daß man einfach stärker auf individuelles Einkommen abstellen wird müssen, was aber bitte auch wiederum bedeutet, daß wir insgesamt stärker von der Objektförderung zur Subjektförderung kommen werden. Und dafür werden wir Freiheitlichen uns jedenfalls einsetzen, daß die Subjektförderung auch verstärkt wird und damit das Soziale mehr als bisher in den Vordergrund tritt. Und wenn ich auch schon bei der Diskussion war, so hat der Kollege Dr. Hirschmann – ich habe es jedenfalls den Zeitungen entnommen – das Schlagwort „Wir machen doch eigentlich Mittelstandsförderung“ in den letzten Wochen in die Diskussion gebracht, und da muß ich schon sagen, da tut er seinem eigenen Parteifreund Dipl.-Ing. Schaller, der ja vorher das Ressort innegehabt hat, doch etwas unrecht. Ich darf mir hier doch erlauben, Dipl.-Ing. Schaller ein bißchen in Schutz zu nehmen. Man darf ja nicht übersehen, daß die, die jetzt im Mittelstand sind, doch damals, wie sie die Wohnung bekommen haben, anspruchsberechtigt waren, und ich gehe davon aus, daß sie zu Recht eine Förderung in Anspruch genommen haben. Das Problem ist ja wirklich nur, daß sie heute nicht mehr anspruchsberechtigt sind. Kollege Kanduth hat es sehr deutlich angesprochen, wobei er auch den Schritt gemacht hat, darüber nachzudenken, ob man nicht doch in bestehende Verträge hier eingreifen sollte. Ich glaube auch, daß das Nachdenken darüber zumindest erlaubt sein sollte, wenn ich das hier einmal sagen darf. Ich bin der Meinung, daß es eben auch hier mehr Flexibilität geben soll – der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid hat es kurz angesprochen –, dem Kostenindex angepaßt. Das kann man sich vorstellen über steigende Zinsen, wie auch immer. Aber jedenfalls der Wertsteigerung und der Einkommensteigerung auch angepaßt, was aber nicht nur für die Eigentumswohnungen, sondern auch für die Mietwohnungen zu gelten hat. Da muß ich schon sagen, bin ich nicht der Meinung, daß man jemanden, der in einer geförderten Mietwohnung sitzt, dann in höhere Einkommensschichten hineingewachsen ist, jetzt gleich aus dieser Wohnung rausschmeißen sollte. Der Meinung bin ich nicht, aber ich bin doch der Meinung, daß man eine Art soziale Fehlbelegsabgabe einheben sollte, die bis – wenn das Einkommen entsprechend hoch ist – zum Marktpreis gehen soll. Er sollte jedenfalls, wenn er genügend Einkommen hat, keine Vorteile mehr daraus lukrieren, daß er in einer geförderten Mietwohnung drinnensitzt. Insgesamt unter dem Strich kann man sagen, es darf einfach kein Geschäft mit geförderten Wohnungen geben. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß über diese Förderung, insbesondere wenn ich die Wohnbeihilfe noch mit hineinnehme, wir eine gigantische Umverteilung machen. Das sind ja Tausende Schillinge, die da jemand lukriert, die er mehr lukriert als ein anderer, der nicht in einer geförderten Wohnung drinnen ist und entweder schlecht wohnversorgt oder teuer wohnversorgt ist. Und da trete ich gerne

dieser gemeinsamen Resolution bei, wo drinnen steht, daß bei Verkauf einer geförderten Eigentumswohnung aus den lukrierten Gewinnen zumindest die Wohnbeihilfe zurückzuzahlen ist, aber zu der weiteren Kostensenkung, die es natürlich bei den Baukosten auch gibt. Da will ich gar nicht eingehen auf die vielen Probleme und die Details mit Bruttofläche, mit Nettofläche. Da sollen sich die Experten herumstreiten. Ich will aber doch auch diesen Ländervergleich, den – glaube ich – der Kollege Dipl.-Ing. Grabner angeschnitten hat, hier auch noch anschneiden. Der Kollege Dipl.-Ing. Grabner hat gesagt, 80 Prozent Eigentum, 20 Prozent Miete in der Steiermark. Ich glaube, Sie haben das gesagt, 80 Prozent Eigentumswohnungen, 20 Prozent Mietwohnungen. Das verteuert ja so, weil die Eigentumswohnung mit 20 Prozent, Mietwohnung mit 10 Prozent ist und nur die Bruttosummen ausgewiesen werden. Aber man sollte sich die letzten Statistiken auch anschauen. Das stimmt nämlich in Wahrheit schon lange nicht mehr. Im Jahre 1991 sind nämlich von 1615 Wohnungen, die mit Darlehen gefördert worden sind, nur mehr 56 Prozent Eigentumswohnungen gewesen und bereits 44 Prozent Mietwohnungen. Das heißt, in diese Richtung, wie Sie es offenbar wünschen, Herr Kollege Grabner, geht es offenbar doch von selbst auch schon. Ich nehme auch an, daß dieses Programm „M 1000“ wahrscheinlich zu greifen anfängt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Vergleichen wir die mit Darlehen geförderten Eigentumswohnungen und die mit Darlehen geförderten Mietwohnungen, das wären 1600 zu 711, damit kommen wir bei den Mietwohnungen auf 12,6 Prozent und bei den Eigentumswohnungen auf 87 Prozent. Ich kann nicht Förderungsmittel wegnehmen, die für Eigentumswohnungen mit anderen Förderungsmodalitäten bedacht sind!“) Ich habe bitte nur die offizielle Statistik von Miet- und Eigentumswohnungen genommen.

Aber wenn wir gerade bei dieser Studie sind, ich habe mir natürlich auch die Kreditkosten angeschaut, und die sind uns ja allen aufgestoßen dort, wenn man sich vorstellt, daß im Schnitt in Österreich, allerdings inklusive Steiermark, was den Schnitt wieder hinaufhebt, in Österreich die Kreditkosten, die, wie man ja weiß, gerade im Wohnbau enorm verteuern wirken, 0,97 Prozent der Baukosten ausmachen – im Schnitt in Österreich. In der Steiermark machen sie aber bitte sage und schreibe 2,29 Prozent aus. Und da ist wohl die Frage berechtigt, bitte, wer lukriert denn eigentlich diese Kreditkosten, was heißt, wer lukriert denn eigentlich die Zinsen? Der öffentliche Wohnbau sicher nicht, sondern für den sind es ja Kosten. Und da drängt sich schon die Frage auf, welche Banken eigentlich hier gefördert werden, weil was anderes kann es ja bitte nicht sein. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie einmal mit den Wohnungswerbern reden, und darf ich noch ganz kurz ein anderes Thema ansprechen. Dem Wohnungswerber, der eine Wohnung sucht, ist es in Wahrheit völlig egal, über welche Genossenschaft er seine Wohnung bekommt. Das ist ihm völlig wurscht, ob das eine rote Genossenschaft ist oder eine schwarze Genossenschaft oder überhaupt eine Genossenschaft, die keiner der beiden Großparteien zuzurechnen ist. Das Wichtige ist ihm, daß er in möglichst rascher Zeit zu einer geförderten Eigentumswohnung kommt. Und diese Möglichkeit kann ich ihm nur bieten, wenn er zu einer zentralen Vergabestelle geht,

daß man ihn nicht – wie es jetzt der Fall ist – von einer Wohnbaugenossenschaft zur anderen schickt und er sich bei jeder Wohnbaugenossenschaft anmelden muß. Deshalb fordere ich, eine zentrale Vergabestelle einzurichten. Denn diese zentrale Vergabestelle ist auch die Voraussetzung, daß eine Objektivierung möglich wird, daß die Freunderlwirtschaft in diesem Bereich und die „Interventionitis“, die parteipolitische, endlich einmal ein Ende haben. Und offenbar wollen auch ÖVP und SPÖ dem ein Ende setzen, weil bei dieser gemeinsamen Resolution, die ich schon angesprochen habe, sie die freiheitliche Forderung nach einem objektiv meßbaren Punktesystem übernommen haben und wir ja diese Resolution gemeinsam beschließen werden.

Ich darf nur bitten, das auch zu zeigen, daß es wirklich ernst gemeint ist, und meiner Meinung nach ist eben die Voraussetzung dafür, daß wir eine zentrale Wohnungsvergabestelle bekommen.

Aber doch noch ein Wort zu den gemeinnützigen Genossenschaften. Ich glaube, so ganz ungeschoren können sie bei einer Wohnbaudiskussion ja doch nicht wegkommen. Angeblich haben ja die Wohnbaugenossenschaften Milliarden Schilling auf ihren Konten – in der Steiermark werden es nicht gleich so viele Milliarden sein, nehme ich an, über die Milliarde wird es schon sein. Ich verstehe das schon, warum sie das auf der hohen Kante haben, weil sie halt eine höhere Verzinsung bekommen als sie eine Rendite bekommen aus den Wohnbauaktivitäten. Das ist mir schon verständlich. (Abg. Vollmann: „Das stimmt nicht!“)

Aber die Aufgabe der Wohnbaugenossenschaften – und, Kollege Grabner, das darf ich auch Ihnen sagen, da werden Sie mir recht geben – ist, Wohnungen zu bauen, und nicht, Zinsen zu lukrieren, und ich glaube halt, das alles, was über der Liquiditätsreserve von wenigen Prozent der Bilanzsumme ist, sollte eben dem sozialen Wohnbau wieder zugeführt werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Genossenschaften haben immer recht!“) Sie meinen ein Prozent, darüber kann man sicher diskutieren, oder habe ich Sie jetzt falsch verstanden?

Aber noch ein Wort zu den Wohnbaugenossenschaften. Es ist ja bekannt, daß die Wohnbaugenossenschaften auch Neben- und Zusatzgeschäfte neben dem Wohnbau machen. Ich bin der Meinung, daß sie diese Zusatzgeschäfte auch bleiben lassen sollten. Sie bauen Luxuswohnungen, Garagen, Tennisplätze und, wie wir wissen, ja auch Krankenhäuser. Das Problem dabei ist nur, daß sie keiner Preisbeschränkung unterliegen, aber trotzdem steuerliche Vorteile genießen. Da bin ich auch der Meinung, sie sollen sich auf den Wohnbau konzentrieren. Wie wir wissen, gibt es dort genug zu tun, und sie sollen nicht private Unternehmer mit Steuervorteilen unterbieten. Ich gebe dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid schon recht, wenn er meint, daß die Wohnbaugenossenschaften keinen Wettbewerb zu scheuen haben. Das ist schon richtig, aber dann auch zu gleichen steuerlichen Bedingungen wie die privaten Unternehmer, und nicht mit Steuervorteilen.

Apropos Genossenschaften: Vor kurzem bin ich auf etwas gestoßen, das ich hier einmal als „Körpergeld der Wohnbaugenossenschaften“ bezeichnen möchte. Ich glaube, das muß ich etwas erläutern, es geht hier

doch nicht um Bagatellbeträge. Die meisten Genossenschaften – Körpergeld der Genossenschaften, Herr Kollege Purr – kassieren die Tilgung des Landesdarlehens mit den Betriebskosten mit, das heißt, monatlich zahlt der Wohnungseigentümer die Tilgung seines Landesdarlehens über die Wohnbaugenossenschaft an das Land. Gesetzlich ist es aber so – die Wohnbaugenossenschaften halten sich sehr präzise daran –, daß die Tilgung beim Land nur halbjährlich erfolgt, das heißt bis zu einem halben Jahr, lukrieren die Wohnbaugenossenschaften auch auf Kosten der Wohnungseigentümer Zinsgewinne. Nicht, daß Sie glauben, daß das Bagatellbeträge sind, das sind in Wahrheit bitte Millionenbeträge, die hier die Wohnbaugenossenschaften ungerechtfertigterweise kassieren. Man braucht das nur einmal nachzurechnen. Da fordere ich schon die Wohnbaugenossenschaften auf, endlich mit dieser Wurzerei der Wohnungseigentümer aufzuhören, die Zinsen, die sie zuviel kassiert haben, zu berechnen und dem Wohnungseigentümer auch wieder zurückzugeben und bei den Wohnungseigentümern wieder gutzuschreiben. Das fordere ich hier schon.

Aber erlauben Sie mir doch als Grazer Abgeordneter, also ganz an Graz kann ich beim Wohnbau ja doch nicht vorbeigehen. Wenn ich mir anschau die Volkszählungsergebnisse. (Abg. Vollmann: „Vorbeigegangen bist du derzeit nicht!“) Ich gehe gerne durch Graz, Herr Kollege, ich gehe gern durch Graz, und deshalb will ich da nicht vorbeigehen. Vergleich Volkszählungsergebnisse: Wir haben es da schon diskutiert, 81 zu 91. Ich zitierte: 34 Prozent mehr Wohnungen, 28 Prozent mehr Bevölkerung. Daß es sich hier nicht um Graz handeln kann, ist schon klar, das ist nämlich Hart bei Graz, eine Grazer Umlandgemeinde, eine typische Gemeinde, die Grazer Aussiedler aufnimmt. In Graz ist es nämlich umgekehrt, Graz hat einen ständigen Verlust an Wohnbevölkerung zu beklagen, und zwar zirka 10.000 innerhalb dieses selben Zeitraumes.

Eine Studie des Österreichischen Institutes für Raumplanung hat einmal über Auftrag verschiedene Szenarien der Stadtentwicklung durchgecheckt, und eines dieser Szenarien war, was passiert, wenn der Trend weiterläuft? Das will ja keiner, die Entvölkerung von Graz. Also das zweite Szenario war, was muß ich tun, um diesen Trend zu stoppen? Da steht in dieser Studie drinnen als Lösung: Erhöhung der jährlichen Wohnbauleistung durch flächensparendere Wohnformen. Was heißt das eigentlich? In Wahrheit heißt es Erhöhung der Bebauungsdichte. Wenn ich dann vor wenigen Tagen, nämlich am 7. April, den Edegger lese, den Herrn Vizebürgermeister von Graz, der für Planung zuständig ist, wie er seinen Flächenwidmungsplan vorstellt, da steht drinnen: „Für bestehendes Bauland seien die Bebauungsdichten bewußt herabgesetzt worden.“ Ich frage mich wirklich, wo da die verantwortungsvolle Politik des Herrn Vizebürgermeisters Edegger in der Stadt Graz für den Wohnbau ist. Ich gebe dem Herrn Vizebürgermeister Edegger durchaus recht, wenn er sagt, „daß dieser Flächenwidmungsplan Grundlage für eine dynamische Entwicklung ist“ – wörtliches Zitat bitte. Dynamisch ist die Entwicklung sicher und wird sie sein, nämlich eine weitere dynamische Abwanderung in das Grazer Umland. Diese Dynamik, die Edegger hier an den Tag legt, die sollte er lieber bei der Beschleunigung der Bauver-

fahren in Graz an den Tag legen, es dauert nämlich mindestens zwei Jahre, bis ein soziales Wohnbauvorhaben in Graz einmal genehmigt wird. Aus diesem Grund sind auch Hunderte von Verfahren in Graz anhängig, die einfach nicht und nicht weitergehen, weil dauernd umgeplant wird, manche bleiben sogar schon im Vorverfahren stecken.

Wir Freiheitlichen werden jedenfalls weiter aufzeigen, Herr Kollege Tasch, wer in Graz wirklich für den Wohnungsnotstand verantwortlich ist, nämlich Edegger.

Meine Damen und Herren, ich habe hier einige wenige Probleme des Wohnbaus in der Steiermark aufgezeigt, und ich bin überzeugt, wenn wir alle mit-helfen, dann werden wir die aufgestellten Hürden, sicherlich auch die in Graz aufgestellten Hürden, weg-räumen können. Ich muß ja sagen, Landesrat Dipl.-Ing. Schmid hat seine Qualitäten als Hürdenläufer ja bereits unter Beweis gestellt, und einen gewissen Sportgeist kann man ihm ja, glaube ich, auch nicht dabei absprechen. Und wenn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba und Landesrat Dipl.-Ing. Schmid im Laufe dieser Periode auch die Kondi-tion, sprich das Geld, nicht ausgeht, dann bin ich sicher, daß wir das gesteckte Ziel trotz aller Hürden, die aufgerichtet werden, erreichen werden, nämlich das gesteckte Ziel, die Wohnversorgung der steirischen Bevölkerung sicherzustellen. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 16.45 Uhr)

Präsident Dr. Klausner: Der Herr Kollege Kanduth hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Er hat fünf Minuten Redezeit.

Abg. Kanduth (16.45 Uhr): Meine Damen und Herren, es ist nicht das erste Mal, daß ich zu dem Eigenkapital der Genossenschaften von dieser Stelle aus Stellung nehme. Ich muß es heute noch einmal tun, weil hier ein falscher Eindruck entsteht. Es hat in der Pressestunde am Sonntag der Herr Bundesobmann der FPÖ bereits die Sache angezogen und über das Eigenkapital der Genossenschaften gesprochen. Es liegt natürlich nahe, daß seine Freunde in der Steiermark dasselbe tun. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Berichtigst du den Haider?“) Den Haider braucht man nicht berichtigen, der wird sich schon selber noch zu Tode retten mit diesen Dingen, ich sage das auch in aller Deutlichkeit.

Wo liegt das Eigenkapital der Genossenschaften, meine Damen und Herren? Ich sage das sehr deutlich: in den Grundstücken. Und wenn eine Genossenschaft ein Grundstück weiterverkauft, dann ist sie berechtigt, ein Prozent über den Eckzinsfuß in Rechnung zu stellen, das heißt zur Zeit, daß die Genossenschaft 4,75 Prozent Verzinsung berechnen kann. Wenn ich dieses Geld auf der Bank liegen hätte, würde ich mindestens 9 Prozent kassieren, das wäre nicht in Ordnung, da bin ich völlig dieser Meinung. Aber Grundstücksvorrat anzulegen, der letztlich dem Wohnungswerber, Eigentümer oder Mieter, was immer er ist, zugute kommt, das ist die Aufgabe einer Genossenschaft. Dazu muß man sich auch bekennen, da soll man bei solchen Aussagen wirklich mehr aufpassen, damit nicht ein falscher Eindruck entsteht. (16.46 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm, als nächster der Kollege Ing. Löcker.

Abg. Heibl (16.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsi-dent, meine Damen und Herren!

Daß wir eine Wohnoffensive – und unter Offensive verstehe ich sehr viel – österreichweit und ganz beson-ders natürlich in der Steiermark brauchen, ist wohl, und so hoffe und habe ich heute auch gehört, unbe-stritten. Und alle Vorredner, auch Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, haben das ja in eindrucksvoller Weise bewiesen. Es wird aber auch der gemeinsamen Anstrengung, meine Damen und Herren, der Gemein-den und natürlich der Länder und des Bundes bedür-fen, um einkommensschwächeren Schichten, und vor allem auch jungen Familien, dringend benötigten Wohnraum in entsprechender Anzahl zur Verfügung stellen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, wer-den wir gravierende Umstellungen vor allem bei den Förderungen in Angriff nehmen müssen, wir haben das ja eindrucksvoll gehört von unseren Abgeordne-ten. Wir sind auf einem guten Weg dorthin, um mit den vorhandenen und erzielbaren Mitteln und Rückflüssen – auch die gibt es Gott sei Dank – mehr Wohnraum zu schaffen. Aber auch eine Anregung des reinen priva-ten Wohnmietbaues ist zu überlegen. Wäre natürlich Angelegenheit in erster Linie des Bundes. Ein steuer-liches Modell, das die Investitionstätigkeit auf diesem Gebiet anregen soll beziehungsweise forcieren soll, wäre wie gesagt zu überlegen, aber es gehört ein großes Fragezeichen dazu. Voraussetzung wäre natür-lich dafür eine Höchstgrenze für diese Mieten. Daß natürlich eine sofortige Abhilfe des bestehenden Woh-nungsfehlbestandes nur über die Versorgung aus den bereits bestehenden Wohnungen möglich ist, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß viele Tausende Woh-nungen in der Steiermark leer stehen und dem Woh-nungsmarkt und dem Wohnungsuchenden nicht zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, so unbestritten es ist, daß wir zu wenige Wohnungen bauen, so unbestritten ist es auch, daß der steirische Wohnbau zu den teuersten unter den neun Bundes-ländern zählt. Wir errichten seit vielen Jahren in der Steiermark hochqualitative Wohnungen. Vielleicht – und dieser Meinung bin ich – übertreiben wir sogar. Wir sollten jedenfalls beim Suchen der Fehler und Ursachen des teuren Bauens von Wohnungen nur nicht von einem Extrem in ein anderes Extrem fallen. Allzuleicht könnten etwa im Wohnbau all jene, die Bil-ligstbauten beklatschen, bei denen die qualitative Komponente aber zu kurz kommen muß, in ein paar Jahren, wenn sich dann erhöhte (Präsident Dr. Klaus-ner: „Bitte im Zuschauerraum etwas mehr Ruhe!“) Folgekosten einstellen, zu den größten Kritikern wer-den. Der Hauptgrund für die hohen Herstellungskosten ist – das wurde heute bereits gesagt – das ungünstige Verhältnis Eigentumswohnung zu Miet-wohnung in der Steiermark. Ich brauche das nicht näher zu erläutern. Aber weitere Gründe der Teue-rung ergeben sich durch vereinzelt äußerst kompli-zierte Bauformen, lange Behördenverfahren, geringe Objektgrößen, auch das wurde bereits gesagt, zu viele Wettbewerbe meiner Meinung, eine Bauordnung, die entrümpelt gehört. Das bedeutet nicht, daß nur Be-stimmungen entfernt und vereinfacht gehören, wahr-

scheinlich wäre, hervorgerufen durch neue Bauweisen und Methoden, auch einiges in die Bauordnung aufzunehmen, zu ergänzen. Ich höre heute von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, daß wir bereits dabei sind, die Bauverhandlung und die Widmungsverhandlung zusammenzulegen. Ein erster Schritt!

Meine Damen und Herren, Fachleute, die mit der Steiermärkischen Bauordnung als Ausführende laufend zu tun haben, sind überzeugt, wenn man sich zu 100 Prozent nach der derzeit gültigen Bauordnung halten würde, wäre Bauen in der Steiermark fast unmöglich. Um den sozialen Wohnbau, um den es geht, wieder sozial zu gestalten, müßten wir im Bereich der Finanzierung, da sind wir uns alle einig, neue Wege einschlagen. Auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Wohnbaukredite zu 8,5 Prozent sind zu teuer. Und hier muß ich auch dazusagen, daß sehr viele Genossenschaften diese Kredite natürlich zusätzlich beanspruchen müssen, weil das Land Steiermark mit den Zahlungen eben rückständig war und ist. Das benötigte Geld von den Kreditinstituten für den Bau unserer Wohnungen ist derzeit meiner Meinung, und wir sagen das so, nämlich der mit Abstand teuerste Baustoff, den wir im Wohnbau verwenden, und nicht Fenster, die bei einem Objekt jedes eine andere Größe hat und dadurch schon um 40 Prozent teurer sind, oder exklusive Fliesen aus Italien, die wir in dieser Qualität vielleicht im sozialen Wohnbau gar nicht benötigen und trotzdem verwenden. Also das Geld, das wir haben müssen, das ist der teuerste Baustoff. Und genauso müssen wir, meiner Meinung, wenn es uns ein Anliegen ist, daß der soziale Wohnbau nicht immer mehr in ungünstigere Lagen hinausgedrängt wird, ausweichen muß, eine Reform der Bodenpolitik anstreben.

Es muß dazu führen, daß auch in dicht verbauten Gebieten, also auch im städtischen Raum, geförderter Wohnbau, den sich Wohnungsuchende mit kleinem Einkommen auch leisten können, möglich wird. Die Installierung, das ist die Folgewirkung daraus, einer Grundbevorratungseinrichtung, wie immer man das nennen will, Pool oder wie immer, ob durch Land oder über Gemeinden ist doch zweitrangig, müßten wir eigentlich ins Leben rufen. Obwohl es natürlich heute bereits Möglichkeiten eines Zinszuschusses für Gemeinden mit geringem Steueraufkommen gibt, aber das funktioniert scheinbar nicht besonders. Es müßten Grundstücke, meine Damen und Herren, bereits zu einem Zeitpunkt erworben werden, wo sich noch keine Bodenspekulationen gebildet haben beziehungsweise Bodenspekulationen durch andere einzuführende Maßnahmen nicht greifen. Ich glaube, dabei wäre zu überlegen die Einführung der Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ im Flächenwidmungsplan, mit entsprechender Anhebung – ich glaube, da bin ich gleicher Meinung mit dem Herrn Landesrat – der Bebauungsdichte. Eine der Widmung entsprechende Grundstücksnutzung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes wäre zu überlegen, eine Baulandsteuer bei Nichteinhaltung müßte die Folge sein. Um den Ablauf, sehr geehrte Abgeordnete, beziehungsweise die Errichtung unserer Wohnbauten besser und effizienter zu gestalten und damit auch preisgünstigere Wohnungen zu erhalten, wäre – und ich sage das bereits zum zweiten Mal hier im Hohen

Haus – eine Koordinierungsstelle für öffentliche Bauvorhaben beim Land Steiermark einzurichten. Und darunter gehört auch der Wohnbau, um eine bessere Auslastung über sämtliche zwölf Monate des Jahres der damit befaßten bauausführenden Firmen und deren Beschäftigten zu erreichen. Gleichfalls wäre eine jährliche Bauvorschau, darunter ist auch der soziale Wohnbau, wiederum für sämtliche Regionen der Steiermark, dringend notwendig. Vor zirka zwei Jahren wurde diese steirische Bauvorschau vom damaligen Landesbaudirektor auch in Aussicht gestellt, nur, bis jetzt noch nicht erfüllt. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß eine zentrale Verteilung der Wohnbaukontingente meiner Auffassung nach der falsche Weg wäre, weil der zuständige politische Gemeindereferent über die Entwicklung und über die Bedürfnisse der einzelnen Ortschaften und Städte, die ihm zugeteilt sind, am besten informiert ist und daher am besten richtige Entscheidungen treffen kann. Ich halte daher die derzeit praktizierte Verteilung unserer Wohnbaukontingente durch den jeweiligen Gemeindereferenten für eine vernünftige Lösung, hat auch bisher – das muß man dazusagen –, was die Verteilung betrifft, funktioniert. (Abg. Dr. Ebner: „Ausgeglichen zwischen Schwarz und Rot!“)

Sie können noch einmal rausgehen und das sagen!

Wir sollten uns vielmehr, Herr Abgeordneter Dr. Ebner, darüber Gedanken machen, wie sinnvoll es ist, daß vier Landesräte für das Baugeschehen in der Steiermark zuständig sind, und daher heißt es allzuoft „bitte warten“. Selbst die Landesbaudirektion – einige Herren, glaube ich, sind hier – ist dabei in einer schwierigen Lage. Wen wundert es, daß sich so manche Baugenehmigung oder andere Genehmigungen, die wir für Bauvorhaben benötigen, sich im Kreise drehen? Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß durch Zusammenarbeit aller drei Parteien für die Wohnbauförderung und den Wohnbau insgesamt in der Steiermark neue Richtlinien und Vorgaben gefunden werden, um den sozialen Wohnbau, um den es uns in erster Linie geht, nicht nur anzukurbeln, sondern daß dieser auch seiner sozialen Aufgabe und gesellschaftlichen Bedeutung wiederum gerecht wird. Ich danke für das Zuhören. (Allgemeiner Beifall. – 16.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner hat sich der Herr Kollege Ing. Löcker gemeldet. Ich erteile ihm das Wort, und nach ihm Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba.

Abg. Ing. Löcker (16.58 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es reiht sich ganz gut, glaube ich, wenn wir nach dem Kapitel Soziales das Kapitel Wohnbau besprechen, denn ein innerer Konnex ist hier zutiefst gegeben. Nachdem mein Kollege Kanduth über den Geschoßbau referiert hat, möchte ich die Bereiche Einfamilienhaus und Haussanierung näher besprechen.

Wieso das Einfamilienhaus, und welche Stellungnahme dazu? Historisch betrachtet, ist beim Einfamilienhaus die Freiheit des Bauens am stärksten betont gewesen. Der jeweilige Bauwerber konnte bei der Gestaltung, bei der Größe, aber auch beim Qualitätsstandard am meisten mitsprechen. Kriterien, die natürlich

beim sogenannten sozialen Wohnbau nicht so leicht durchführbar sind.

Es gab aber und gibt auch heute noch einen wesentlichen Faktor, das ist die sogenannte Freiheit der Eigenleistung. Der Bauwerber kann seine Eigenleistung in einem gewissen Spielraum selbst festlegen. Wir kennen die Nachbarschaftshilfe, und wir kennen auch andere Hilfsmaßnahmen, und durch Beanspruchung dieser Möglichkeiten sind bei uns sehr viele Menschen zu einem Eigenheim gekommen, die sonst unter anderen Bedingungen es sich nie leisten hätten können. Das ganze hat aber trotzdem eine gewisse Ambivalenz.

Das möchte ich jetzt einmal etwas kritischer hinterfragen, vor allem die soziale Verträglichkeit der Bauweisen. Wenn wir für ein Einfamilienhaus, wie oftmals noch gewohnt, 1000 Quadratmeter Grund beanspruchen, dann haben wir einen sehr großen Flächenbedarf zur Wohnversorgung einer Familie, und dieser wiederum steht in Kollision mit den Grundsätzen unserer Raumordnung, nicht nur was die Aufschließung hinsichtlich Kanal, Wasser, Strom und eventuell Fernwärme betrifft, sondern auch – und jetzt immer wichtiger werdend – gerade am Rande von Ballungszentren mit der Erschließbarkeit durch den öffentlichen Verkehr. Wenn ich eine 600-Quadratmeter-Parzelle habe oder eine mit 1000 Quadratmeter, dann kann ich in einem Bereich, der gebläufig zum nächsten öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar ist, auf jeden Fall um 50 Prozent mehr Wohnraum schaffen als bei 1000 Quadratmeter. Das sollte, glaube ich, auch ein wichtiger Faktor für die Festlegung von Bauplatzgrößen sein.

Es gibt noch immer Gemeinden, die lieber sehr große Flächen sehen als kleinere. Hier stellt sich die Frage natürlich nach der Alternative und nach dem Extremen, denn wenn jemand in der Stadt eine Terrassenwohnung hat, die an und für sich schon zum höchsten Standard zählt, dann hat er eine Grünfläche von etwa 15 oder 20 Quadratmeter, und wenn er dann außerhalb der Stadtgrenze ein Haus baut, dann kann er am Wochenende um sein Einfamilienhaus 800 Quadratmeter Rasen pflegen, mitunter auch mit Geräusch verbunden und mit Komplikationen. Auch das wäre zu überlegen, und die Bürgermeister sollten sich diese neue Verdichtung, wenn ich so sagen kann, ernsthaft überlegen.

Ich möchte als Beispiel Baden-Württemberg anführen, wo bei einer Grundstücksfläche ab 450 Quadratmeter verpflichtend der Bau von Zweifamilienhäusern zumindest vorgesehen wird. Es gibt natürlich Bereiche einer dünneren Verbauung am Land, wo es durchaus sozial verträglich ist, wenn auch ein Grundstück größer ist. Hier kann man keine generelle Lösung empfehlen, aber ich möchte sagen, in der Nähe der Ballungszentren, wie etwa im Großraum Graz oder im Grazer Feld, wäre eine größere Verdichtung – wie es auch in Graz zum Teil angestrebt wird – durchaus vertretbar.

Das Einfamilienhaus, glaube ich, könnte einen großen Vorteil haben, wenn man es rationeller und der neuen Technik entsprechend besser ausgenutzt bauen würde. Man könnte mit der Modulbauweise und mit der Variation von etlichen Elementen einen sehr flexiblen Wohnraum schaffen. Man könnte gleich-

zeitig die Preise senken, man könnte verschiedene Ausbaustufen schaffen, so daß dann auch hier wiederum die Mitarbeit des Bauherrn möglich wäre. Diese Mitarbeit des Bauherrn möchte ich aber auch begrenzen.

Aus meiner persönlichen Erfahrung habe ich nicht selten erleben können, daß ein junges Ehepaar voller Tatendrang sich ein Haus gebaut hat, zehn Jahre lang größte private Entbehrungen auf sich genommen und dann sich gefragt hat, soll das alles gewesen sein? Nicht selten wurde durch diese Überforderung, diese freiwillig auf sich genommene Überforderung, dann die Ehe in eine Krise gebracht, und das Haus mußte verkauft werden, und die größten Nutznießer waren dann jeweils der Kreditgeber, der private oder ein Immobilienhändler, denn diese Menschen, die zehn Jahre ihres Lebens geopfert haben, haben dann bestenfalls die Materialien wieder rückvergütet bekommen, und die Arbeit war weg. Auch hier ist dieser Faktor mitzubedenken.

Bei der früher erwähnten Modulbauweise wäre die Verwendung von Holz besonders gelegen, und nachdem wir jetzt in der Steiermark eine Lehrkanzel haben für den Holzbau, wäre es auch eine interessante Aufgabe, hier neue Bauformen zu entwickeln und Techniken, so daß man hier wirklich billig bauen kann, weil das reine Fertigteilhaus bei uns zwar sehr im Kommen ist, aber noch immer nicht jene Präsenz hat wie im Ausland. Ganz einfach begründet, weil bei uns die Bevölkerungsdichten zu gering sind und die Transportwege gewisse Grenzen geben der Wirtschaftlichkeit von Fertigteilhäusern, abgesehen von unseren Straßenbedingungen, so daß man also hier mit neuen Bauweisen sehr viel machen könnte. Aber es gibt natürlich auch große Vorteile, die unersetzlich sind im Bereich eines Einfamilienhauses, wie etwa die Familiengerechtigkeit. Wir haben heute schon früher – der Kollege Heibl sprach davon – von den nicht invaliden oder behindertengerechten Wohnungen gesprochen, und in einem Einfamilienhaus ist dieses Kriterium wohl am ehesten zu berücksichtigen, und das hat natürlich auch einen Wert.

Im nächsten Kapitel möchte ich die Althausanierung bezeichnen. Hier ist die Verträglichkeit, die soziale, wenn ich so sagen darf, bedingungslos gegeben. Die Infrastruktur ist weitgehend vorhanden, es geht also um die Erhaltung von Bausubstanz und um die bessere Nutzung, um die zusätzliche Schaffung von Wohnraum im Dachbodenbereich, ohne neuen Grund zu beanspruchen. In den dichten Ballungsgebieten, wie in den Städten, wird von dieser Form der Wohnraumschaffung besonders intensiv Gebrauch gemacht werden müssen. Es gibt hier allerdings auch Schwierigkeiten, wenn ich an die Verkehrssituation denke.

Ein Großteil der eingesparten Infrastrukturkosten bei einem Dachausbau geht heute wieder dadurch verloren, daß die Baufirmen nicht mehr wissen, wie sie das Material anliefern sollen und wie sie Baustellen einrichten können im städtischen Bereich. Das ist auch besonders für Graz ein Problem.

Abschließend möchte ich mich noch kurz mit den im vergangenen Jahr novellierten Vergaberichtlinien für Bauträger beschäftigen. Ich schicke voraus, daß ich ein Vertreter der Wirtschaft bin und eine gewisse Subjek-

tivität hier besitze, aber ich möchte trotzdem Denkanstöße geben.

Man hat bei den Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien jahrzehntelange Erfahrungen eingearbeitet, und man hat das Best- und Billigstbieterpreissystem immer wieder gepflogen. Wenn ich voraussetze, daß der Ausschreiber exakte Massenermittlungen hat, dann hat man exakt kalkulieren können, und dann war jeder Unternehmer in der Lage, das Risiko einzuschätzen, das heißt mit anderen Worten, er hätte den richtigen Preis finden müssen. Von diesem System sind wir im vergangenen Jahr durch eine Novellierung abgegangen mit den nachträglichen Verhandlungen zwischen dem Billigstbieter und dem Zweitbieter. Ich habe soviel Einblick, daß dadurch die Kontrolle wesentlich erschwert wurde, daß heute oftmals gar keine Anboteroöffnungen mehr stattfinden, sondern nur mehr Abgaben, und daß sich dann das ganze mehr oder weniger unter der Tuchent – wie man so schön sagt im Volksmund – abspielt. Ich glaube, daß wir dadurch die Basis für eine neue Grauzone geschaffen haben, die nicht unbedingt wünschenswert ist. Ich kenne zwar die Bedenken, die zu dieser Novellierung geführt haben, man meinte, daß man damit die Baupreiskosten senken könne, aber man weiß ja, was etwas kostet. Und wenn Firmen nicht korrekt gewesen wären, offen ausgesprochen durch Preisabsprachen oder ähnliches, dann sollte man doch nicht unter einem so großen Zeitdruck bauen, daß man es sich nicht leisten könnte, eine Ausschreibung zu wiederholen, wenn hier ein Verdacht gegeben ist. Aber das andere Extrem, wie es zur Zeit immer häufiger feststellbar ist, daß Firmen preislich so weit gedrückt werden, daß sie dann nicht mehr in der Lage sind, Qualität zu bieten, oder daß versucht wird, nachdem keine öffentlichen Anboteroöffnungen mehr sind und andere Dinge, bei den nachträglichen Preisverhandlungen auch nachträglich Leistungsänderungen zu erwirken und andere Dinge mehr, und wir könnten unter Umständen in den nächsten Jahren feststellen, daß das doch nicht der richtige Weg gewesen ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 17.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm. Nach ihm ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid noch einmal zu Wort gemeldet.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba (17.08 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Obwohl ausschließlich ressortmäßig für den Einfamilienhausbau und die Hausstandsgründung für Jungfamilien zuständig, war ich in den letzten Wochen in die Verhandlungen eingebunden und gestatte mir daher einige allgemeine Feststellungen. Nachdem heute die Diskussion nicht nur der Länge nach maßvoll war, sondern überall Konsensbereitschaft signalisiert wurde, kann man es – glaube ich – ruhig rückblickend sagen, daß in den letzten Wochen und auch Monaten um den steirischen Wohnbau recht heftige Diskussionen abgelaufen sind und geführt wurden. Und bei diesen Diskussionen wurde natürlich auch parteipolitisch diskutiert und Auseinandersetzungen geführt, aber letztlich hat jeder immer durchblicken

lassen, daß er gemeinsam mit den anderen auf der Suche nach einem Konsens ist, und dieser wurde auch gefunden aus einer gemeinsamen Einsicht heraus, was – glaube ich – sehr erfreulich ist. Aber das Ergebnis dieses Konsenses war ja erst die Möglichkeit überhaupt, dieses Budget beschließen zu können. Und dazu waren zwei Gesetze notwendig: eines, das Sie schon beschlossen haben, und eines, das Sie heute beschließen werden. Ich möchte zu den Vorwürfen, daß in der Vergangenheit zu viele Zusagen gemacht wurden, feststellen, daß die zugesagten Wohnungen finanzierbar wären, könnte das Land die gesetzlich festgelegten Finanzierungsbeiträge weiterhin leisten. Wir werden sie jetzt leisten können über einen neuen Finanzierungsweg. Aber sie wären auch sonst finanzierbar gewesen. Ich meine hier das Landesesechstel und die Mittel aus dem Paragraphen 4 Absatz 1 des Wohnbauförderungsgesetzes 1989. Weiters wurden ja schließlich die Zinsen der Rückflüsse aus dem Voranschlag 1992 gestrichen, und das ist immerhin insgesamt rund eine Milliarde Schilling.

Im letzten Wohnbauprogramm, also das für die Jahre 1992/93 beschlossene, wurde die Schaffung von 4000 Wohnungen vorgesehen. Dazu kommen noch 1000 Wohnungen aus den Vorprogrammen, welche bisher nicht realisiert wurden, und weitere 1000 Wohnungen aus dem Sonderprogramm für Mietwohnungen, dem sogenannten „M-1000“-Programm. Und wenn mein Kollege Landesrat Schmid sagt, daß nur 1000 Wohnungen finanzierbar wären, dann ist das zwar jetzt nicht mehr so dramatisch, aber es ist auch nur bedingt richtig. Denn auf eines ist bei der Diskussion immer vergessen worden, daß nicht nur das derzeit laufende Programm, das sich bis Ende 1993 erstreckt, sondern alle vorhergehenden, und es sind nach der bisherigen Praxis nie sämtliche Wohnungen eines Förderungsprogrammes termingerecht realisiert worden, daß auch für die Abwicklung dieses Programmes jeweils mindestens ein weiteres Jahr dazugerechnet werden mußte. Das war eben der Unterschied zwischen der erwünschten Theorie und der gelebten Praxis.

Es war uns auch bewußt, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Mein ehemaliger Regierungskollege Dipl.-Ing. Hermann Schaller und ich haben uns aus diesem Grunde bereits im Vorjahr, im Sommer, um neue Geldquellen umgesehen. Wir haben im Sommer 1991 die Rechtsabteilung 14 gemeinsam beauftragt, einen Gesetzesentwurf für eine begünstigte Rückzahlung auszuarbeiten, übrigens nicht zum ersten Mal, solche Aktionen haben Bund und Land ja schon einige Male durchgeführt. Auch der Verkauf der Landeswohnungen hätte zur Finanzierung des Wohnbaues beitragen sollen, das war unsere Idee. Immerhin haben einige hundert Mieter ihr Kaufinteresse bekundet. Der jetzige Präsident Dr. Klauser als damals ressortzuständiges Regierungsmitglied wollte auch einen diesbezüglichen Antrag bereits zweimal in die Regierung zur Beschlußfassung einbringen. Aus mir nicht bekannten Gründen ist es allerdings bis heute zu keiner Beschlußfassung gekommen. Diese Mittel hätten zusätzlich dem Wohnbau gedient oder dienen können. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist an mir gelegen, es gibt einen einfachen Grund: weil wir

nichts zum Herschenken gehabt haben!") Ich danke Ihnen, daß Sie das Kreuzworträtsel lösen, Herr Kollege.

Mit dem neuen Herrn Finanzreferenten habe ich – hoffentlich nicht hinter Ihrem Rücken – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Nein!“) gestern vereinbart, daß wir die Sache rasch zu Ende verhandeln, er hat mir auch die offenen Punkte gesagt, und daß wir dann die Wohnungen den Mietern zum freiwilligen Kauf anbieten. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Zu einem angemessenen Preis!“) Ich freue mich, daß Sie sich da nicht hintergangen fühlen müssen. Fein! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ganz im Gegenteil, darüber bin ich informiert!“)

Nünmehr müssen Mittel aus der Rückzahlungsbegünstigung zusammen mit dem Forderungsverkauf zur Abstattung des Deckungskredites von maximal 1,6 Milliarden Schilling herangezogen werden. Ihrem Vorgänger, Herr Kollege Schmid, meinem damaligen Kollegen Schaller, wurden bei den letzten Budgetdebatten einige Male, einige Jahre hindurch, wegen der Höhe der Rücklagen Vorwürfe gemacht, und er wurde dringend aufgefordert, diese Mittel umgehend für die Wohnbauförderung zu aktivieren und einzusetzen. Innerhalb weniger Jahre ist so ein Wandel, ihm hat man noch vorgeworfen, Rücklagen zu horten, und jetzt müssen wir zu ganz anderen Methoden greifen, damit wir durchkommen mit dem Budget und den für den Wohnbau erforderlichen Mitteln. Diese Rücklagen betragen am 31. Dezember 1987 2,7 Milliarden Schilling. Diese Mittel waren zu keinem Zeitpunkt frei verfügbar, sondern immer durch konkrete Förderungszusagen gebunden. Sämtliche Rücklagen sind übrigens ohne jede Einschränkung dem Wohnbau zugeführt worden. Ich sage das, obwohl eigentlich niemand hier eine Verdächtigung in den Raum gestellt hat, aber ich glaube, es soll jemandem, der nicht mehr im Hause ist, hier auch Gerechtigkeit widerfahren können.

Aber noch einmal sei es gesagt, die Leistungen der Wohnbauförderung der letzten Jahre lassen sich auf jeden Fall sehen. In den letzten zwei Jahren wurden insgesamt 11.556 Neubauwohnungen gefördert. Diese Zahl teilt sich in 4130 Eigentums- oder Mietwohnungen, 426 Wohnbauschekwohnungen und 7000 Eigenheime auf. Wenn man auf die letzten fünf Jahre zurückblickt, kann ich sagen, daß mehr als 27.000 Wohnungen gefördert wurden. Die Wohnungen, die durch die Wohnhaussanierung gefördert wurden – das sind 15.000 bis 20.000, die Zahl wechselt pro Jahr –, sind dabei noch gar nicht inbegriffen. Aus diesen Zahlen, meine Damen und Herren, sieht man, daß der Wohnbau bei den Referenten der steirischen Volkspartei schon immer höchste Priorität hatte. Es wird auch immer wieder behauptet, die Eigenheimförderung – damit komme ich zu meiner eigenen Verantwortung – sei so teuer. Hier muß ich es – und ich habe es schon öfter erwähnt – wiederum sagen, daß die Eigenheime dem Land, wenn man beim Wohnbau überhaupt von billig reden kann, relativ noch am billigsten kommen. Warum? Durch den im Bundesländervergleich verhältnismäßig geringen Förderungsbeitrag von 370.000 Schilling pro Eigenheim, ohne die verschiedenen Zuschlagsmöglichkeiten gerechnet, kosten 3000 Wohneinheiten im Eigenheimbereich

gleich viel wie 1000 Wohneinheiten im Geschoßbau. Weiters fallen bei den Eigenheimen keine Wohnbeihilfen an. Ich bin wirklich der Meinung, daß man den Häuslbauern, die für das Land die günstigsten Förderungswerber sind – noch dazu wenn sie sich jetzt immer mehr entschließen, zu der Bauweise des Eigenheims in Gruppe überzugehen, was raumordnungsmäßig und aufschließungsmäßig nicht unbedeutend ist –, die Direktförderung eigentlich nach dem jetzigen Diskussionsstand – ich bin durchaus offen für jede Diskussion, und wir haben ja ein bißchen Zeit dafür – nicht nehmen darf, der nimmt sich nämlich in vielen Fällen das Darlehen erst auf, wenn er den Rohbau fertig hat oder in die teure Phase kommt, am Anfang braucht er das Geld zum Materialkaufen, und die Nachbarn helfen zusammen.

Beim Hausbau in dieser Form verzichten die Leute, und es sind meistens kleine Leute – weil, wenn er sehr wohlhabend ist, kriegt er eh keine Förderung, dann ist er über den Einkommensgrenzen – jahrelang auf ihre gesamte Freizeit und auf jeden Urlaub. Diese Zeit wird dann am Bau verbracht, jedes Wochenende und der Urlaub, weil ohne die enorme Eigenleistung ein Großteil dieser Häuslbauer sich kein Haus leisten könnte.

Es war in den letzten Wochen auch immer von einer totalen Umstellung des Förderungssystems zu hören. Es wurde auch heute andiskutiert in einer erfreulich objektiven und alles offenlassenden Weise – der Herr Kollege Schmid hat eine ganz konkrete Vorstellung, auch die anderen Fraktionen haben sich in dieser Richtung geäußert, aber ich würde sagen geöffnet und nichts verschlossen. Hier ist, glaube ich, von der Umstellung der Darlehen auf Annuitätenzuschüsse in besonderer Weise die Rede, und ich möchte nur sagen, daß man dabei nicht vergessen soll, daß diese gewährten Annuitätenzuschüsse natürlich verlorene Zuschüsse des Landes sind. Ich möchte sie nicht qualifizieren, ob das möglich ist oder nicht, ich stelle nur fest, das sind natürlich verlorene Zuschüsse des Landes, und man muß sich, glaube ich, durchrechnen, ob die nicht Höhen erreichen könnten, die dann auch wiederum schwer oder nicht finanzierbar sind. Das ist nichts anderes als ein Diskussionsbeitrag, den ich hiermit liefern will. Denn wir haben ja bei der Wohnhausanierung schon jetzt mit Annuitätenzuschüssen gearbeitet, und diese Zuschüsse machen derzeit bereits 510 Millionen Schilling aus und ist jährlich mit einer Steigerung von mindestens 150 Millionen Schilling zu rechnen.

Bei einer Gesamtumstellung der Förderung auf die gewünschten Annuitätenzuschüsse darf auch nicht vergessen werden, daß die monatlichen Kosten für eine Wohnung, die nur mit Kapitalmarktdarlehen vorfinanziert wird, wahrscheinlich eine ziemlich große Höhe erreichen. Der Betrag, der dann vom Land Steiermark gestützt werden muß, könnte sehr hoch werden. Das bedeutet, daß die monatliche Zuschußleistung außerordentlich steigen kann.

Mir ist bewußt, meine Damen und Herren, daß eine Änderung der jetzigen Vorgangsweise unumgänglich ist, auch mit all diesem Wenn und Aber, das möchte ich gleich ganz offen zugestehen und eingestehen. Aber in einem Ruck-Zuck-Verfahren werden wir das sicherlich nicht schaffen, denn ich kann mich gut erinnern, daß das letzte Wohnbauförderungsgesetz

relativ intensiv und trotzdem längere Zeit verhandelt wurde, und ein solches Gesetz, welches auch nicht von heute auf morgen entstanden ist, kann man auch nicht im Ruck-Zuck-Verfahren umstellen. Trotzdem sind wir in Zeitnot, ist mir auch klar. Ich glaube einfach, man muß diesen Bereich sehr genau gemeinsam überdenken, viel miteinander reden, diskutieren, um nicht schon sehr bald feststellen zu müssen, daß die Finanzierung womöglich dann wieder nicht gewährleistet wäre, denn das wollen wir alle gemeinsam nicht.

Ich möchte Ihnen daher allen sehr herzlich für diese sachliche Diskussion danken. Ich bin ja nur teilweise, zum kleineren Teil, aber für das Land billigeren Wohnungswerber betroffen, und ich darf an Sie alle appellieren, daß wir uns gemeinsam Gedanken machen, daß sowohl für das Land Steiermark als auch für die Wohnungsuchenden und Häuslbauenden – also für unsere gemeinsamen Kunden – eine akzeptable Variante gefunden wird. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall. – 17.21 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Die letzte Wortmeldung in dieser Gruppe stammt vom Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In aller Kürze kurz replizierend. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich kann es mir doch nicht verkneifen – bei aller Sachlichkeit dieser Diskussion –, daß ich den Eindruck habe, man hat Ihnen die falsche Rede geschrieben. Ich habe in keiner Form, das möchte ich wirklich eindeutig hier festhalten, ich habe in keiner Form meinen Vorgänger, den Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Schaller, angegriffen, ich habe seine Leistungen herausgehoben, es bedarf keiner Rechtfertigung. Nur bitte, ich habe Unterlagen, die ich von der Rechtsabteilung 14 zur Verfügung gestellt bekommen habe, und bedarf eines ganz einfachen Rechenbeispiels.

6000 Wohnungen sind zugesagt – da sind wir uns einig –, 4000 Wohneinheiten für die nächsten beiden Jahre und 2000 aus dem alten Programm. Die Wohneinheit kostet etwa 1,100.000 Schilling – und im Budgetentwurf des Herrn Präsidenten, damaligen Landesrates Dr. Klauser waren zirka 1,2 Milliarden Schilling ausgewiesen – 1000 Wohnungen im Jahr. Das heißt, gehen wir zunächst von den 4000 aus, es fehlt die Hälfte, und es fehlt noch die Belastung von einer Milliarde Schilling, die ich übernommen habe. Bitte, das ist eine Tatsache, die ich niemandem vorwerfe. Man hat berechtigt und mit großem Einsatz von allen Wohnungen errichtet und sich bemüht, das Beste zu machen, und ich unterstreiche das. Ich glaube, wir müssen uns hier das nicht vorrechnen, aber wir sind halt in der Situation, daß wir uns umstellen müssen, und wir stellen um. Sie haben selbst auch klar festgestellt, daß wir einen dringenden Bedarf haben, an den Förderungsrichtlinien zu arbeiten. Es gibt weiters Berechnungen der Rechtsabteilung 14, daß bei Beibehaltung des Systems in den nächsten Jahren jeweils zirka 700 Millionen Schilling fehlen. Wir können somit dieses Kapitel angesichts der Tatsache der großen Bereitschaft der Zusammenarbeit abschließen. Ich habe mich mehrfach positiv über die Leistung meines Vorgängers geäußert

und werde hier auch nie eine andere Äußerung abgeben.

Ganz kurz, Herr Kollege Dipl.-Ing. Grabner, damit ja kein falscher Eindruck entsteht. Von einer Privatisierung des Wohnbaus kann überhaupt keine Rede sein. Wir haben – und ich halte es nochmals fest – von einer privatwirtschaftlichen Bewirtschaftung des Kapitals gesprochen, um dieses Kapital wertgesichert zurückzubekommen und in einen Kreislauf zu führen. Das hat wirklich überhaupt nichts mit Privatisierung zu tun, sondern mit einer privatwirtschaftlichen Bewirtschaftung, wir werden den einzelnen Wohnbau-trägern ein Finanzierungsmodell anbieten können, das auf einer Rückzahlung aufbaut.

Annuitätzuschüsse – lieber Herr Abgeordneter Kanduth, ich teile deine Meinung – können tatsächlich zum teuersten Instrument werden, und daher ja der Vorschlag von meiner Seite, daß wir im Grunde genommen sehr wohl eine Objektförderung betreiben, aber diese Objektförderung dürfen wir nicht an so starre Richtlinien hängen.

Es war der Vorschlag aus der ÖVP, eventuell Anleihen zu machen, das könnte über die Gesellschaft abgewickelt werden. Und ich habe davon gesprochen, daß man Investoren, Interessenten miteinbinden kann. Die Architekturqualität, da gibt es verschiedene Ansichten, das wird immer ein Problem sein. Ich teile aber auch deine Meinung, es wird in der Steiermark nicht einem einzelnen und auch nicht einer kleinen Gruppe zustehen zu sagen, was schön ist. Es gibt auf der anderen Seite natürlich ein gewisses Kontrollbedürfnis. Nicht zuletzt auch du hast darauf hingewiesen, daß es Wohnungen gibt, wo man heute keine Möbel hineinstellen kann. Das ist ein sehr sensibles Spiel zwischen Kontrolle und zwischen begleitender Beratung.

Dann hat es noch einen letzten Vorwurf, den ich mir notiert habe, gegeben, die Verteilung auf vier Landesräte. Der Herr Kollege Heibl war es, glaube ich. Das stammt nicht von mir. (Abg. Heibl: „Das habe ich auch nicht gesagt!“) Ich halte es nicht für unbedingt erforderlich. Wir werden aber nach wie vor in einer guten Zusammenarbeit in der Regierung hier Lösungen finden, die sinnvoll sind. Auch ich bin aufgerufen, und es ist mir ein Anliegen, daß ich mich bei den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 14 herzlich bedanke. Ich gebe zu, es ist nicht leicht, die Umstellung aus einem System heraus, aber sie haben es glänzend geschafft, und ich werde mich auch weiterhin bemühen, diese gute Zusammenarbeit zu pflegen. Ich bedanke mich recht herzlich! (Allgemeiner Beifall. – 17.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Es liegt keine weitere Wortmeldung zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung vor. Ich frage den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Peter Schinnerl, ob er auf das Schlußwort zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung verzichtet.

Abg. Schinnerl: Ich verzichte auf das Schlußwort und stelle den Antrag auf Abstimmung.

Präsident Dr. Klauser: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Abstimmung des zweiten Teiles der Gruppe 4 – Wohnbauförderung. Wer mit dem An-

satz und den Posten des zweiten Teiles der Gruppe 4, Wohnbauförderung, Ansatz 48, einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Der zweite Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5, Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günter Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dörflinger (17.30 Uhr): Meine Damen und Herren!

Gruppe 5, Gesundheitsdienst, medizinische Bereichsversorgung, Familienberatung, sonstige medizinische Beratung und Betreuung, Röntgenzug, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Umweltschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Reinhaltung der Gewässer, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung, Müllbeseitigung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Rettungs- und Warndienste, Rettungsdienste, Warndienstausbildung im Gesundheitsdienst, ärztliche Dienste, Krankenpflegefachdienste, medizinisch-technische Dienste, Sanitätshilfsdienste, sonstige Gesundheitsdienste, vormals eigene Krankenanstalten, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Krankenanstalten anderer Rechtsträger, Betriebsabgangsdeckung, Heilvorkommen und Kurorte, Kurfonds, Veterinärmedizin, Einrichtung der Veterinärmedizin, Einrichtungen und Ausgestaltungen, Maßnahmen der Veterinärmedizin, Gesundheit, Sonstiges, Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds. Einnahmen: 3.319,275.000 Schilling, Ausgaben: 3.504,266.000 Schilling.

Präsident Dr. Klauser: Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Dies ist nicht der Fall. Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Cortolezis (17.31 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir leben in einer Welt großer und kleiner Bedrohungen. Und dies wird uns umso mehr bewußt, als wir an sich in einer historisch einmaligen Situation wären. Denn die Menschheitsgeschichte ist ja durch eine unheilvolle Abfolge geprägt, nämlich Krieg, Verwüstung, Aufbau, und kaum war aufgebaut, hat dieser unselige Kreislauf wieder begonnen. Und diese historisch einmalige Situation, daß wir keine Verwüstung, keine kriegerische Auseinandersetzung zumindest auf diesem unserem industrialisierten Bereich, geographisch gesehen, in den letzten 45, ja 47 Jahren gehabt haben, eröffnet uns eigentlich die Möglichkeit, tatsächlich eine bessere Welt der nächsten Generation zu übergeben. Aber da müssen wir uns selbstkritisch fragen, ist es tatsächlich eine bessere Welt oder schaffen wir es überhaupt, eine gleich gute zu übergeben? Was heißt der finanzielle Vorgriff, der schon mehrfach angesprochen worden ist, was heißt der Raubbau an der Umwelt für diese nächste Generation? Es sind große Gefährdungspotentiale, die uns global be-

drohen. Die Erwärmung der Atmosphäre ist schon angesprochen worden, das Ozonloch, die Atomtechnologie, um nur drei zu nennen. Diese tragen zwar auf der einen Seite in der sogenannten großen Welt wesentlich dazu bei, daß sich viele, denen das Morgen und der Zustand der Welt von morgen nicht ganz gleichgültig geworden ist, nachdenken und überlegen, wie diese Bedrohungsbilder abgewendet werden können. Auf der anderen Seite zwingen sie uns aber auch zu lokalen Hausaufgaben. Und darum geht es mir, daß wir diesen Konnex herstellen, daß all das, was wir hier vor Ort machen können in unserer sogenannten kleinen Welt, natürlich auch Auswirkung hat auf unsere globalen Aufgaben. Über Jahrtausende hindurch ist es immer darum gegangen, daß die Menschen Angst vor der Natur gehabt haben. Heute ist es so, daß die Menschen Angst um die Natur haben. Die Menschen haben sich Jahrtausende hindurch vor dem Klima geschützt, heute müssen die Menschen das Klima schützen. Und wenn Jahrtausende hindurch die Versorgung das Hauptüberlebensziel war, so ist es heute die Entsorgung geworden. In den nächsten zweieinhalb Monaten beginnt sie, diese große Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, und all die Konferenzexperten sagen, daß dort keine großen Lösungen (Präsident Dr. Klauser: „Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Zuschauerraum!“) zu erwarten sind, aber ich halte es bereits für einen wesentlichen Fortschritt, wenn dieses Thema zum Gegenstand einer derartigen großen Konferenz von 8000 Regierungsvertretern und noch einmal soviel aus dem Bereich der Non Governmental Organizations gemacht worden ist. Damit ist auch ein weltweiter Diskurs darüber entfacht beziehungsweise verstärkt worden, an dem wir uns hier in der Steiermark nicht vorbeiswindeln werden können.

Ich darf drei dieser Punkte herausnehmen, die ich eingangs genannt habe, um hier den Konnex globale Problematik und lokale Hausaufgabe herzustellen.

Das erste ist die weltweite Gefährdung durch die Atomtechnologie, sprich durch die Atomkraftwerke. Die Steiermark hat parteiübergreifend eine sehr klare und eindeutige Haltung hier im Landtag, aber auch darüber hinaus, etwa in der Arbeitsgemeinschaft Krško eingenommen, wo alles daran gesetzt wird, nicht nur das Endziel zu erreichen, nämlich Krško ersatzlos zu schließen, sondern auch bis dahin das Risiko zu minimieren, aber auch Slowenien und Kroatien zu helfen, den Umstieg überhaupt zu ermöglichen. Denn wir können uns dort nicht einfach hinstellen und nur verlangen, sondern es ist auch eine gute Pflicht von uns, dafür zu sorgen, daß durch eine Entwicklung der Energiewirtschaft, durch eine Entwicklung auch der Kenntnisse und der Techniken, etwa gemeinsam mit dem Joanneum Research, wie es mit dem slowenischen Energieministerium paktiert ist, auf der einen Seite, aber auch durch den Ausbau etwa der Savekraftwerke mitwirken, daß hier tatsächlich dieser Umstieg auch möglich wird. Ich fordere erneut, daß diese internationale Konferenz, die es den Slowenen und Kroaten ermöglichen soll, aus der Atomkraftwirtschaft auszusteigen, die immerhin 20 Prozent des Strombedarfes deckt, daß eine derartige internationale Konferenz von der Bundesregierung einberufen wird, vornehmlich von den Alpen-Adria-Staaten, damit hier auch ein Beispiel gesetzt wird und beispielhaft demon-

striert wird, wie eine solche fast aus dem Kriegerischen sich herleitende Abrüstungsmaßnahme auch wirklich durchsetzbar ist.

Wir sollen nicht daran vorbeigehen, daß das Kernkraftwerk Krško, glaube ich, 85 Kilometer Luftlinie von unserer südlichen Grenze entfernt steht auf einer seismographisch ungünstigen Situation – wie die Fachleute sagen – und wo eben geprüft werden muß, welche Möglichkeiten eines nicht wünschenswerten Szenarios eintreten können. Die Kürzel für diese Gefährdung kennen wir alle von Three Miles Island über Harrisburg, Tschernobyl bis zu St. Petersburg vor einigen Wochen.

Ein weiterer Punkt: die Erwärmung der Erdatmosphäre vor allem durch die Verwendung fossiler Brennstoffe. Das, was die Natur über Jahrtausende, ja Jahrmillionen übriggelassen hat und das durch viel Druck zu Öl, Gas und zu Kohle geworden ist, wird heute schonungslos ausgebeutet und verfeuert und ziemlich genau in dieser Reihenfolge dazu verwendet, auf der einen Seite die Wohnungen und die Häuser zu heizen, dem Verkehr den Brennstoff zu liefern, damit die Fahrzeuge angetrieben werden, und um der Industrie als Energie zur Produktion zu dienen. Die große Welt kommt auch hier in unsere kleine Welt sehr schnell herein, weil wir hier auch tatsächlich mit unseren Energiesparmaßnahmen etwas bewirken können. Da können wir stolz darauf hinweisen, daß das Land Steiermark tatsächlich Pionierleistungen erbracht hat und daß wir daher auch auf einem guten Fundament in der Zukunft aufbauen können.

Es war der erste Energieplan, der die Prioritäten gesetzt hat, Ersatz von den importierten fossilen Energieträgern, hin zu den heimischen erneuerbaren Energieträgern. Wir haben hier in der Biomasse wirklich etwas zustande gebracht. Es ist aber auch das klare Bekenntnis gewesen, effizient die Energie einzusetzen, Energie zu sparen. Und auch hier ist etwas geschehen, hier ist Erfolg wirklich zu verzeichnen gewesen. Für die Zukunft ein großer Auftrag, und die Zahlen sind ja derart gewaltig, die uns die Experten sagen, die möglich sind einzusparen ohne Komfortverzicht. Nämlich etwa in der Raumwärme minus 20 Prozent oder im Bereich der Haushaltsgeräte im Strom minus 17 Prozent nur durch einen Austausch der veralteten Geräte durch neue Geräte. Oder daß durch bessere Verbrennungsmotoren im Kfz-Verkehr gewaltige Mengen, die nicht nur den Energieverbrauch senken helfen, sondern die natürlich auch für unsere Luftsituation Gewaltiges bringen, eingespart werden könnten.

Auch hier noch ein Bereich, wo durch die Volksbefragung 1990 wirklich etwas gelungen ist, nämlich die Anschlußverpflichtung zur Fernwärme. Fernwärme insgesamt, kann man sagen, ist der Hit der letzten Jahre. Hier ist viel gelungen, die STEWEAG etwa hat im letzten Jahr um 25 Prozent mehr Fernwärme erzeugt als das Jahr zuvor, als 1990. Die Zahl der Anschlüsse ist wirklich gewaltig gestiegen und hat gleichzeitig die Luftsituation entscheidend verbessern geholfen.

Der nächste Punkt wird aber ein etwas schwieriger, und der Kollege Dipl.-Ing. Getzinger hat ja auch mitgewirkt, vor allem daß etwa dieser Beitritt zum Klimabündnis von den Klubobmännern und Umweltsprechern unterschrieben worden ist. Das ist eine

schnelle Unterschrift auf der einen Seite, aber haarig wird es dort, wenn es darum geht – etwa wenn der Luftsanierungsplan in Rechtskraft erwachsen sein wird in den nächsten Wochen –, dafür zu sorgen, daß der Energieplan der Stadt Graz auch tatsächlich diese Fernwärmevorranggebiete ausweist, und dort ist dann die Anschlußverpflichtung vorgesehen, und dort wird es dann auch des politischen Mutes bedürfen, hier diesen nächsten Schritt zu gehen. Abgefedert, wie es in der Bauordnung vorgesehen ist, Sie kennen das.

Es gibt hier durchaus auch noch weitere Bereiche, die in der Luftsanierung beschränkt werden und die Mut erfordern. Die Heizanlagenverordnung etwa, wo es darum geht, so ähnlich bei den Kraftfahrzeugen, wo man den Katalysator eingeführt hat und damit die Pkw-Flotten von heute auf morgen schadstoffärmer gemacht hat, so soll es auch bei den Heizanlagen sein, daß mit der Neuinstallation von nurmehr dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Heizanlagen der Schadstoffaustausch radikal vermindert werden soll.

Meine Damen und Herren, ein anderes Stichwort, das ich eingangs gesagt habe, von der Versorgung zur Entsorgung. Auch hier, glaube ich wirklich, können wir voll Stolz sagen, daß in der Bevölkerung durch diese große Diskussion, die nicht immer einfach war – und ich kann mich noch erinnern an die Diskussionen, die etwa in Halbenrain zu führen waren, und der Kollege Trampusch etwa oder auch Mag. Rader haben hier vielfach mitgewirkt –, hier hat, was den Abfall betrifft, ein großes Umdenken stattgefunden. Daß Vermeiden, Trennen, Kompostieren, Verwerten und erst dann Restedeponieren tatsächlich auch fast in Fleisch und Blut übergegangen sind, ist vor allem auch durch die Kinder, die das aus der Schule mitgebracht haben, bewirkt worden. Und ich freue mich natürlich dann, wenn ich etwa lese in dem Magazin für kommunale Wirtschaft und Verwaltung. Zitat: „Die reifsten Früchte eines gutdurchdachten Abfallkonzeptes im Bereich Abfallvermeidung“, hier ist in der Steiermark tatsächlich etwas gelungen, und sie vergleichen das dann mit den besten Äpfeln, die ebenfalls aus der Steiermark kommen.

Hier ist auch für die Geradlinigkeit und den Mut unserem Landesrat Pörtl zu danken, und dem danke ich auch zweifach, weil er hat sich dieser Aufgabe gestellt, er hat gesagt „diesen Dreck nehme ich“, zum Unterschied von anderen, und er hat aus dieser Chance tatsächlich auch eine Herausforderung gemacht. Erich Pörtl, herzlichen Dank dafür! (Beifall bei der ÖVP.)

Im Bereich Abwasser ist die Situation schwierig geworden durch die Wasserrechtsgesetznovelle 1990, wo den Gemeinden und damit natürlich auch dem Land Steiermark durch die Verschärfung der Bestimmungen ein Investitionsvolumen von gigantischem Ausmaß, muß man sagen, für die nächsten zehn Jahre vorgelegt worden ist. Ich habe mir das angeschaut. Es errechnet sich, wenn wir wissen, daß pro Jahr in der Steiermark etwa eine Milliarde Schilling in diesen Bereich Abwasserwirtschaft investiert wird, wegen der Vorschreibung des neuen technischen Standards eine Verdoppelung der Ausgaben, der Investitionen auf 2 Milliarden Schilling. Wenn wir wissen, daß wir bisher rund 150 Millionen Schilling pro Jahr selbst gezahlt haben

und was die Verdoppelung bei diesen knappen Manövriermassen des Budgets bedeuten, so wissen wir, was auf uns insgesamt zukommt, vor allem, wenn der Bund seinen Anteil nicht ebenfalls verdoppelt, sondern nur gleich läßt bei 7 Milliarden Schilling pro Jahr, daß dieses Problem nicht vom Bund auf das Land einfach abgeschoben werden darf. Da werden wir, glaube ich, sicher alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

Aber es ist auch gelungen, in diesem Bereich echte Fortschritte zu erzielen, die Mur etwa vom Bereich Güteklasse 4 hinunter Güteklasse 2, 2 bis 3. Das ist ein großer Erfolg, und wir haben eigentlich nur zwei große Verschmutzer, das ist die Zellstoffindustrie, auf der einen Seite in Niklasdorf, Brigl & Bergmeister, und auf der anderen Seite Leykam, nördlich von Graz, wo in beiden Fällen jetzt begonnen worden ist mit hohen öffentlichen Zuschüssen, hier das simple Einleiten der Abwässer, und zwar etwa bei Leykam von einer halben Million Einwohnerequivalenten, abzustellen. Kein Wunder, daß die Mur auch diese Güteklasse nur hat, die sie hat. Aber auch hier ist zumindest das Projekt im Laufen, der Spatenstich getan, wenn auch mit großer öffentlicher Finanzierungshilfe.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich noch schnell auf zwei Bereiche ganz kurz eingehe. Der eine Bereich ist die Institution des Umweltschutzes. Kürzlich ist seine dreijährige Periode, die erste, ausgelaufen. Er ist wieder bestellt worden, und ich glaube, man kann heute auch sagen, daß sich diese Institution wirklich bewährt hat. Unbequem für viele, aber auch ein wesentlicher Ansprechpartner für belastete, für besorgte Bürger, wo die Behörde sonst keine Ansprechmöglichkeiten bietet. Über 4000 Kontakte hat er in seinem Bericht niedergeschrieben. Ich glaube, daß hier diese Institution wirklich unser aller und die Person in Hofrat Oswald besonders unsere Unterstützung verdient. Und wenn ich dann in dem Bericht, den er vorgelegt hat, lese, daß er in einem Kammerl seinen Dienst verrichten muß ohne natürliches Licht, fast würde ich sagen „dahinvegetieren“, so ist meine Bitte an den zuständigen Landesrat Ressel, vielleicht ist es möglich, dem Umweltschutzwalt auch ein umweltgerechtes Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch den Naturschutz ansprechen, weil auch hier eine spannende Neuorientierung vorgenommen wird. Weg von dem hoheitlichen obrigkeitlichen behördlichen Naturschutz, wo quasi die Behörde immer alles selbst gemacht hat, hin zu einem Vertragsnaturschutz. Was heißt das? Daß sich die Behörde Partner sucht, Partner in Institutionen, in interessierten Aktivisten, denen die Erhaltung ganz gewisser Naturteile ein echtes Anliegen ist und die hier auch eine Partnerschaft eingehen und diese Aufgabe, die sonst für die Behörde allein nicht lösbar wäre, gemeinsam, partnerschaftlich lösen. Wie es im Ökoprogramm 2000 steht, das ist eine schöne Zielsetzung, eine schöne Vision, daß im Jahr 2000 das Artensterben in der Steiermark zum Stillstand gekommen ist, daß Luchs, Biber, Bär und Wildkatze, Fischotter, Bartgeier und Wanderfalke wieder Bestandteil der heimischen Fauna sind, ist das nicht ein schönes Ziel? Das ist etwas, was wir alle sicher gemeinsam unterstützen.

Meine Damen und Herren, ein Problem ist im Umweltbereich gelöst, und sofort wachsen zwei neue nach. Hätte die Generation aber 1945, als die Häuser zerbombt waren, als die Eisenbahn, die Fabriken zerstört waren, eine solche Resignation gezeigt, die heute teilweise so mitklingt, dann wäre es dieser Generation nicht gelungen, Österreich zu schaffen, wie wir es heute kennen. Und so glaube ich auch, daß es an der Zeit ist, nicht diesen Predigern der Apokalypsen allzusehr zuzuhören, die besonders dramatisch das Unheil schildern müssen, damit sie selbst wichtiger werden, die sie sich als die Retter dieses Unheils selbst darstellen, sondern daß es darum geht, sich diesen neuen Aufgaben und Herausforderungen zu stellen, mit ganzer Kraft zu stellen, mit mehr Mut, mit dem Mut zu Lösungen für eine Umwelt in unserer grünen Mark, auf die wir jetzt und auch in der Zukunft stolz sein können. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 17.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Nach ihm Abgeordneter Dr. Ebner.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Beim Durchblättern der für den Umwelt- und Naturschutz relevanten Teile des Budgetentwurfes, beim ersten Lesen der ziffernmäßigen Ansätze für Abfallwirtschaft, Luft- und Wasserreinhaltung und für den Bodenschutz gewinnt man eigentlich den Eindruck, daß für den Schutz der Umwelt und damit für den Schutz der Lebensqualität in unserem Bundesland Steiermark einiges passiert. Einen ähnlichen Eindruck haben wohl auch die Kollegen Dr. Hirschmann und Dr. Cortolezis beim ersten Durchblättern des Budgetentwurfes und der relevanten Teile bekommen. Hirschmann etwa meint, daß Umweltpolitik die Nummer eins der Aufgaben in der Politik sein sollte, ja er identifiziert sogar die Verkehrspolitik mit Umweltpolitik. Mag sein, daß das eine Vision gewesen ist, aber es hat so geklungen wie eine Analyse unseres Budgets. Nebenbei hat er den Spontis der 60er Jahre, den Spruch vom Design, welches das Bewußtsein bestimmt, kurzerhand entlehnt. Beachtlich ist immer wieder – diese Bemerkung sei mir gestattet –, mit welcher Leichtfertigkeit und Leichtigkeit – wie auch immer man das sehen mag – die ÖVP derartige Sprüche entlehnt. Ich habe da den Spruch von den 1000 Blumen, die blühen sollen, noch in Erinnerung, der in Graz affiziert worden ist von unserem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hasiba, und eben auch diesen zitierten Spruch, den Dr. Hirschmann zu Gehör gebracht hat. Der Schein bestimmt wohl das Bewußtsein der Kollegen Dr. Hirschmann und Dr. Cortolezis würde ich sagen. Denn nach genauerem Studium der Teile des Budgets bezüglich Umwelt- und Naturschutz kommt man zu einem gänzlich anderen Ergebnis. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß der Umweltschutz dem Land Steiermark in Relation zum Gesamtbudget nur etwa halb soviel wert ist wie etwa dem Land Oberösterreich oder dem Land Vorarlberg. Noch immer deutlich mehr geben Kärnten und das Burgenland aus. Ich beziehe mich auf Daten des Statistischen Zentralamtes. Als besonders beschämend empfinde ich die negative Pole-position, also den letzten Platz

der Steiermark in den Aufwendungen für den Landschafts- und für den Naturschutz, ob unter diesen Bedingungen die Steiermark noch lange als „grünes Herz Österreichs“ zu bezeichnen sein wird, wage ich zu bezweifeln. Bei dieser Aushungerung des Naturschutzes wundert es mich nicht, wenn das Land nicht einmal mehr seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Ablöse von unter Schutz gestellten Landschaftsteilen nachkommen kann und lieber den Schutz wieder aufhebt und damit hochwertige Biotope der Rodung anheimfallen läßt, so geschehen bei den sogenannten „Klenert-Gründen“ in Graz. Cortolezis meint, daß das ja vielleicht mit Vertragsnaturschutz aufzufangen sei. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß es eine gesetzliche Verpflichtung gibt, geschützte Landschaftsteile von den Eigentümern abzulösen, und es wird unter Experten jedenfalls die einhellige Meinung vertreten, daß ausschließlich durch den Ankauf von seiten der öffentlichen Hand ein tatsächlicher Naturschutz möglich ist. Man kann jedenfalls davon ausgehen, daß die Steiermark mit der roten Laterne in der Hand ihren Beitrag dazu leisten wird, die rote Liste der vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten weiter zu verlängern. Die Vision, die im „Ökoprogramm 2000“ des Landes Steiermark angesprochen wird, scheint aus diesem Grund tatsächlich eine Vision, eine Utopie zu bleiben und nicht realisierbar zu sein, wenn die Politik so weitergeht, wie sie bisher verfolgt worden ist. Aber Zynismus beiseite – ich fordere die Landesräte Hasiba und Pörtl hiermit ausdrücklich auf, für ordentliche Verhältnisse in ihrem dem Naturschutz dienenden Budgets zu sorgen. Europareife muß auch und insbesondere hier unter Beweis gestellt werden.

Noch viel mehr als die niedrigen Beträge, die in unserem Bundesland für Umwelt- und Naturschutz aufgewendet werden, gibt eine Analyse der Verwendungszwecke Anlaß zur Besorgnis. Anstatt dem Naturschutz, der ein gutes Umweltvorsorgeinstrument sein könnte, wenn er gesetzlich und faktisch grundlegend erneuert wird, dienen nahezu die gesamten Mittel der nachträglichen Verminderung und der notdürftigen Vereitelung von Umweltschäden. Da geht es um Lärmschutzwände, um Lärmschutzfenster, um das Messen bereits bestehender katastrophaler lufthygienischer Situationen. Ich denke etwa an die Bevölkerung von Peggau, die wegen einer maroden und einer uneinsichtigen Zementfabrik an der wohl ungesündesten Luft des ganzen Bundeslandes zu leiden hat. Ich denke auch an die Bevölkerung von Fehring, der verantwortungslose Chemischputzereien das Grundwasser und manchen das Trinkwasser vergiftet haben. Brunnenvergiften war einmal ein Kapitalverbrechen. Heutzutage hat es lediglich einen Bescheid zur Folge, und der ist an die Betroffenen gerichtet und untersagt ihnen das Trinken des vergifteten Wassers. Welch ein Fortschritt! Im beschriebenen Fall wurden zu alledem auch noch Milligramm mit Mikrogramm verwechselt, der Unterschied macht eh nur das Tausendfache aus.

Nichts gegen das Messen, nichts gegen passive Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm und auch nichts gegen das forcierte Mülltrennen; all das ist selbstverständlich notwendig, aber wenn man sich darauf beschränkt, bleibt nur die Diagnose, daß die Steiermark im umweltpolitischen Mittelalter steckenbleibt.

Die genannten Maßnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bisherige Umweltpolitik des Landes Steiermark von Erfolglosigkeit gekrönt ist.

Einige Indikatoren dafür:

Man beachte nur die regionalen Disparitäten hinsichtlich derjenigen Krebssterbefälle, die mit der Umweltsituation in hohem Maße korrelieren; oder die signifikant niedrigere Lebenserwartung in jenen Teilen des Landes mit hoher Umweltbelastung; oder den deutlichen Zusammenhang zwischen dem Auftreten des plötzlichen Kindstodsyndroms und vom Pseudokrupp und der Umweltsituation – nachgewiesen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Grazer Universitätskinderklinik; oder die wachsende Zahl derjenigen, die unter Verkehrslärm und -abgasen zu leiden haben – hier zeichnet sich eine neue Form von Klassengesellschaft ab, in der sich eine Kluft zwischen denjenigen, die sich intakte Umweltverhältnisse leisten können, und jenen, die sich das Häuschen im Grünen nicht leisten können, auftut; oder den wachsenden Beitrag der Steiermark zum Treibhauseffekt und zum Ozonloch – den wohl bedrohlichsten, weil globalen Gefährdungen unserer Umwelt und unserer Gesundheit. Es stimmt hier tatsächlich optimistisch, daß im Rahmen dieser Sitzung von den drei Klubobmännern und von den Umweltsprechern ein Antrag zum Beitritt der Steiermark zum Klimabündnis zum Erhalt der globalen Erdatmosphäre unterzeichnet wurde, allerdings, das ist zunächst nur Papier: Es gilt nun, reale, konkrete Schritte im Bereich der Energiepolitik des Landes Steiermark – und nicht nur Energiekonzepte zu verfassen – zu entwerfen und umzusetzen.

In diesem Zusammenhang muß es übrigens verwundern, daß es noch immer nicht gelungen ist, eine gut dotierte steirische Förderaktion für die Nutzung der Solarenergie, wie sie meine Fraktion im Herbst mit fünf Anträgen angeregt hat, ins Leben zu rufen. Dr. Hirschmann geht so weit in seiner Rede zum Budget, zu meinen, er sei stolz darauf, daß die Steiermark eine derart hohe Dichte von Solaranlagen aufzuweisen hat, vergißt aber darauf hinzuweisen, daß die Politik zumindest auf Landesebene hierzu aber auch schon überhaupt nichts dazu beigetragen hat. Das ist ausschließlich auf die Privatinitiative und auch auf die Initiative steirischer Gemeinden zurückzuführen. Es ist meiner Meinung nach beschämend, nachdem wir die „ARGE Erneuerbare Energien“ als den Motor dieser Entwicklung in der Steiermark, in Gleisdorf, beheimatet haben, beschämend, daß es der Steiermark nicht gelungen ist, eine Direktförderungsaktion von Solaranlagen ins Leben zu rufen, ähnlich wie das in Vorarlberg, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg bereits gelungen ist, auch Wien steht knapp davon.

Umweltpolitik im Land Steiermark ist leider in erster Linie von Feuerwehractionen geprägt. Wenn der Hut – und oft auch nicht nur der –, wenn der Hut brennt, rückt der Meßtrupp aus; und wenn wirklich allergrößter Handlungsbedarf besteht, werden die Bürgermeister zur Löschkette vergattert – siehe Steiermärkische Abfallwirtschaft.

Ein Lied von derartigen Feuerwehreinsätzen kann wohl auch der steirische Umwelthanwalt singen, nicht selten sind die umweltpolitischen Brände, die er beherzt mit höchstem Engagement und effizientestem Einsatz der meiner Ansicht nach zu knapp bemesse-

nen Mittel zu löschen versucht, vom Land selbst – nämlich per Bescheid – verursacht. Wenigstens durch eine organisatorische – durch Schaffung einer eigenen Abteilung – und personelle sowie kompetenzrechtliche Besserstellung der steiermärkischen Umwelthanwaltschaft könnte deren Arbeit bedeutend erleichtert werden.

Ähnliches ausgezeichnetes Engagement – bei gleichzeitigen Personal- und Finanzknappheitsbedingungen – finde ich auch in manchen umweltrelevanten Rechts- und Fachabteilungen, aber auch in manchen Bezirkshauptmannschaften.

Und trotzdem, es ist die Philosophie, die grundlegende Ausrichtung der umweltpolitischen Maßnahmen des Landes Steiermark, die anachronistisch, ineffizient und erfolglos ist im Interesse einer intakten Umwelt.

Es ist die Philosophie des nachsorgenden Umweltschutzes, der Reparatur bei bereits eingetretenem Schaden, es ist letztlich hektisches Krisenmanagement, das die Umweltpolitik des Landes Steiermark prägt. Und: Bei heiklen politischen Entscheidungen über Nutzungskonflikte neigt sich die Schale stets in Richtung kurzfristiger ökonomischer Interessen – dabei wird systematisch übersehen, daß in Europa eine nachhaltige wirtschaftliche Prosperität eine hohe Umweltqualität praktisch zur Grundvoraussetzung hat.

Ansatzweise und in marginalem Umfang ist da und dort auch ein anderes Paradigma erkennbar: Da gibt es etwa einen Topf in der Höhe von 800.000 Schilling zur Förderung des Gesundheitswesens. Es ist zu hoffen, daß damit auch Gesundheitsvorsorge insbesondere am Arbeitsplatz gefördert wird, denn Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist nicht selten innerer Umweltschutz: Saubere, umweltgerechte Verfahren und Techniken kommen zuerst der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, letztendlich aber auch der Umwelt zugute.

Da gibt es Mittel für die Ausbildung von Abfallberaterinnen und Abfallberatern, damit wird in jene sozialen Lernprozesse investiert, die bis zu einer 60 bis 70prozentigen Reduktion des Abfallaufkommens führen können; die Förderung abfallvermeidender Aktivitäten von Gemeinden und Abfallwirtschaftsverbänden schlägt in eine ähnliche Kerbe; derartige Investitionen sind also dazu angetan, die derzeit wohl etwas überhitzt und übereilig geführte Diskussion über die Müllverbrennung etwas abzukühlen und die Bedeutung dieses Bausteins der Abfallwirtschaft auf jene einer Dachschindel zu reduzieren.

Aber wie gesagt, Maßnahmen, die einem anderen Leitbild als dem der Feuerwehr verpflichtet sind, sind im Budgetentwurf bedauerlicherweise eine nahezu zu vernachlässigende Größe.

Weder die ökologische Modernisierung der Steiermark, noch der ökologische Umbau unseres Landes, ja nicht einmal ein Schritt zur Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft wird so zu bewerkstelligen sein.

Meine Damen und Herren, gefordert ist ein grundsätzlicher umweltpolitischer Schwenk, ein Schwenk hin zu rechtlichen, fiskalischen und Finanzierungsinstrumenten, die dem umweltpolitischen Vorsorge-

prinzip entsprechen, ein Schwenk hin zur präventiven Umweltpolitik.

Nur wo diese nicht umsetzbar ist, soll das Verursacherprinzip zum Tragen kommen. Eine konsequente Verfolgung dieser Ziele würde das Gemeinlastprinzip der Vergangenheit angehören lassen.

Die Realisierung zweier Maßnahmen – eines aus dem Rechts- und eines aus dem Finanzbereich – könnten diesen unabdingbaren Schwenk einleiten:

Zum Ersten: Im Land Steiermark sollte raschest die Prüfung der Umweltverträglichkeit von umweltrelevanten Vorhaben Gesetz werden.

Ein derartiges Land-Umweltverträglichkeitsgesetz – meine Fraktion hat in der letzten Landtagssitzung bereits einen Antrag auf Ausarbeitung eines derartigen Gesetzes eingebracht – ist eine notwendige Ergänzung zum geplanten Bundes-UVP-Gesetz, das entsprechend der derzeit diskutierten Konzeption nur in ganz seltenen Fällen Anwendung finden wird.

Solange die kompetenzrechtliche Zersplitterung der Materie Umweltrecht geltende Verfassungswirklichkeit ist, solange besteht auch für das Land Steiermark dringender Handlungsbedarf, ein eigenes UVP-Gesetz für den selbständigen Wirkungsbereich, etwa Baurecht, Flurbereinigung, Abfallbehandlungsanlagen oder auch Beschneigungsanlagen, zu schaffen.

Es sollte sich bei der UVP jedenfalls um ein Verfahren und nicht lediglich um ein unverbindliches Gutachten handeln.

Bei einer UVP, die sich am Vorsorge- und Akzeptanzprinzip orientiert, muß die direkte Bürgerbeteiligung von Anfang an – das heißt bereits im Planungsstadium – gewährleistet sein. Die Auswahl der Fachgutachterinnen und Fachgutachter, die Festsetzung des Untersuchungsrahmens, Alternativvorschläge, bis hin zur Gewichtung der Beurteilungskriterien muß unter Einbeziehung der Betroffenen erfolgen. Der Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinen kommt da eine besondere Bedeutung zu. Bloße Informationsveranstaltungen und Anhörungsrechte können die Bürgerpartizipation in keiner Weise ersetzen und hatten bis heute zumeist Alibicharakter.

Inhaltlich sollte die UVP zumindest folgende Punkte umfassen:

Erstens die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf Mensch, Tier- und Pflanzenwelt, zweitens die Überprüfung der Beeinträchtigung der Umweltmedien Luft, Boden und Wasser einschließlich der Synergieeffekte, drittens die Überprüfung der Klimaverträglichkeiten und viertens das mögliche zusätzliche Verkehrsaufkommen.

Darüber hinaus muß gewährleistet sein, daß – wie zum Beispiel in den Niederlanden – das Instrument der Nachkontrolle Eingang in dieses Gesetz findet. Eine solche Nachkontrolle, deren Zweck die Einhaltung von Auflagen sowie die Überprüfung der Umweltbeeinträchtigungen ist, müßte im Rahmen der UVP verbindlich festgelegt werden.

Es stellt sich nun die Frage der Finanzierung derartiger UVPs, insbesondere bei öffentlichen Vorhaben. Die Institutionen und Instrumente müssen zum Teil nicht einmal mehr erfunden werden, wir finden sie im Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt aus dem Jahre 1988; ihnen müßte nur neues Leben

eingehaucht werden: es ist zum Beispiel der Steirische Umweltlandesfonds. Dieser Fonds hat für sein kurzes Leben bereits eine bewegte und letztlich ins existenzielle Nichts führende Geschichte: War man 1985 und 1986 noch bereit, den Fonds mit je 50 Millionen Schilling auszustatten, so flossen ihm in den letzten Jahren nur noch sporadisch und in viel geringerem Ausmaß Mittel zu. Der Fonds wurde quasi ausgehungert.

Mehrfach wurden insbesondere vom früheren Finanzlandesrat Präsident Dr. Klauser und Klubobmann Franz Trampusch Vorschläge unterbreitet, einen kontinuierlichen Mittelzufluß mittels einer Landesumweltabgabe sicherzustellen.

Ein derartiger Vorschlag war sogar Gegenstand einer Volksbefragung in der Steiermark, in der sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für eine sich an der Größe von Verbrennungskesseln orientierende Abgabe aussprach. Alle Versuche scheiterten wohl am fehlenden politischen Mut der damals noch mit absoluter Mehrheit regierenden ÖVP.

Zeit für einen neuen Anlauf:

Ich werde mir im Laufe der nächsten Monate erlauben, einige Vorschläge für sozialverträgliche Formen einer Landesumweltabgabe vorzustellen, die jedenfalls dem Verursacherprinzip genügen werden, das heißt, jenen Beiträge zur Finanzierung einer vorsorgeorientierten Umweltpolitik abverlangen werden, die in der Verfolgung privatwirtschaftlicher Interessen Natur und Umwelt nutzen und zum Teil sogar schädigen. Falls es dem Landtag beziehungsweise der Landesregierung in absehbarer Zeit nicht gelingen sollte, eine derartige kontinuierliche Finanzierungsquelle für den Umweltlandesfonds zu erschließen, werde ich dafür eintreten – wie auch gesetzlich vorgesehen, nämlich im Paragraph 13 des zitierten Gesetzes –, den Fonds mit Mitteln des Budgets auszustatten beziehungsweise ihm etwa einen Teil der Lustbarkeitsabgabe zuzuführen. Dies ist auch in Oberösterreich die Praxis, wo der Umweltlandesfonds übrigens mit jährlich etwa 40 Millionen Schilling dotiert ist. Wofür sollten die Mittel des Umweltlandesfonds verwendet werden? Keinesfalls sollten von diesem Fonds umweltbezogene Förderaktionen, die bisher von der Wirtschaftsförderung oder der Landwirtschaftsförderung abgewickelt wurden, getragen werden. Der Fonds sollte ein Instrument der konkreten Umsetzung des Vorsorgeprinzips sein. Die Verstärkung der Umweltberatung für Betriebe gerade auch vor umweltbedeutsamen Investitionen würde dieser Zielsetzung entsprechen. Die Einführung umweltgerechter Technologien und Produkte ist oft nicht so sehr eine Frage der mangelnden Erfindungen, der fehlenden Innovationen als vielmehr eine Frage der fehlenden Diffusion, das heißt der mangelnden Marktdurchdringung und Marktinformation. Die Förderung von Modellprojekten aus Mitteln des Landesumweltfonds könnte diesbezüglich eine entscheidende Lücke schließen. Neben der Finanzierung von Umweltverträglichkeitsprüfungen könnte aus Mitteln des Fonds schließlich unkonventionelle Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Ökomarketing für umweltpolitische Anliegen würde der Effektivität und Effizienz eingesetzter Mittel wohl recht zuträglich sein. Zu denken wäre hier etwa an die Darstellung und Vermittlung der Möglichkeiten des umweltfreundlichen Beschaffungswesens für Institutionen und

größere Betriebe, wie sie ja im Rahmen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bereits zum Teil realisiert wurden.

Meine Damen und Herren! Sie konnten meinen Ausführungen entnehmen, daß ich eine grundsätzliche Änderung der umweltpolitischen Philosophie in der Steiermark vorschlage. Weg vom kurzatmigen Krisenmanagement als Dauereinrichtung. Ziel ist es, einer den demokratischen Teilnehmungsbedürfnissen der Steirerinnen und Steirer gerecht werdenden und am Vorsorgeprinzip orientierten Umweltpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Es geht nicht darum, das Alte schlecht zu machen. Es geht darum, neue, adäquate Instrumente für aktuelle umweltpolitische Herausforderungen zu entwickeln und einzusetzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 18.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner. Nach ihm kommt Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Dr. Ebner (18.10 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Kollegen Dr. Cortolezis und Dipl.-Ing. Getzinger vor mir haben die Umweltprobleme schon sehr intensiv beleuchtet, und ich gehe – muß ich sagen – in vielen Dingen mit ihnen hier konform. Und sie haben auch Vorschläge gemacht, wie man es besser machen könnte. Auch wenn ich mir das heutige Klimabündnis anschau, den Beitritt zum Klimabündnis, den wir heute beschließen werden, da haben beide – Kollege Cortolezis und Getzinger – darauf hingewiesen, daß das natürlich auch vollzogen werden muß. Ich erlaube mir heute einmal, den Umweltbereich von einer gänzlich anderen Seite zu beleuchten, was mir am Herzen liegt, es gäbe nämlich meiner Meinung nach viele Probleme im Umweltbereich nicht, wenn der Vollzug von Umweltgesetzen und von Umweltbestimmungen in verschiedenen Gesetzen funktionieren würde. Und in diesem Fall, muß ich sagen, gebe ich auch dem Bundesparteiohmann der ÖVP durchaus recht, wenn er bei der letzten Umweltkonferenz in Graz gesagt hat, ein Drittel der Umweltprobleme würde nicht bestehen, wenn der Vollzug funktionieren würde. Vielleicht hat er das auch den einzelnen ÖVP-Landesräten ins Stammbuch geschrieben. Aber er soll es auch dem Schüssel ins Stammbuch schreiben, es geht ja sehr oft um das Gewerberecht, das nämlich in Wahrheit eines der stärksten Umweltrechte ist. Aber das Vollzugsdefizit kann stattfinden und findet auf verschiedenen Ebenen statt. So zum Beispiel kann es passieren, und es ist uns passiert, daß wir plötzlich irgendwo eine Gesetzeslücke haben, von der wir immer gedacht haben, sie ist geschlossen. So gibt es zum Beispiel in Graz derzeit die meisten Beschwerden über Verbrennungen im Freien, Gartenabfälle, die natürlich keinesfalls trocken sind und sehr oft auch gar keine Gartenabfälle sind. Und hier hat die FPÖ in der letzten Legislaturperiode bereits einen Antrag gestellt, daß die Landesregierung eine entsprechende Verordnung erlassen soll. Und ebenso hat sich der Gemeinderat der Stadt Graz damit auseinandergesetzt und ebenfalls eine Petition an die Landesregierung gestellt. Ich muß sagen, der Gemeinderat der Stadt Graz ist ja eigentlich nicht irgend-

wer. Und hier kann ich nicht den Vorgänger des jetzigen Landesrates Pörtl, Dipl.-Ing. Schaller, in Schutz nehmen, wie ich ihn beim Wohnbau vor Dr. Hirschmann in Schutz nehmen mußte. Es ist doch wohl das mindeste meiner Meinung nach, daß man darauf reagiert, wenn ein Antrag da ist. Aber es kam keine Reaktion, und jetzt muß man erfahren, daß eine Verfassungsnovelle im Jahre 1988 hier plötzlich eine Gesetzeslücke aufgerissen hat, weil Luftreinhaltung – ausgenommen Hausbrand – Bundessache ist. Plötzlich haben wir keine Möglichkeit mehr, das zu regeln. Ich weiß aber, daß der Herr Landesrat Pörtl bemüht ist, dieses Thema auf die nächste Tagesordnung der Umweltreferentenkonferenz zu setzen, die – glaube ich – Ende April stattfinden wird. Wir werden sehen, wie sich die Umweltreferenten der anderen Länder dazu stellen, unabhängig davon fordere ich allerdings auf, auch die derzeit gegebenen Möglichkeiten auszunutzen und das Gesetz eben so zu interpretieren, daß die Verordnungsermächtigung – früher Landesverwaltung, dann mittelbare Bundesverwaltung – einfach ausgenutzt wird. Soll sich der Bund darüber aufregen, wir können jedenfalls nicht länger auf diese Geschichte warten. Ich glaube auch, daß wir es so machen werden müssen, und ich sehe auch Bereitschaft dazu. Aber wie Kollege Dr. Cortolezis zum Beispiel schon das Wasserrechtsgesetz angezogen hat, ganz richtig angezogen, dort ist wieder ein anderes Problem der Vollziehbarkeit. Man hat da offenbar über einen Leisten geschoren und, so muß ich sagen, Gott sei Dank sehr strenge Normen eingesetzt, aber überhaupt nicht daran gedacht, was das kosten wird, und das ist meiner Meinung nach eine total falsche Politik, wenn man sagt, so, ich mache ganz strenge Richtlinien, die – glaube ich – auch für die Steiermark, ich habe einmal gelesen, 9, 10 bis 12 Milliarden Aufwand bedeuten. Offenbar wird es sogar darüber liegen, und gleichzeitig kürzt man die Mittel des Wasserwirtschaftsfonds, redet von Verländerung des Wasserwirtschaftsfonds und kann das einfach überhaupt nicht mehr finanzieren, insbesondere im ländlichen Raum. Und da muß ich schon dazusagen, mir ist lieber eine Entsorgung der Abwässer im ländlichen Raum, die nicht so perfekt ist, aber es ist mir diese Entsorgung lieber als so, wie es jetzt ist, nämlich daß wir gar keine Entsorgung haben. Hier werden wir auch etwas machen müssen, und auch der Bund wird hier was machen müssen. Aber es gibt auch Probleme, die in der Gruppe 0 schon kurz angeklungen sind. Und da sind wir Abgeordneten alle, jedenfalls wenn es um Landesgesetze geht, mitverantwortlich. Und zwar bei der Gesetzwerdung gibt es bereits Probleme. Jeder weiß, bei Umweltgesetzen gibt es immer ein Spannungsverhältnis Umweltschützer – Wirtschaft, die hin- und herziehen. Aber es ist eben einmal die Aufgabe der Politik, einen Interessensausgleich herbeizuführen. Und der richtige Weg wäre hier, einmal zu sagen, so, da ist das eine Interesse, da ist das andere Interesse, und ich mache einen klaren Kompromiß daraus und mache ein klar verständliches und vollziehbares Gesetz und schaue, daß es auch vollzogen wird. Aber was wird denn in Wahrheit oft gemacht? Das sollten sich alle einmal selber überlegen, vor allem die, die vorher auch im Landtag waren. Es wird genau das Falsche gemacht. Es wird nämlich versucht, „wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß“, nämlich bei-

den Richtungen Rechnung zu tragen, was dazu führt, daß auf dem Papier zwar strenge Umweltgesetze stehen, aber vollzogen können sie nicht werden, weil Ausnahmebestimmungen da sind; warum auch immer, sie können jedenfalls nicht vollzogen werden, so nach dem Motto „es wird schon nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird“.

Nun halte ich diese Politik für sehr problematisch, weil insgesamt die Politik und die Demokratie dann ins Gerede kommt, weil sich ja bald herausstellt, daß es nicht so ist, wie man es sich erwartet hat.

Aber wie ich vorhin schon angedeutet habe, gerade in der Gewerbeordnung gibt es wesentliche Umweltbestimmungen. Da komme ich jetzt auf den Kollegen Schützenhöfer kurz zurück, der das bei der Gruppe 0 schon angedeutet hat. Dazu ist es natürlich auch notwendig, Beamte zu haben, um diese Gesetze auch zu vollziehen. Da darf ich nur zitieren – weil es ist so schön paßt – aus dem Tätigkeitsbericht des Umweltanwaltes. Er schreibt hier in seiner dezenten Art: „So gibt es zum Beispiel eine Gewerbebehörde in einer Bezirkshauptmannschaft, die bereits im Jahre 1930 zwei Gewerbe referenten hatte, im vorliegenden Berichtsjahr schrumpfte dieses Referates wiederum von drei auf zwei Referenten, obwohl die heutige Aufgabenstellung sicherlich nicht mit der im Jahr 1930 vergleichbar ist.“

Ich weiß nicht genau, welche BH er da gemeint hat, ich weiß nur, daß es größte Probleme im Bezirk Graz-Umgebung gibt. Dank Edeggerscher Politik werden ja die meisten Gewerbebetriebe aus Graz hinausgedrängt, dort geht halt einfach das noch eher, daß man dort einen Industriebetrieb ansiedeln kann, und das ist ein stark wachsender Bezirk. So gibt es in Graz-Umgebung zum Beispiel lediglich drei Dienstposten für Gewerbe referenten, und davon ist einer ein vollwertiger Jurist, und sind zwei Ausbildungsjuristen, die für die Dienstprüfung lernen und auch keine Verhandlungen machen können. Und wer die Umstände dort genauer kennt, wird wissen – auf das will ich nicht näher eingehen –, daß auch dieser sogenannte vollwertige Jurist nicht voll einsatzfähig ist. Es gibt also die größten Probleme, die Verfahren bleiben einfach liegen, und darauf will ich hinaus.

Gerade in der Gewerbeordnung sind Gott sei Dank – und das ist schon wieder so eine Geschichte mit der Augenauswischerei und mit der Gesetzesmachung – Bestimmungen hineingekommen, daß bei einem Gewerbebetrieb auch Nachbesserungen passieren können mit dem Schlagwort „auf den Stand der Technik bringen eines Gewerbebetriebes“. Das setzt aber voraus, daß ich diesen Gewerbebetrieb auch kontrollieren kann, und dazu brauche ich eben Personen, die das kontrollieren. Ich brauche nämlich in Wahrheit Sachverständige und eben Juristen, die diesen Bescheid erlassen. Wenn die nicht da sind, dann kommt halt wieder einmal, alles wird ja vorgezogen, die Umwelt unter die Räder. Da frage ich mich schon, wo eigentlich die Budgetwahrheit bleibt, wenn wir den Dienstpostenplan hier beschließen und der offenbar nur am Papier besteht. Da sage ich schon auch, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba, daß so ein wichtiger Bereich schon mit erfahrenen Juristen besetzt werden sollte, wie das Gewerbe referat in der BH Graz-Umgebung, und nicht mit Ausbildungsjuristen,

die einfach noch nicht in der Lage sind, hier volle Arbeit zu leisten.

Aber apropos Kontrolle: Es ist auch die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und der bereits vorgeschriebenen Auflagen zu kontrollieren, das heißt, da geht es im wesentlichen im Umweltbereich um die nicht genehmigten Änderungen, Einleitungen umweltschädlicher Stoffe in Gewässer oder unerlaubte Müllablagerungen und so weiter und so weiter. Da gibt es also sehr viele Bereiche, die hier kontrolliert werden müssen.

Bei Verstößen dagegen gibt es natürlich auch Strafen, weitestgehend jammert man immer, das Umweltstrafrecht, das greift einfach nicht, damit meint man das Strafrecht vor den Strafrichtern, das Verwaltungsstrafrecht Umweltstrafrecht hat schon ganz schön, um es so auszudrücken, saftige Strafen, zum Teilweise in die Hunderttausende gehend, das ist schon ein ganz ordentliches Instrument.

Nachdem das aber so hohe Strafen sind, weiß ich, daß gerade bei diesem Umweltsachen die Interventionitis natürlich fröhliche Urständ feiert, und darf ich da, ohne auf diesen Fall zurückzukommen, den wir in der 0 diskutiert haben, doch darauf hinweisen auf diese Resolution der – wie heißt der Verein – Vereinigung der rechtskundigen Landesbediensteten der Steiermark, und die müssen es ja wissen. Da schreiben sie wörtlich in ihrer Resolution, wir haben das ja alle zugeschickt bekommen: „Faktum ist, daß Landesbedienstete immer noch Interventionen durch politische Mandatäre, Bürgermeister und Interessenvertretungen ausgesetzt sind.“ Ich habe dafür kein Verständnis, ehrlich gesagt, wenn korrekt vorgegangen wird, habe ich dafür kein Verständnis, sondern es ist ganz einfach eine Schweinerei, weil es ist nämlich auch diese Politik mit Augenzwinkern, auf der einen Seite sagen, schärfere Umweltgesetze gehören her, oder schärfere Umweltgesetze beschließen, betrifft es aber den eigenen Freund, geht man hin zum Bezirkshauptmann oder zum Gewerbereferenten und interveniert dort für ihn. So ist es nämlich in Wahrheit, und da fehlt mir jegliches Verständnis.

Wenn dieses Strafverfahren einmal diese Hürde der Interventionitis, um den Faden hier weiterzuspinnen – ist ja oft ein ganz interessanter Werdegang von diesen Verfahren –, überstanden hat, dann geht es ja gerade bei Umweltstrafen meist in die Berufung. Wie ich schon gesagt habe, das muß uns klar sein, dort sind hohe Strafen, aber der Vollzug ist eben auch hier oft schlecht.

Was passiert mit dieser Berufung? Diese Berufung geht zu dem sogenannten Unabhängigen Verwaltungssenat. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob alle schon, die hier sitzen, etwas davon gehört haben, daß es diesen Unabhängigen Verwaltungssenat gibt. Aber aus Menschenrechtsgründen ist Österreich auch verpflichtet, niemanden ohne Richterspruch zu verurteilen. Die Mitglieder dieses Unabhängigen Verwaltungssenates sind daher auch mit den richterlichen Garantien ausgestattet, mit der Unabhängigkeit, das ist die Weisungsfreiheit – wie wir wissen, ist das also ganz was Wesentliches in Österreich –, die Unversetzbarkeit und die Unabsetzbarkeit.

Mit der Unabsetzbarkeit schaut es schon nicht gar so günstig aus dort. Es ist eigenartig, daß die ÖVP gerade in diesem Bereich die Forderung der Freiheitlichen übernommen hat, auf Zeit zu bestellen. Das wäre dort nicht gerade angebracht gewesen, und zwar deshalb, weil die Unabsetzbarkeit ja bitte überhaupt nicht gewährleistet ist, sondern im Gesetz ist sogar schon die Absetzbarkeit drinnen, nämlich nach sechs Jahren muß wiederbestellt werden von der Landesregierung, und objektives Verfahren gibt es auch keines.

Bei einem pragmatisierten Landesbeamten ist das vielleicht nicht so schlimm, weil er ja wieder zurückfällt, aber bei jemandem, der von außen kommt, der wird nicht einmal Landesbeamter und außerdem auch nicht pragmatisiert, der fällt dann überhaupt ins Bodenlose, also die richterliche Unabhängigkeit ist da schon sehr eingeschränkt. Ich frage mich nämlich, wo da wirklich die Unabsetzbarkeit ist. Die Unversetzbarkeit ist übrigens auch nicht im 100prozentigen Maße gegeben.

Aber wenn man sich die Werdung des Unabhängigen Verwaltungssenates anschaut, dann hat das System dort offenbar von Anfang an Methode. So ist nach der Verfassungsnovelle 1988, die das vorgeschrieben hat, den einzuführen, das Gesetz erst im Juni 1990 beschlossen worden – zwei Jahre später –, da plötzlich in großer Hektik und Eile, überhaupt ohne Verhandlungen. Die FPÖ hat damals auch übrigens dagegen gestimmt, weil ihre Verbesserungsvorschläge nämlich überhaupt nicht einmal diskutiert worden sind, weil es ja so eilig war, weil es ja mit 1. Jänner 1991 verfassungsmäßig voll funktionsfähig hätte sein müssen. Und dann ist aber wieder nix passiert. Zuerst hat man es so eilig, dann war nichts. Was war mit 1. Jänner 1991, wie er voll funktionsfähig hätte sein müssen? Da hat es nur einen Leiter des Unabhängigen Verwaltungssenates gegeben, und zwar fast fünf Monate war er alleine. Wenn man bedenkt, daß bei allen Berufungen über Strafen, die über 10.000 Schilling sind, ein Dreiersenat entscheiden soll, heißt das, daß fünf Monate über diese Strafen zum Beispiel überhaupt nicht entschieden worden ist, weil es ja unmöglich war.

Da komme ich doch, nachdem wir eigentlich über das Budget reden, noch einmal zum Dienstpostenplan des Unabhängigen Verwaltungssenates zurück – weiß nicht, ob sich da drinnen jemand das angeschaut hat. Im Jahre 1991 sind zehn Juristen vorgesehen, und da muß man schon sagen, wo ist da wirklich die Budgetwahrheit, die waren nämlich nie besetzt, diese zehn Juristen, und wir beschließen jetzt großartig, und ich stehe auch dazu, wir beschließen jetzt die Aufstockung auf 16 Juristen. Wenn das aber so weitergeht, daß das nicht besetzt ist, ist das eigentlich alles zusammen Schmäh, was wir da beschließen, weil der Vollzug halt wieder einmal nicht hinhaut.

Aber offenbar wird – wie man an dem Beispiel sieht – die Wichtigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates für ein faires Strafverfahren nicht ausreichend ernst genommen. Und da darf ich den Herrn Landeshauptmann zitieren. Ich bin der Meinung, daß offenbar er auch nicht voll hinter dieser Einrichtung des Unabhängigen Verwaltungssenates steht. Es ist mir nämlich von mehreren Seiten nicht ganz wortident. Ich weiß nicht, ob ich das wörtlich richtig zitiere.

ren kann, aber der Herr Landeshauptmann hat immerhin bei einer Bezirkshauptleutekonferenz im Frühjahr 1991 über den Unabhängigen Verwaltungssenat gesagt, „den werden wir schon so klein wie möglich halten“ oder auch „den werden wir niederhalten“. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Unterstellung!“) Es sind die Informationen etwas unverständlich. Und da muß ich schon sagen, auch Herr Kollege Dr. Maitz, das ist keine Politik mehr mit Augenzwinkern, sondern das ist wirklich eine Politik der Augenauswischerei. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Unterstellung! Das ist eine freche Unterstellung!“) Auch wenn der zugetragene Ausspruch nicht in dieser Form gefallen sein sollte, Herr Kollege Dr. Maitz, die Tatsachen sprechen für sich. Wenn Sie früher aufgepaßt haben, wissen Sie, daß es da Probleme gibt bei diesem Unabhängigen Verwaltungssenat. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege, wiederholen Sie das bitte, ich habe das nicht genau gehört!“) Darf ich das wiederholen, Herr Landeshauptmann? Ich rede jetzt schon länger, Sie haben ja da geschrieben, wie ich gesehen habe (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie wissen, jeder hat seine Arbeit!“), weil die Umwelt ist nicht so ein einfaches Thema, aber Sie hätten bei einer Bezirkshauptleutekonferenz im Frühjahr 1991 – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich hätte – ich bin nur auf Ihre Diktion neugierig!“) – ich war ja nicht dabei – gesagt über den Unabhängigen Verwaltungssenat, „den werden wir so klein wie möglich halten“. Sie können ja dann gerne dazu Stellung nehmen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das war der erste Teil!“) Mir ist dieser Ausspruch zugetragen worden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er ist Gott sei Dank viel urbaner formuliert!“) Also, ich weiß nicht, ob das urban ist. Ich halte das trotzdem nicht für in Ordnung. Und wenn man das dann noch dazu sich anschaut, wie es dem Unabhängigen Verwaltungssenat wirklich geht, bitte, wie man den verhungern läßt, daß er auch keine Räume bekommen hat, daß er nur für die zehn Personen des Jahres 1991 die Räume hat – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ganz und gar nicht! Soll ich Ihnen dazusagen, daß der Herr, der sich darum beworben hat, von Wien nach Graz zu kommen, ein Uralkollege aus Bologna ist! DDr. Schachner und die anderen Mitglieder der Landesregierung haben diesem Vorschlag zugestimmt!“) Ich weiß jetzt nicht, wer von Wien nach Graz gekommen ist. Herr Landeshauptmann, Sie haben offenbar wirklich nicht zugehört. Ich habe nicht über einzelne Personen gesprochen. Aber die Tatsachen sprechen jedenfalls für sich. Es ist jedenfalls offenbar gelungen, entgegen den anderen Bundesländern, wo so ein wichtiges Gremium wirklich hinaustrumpet worden ist, so geheimzuhalten, und das hat mich schon überrascht, daß vor wenigen Tagen der Arbeiterkammerpräsident sich bitter öffentlich darüber beklagt hat, daß es keinen Unabhängigen Verwaltungssenat in der Steiermark gibt. Vielleicht kann man ihm das ausrichten, er wird es ja inzwischen schon wissen, denn geben tut es ihn schon. Auch wenn er nicht ausreichend besetzt ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieser Dienstposten und auch die, die wir jetzt zusätzlich beschließen müssen, so schnell wie möglich besetzt werden. Aber wahrscheinlich hat man an dieser rechtsstaatlichen Einrichtung schon soviel gesündigt, daß dorthin niemand mehr will. Und Kollege Schützenhöfer wird das vielleicht bestätigen können, daß

man Schwierigkeiten hat, dort überhaupt jemanden hinzubekommen. Aber vielleicht muß man entsprechende Anreize schaffen. Und da bin ich der Meinung – und das kann man auch aus dem Budget herauslesen –, daß durch die Aufwertung eines VII-Postens, der schon besteht, auf einen VIII-Posten – offenbar für ein „Liebkind“ – sicherlich kein Akt mehr erledigt wird und sicherlich kein einziges Umweltstrafverfahren vor der Verjährung geschützt werden kann.

Aber weil ich vorher schon aus dem Bericht des Umweltanwaltes zitiert habe, und der Kollege Dr. Cortolezis hat ja auch schon hingewiesen auf die Platzprobleme des Umweltanwaltes, darf ich anschließen, auch dort gibt es die Personalprobleme. Er hat es auch nicht immer leicht, seine Arbeit zu machen, und ich darf ihm herzlich danken, daß er trotz dieser widrigen Umstände erfolgreiche Arbeit leistet, denn auch hier kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, man setzt – hier allerdings mit Bomben und Trara – einen Umweltanwalt ein, gibt ihm dann aber nicht ausreichende Möglichkeiten, um wirklich aktiv zu werden. Ich verstehe schon, daß er manchmal lästig sein kann, und manchen war er auch wirklich zu erfolgreich. Da darf ich noch einmal den Bericht hernehmen und einen Satz daraus zitieren, da geht es um das Verfahren um Chrysler, ein Satz, da sagt er in seinem Bericht: „Einen Sturm der Entrüstung in manchen Wirtschaftskreisen und auf Gemeindeebene verursachten die Aktivitäten des Umweltanwaltes in den Bewilligungsverfahren für einen größeren Industriebetrieb.“ Mit diesem größeren Industriebetrieb ist Chrysler-Eurostar gemeint. Und es ist nur wieder einmal der vornehmen Zurückhaltung des Umweltanwaltes zuzuschreiben, daß er nicht deutlicher hineingeschrieben hat, um was es denn hier eigentlich geht. Denn in Wahrheit hat in diesem Verfahren der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz gegen den Herrn Umweltanwalt interveniert, warum er denn hier so einschreitet. Da hat sich dann der Herr Umweltanwalt übrigens rechtfertigen müssen in einem langen Schreiben, das übrigens auch in seinem Bericht abgedruckt ist, kann jeder nachlesen, er hat sich rechtfertigen müssen, warum er dort eingeschritten ist. Da muß ich sagen, da hat er aber auch Wichtigeres zu tun, als sich wegen einer Intervention des Grazer Bürgermeisters gegen ihn hier zu rechtfertigen. Und besonders infam war die Vorgangsweise deswegen, weil sie gerade vor der Wiederbestellung des Herrn Umweltanwaltes passiert ist und damit verbunden war mit dem leichten Ersuchen, den Herrn Umweltanwalt nicht mehr wiederzubestellen. Da würde mich schon interessieren, wie denn eigentlich so alle Parteien dazu stehen. Und der Kollege Dipl.-Ing. Getzinger ist ja ein Grazer Abgeordneter, und ich weiß, daß er einen recht guten Kontakt zum Herrn Bürgermeister Stingl hat, er möge doch einmal auch mit ihm reden über die Funktion des Umweltanwaltes. Wir jedenfalls stehen zu dieser Institution des Umweltanwaltes und unterstützen diesen Umweltanwalt. Ich darf auch alle auffordern, den Umweltanwalt auch zu unterstützen bei seiner Tätigkeit und ihm aber auch die ausreichenden Arbeitsbedingungen zu geben. (Beifall bei der FPÖ. – 18.34 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Schrittwieser das Wort erteile, freut es mich,

feststellen zu können, daß die frühere Zweite Präsidentin des Landtages, Annemarie Zdarsky, im Zuschauerraum Platz genommen hat. Ich begrüße Sie herzlich und freue mich über das Interesse, das Sie uns zeigen. (Allgemeiner Beifall.)

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Nach ihm die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Schrittwieser (18.35 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es wurde zur Umwelt ja schon einiges oder sehr viel Grundsätzliches gesagt, wo man bei vielen Dingen zustimmen kann. Ich werde mich mit einem Thema befassen, was uns in Zukunft noch lange beschäftigen wird, das ist die Abfallwirtschaft. Ich möchte auch gleich einleitend positiv feststellen, daß es zwar noch ein bißchen mehr sein könnte, aber daß es doch positiv ist, daß sich Herr Landesrat Pörtl mit dem Finanzlandesreferenten im Budget einigen konnte und daß doch Mittel für dieses wichtige Thema zur Verfügung stehen werden. Es ist, wenn man die Vergangenheit kurz durchleuchtet, sicherlich mit unserem Abfallwirtschaftsgesetz gelungen, den Restmüll wesentlich zu verringern. Das sieht man in allen Gemeinden, die sich bemühen, die ehrlich an die Sache herangehen nach den festgeschriebenen Prioritäten der Vermeidung, der Trennung, der Kompostierung und der Sammlung und Wiederverwertung von Altstoffen. Alle, die sich danach halten, haben Erfolge zu verzeichnen, und es muß auch für uns in Zukunft absoluten Vorrang haben, daß diese Vorgangsweise Gültigkeit hat. Es ist aber ein Problem aufgetreten, und ich möchte es gleich einleitend hier darstellen. Das ist die Frage der Biomüllkompostierung. Wir haben hier zum Beispiel in Allerheiligen im Bereich des Mürzverbandes große Probleme, die soweit gehen, daß die Gemeinden, die rundherum liegen, große Geruchsprobleme haben und auch bereits angedroht haben, wenn bis zum Sommer hier keine Lösung vorliegt, werden sie die Zufahrt zu dieser – der Herr Landesrat weiß das – Deponie blockieren, und wir werden keinerlei Müllaufkommen mehr hinbringen können.

Es gibt jetzt viele Bemühungen, das Problem zu lösen, es ist aber schwierig, dieses Problem technisch zu lösen. Es wurde vor kurzem eine Anlage in Telfs besichtigt, wo man vielleicht glaubt, dem Problem Herr zu werden. Aber was wir haben, Herr Landesrat, ist Handlungsbedarf, daß wir rasch mit der Unterstützung des Landes mit dem Mürzverband dieses Problem lösen, da wir ansonsten im Sommer vor einem wirklich schwerwiegenden Problem stehen. Und wenn wir in der Abfallwirtschaft in einer Region das Vertrauen verlieren, die Leute nicht das Gefühl haben, daß wir wirklich offenen Herzens und mit viel Bereitschaft zur Information an die Sache herangehen, werden wir diesen Vertrauen nicht mehr zurückbekommen.

Hier sind große finanzielle Aufwendungen notwendig, weil die technischen Anlagen, die wir dafür brauchen, angeschafft werden müssen. Jetzt weiß ich schon, daß für uns grundsätzlich das Verursacherprinzip gelten soll oder muß. Aber in dieser Frage werden wir mit der Belastung oder Weiterbelastung der Bevölkerung alleine nicht zu Rande kommen, und wir müssen über die Förderungsrichtlinien diskutieren, weil es

ja auch in anderen Bereichen ähnliche Probleme geben wird.

Nun noch einmal zum Restmüll. Wir werden in der Zukunft den Restmüll, den wir haben, deponieren müssen. Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat sich sicherlich bemüht, in dieser Frage weiterzukommen, und auch der Kollege Pörtl, wie ich feststelle, ist bemüht, hier weiterzukommen, wir haben aber derzeit keine Antwort, wie in der Zukunft die Restmüllbehandlung vor sich gehen soll. Wir haben, Herr Landesrat, und der Landeshauptmann Schachner hat es, glaube ich, zum Jahresabschluß hier im Hohen Haus gemacht, und unser Klubobmann hat mehrfach angeboten, bei der Lösung der Müllprobleme mitzuhelfen, weil auch wir glauben, daß diese Frage nur auf breitem Konsens und auf breitester Zusammenarbeit zu lösen ist und daß wir durch Ausweichen von politischem Kleingeld hier nicht weiterkommen.

Wir wissen, daß wir nur mehr drei bis vier Jahre – mit vier Jahren habe ich hoch gegriffen – Deponieflächen zur Verfügung haben werden, und die Abfallwirtschaftsverbände haben auf Grund unseres Gesetzes die Verpflichtung, Abfallwirtschaftspläne zu beschließen, die ja auch in den meisten Fällen beschlossen sind. Sie haben aber auch die Aufgabe, Deponieflächen auszuweisen, und wir merken immer wieder und stellen fest, sobald die erste Deponiefläche in der Gemeinde ins Gespräch kommt, gibt es einen Gemeinderatsbeschuß, bei uns kommt das auf gar keinen Fall in Frage. Weil natürlich – und jetzt nehme ich gar keine Farbe aus – auch das eine politische Frage ist, weil wenn sich der Bürgermeister hier gegen seine Gemeindebürger stellt, muß er natürlich Angst haben, bei der nächsten Gemeinderatswahl – darum sage ich politische Frage – nicht mehr jene Mehrheit zu bekommen, die er sich wünscht, und darum glauben wir – wir haben das schon oft in dem Haus gesagt –, wir glauben, daß die Verbände nicht in der Lage sind, diese Deponieflächen festzulegen. Sie halten, Herr Landesrat, und es ist das Konzept der ÖVP, Sie halten hier am falschen Instrumentarium fest. Wir wissen schon, daß wir gemeinsam mit den Verbänden, der Landesregierung oder den Beamten diese Standorte festlegen müssen, aber wir werden diese Kompetenz auf Landesebene verlagern müssen, weil wir ansonsten nicht weiterkommen.

Es gibt hier die Ersatzvornahme. Wir haben ein Beispiel, und es wird ja in Kürze in Graz und Graz-Umgebung eine Ersatzvornahme gemacht werden müssen, aber bis wir dann zu dieser Ersatzvornahme kommen, haben wir bereits drei bis vier wichtige Jahre verloren, wo wir keinen Schritt weitergekommen sind. Seit ich in diesem Hohen Haus bin, das ist seit Dezember 1987, habe ich bei jedem Anlaß auf diese Frage hingewiesen, und ich weise auch heute wieder darauf hin, aber wir sind in Wirklichkeit, außer daß wir Notlösungen getroffen haben, nicht weitergekommen.

Jetzt suche ich keine politisch Schuldigen, weil uns das auch nicht weiterbringt, aber wir müssen gemeinsam das Instrumentarium verändern, damit wir hier weiterkommen. Wir haben sofort zu Beginn dieser Legislaturperiode wieder einen Antrag eingebracht, dieses Abfallwirtschaftsgesetz zu novellieren, und auch schriftlich Vorschläge vorgelegt, wie wir glauben, daß es gehen könnte, und es gibt ja derzeit Par-

teienverhandlungen. Aber was uns derzeit noch fehlt und das letzte Mal vereinbart wurde, ist dieses Papier, wie sich die anderen Fraktionen die Lösung der Reststoffe vorstellen, und wir hoffen, daß wir in kürzester Zeit wieder zu solchen Verhandlungen kommen, und ich hoffe, daß wir in nächster Zeit das Abfallwirtschaftsgesetz novellieren können, daß wir uns einigen können und daß wir dann politisch auch gewisse Standpunkte durchsetzen, weil in der Abfallwirtschaft es sicherlich so nicht gehen wird, obwohl natürlich die Mitbestimmung der Bevölkerung eine große Rolle spielt, und man muß auch die Bevölkerung auf das engste einbinden, ansonsten geht überhaupt nichts, aber auch in dieser Frage wird die Politik entscheiden müssen, und ich hoffe, daß wir zu diesen Entscheidungen kommen.

Ein nächster Punkt, der auch in letzter Zeit zur Diskussion stand, ist die thermische Müllverwertung. Es ist das vorletzte Glied der Entsorgungskette in dieser Problematik, und es ist ein sehr sensibilisierter Bereich, weil vor allem auch die Öffentlichkeit vor dieser thermischen Müllverwertung gewisse Ängste, gewisse Vorbehalte hat. Wir müssen, glaube ich, in dieser Frage sehr viel aufklären. Durch das Fehlen der ausreichenden Deponieflächen, wie wir ja wissen, werden wir um diese thermische Verwertung nicht herumkommen.

Wir bekennen uns auch als SPÖ-Klub zu dieser thermischen Verwertung, weil das eines unserer Ziele sein muß, das Problem zu lösen. Aber wir sind in dieser Frage auch bereits etwas im Rückstand. Wir rechnen, daß eine thermische Verwertung vom Beginn bis zur Realisierung acht Jahre benötigt, da müssen wir schauen, daß wir auf Tempo drücken, daß wir die Verfahren abwickeln, weil wir drei bis vier Jahre Deponieflächen haben, da sind wir bereits jetzt sehr stark hinten nach. Wir haben diese AVG gegründet, die ja bereits arbeitet, und sie wird also jetzt die Aufgabe haben, diese thermische Müllverwertung voranzutreiben. Wir als Politiker werden dann die Aufgabe haben, die politischen Entscheidungen zu treffen.

Was auf alle Fälle bei dieser thermischen Verwertung sein muß, ist, daß der Klärschlamm, der nicht auf Landwirtschaftsflächen aufgebracht werden kann, hier mitverbrannt wird. Es soll natürlich weiterhin das Ziel sein, wo also die Schadstoffe eher gering sind, daß wir ihn im landwirtschaftlichen Bereich aufbringen, aber es gibt in der Landwirtschaft ein großes Mißtrauen gegen diesen Klärschlamm, und wir werden also ausreichend Klärschlamm haben in der Zukunft, der hier mitberücksichtigt werden muß.

In den Gemeinden ist nämlich derzeit der Klärschlamm bereits ein ganz großes Problem, und die Gemeinden sind derzeit – und damit auch die Gebührenzahler – den Deponiebetreibern ausgeliefert. Egal welche Preise sie verlangen, der Gemeindebürger, der Tarifzahler, der Gebührenzahler muß für diese Tarife aufkommen, und die sind derzeit bereits sehr hoch.

Standorte für die thermische Verwertung zu finden wird noch schwer genug sein, da auch auf die Nutzung der freiwerdenden Energie sowie auf die Sensibilität der Bevölkerung in dieser Angelegenheit Rücksicht genommen werden muß. Zur Planung und Errichtung: Ich habe es erwähnt, wir haben die AVG gegründet, und wir hoffen, daß wir zu Ergebnissen kommen. Die

AVG hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die sicherlich auch noch einige Mängel aufweist. Es ist zum Beispiel nicht genau definiert, was wird mit den Reststoffen, die aus der thermischen Verwertung kommen, und es werden immerhin pro 1000 Kilogramm 438 bis 600 Kilogramm sein, die auch bei der thermischen an Reststoffen übrigbleiben, und wir werden vorher Überlegungen anstellen müssen, was nachher damit passiert.

Und wir müssen daher von der Politik her einige Festlegungen treffen, damit wir das Vertrauen in der Bevölkerung haben, zum Beispiel:

Erstens: Es muß die Folgewirkung einer thermischen Müllverwertung und damit die Belastung der Bevölkerung und Gemeinden geklärt werden.

Zweitens: Wie kann sichergestellt werden, daß der Abfall auch tatsächlich in ausreichender Menge zur thermischen Verwertung angeliefert wird? Wenn Anlagen errichtet werden, wird es nicht gehen, daß es den Gemeinden freiwillig überlassen wird, ob sie den Müll anliefern oder nicht. Die Anliefermenge muß vorher mit der Verordnung über eine Anlieferungspflicht geregelt werden. Würde es nämlich nicht zu einer Anlieferungspflicht kommen, würden die Anlagen nicht ausgelastet sein und daher auch nicht funktionieren, und es würden in den Bezirken wiederum kleinere Deponien mit höheren Kosten entstehen. Hier muß man natürlich – und das möchte ich als Forderung auch anführen – ein Gesetz schaffen, um zu vermeiden, daß man nur jene Stoffe anliefern kann, die mindestens die Erwartungen, die wir im Gesetz festlegen, was die Mülltrennung betrifft, erfüllen und daß Gemeinden, die die Mülltrennung nicht nach dem Gesetz durchführen, nicht anliefern können, damit sie gezwungen werden, sich an unsere Auflagen, was die Mülltrennung betrifft, zu halten.

Drittens: Je nach Größe der Anlage muß die adäquate Technologie vorhanden sein. Dabei ist eine unabdingbare Forderung, daß auch der Klärschlamm mitverbrannt werden kann, ansonsten ist die Entsorgung des Klärschlammes weiterhin ein ungelöstes Problem für die Gemeinden. Es muß auf alle Fälle, meine Damen und Herren, wenn eine oder mehrere thermische Anlagen errichtet werden, schon während der Planungsphase darauf geachtet werden, was mit den Reststoffen, die anfallen, in der Zukunft geschehen soll.

All diese Punkte, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, sind im Sinne der Durchsetzbarkeit, im Sinne der Bevölkerung, sind im Sinne der Lösung des Problems vorher zu berücksichtigen und zu klären. Es soll uns nämlich nicht passieren, so wie es beim Atomkraftwerk war, daß wir Anlagen bauen und danach nicht wissen, wo die Reststoffe, die hinten herauskommen, hingegeben werden. Und daß uns dieses Schicksal nicht passiert, glaube ich, müssen wir darauf schauen, daß wir keine Müllfahrt ins Blaue veranstalten. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir bei der nächsten Budgetdebatte oder beim nächsten Umweltbericht, wo wir dieses Thema behandeln, einen Schritt weiter sind. Daß wir optimistischer in die Zukunft schauen können, daß wir dieses Müllproblem in den Griff bekommen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 18.51 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch, nach ihr der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dr. Karisch (18.51 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Umweltschutz ist eines der wichtigsten Anliegen unserer Zeit. In den letzten Jahren ist in der Steiermark im Umweltschutz sehr viel geschehen. In manchen Bereichen waren wir dank des Engagements unserer Umweltlandesräte Josef Riegler, Hermann Schaller und nun Erich Pörtl sogar Vorreiter. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, Sie haben kritisiert, daß die Steiermark für die Umwelt vergleichsweise wenig ausgäbe, und haben als Beispiel das Land Oberösterreich herangezogen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Steiermark sehr früh mit dem Umweltschutz begonnen hat, wenn ich da an das frühe Flußsanierungsprogramm von Josef Riegler erinnern darf. Die Steiermark hat also sehr früh sehr viel Geld investiert. Es sind daher diese Zahlen relativ zu sehen. (Abg. Vollmann: „Jeder würde gerne mehr ausgeben!“) Warten Sie noch ein bißchen, ich möchte Sie bitten, unterstützen Sie uns. Ich glaube, Erich Pörtl hätte gerne mehr für die Umwelt ausgegeben, wenn unser Finanzlandesrat Ressel das zur Verfügung gestellt hätte. Er hat es nicht bekommen. Wenn Sie Umweltprogramme vorlegen, dann bitte dazu Finanzierungsvorschläge, und bitte wenden Sie sich an den Herrn Landesrat Ressel, er wird sich sehr freuen, wenn er von Ihnen neue Möglichkeiten auch der Finanzierung eröffnet bekommt. (Abg. Trampusch: „Frau Kollegin, wir haben über die Finanzierung des Umweltfonds mehrmals verhandelt!“) Es geht nicht um den Umweltfonds! Er hat kritisiert, daß in der Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger geschehe. Ich darf vielleicht noch dazusagen, Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, Sie sind im Finanz-Ausschuß früher weggegangen. Wir haben dann eigentlich festgestellt, wie schwer es der Herr Landesrat Ressel bei der Erstellung dieses Budgets gehabt hat. Er mußte tief in den Kosmetikkoffer greifen, wie Kollege Dr. Hirschmann das schon betont hat, um überhaupt ein so einigermaßen ausgewogenes Budget hinzubekommen. Wenn ich erinnern darf, wir haben die Rückzahlung unserer alten Schulden zurückgestellt, nur um einigermaßen einen Vergleich, einen herzeigbaren Abgang zu haben. Wenn Sie das mit Oberösterreich vergleichen, die Oberösterreicher tun sich leichter, sie haben nicht so einen großen Schuldenstand wie die Steirer, aber die Oberösterreicher hatten auch jahrelang einen ÖVP-Finanzreferenten. (Abg. Trampusch: „Wir wollen realistisch bleiben!“)

Meine Damen und Herren! Sie dürfen sich dann wieder melden. Jetzt bin ich am Wort. Ich bitte, mir zuzuhören. Ich habe Ihnen auch sehr ruhig zugehört.

Umweltschutz, meine Damen und Herren, bedeutet immer zugleich auch Konsumentenschutz. Und deshalb habe ich mich hier zu Wort gemeldet. Sind doch die Konsumenten in vielem ganz wesentlich von den Umweltbedingungen abhängig. Wasser und Luft, ich glaube, da werden wir übereinstimmen, Herr Schrittwieser, sind Grundlebensmittel im wahrsten Sinn des Wortes. Ein gesunder Boden ist Voraussetzung für ge-

sunde Nahrung. Reine Luft, sauberes Wasser und ein gesunder Boden sind heute leider auch in unserem Land keine Selbstverständlichkeit mehr. Hören Sie mir bitte zu, ich habe jetzt ein paar interessante Zahlen, die Sie interessieren werden:

Ein Schluck Wasser, dann geht es wieder! Jetzt hätten Sie eine Pause! Wir sind verpflichtet, auch den Generationen nach uns noch eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Die Deutsche Bundesregierung hat die Kosten der jährlichen Umweltverschmutzung in den alten Ländern der Bundesrepublik mit 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes berechnet. In Österreich gibt es eine solche Berechnung nicht. 6 Prozent, ich habe es aber nachgerechnet, des Bruttoinlandsproduktes ergibt in Österreich eine Umweltschädigung von 114 Milliarden Schilling jährlich. Eine große Hypothek für unsere Kinder! Ich habe es für die Steiermark bescheiden ausgerechnet. Wenn ich nur ein Zehntel nehme, sind das 11 Milliarden Schilling Umweltschäden im Jahr, und das, bitte, meine Damen und Herren, ist ein Drittel unseres Jahresbudgets. Wir sollten uns bemühen, so viele Schäden wie möglich zu verhindern. Alles, was wir heute tun, was wir heute ausgeben, da bin ich bei Ihnen, Herr Dipl.-Ing. Getzinger, ist, ganz abgesehen von der moralischen Verpflichtung, billiger als eine spätere Sanierung. Ich sehe interessiert Ihren Vorschlägen entgegen. Ich werden sie unterstützen, nur, ich bitte um ein gutes, griffiges Finanzierungskonzept, wie wir das machen können, ohne unsere Kinder nachher zur Kasse zu bitten.

Hohes Haus, ich möchte heute zwei Umweltthemen behandeln, die den Lebensraum der Konsumenten sehr stark berühren, nämlich den Stoffkreislauf und das Trinkwasser. In der Natur sind Prinzipien wie Selbstregelung, Gleichgewicht und Stoffkreislauf wirksam. Nichts geht verloren. Alle Stoffe werden im Kreislauf der beteiligten Systeme wieder verwertet. Die Natur kennt keine Abfallprodukte und keinen Müll. Wir Menschen greifen heute aber in das Gleichgewicht der Natur so häufig und so tiefgreifend ein, daß die Natur diese Eingriffe nicht mehr ausgleichen kann. Es bilden sich riesige Berge von Müll und Abfall, unser Wohlstand müllt sich tot. Was wir Steigerung des Lebensstandards nennen, ist nach den Gesetzen der Physik eine Zunahme der Entropie, eine wachsende Unordnung auf unserem Planeten. (Abg. Vollmann: „Das Land soll Maßnahmen setzen!“)

Wir erzeugen heute viel zu viele Wegwerfprodukte. Ein paar Beispiele, die Sie alle kennen: Babywindeln machen heute schon drei Prozent am Müll aller Haushalte aus, die babylosen eingeschlossen. Wenn der Fernsehapparat nicht funktioniert, wird oft gar nicht mehr der Fehler lokalisiert, sondern eine komplette Baugruppe ausgewechselt. Und unseren Marketingstrategen fallen immer absurdere Artikel ein, mit denen sie uns Konsumenten verwöhnen: eine Einwegkamera, die schon nach der Belichtung eines Films in den Müll wandert, ein piepsendes Telegramm, das einen elektronischen Tongenerator samt hochgiftiger Batterie enthält, drei Bonbons im Aromasafe, bestehend aus fünf Lagen Pappe, Kunststoff und Aluminium.

Unsere Produkte werden immer raffinierter und komplexer, die Entsorgungsprobleme damit größer. Die Plastikfolie, mit der das Schnitzel eingepackt ist, ist ein High-tech-Produkt, das aus sechs bis sieben

Schichten besteht, und landet doch schon zwei Stunden nach dem Kauf im Müll. Je höher ausgeklügelt ein Produkt, desto größer ist nachher oft der Entropiezuwachs. Supraleitende Keramiken, Matelle mit Erinnerungsvermögen, aufgedämpfte Diamantschichten auf Metalloberflächen, all diese sensationell neuen Materialien haben einen hohen Anwendungsnutzen, machen aber riesige Probleme bei der Entsorgung. Wer hat sich bisher darüber Gedanken gemacht, was mit dem hochkomplizierten Computerschrott geschehen soll, der bei jedem technischen Innovationsschub anfällt? Der großartigen Phantasie bei der Entwicklung neuer Produkte stehen oft eine beschämende Einfallt und Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Entsorgung gegenüber.

Das, meine Damen und Herren, muß sich in Zukunft ändern. Kaum jemand denkt bei der Erzeugung eines neuen Produktes an seine Entsorgung und ein mögliches Recycling, die meisten nur an das schnelle Geschäft. Der Konsument ist das Opfer. Er muß nicht nur für alles bezahlen, sondern bleibt als letztes Glied in der Kette auf dem Produkt sitzen und wird auch noch für die Umweltbelastung verantwortlich gemacht. Er sei es ja schließlich, der sich dieses Produkt wünsche. Nur für ihn wurde es so erzeugt. Er müsse daher auch die Verantwortung dafür übernehmen. Der Konsument als ökologischer Sündenbock.

Hohes Haus! Der Konsument ist bei dieser Verantwortung überfordert. Man mutet ihm eine umweltbewußte Kaufentscheidung und eine sachkundige Entsorgung zu, ohne ihm die nötigen Informationen zu liefern. Er wird von der Werbung zum Kauf der unsinnigsten Produkte verführt. Was wird nicht heute alles schon als umweltfreundlich beworben, obwohl es dies in Wirklichkeit gar nicht ist. Der Konsument wird oft getäuscht und selten informiert. Wo bleibt in Österreich die entsprechende Produktdeklaration mit Hinweisen auf Bestandteile und Entsorgungsmöglichkeiten eines Produktes?

Ich freue mich sehr, daß unsere Umweltministerin Ruth Feldgrill-Zankel vor kurzem eine neue Verordnung erlassen hat, und zwar eine Verordnung über die Kennzeichnung von Verpackungen von Kunststoffen. Das ist ein kleiner guter Schritt vorwärts. Der einzige, der über die Bestandteile eines Produktes Bescheid weiß und der auch die Sachkenntnis für eine eventuelle Wiederverwertung besitzt, ist der Produzent. Er sollte daher sein Produkt wieder zurückerhalten und weiterverwerten können beziehungsweise es entsprechend entsorgen.

Hohes Haus, wir werden unsere Müllprobleme in Zukunft nur lösen können, wenn wir das Kreislaufsystem der Natur übernehmen, wenn ein Produkt, das nicht mehr gebraucht wird, wieder an den Produzenten zurückgeht und von diesem wiederverwertet wird. Es muß endlich Schluß sein mit der unverantwortlichen Vergeudung von Ressourcen, die – auf Müllhalden gekippt – unsere Umwelt belasten.

Ein solches Kreislaufsystem zurück zum Produzenten brächte folgende vier Vorteile:

Erstens eine verstärkte Wiederverwertung von wertvollen Stoffen.

Zweitens eine sachgerechte Entsorgung nicht mehr brauchbarer Stoffe.

Drittens, das erscheint mir das Wesentlichste zu sein, innovatorische und pädagogische Effekte: Der Produzent überlegt sich sehr genau, welche Stoffe er einsetzt, wenn das Wiedersehen programmiert ist, und viertens, last not least, ein geringeres Müllaufkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in anderen Ländern, so zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, gibt es bereits Vorarbeiten für die Rücknahme gewisser Produkte durch den Produzenten. In den Schubladen der deutschen Automobilindustrie liegen Pläne für eine Demontage von Autos und die Wiederverwertung ihrer Bestandteile. Diese Pläne warten nur auf den politischen Startschuß. Wir sollten auch in Österreich möglichst bald die Rücknahmepflicht für gewisse Produkte, wie zum Beispiel Autos, Computer, Elektrogeräte, vorsehen. Einige weitblickende Unternehmen haben bereits von sich aus begonnen, die Verantwortung für ihre Produkte zu übernehmen, und bieten eine Rücknahme an, wie zum Beispiel die Firma Kästle für ihre Schi. Für die Verpackung sind Verordnungen in Vorbereitung, die hoffentlich bald die Verpackungsflut effizient eindämmen werden.

Ich möchte unseren Umweltlandesrat Erich Pörtl ersuchen, daß er sich dafür einsetzt, daß es zu einer Rücknahme von Produkten kommt und diese wieder sinnvoll in den Wirtschaftskreislauf einbezogen werden.

Ich könnte mir für die Zukunft auch die Einführung eines Leasingystems für gewisse Produkte vorstellen. Der Konsument sollte Waren, die er nicht häufig braucht, wie zum Beispiel Werkzeugmaschinen, leasen können. Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft, hin zu mehr Qualität mit längerer Lebensdauer und einer Wiedereingliederung der Produkte in den Stoffkreislauf. Ich persönlich – und das ist jetzt ein Wort an die Wirtschaft – bin davon überzeugt, daß es dabei auch ordentliche Verdienstmöglichkeiten für die Wirtschaft gibt. Wir Konsumenten bezahlen ja alles, wir zahlen auch heute für alles, man kann unsere Preise auch sinnvoll einsetzen. Ich bin überzeugt, daß das Zukunft hat.

Meine Damen und Herren, ich danke, daß Sie mir so lange zuhören. Ein zweites Anliegen von Konsumentenseite, das auch emotional sehr stark belastet ist und das uns allen sehr wichtig ist, ein zweites Anliegen in der Umwelt ist unser Trinkwasser.

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, es kann durch nichts ersetzt werden. Ohne Wasser kein Leben. Lange Zeit glaubten wir Österreicher, auf Grund unserer zahlreichen Quellwasservorkommen über genügend Wasser hervorragender Qualität zu verfügen. Dementsprechend sorglos gingen wir damit um. Heute wissen wir, daß sauberes Wasser keine Selbstverständlichkeit und ein beträchtlicher Teil unserer Grundwasservorräte gefährdet ist. Landet im Grundwasser über den Weg des Regenwassers doch letztlich alles, was wir bei den Schornsteinen hinausblasen oder dem Boden anvertrauen.

Unsere Grundwasservorräte, auch unsere steirischen, geben Anlaß zur Sorge. Fast alle Grundwasservorkommen der großen Talbecken, ebenso beträchtliche Teile der Karstwasser und der Großteil der

österreichischen Flüsse sind kontaminiert – durch Schwermetalle, Nitrate, Pestizide, Herbizide, chlorierte Kohlenwasserstoffe und andere chemische Verbindungen. Da die Flüsse mit dem Grundwasser in enger Verbindung stehen, wirkt sich jede Verunreinigung auch auf die Qualität des Grundwassers aus.

Hohes Haus! In der Steiermark sind in den letzten Jahren durch Flußsanierungsprogramme und die Erlassung einiger Schongebietsverordnungen bereits die ersten Schritte zur Verbesserung gesetzt worden. Ich bin dafür sehr dankbar, wir haben in der Steiermark sehr früh sehr weitblickende Umweltlandesräte gehabt. Doch weitere Schritte werden noch folgen müssen, soll unser Lebensmittel Nummer eins auch für die Zukunft gesichert werden.

Nur 53 Prozent der Einwohner der Steiermark sind derzeit an eine öffentliche Kanalisation angeschlossen. Wenn man weiß, daß auch noch ein Großteil der vorhandenen Kanäle schadhafte ist – man schätzt 10 bis 15 Prozent –, so ergibt sich für uns alle ein großer Handlungsbedarf, der auch mit hohen Kosten verbunden ist.

Wenn der Wasserwirtschaftsfonds vergrößert werden soll, muß eine ausreichende Dotierung seitens des Bundes sichergestellt werden! Wir alle müssen gemeinsam dafür kämpfen, daß nicht nur die Aufgaben vergrößert werden, sondern auch die Finanzmittel! Viele Hausbrunnen – und das ist mir jetzt auch ein persönliches Anliegen aus der Konsumentensicht heraus – in der Steiermark sind, wie Untersuchungen immer wieder ergeben, bakteriell verschmutzt. Dies ist meist eine Verschmutzung von oben und ist auf eine schlechte Abdeckung und auf Sorglosigkeit und Unwissenheit zurückzuführen. Vielen Brunnenbesitzern sind die Gefahren einer solchen Verschmutzung gar nicht bewußt. Hier müßte – und da möchte ich unseren Umweltlandesrat bitten – breit informiert werden, eine Aufklärungskampagne für die Bevölkerung. Meine Damen und Herren, die in Österreich im Trinkwasser erlaubten Grenzwerte sind teilweise im internationalen Vergleich sehr hoch, vor allem, wenn ich an das Nitrat denke. Noch immer sind bei uns 100 Milligramm pro Liter Wasser erlaubt. Erst 1994 wird dieser Grenzwert auf 50 Milligramm und 1999 auf 30 Milligramm gesenkt. In Deutschland werden Brunnen mit 50 Milligramm Nitrat geschlossen, die EG-Richtlinie sieht – die wird aber noch nicht eingehalten – sogar nur 25 Milligramm vor. In Österreich sind wir großzügig, und das macht mir Sorge. Das ist der gesetzliche Grenzwert in der Nitratverordnung, daß wir uns verstehen, ja!

Das ist ein Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung. Man weiß heute – und auch das macht mir Sorge –, daß die Nitrosaminbildung im Quadrat des Nitratgehaltes zunimmt. Das heißt, daß ein doppelter Nitratgehalt bereits zu einer vierfachen Nitrosaminbildung führt und ein vierfacher Nitratgehalt schon zu einer 16fachen Nitrosaminbildung. Und wir wissen, was Nitrosamine für die Gesundheit des Menschen bedeuten können!

Der Grenzwert für Atrazin, das wir in den letzten 20 Jahren großzügig eingesetzt haben, ist in Österreich 20mal so hoch wie in der EG. Es genügt heute aber auch nicht mehr, nur nach bestimmten Giftstoffen im Trinkwasser zu suchen, und das weiß der Herr Kol-

lege Getzinger, ein Chemiker, ganz genau, denn diese Giftstoffe, bitte, meine Damen und Herren, werden ab- und umgebaut. Es entstehen Metabolite. So kennt zum Beispiel das Fungizid Quintozen 32 Folgesubstanzen, darunter schwere Gifte wie Aniline, Benzole, Chlorphenole. 25 Prozent der steirischen Bevölkerung hat heute mehr als 40 Milligramm Nitrat im Trinkwasser. Die meisten Konsumenten wissen über die Qualität ihres Trinkwassers nicht Bescheid. Angesichts der zunehmenden Verunreinigung von Trinkwasser – ich bin froh, daß wir es in der Steiermark stabilisieren konnten hinsichtlich des Nitrates –, angesichts der Lage des Trinkwassers in manchen Regionen, ich möchte nicht skandalisieren, es sind einige gefährdete Regionen, und wir haben sehr viele sehr gute Regionen, aber trotzdem meine ich, die Konsumenten sollten erfahren, woran sie sind, wünschen wir uns daher von Konsumentenseite vom Bundesgesetzgeber eine gesetzliche Informationspflicht für die Wasserversorgungsunternehmen gegenüber ihren Abnehmern. Ich habe einen diesbezüglichen Antrag mit einigen Kollegen bereits eingebracht.

Hohes Haus! Wir brauchen für die Sicherung der Qualität unseres Trinkwassers auch noch zusätzlich strenge Schongebietsverordnungen. Es ist für mich nicht ganz verständlich, daß das Wassereinzugsgebiet des Wasserwerkes Feldkirchen bei Graz bis heute keine moderne Schongebietsverordnung hat; eine alte ist vorhanden. Sind doch die Nitratwerte in Feldkirchen hoch. ÖVP-Abgeordnete haben daher vor kurzem einen Antrag auf Erwirkung einer solchen Verordnung eingebracht. Das Zumischen von Wasser zum Senken von Grenzwerten ist zwar eine Erleichterung im Moment, es kann aber keine Dauerlösung sein. Überdies kann die Sanierung von Kalsdorf nicht erfolgreich sein, wenn es in Feldkirchen weiterhin zu starken Nitratzufuhren kommt. Der Herr Hofrat Rupprecht nickt.

Hohes Haus! Sauberes Trinkwasser wird auch bei uns in der Steiermark, die an sich von der Natur her mit reichen Wasservorräten Gott sei Dank gesegnet ist, schon bald Mangelware werden, wenn wir nicht alle Anstrengungen unternehmen, dieses Grundnahrungsmittel für die Zukunft zu sichern. Ich bitte Sie alle, gehen wir gemeinsam an die Arbeit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 19.12 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster Redner am Wort ist der Herr Klubobmann Trampusch. Nach ihm der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Trampusch (19.12 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Frau Abgeordnete Dr. Karisch hat am Ende einen Appell gerichtet, daß wir unser Trinkwasser besonders pflegen und verbessern, und sie hat am Anfang von Kreisläufen gesprochen. Diesen beiden Punkten stimme ich gerne zu, nur, wenn wir von Kreisläufen sprechen, die aufrechtzuhalten oder wiederherzustellen sind, dann gilt das für den ganzen Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. Ich nehme nur einen Kreislauf nicht zur Kenntnis, der auch immer wieder in Funktion tritt, das ist der Kreislauf des Dankes, der auch heute hier im Hohen Haus immer wieder gebracht wird, denn er deckt wie ein warmer Nebel

vieles zu, über das wir reden sollten und worüber wir gemeinsam auch mehr Bewußtsein bilden sollten. Ich halte diesen Kreislauf des Dankes für gefährlich. Denn alle hier, in jeder Funktion, sind verpflichtet, alles Mögliche für die Umwelt zu tun. Wir müssen uns gegenseitig nicht danken, wir sollten uns gegenseitig auffordern, noch mehr zu tun, nämlich jeder mit bestem Wissen und Gewissen. Das ist viel, viel wichtiger als hier zu danken! (Allgemeiner Beifall.)

Aber ich sage gerne, wir haben in der Steiermark in manchen Bereichen gute Teilerfolge. Aber wir haben in vielen Bereichen auch das Gegenteil erlebt. Aber ich muß eines klarstellen, bevor ich vielleicht eine kleine Aufzählung mache. Frau Abgeordnete Dr. Karisch, daß wir in der Steiermark mehr Schulden haben, ist nicht auf einen sozialdemokratischen Finanzreferenten zurückzuführen, ich kenne kein Budget seit 1945, das nicht mit der ÖVP-Mehrheit mitbeschlossen wurde. Ich glaube, es gibt Budgets, die von der ÖVP-Mehrheit beschlossen worden sind, auch die Darlehensaufnahmen sind immer von der ÖVP beschlossen worden. Und daraus abzuleiten, daß in der Steiermark mehr Schulden und weniger Geld für den Umweltschutz vorhanden sind, ist ein Trugschluß, der nicht so ohne weiters im Raum stehen bleiben darf. Das hat sicher andere Ursachen, hängt mit der Struktur der Steiermark auch in wirtschaftlicher und sozialer Sicht zusammen, und nicht damit, wer Finanzreferent ist.

Aber ich komme gerne zurück zum Umweltschutz. Wir haben gute Teilerfolge in der Abwasserreinigung, auch in Teilbereichen bei der Sanierung unseres Trinkwassers. Wir haben gute Erfolge in der Mülltrennung, aber wir müssen auch immer dazusagen, um welchen Preis. Denn auch hier sind Monopole entstanden, die uns das Mülltrennen und Wiederverwerten schon wieder sehr schwer machen. Wir haben Teilerfolge im Landschafts- und Naturschutzgebiet, in Ausweisungsfällen, nur in manchen Fällen hier etwas zu langsam. In der Luftreinhaltung, beim Lärmschutz, in der Umweltberichterstattung, auch hier ist vieles geschehen. Und auch beim Umweltanwalt, das wurde heute schon gesagt, der im Rahmen seiner Möglichkeiten auch vieles macht. Nur, wir waren auch manchmal schon weiter in vielen Bereichen. Ich sage hier noch einmal das Stichwort „Umweltfonds“. Da hat es, aus welchen Gründen immer, manchmal einen Fallrückzieher gegeben, aber nicht so wie im Fußball, der dann mit einem Tor geendet hat, sondern der dann so geendet hat, daß man einfach nicht mehr darüber gesprochen hat. Hier ist manches in der möglichen Finanzierung versäumt worden. Das ist schon ein Problembereich, den wir bisher nicht bewältigt haben, eine bessere Dotierung des Umweltfonds nicht nur für die Umwelt, sondern auch für Naturschutzaufgaben. Wir haben nicht das Problem bewältigt, daß wir noch stärker das Verursacherprinzip auch in der Steiermark eingebunden und sichtbarer gemacht hätten, oder etwa die Abfall- und Klärschlammabeseitigung selbst, wir haben in der Trennung Erfolge, habe ich schon gesagt, aber nicht in einer umweltfreundlichen Beseitigung. Wir haben wenig Erfolge bisher, um die Verkehrsbelastung wegzubringen, denn der Verkehrsverbund, den wir bisher haben, ist ein Tarifverbund, ein umweltwirksamer Verkehrsverbund, vor allem im

Nahverkehrsbereich, und eine bessere Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist noch nicht eingetreten. Es gibt große Bemühungen beim Energiesparen und bei der Verbesserung der Energiesituation, nur, wir würden uns was vormachen, wenn wir uns da gegenseitig danken, denn Energieeinsparen im Sinne des Wortes ist nur in kleinen Teilbereichen erfolgreich gelungen, aber nicht so, wie viele sich das vorgestellt haben.

Wir haben schon einmal gehört, die Steiermark ist stolz, daß wir sehr viel Solarenergieanlagen haben, aber das sind wirklich Eigeninitiativen gewesen, und auch in der Frage der Geothermie und der Verwertung reden wir immer darüber, aber die Erfolge selbst sind nicht in diesem Maße sichtbar geworden.

Zur Verfolgung von Umweltdelikten: Ich war eigentlich sehr berührt, als ich vor Wochen gehört habe, daß man die Graureiher wieder abschießen möchte, weil sie in den steirischen Gewässern zuviele Fische fressen. Es ist Gott sei Dank schon Vergangenheit, daß halt manche Lederfabriken um viele Tonnen mehr Fische irgendwo in der Raab oder anders vernichtet haben, und das ist meistens immer straffrei ausgegangen. Die armen Graureiher, die viel weniger Fische vernichten, sollen also wieder abgeschossen werden. Da fehlt irgendwas im Denken.

Wir haben auch eine große Aufgabe vor uns, wir haben eine gute Raumordnung, nur die Bodenpolitik dazu, da haben wir nie den Mut gefunden, das ein bißchen besser umzusetzen vor lauter Respekt vor dem Eigentum an Grund und Boden. Wir werden auch hier Maßnahmen treffen müssen, die uns die Raumordnung oder die Durchführbarkeit der Raumordnung doch etwas stärker garantieren. Das heißt, in manchen Bereichen hat es auch eine Deponie der Verantwortung gegeben, nämlich wieder beim Bürger zu sagen, „na, der wird das schon irgendwie selbst umweltfreundlich erledigen“. Nur, das ist halt in vielen Fällen nicht der Fall, und ich sage abschließend, ich könnte hier noch einige positive und negative Dinge aufzeigen, daß wir auch manchmal zuviel Zeit verloren haben.

Das, was die Frau Dr. Karisch hier sagte betreffend Nitrate, Atrazine, lesen Sie in den Protokollen des Landtages nach, vor sieben, acht Jahren haben das hier andere Abgeordnete und ich aus dem Leibnitzer Feld gesagt, da muß etwas geschehen, da hat es geheißen, ist im Wasser, im Boden nicht nachweisbar. Zwei, drei Jahre später haben wir plötzlich Verordnungen gehabt, Gott sei Dank, die sehr streng waren. Aber das gibt es doch nicht, daß etwas nicht nachweisbar ist, und zwei Jahre später kommt man drauf, welche Umweltprobleme und gesundheitlichen Probleme wir vielleicht mit diesen Stoffen doch haben.

Also, auch hier hat das Denken eingesetzt, erfolgreich, aber vielleicht etwas spät. Vielleicht sollten wir daraus lernen.

Ein Letztes: Es wird auch heute immer von der Akzeptanz gesprochen, und ich weiß, daß das, was ich jetzt sage, vielleicht nicht allgemein anerkannt wird. Was ist denn Akzeptanz? Wenn die steirische Bevölkerung eine Lösung von den Politikern verlangt, ist die Mehrheit dann nicht gegeben, wenn einige sicher mit Recht Betroffene sagen, sie sind mit einer Lösung nicht einverstanden, oder ist eine Akzeptanz gegeben, wenn die Mehrheit der steirischen Bevölkerung eine

Lösung will, auch wenn im Ort oder vor Ort dann die Mehrheit dagegen ist.

Ich behaupte, Akzeptanz ist das, was die Mehrheit der steirischen Bevölkerung von uns, nicht was vielleicht unmittelbar einige Betroffene von uns wollen. Ich sage, wor sollten auch mehr Mut bei der Durchsetzung haben und vielleicht für eine bessere und gesündere Umwelt, für die Umwelt unserer Kinder, auch manchmal einige Stimmen weniger in Kauf nehmen – ich sage das bewußt –, einige Stimmen weniger in Kauf nehmen, wenn wir auch dann den Mut haben, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, wenn sie dem Umweltschutz und der künftigen Gesundheit unserer Kinder dienen. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 19.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura, nach ihm Herr Abgeordneter Kowald.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (19.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann direkt an den Herrn Abgeordneten Trampusch anschließen. Wir haben in weiten Bereichen der steirischen Umweltpolitik Erfolge verzeichnen können und sind froh, daß es solche gibt, aber einen Bereich, muß ich sagen, haben wir noch nicht bearbeitet, das ist der Bereich des Bodens. Unser Boden ist unsere Chance für die Ernährung, ist ein Schatz, den man schätzen und schützen muß. (Landesrat Pörtl: „Hier wird bereits einiges unternommen!“) Ist keine Frage, ist schon einiges geschehen dabei. Nur, worauf ich hinaus will, ist, daß es eine direkte Untersuchung der Gesundheit unserer Böden noch nicht gibt, und es liegt kein endgültiges Ergebnis vor, das wir eigentlich schon immer fordern. Schließlich und endlich muß man wissen, wie schaut es jetzt wirklich aus, wie ist der Stand, also eine Lagebestimmung. Dann kann man sagen, was kann man dem Boden überhaupt noch zumuten und die Antwort auf diese Frage ist für uns entscheidend.

Wenn im Jahr 24.000 Bodenproben von der Chemischen Versuchsanstalt geprüft werden, dann ist es sicherlich möglich, daß man hier auch untersucht, wie schaut es aus mit den Humusanteilen, wie schaut es aus mit den Bodenlebewesen? Ich glaube, daß das notwendig, daß das wichtig ist und daß das für unsere Beurteilung für die Zukunft einfach die Grundlage sein muß.

Wenn das stimmt, was angeblich deutsche Forscher gefunden haben, daß mit dem Ozonloch über der nördlichen Halbkugel eine direkte Verbindung zu den Nitraten, zu den künstlichen Düngungsmethoden unserer Äcker stattfindet, daß angeblich Nitratverbindungen aufsteigen und diese Ozonschicht zerstören, dann ist ja hier sowieso die Alarmglocke schon geläutet. Wir müssen zurück – wie schon erklärt worden ist von der Frau Abgeordneten Dr. Karisch – richtigerweise zur Kreislaufwirtschaft, dazu brauchen wir gesunde Böden, und deswegen brauchen wir auch dieses Kapitel im Bodenschutzbericht, um weitere sichere Maßnahmen treffen zu können. (Beifall bei der FPÖ. – 19.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kowald, nach ihm der Kollege Vollmann – er arbeitet auch an seinem Geburtstag.

Abg. Kowald (19.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Landtag!

Umweltschutz, Bodenschutz, ein Thema, mit dem wir uns alle zu befassen haben, von dem jeder redet und verlangt, daß es der andere macht. Bodenschutz war auch ein Thema bei der letzten Landtagssitzung. Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, Sie haben sogar ein Monat danach eine Schlagzeile in einer Zeitung erreicht mit einer Aussage, die jeder Grundlage entbehrt. Wenn Sie es mir nicht glauben, fragen Sie den Landeshygieniker Dr. Köck.

Dort werden Sie es erfahren, und ich würde raten, daß Sie die Zusammenhänge lernen, und dann werden Sie draufkommen, daß geogene Tatsachen einfach nicht zu übersehen sind und daß es auch ohne Hinterfragung der Pflanzenverfügbarkeit bezüglich der gesundheitlichen Belastungen Ergebnisse bringt, wo Sie auch draufkommen werden.

Sie werden auch erfahren, daß es eine Arbeitsgruppe gibt, wo wir die Schwermetalle feststellen und wo man auch zukunftsorientierte Akzente setzen kann.

Zum Bodenschutz haben wir heute gehört, daß nichts geschieht. Wenn Leute weit weg davon sind von der Realität, habe ich Verständnis, deswegen bitte ich auch, dort und da Nachschau zu halten. Es gibt seit 1987 ein Bodenschutzgesetz, Bodenschutzverordnung, Gülleverordnung, Klärschlammverordnung, auch ein Thema, Klärschlamm sollen alle nehmen und aufführen, wenn wir nicht wissen, wohin damit.

Erosionsschutzmaßnahmen, reden wir davon, gehen wir es anschauen, dann werden Sie sehen, was los ist. Keine Frage, Lernprozesse gibt es, und wir haben Verbesserungen überall wahrzunehmen, aber wenn sie wo wahrgenommen werden, werden wir es auch feststellen.

Es gibt zum Beispiel eine vierjährige Versuchsarbeit in einigen Bezirken, wo man eben die konservierende Bodenbearbeitung mit Zwischenfrüchten schwerpunktmäßig behandelt. Auch das Institut für ökologischen Landbau, voran die Landeskammer, die Familie Kopeinig, und die Schulen mit Professor Deutsch, zeigen hier auch sehr erfolgreiche Maßnahmen; bezüglich eines Erosionsversuches im Feldbacher Bereich, wo 16 Betriebe mit verschiedenen Versuchen, Untersuchungen und auch Maßnahmen bereits Fortschritte zeigen.

Zum Grundwasserschongebiet, meine lieben Freunde hier in diesem Hohen Haus: Die Wasserversorgung für große Landschaftsteile wird aus einem kleinen bestimmten Bereich und Gebiet wahrgenommen. Bei der Schaffung und beim Bau dieser Brunnen hatten alle Sachverständigen und Fachleute gemeint – Kollege Trampusch nickt bereits zustimmend –, daß die Landwirtschaft eine uneingeschränkte Bewirtschaftungsweise machen kann. Im Laufe der Zeit wurde das geändert, so daß es zu Schon- und Schutzgebieten gekommen ist, wo es wirklich zu starken Einschränkungen, zu Stilllegungen und zu existenzgefährdenden Aktionen gekommen ist. Man möge auch den-

ken, daß das Folgen in der ganzen Wertbestimmung hat und bei Grundzusammenlegungen große Nachteile bringt. Ich zitiere, daß in der Talsohle von Graz bis Radkersburg immerhin 5500 Hektar in ein Wasserschongebiet fallen, wovon 1100 Bauern betroffen sind. Wenn ich heute vernehmen habe können, daß keine Maßnahmen wahrgenommen werden und daß nichts geschieht, möchte ich nur einige Informationen bekanntgeben.

Es gibt das Gesetz des Bodenschutzes, die Gülleverordnung, die Schongebietsverordnung und das Wasserrechtsgesetz, das strengste übrigens. Ein sehr strenges, wo andere sich ein Beispiel nehmen können. In der Beratung, lieber Freund Vollmann, geschieht sehr viel durch die verstärkte Einzelberatung und daß auch in verstärktem Ausmaße die Umweltberater im Einsatz sind. Betrifft alle in allen Reihen, und ich erzähle das einfach, weil das so ist. Wir haben Zielsetzungen aus dem Umweltberaterprojekt, wo man eben die Senkung des Nitratwertes im ganzen Bereich in Angriff nimmt. Längst ist es bekannt, daß die Verursacher nicht einseitig zu finden sind. Und ich bin auch sehr froh, daß wir das hier aufzeigen können und daß es zu einem Umdenken innerhalb der gesamten Bevölkerung gekommen ist und daß alleinige Schuldzuweisungen überhaupt nichts bringen. Schwerpunktmäßig geht es von der landwirtschaftlichen Seite her in diese Richtung, daß man die Bewertung der eigenen Düngemittel wahrnimmt, daß auch die ganzen alternativen Bodenbearbeitungen ihren Niederschlag finden. Genauso wenn man denkt, daß in Abständen von 14 Tagen regelmäßig Bodenproben entnommen werden in Tiefen von 30, 60 und 90 Zentimeter, um genau festzustellen, wie sich das alles verhält. Lieber Herr Kollege Trampusch, es ist so, daß man das lange nicht feststellen hat können, wie es möglich war, wurde es wahrgenommen. Was es hilft, ich spreche aus Erfahrung, weil wir das zu Hause am eigenen Betrieb durchgeführt haben, weil es bekannt war, daß noch nirgends so etwas in dem Sinne wahrgenommen worden ist, weil die Möglichkeiten gefehlt haben, und deswegen spreche ich von der Praxis, lieber Freund, und andere werden eben das aus der Zeitung gelesen haben. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das wissen Sie seit 15 Jahren!“) Ich darf weiter sagen, daß es die einzelbetrieblichen Nährstoffbilanzierungen in Zusammenarbeit mit den Umweltberatern gibt, wo auf Grund des Wasserrechtsgesetzes sehr genau festgestellt wird, wie ist die vorhandene Grundfläche in Zusammenhang mit dem Tierbestand zu bringen. Und hier, glaube ich, läßt sich feststellen, daß die Überprüfungen im Bezirk Leibnitz gezeigt haben, daß es hier positive Ergebnisse gibt, keine Überschreitungen festzustellen sind, lieber Herr Kollege, und man den Pflanzenschutz selbstverständlich auch versucht, so einzusetzen, wie das in anderen Bereichen sehr dosiert auch wahrgenommen wird. Wir haben auch einen Nitratbus in Leibnitz und im Grazer Feld im Einsatz, wo die Umweltberater sehr bewußt unterwegs sind, mit Praktikern das alles durchbesprechen und an Ort und Stelle die verschiedenen Gehaltszahlen feststellen. Auch ein Verein von Bauern, der sich „Verein sauberes Grundwasser“ nennt, lieber Trampusch-Kollege, du wirst es wissen, ein Bauer aus deinem Bereich ist hier Obmann, bemüht sich außerordentlich vorbildlich, um hier Maßnahmen zu setzen.

Darf ich vielleicht eines sagen: Ein Boden ist keine Drehbank mit einem Schalter, die einmal rechts geht und wo man dann umschalten kann und links schalten kann oder zurückschalten kann. Ich möchte das nur sagen, daß das sehr sensibel ist und daß sich ein Lichtschalter leichter betätigen läßt wie das. Damit Sie auch wissen, wie das alles aussieht und wie ein Wasser ist, auch dementsprechend im Nitratwert, darf ich folgendes feststellen:

Durch verschiedene Ursachen, beeinflußt aus mehreren Bereichen, möchte ich das auch festhalten, war im Leibnitzer Feld auch ein Brunnen, der höhere Nitratwerte hatte. So im Jänner 1988 etwa 111 und im Juli sogar einmal 123 Milligramm Nitratwerte, im Jahre 1991 bereits bei 75 Milligramm. Und das muß erst einmal gelingen, nicht stagnierend, sondern rückläufig. Und damit Sie auch wissen, verehrte Mitglieder dieses Hauses, mit welchen Nitratwerten derzeit die Versorgung des Leibnitzer Feldes wahrgenommen wird, kann ich Ihnen folgendes sagen, daß nämlich in der eigenen Gemeinde als Bezieher vom Wasserwerk Leibnitz das Wasser mit 20 Milligramm der Bevölkerung zur Verfügung steht. Ich würde mich freuen, wenn das dementsprechend einmal Anerkennung finden würde, denn so etwas ist eben nur möglich, weil alle mitgemacht haben. Sehr wohl muß dazu festgestellt werden, daß es eine Beimischung gibt, aber dieser Brunnen ist auch mitten im Leibnitzer Feld. Ich möchte das festhalten, und wird nicht von irgendwoanders von einem Berg oder wo hergeholt, auch im Leibnitzer Bereich. Und weil das eben so ist, könnt ihr mir glauben, das Wasser trinken wir gerne. Und nachdem ich da nichts habe, Herr Landesrat, glaube ich, können wir einmal anstoßen auf ein Wasser vom Leibnitzer Feld mit 20 Milligramm. Ich habe schon einen Durst, ich glaube, ich darf dich einladen, daß wir einmal miteinander trinken und uns freuen über diese Wasserqualität.

In weiterer Folge ist es so, daß es selbstverständlich notwendig ist, hier Maßnahmen zu setzen, und Alternativen sind notwendig, um hier auch Erfolge zu haben. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, wir erwachsenen Südsteirer trinken kein Wasser!“) Gelt, wäre halt schon lustig, aber, meine lieben Freunde, wenn ich euch einen Gusto habe machen können für dieses Wasser, ich bringe euch morgen ein paar Flaschen mit. Meine Leibnitzer Kollegen tun sich leichter, weil die brauchen nur die Pipe aufdrehen. (Abg. Trampusch: „Bei uns ist das nur für die Kinder gefährlich, wir Erwachsenen trinken kein Wasser!“) Schau, mag sein, daß es verschiedene Lebensgewohnheiten gibt, aber ich hätte mir eines erwartet, lieber Freund Trampusch, daß du heute einfach sagst, ja, weil ich habe sogar ein Schreiben einmal vor Augen bekommen, im Jahre 1966 habt ihr es ausgeschrieben, wir erwarten uns ein Wasser mit einem Nitratwert von unter 50, unterzeichnet von. Mich hätte es gefreut, wenn du sagst, eigentlich habt ihr gut gearbeitet. Aber es ist einmal so. Anerkennung von positiven Leistungen – (Abg. Trampusch: „Ich habe gesagt, Teilerfolge beim Trinkwasser!“) ist schon gut, wissen wir schon, schau, weißt so, wie das geht, wenn man etwas Gutes auch akzeptieren muß. Kann man nicht umsonst machen, die Leute müssen etwas unternehmen, haben Alternativen angebaut, Freunde. Alternativen, wo es sich hier

um Öl-, Eiweiß- und Energiepflanzen handelt. In der Zwischenzeit haben wir in der Steiermark auch Flachs, Hirse und Kleinalternativen, so daß wir im heurigen Jahr wahrscheinlich auf 14.500 Hektar kommen werden. Vorteile gibt es auch in der Energienutzung. Es ist nämlich ein Vorteil in jener Hinsicht, daß die Energieträger vor der Haustüre wachsen, daß sie umweltverträglich sind und daß sie durch den ständigen Nachwuchs auch erneuerbar sind. Krisensicher selbstverständlich, sie schaffen sogar regional Arbeitsplätze. Ich zitiere dieses Projekt in Mureck, wo es zwar Kämpfe gebraucht hat, bis wir das Geld vom zuständigen Landesreferenten freibekommen haben, was schon beschlossen war, damit die Betriebe Vogl & Noot in Wartberg die dementsprechenden Förderungen im Zusammenhang mit diesem Projekt auch bekommen haben.

Es ist auch lustig, wenn man merkt, daß das Geld in der Gemeinde bleibt, im eigenen Bereich, nur würden wir uns wünschen, wenn es in anderen Bioenergiemöglichkeiten auch die Unterstützung gibt bei der Installierung der Biohackschnitzelheizanlagen. Diese Heizanlagen sind größtenteils auch geplant, nur brauchen sie dementsprechend auch ihren Startzuschuß.

Ich darf vielleicht folgendes sagen, daß gerade die Rapspflanze eine Pflanze ist, wo mich die Leute gefragt haben, „was ist das für eine Pflanze“, und deswegen ist es gerechtfertigt, wenn ich heute hergehe und diese Pflanze einmal zeige. Die habe ich heute in der Früh – ich danke für die Zustimmung – am Acker auf dem eigenen Betrieb einmal ausgegraben, und wenn jemand zweifelt, wie die Bodenzusammensetzung ist, kann er sich ein Beispiel nehmen, aus diesen Pflanzen, meine verehrten Freunde, wird im Herbst der Treibstoff für unseren Traktor kommen.

Ich werde es auch mitnehmen zur Information, weil es ja schade ist um jeden Tropfen Öl. Damit du es weißt, das ist haushalten, und wenn manche haushalten würden, hätte man andere Bilanzen.

Diese Pflanze hat die Eigenschaft, meine verehrten Freunde, daß sie als Alternative findet, daß sie ökologisch genauso wie ökonomisch ihre Berechtigung hat. Die umweltschonende Fähigkeit von der Pflanze bis zum Auspuff kann uns niemand nachmachen, und ich bin sehr froh, daß dieser Ökodiesel, der daraus entsteht, beispielgebend ist für viele in unserem Gebiet und weit darüber hinaus. Die Kollegen Prutsch und Frizberg sind auch solche Mitstreiter, die bereits mit diesem Biodiesel fahren. Nicht umsonst kommen 7000 Leute in den letzten Zeiten hinunter nach Mureck und schauen sich das an, weil sie wissen, das ist revolutionär.

Dazu möchte ich sagen, Kreislauf in Reinkultur, lieber Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, wir reden nicht nur von der Notwendigkeit des Umweltschutzes, wir betreiben ihn selbst.

Mag schon sein, daß manche ein bißchen Probleme haben, in dieser Richtung mitzukommen, wir freuen uns, daß es gelungen ist, gemeinsam vieles zu leisten zum Wohle der Bevölkerung und unserer gesunden Umwelt. Wenn jemand mehr Informationen haben will, kann er sie haben, ich bin gerne bereit. (Allgemeiner Beifall. – 19.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: „Vielleicht kann der Herr Kollege Kowald einen Schluck Wasser auch für die Abgeordneten da lassen, der Herr Kollege Vollmann freut sich schon darauf. Er ist übrigens als nächster am Wort und nach ihm Herr Prof. Jeglitsch.“

Abg. Vollmann (19.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also, ich hätte gerne mit dem Kollegen Kowald einen Schluck getrunken, auch natürlich Leibnitzer Wasser, das er bringt. (Abg. Trampusch: „Wenn du über 50 bist, schadet es dir nicht!“) Nachher, sonst paßt es am Schluß nicht! (Abg. Trampusch: „Es ist ja nur für die Kinder gefährlich!“) Aber es ist sicherlich ein gut schmeckendes Wasser, wenn er sich getraut hat zu trinken, kann auch ich ohne Sorge trinken, denn ich glaube ja nicht, daß er sich etwas Schlechtes antun wollte. Zum Wohl! (Präsident Mag. Rader: „Man merkt, es ist Fastenzeit, alle trinken Wasser!“)

Ich darf feststellen, meine Damen und Herren, es ist ein ausgezeichnetes Wasser und schmeckt sehr gut!

Wie vielfältig aber das Problem des Umweltschutzes und die damit verbundene Verantwortung ist, zeigen also die Diskussionen, die wir immer wieder führen. Meine Damen und Herren, darf ich aber auch in diesem Zusammenhang auf die Frage der demokratischen Entwicklung solcher Bereiche der Entscheidungen hinkommen.

Es zeigt sich immer öfter, daß der Trend der Zeit zu stärkerer direkter Demokratie, zu Volksabstimmungen, Volksbefragungen und zur Direktwahl von Spitzenpolitikern in Bund, Land und Gemeinden hinzielt.

Eingeleitet, meine Damen und Herren, wurde dieser Prozeß wahrscheinlich dadurch, daß immer weniger politisch Verantwortliche Entscheidungen herbeiführen wollen oder, gestatten Sie mir auch zu sagen, können – und damit ein Absinken in die Verwaltungsdemokratie erfolgt.

Bürgerinitiativen und kleine Gruppen mit zum Teil, gestatten Sie mir auch das zu sagen, persönlichen Interessen nützen oftmals diese Lücken der Entscheidungsschwächen zur Durchsetzung ihrer meist eng gesteckten Ziele. An Beispielen zur Aufzählung fehlt es uns, meine Damen und Herren, sicherlich allen nicht. Wir kennen sie alle, wir haben sie alle kennengelernt und wir haben sie tagtäglich vor der Haustür. Haben wir doch oftmals in den letzten Jahren, meine Damen und Herren, erlebt, wie für die Gesamtheit unseres Staates wichtige Ziele aus Kleinkrämerei oder – gestehe ich auch zu – oppositionspolitischen Zielen zu Grabe getragen wurden.

Der Mangel an Entscheidungsfähigkeit hat in einigen Bereichen bereits spürbare negative Auswirkungen. Das Hinausschieben – wenn Sie mir das gestatten, als Beispiel anzuführen – des Baues von Wasserkraftwerken hat beispielsweise im Jahre 1991 erstmals dazu geführt, daß Österreich mehr Strom ein- als ausfuhrte. Bisher hat Österreich Strom exportiert. Im Hinblick darauf, daß im Jahre 2000 der Stromverbrauch voraussichtlich um 24 Prozent, meine Damen und Herren, 24 Prozent höher als 1990 sein wird und die Wasserkraft die Stilllegung von Braunkohle- und Erdölkraftwerken ersetzen soll, ist unbedingter Hand-

lungsbedarf nach meiner Ansicht gegeben. Auch das ist eine Frage des Umweltschutzes. Die Errichtung von Wasserkraftwerken darf sicherlich nur mit größtmöglicher Entscheidung dafür, unter Berücksichtigung aller Umweltauflagen und auch aller Formen des Energiesparens, erfolgen.

Ein weiteres sehr realistisches Beispiel für die Verhinderungs- und Verdrängungspolitik ist der Bereich Müll, meine Damen und Herren. Ganz gleich, wo immer die Errichtung einer Deponie diskutiert wird, ob in den Gemeinden, Bezirken oder bei uns im Landtag, wie jetzt erst, sofort regt sich quer durch die Parteien heftiger Widerstand. Meine Damen und Herren, ich habe auch die parlamentarische Anfrage an die Frau Minister Ruth Feldgrill-Zankel gelesen, wo sie für uns, für die Obersteiermark, für die Mur-Mürz-Furche eine Sondermülldeponie und Sonderverbrennungsanlage verordnet, weil es der beste Standort für die Bundesländer Salzburg und Kärnten ist. Natürlich wehrt sich auch dort jeder gegen die Errichtung einer solchen Anlage, die gefährliche Abfälle verbrennen soll.

Das Ergebnis all dieser Dinge aber ist, daß der Müll oftmals über zig Kilometer, ja manchmal sogar über Hunderte Kilometer in derzeit noch verfügbare Deponien transportiert werden muß. Wird gar von Müllverbrennungsanlagen geredet und werden eventuell mögliche Standorte genannt, so beginnt sich landauf, landab sofort der Widerstand zu formieren.

Ich darf nur als Beispiel die mutvolle Entscheidung des Bürgermeisters und des Gemeinderates von Frohnleiten heranziehen. Man mag oftmals darüber diskutieren, meine Damen und Herren, und man mag oftmals darüber auch sagen, es wäre unangebracht, und es wäre schlecht, und es wäre also nicht notwendig, unter Anführungszeichen, aber, meine Damen und Herren, denken Sie einmal daran, was heute wäre, gäbe es die Mülldeponie Frohnleiten nicht mehr, wo würde Graz seinen Müll noch hinbringen, und wo könnte er gelagert werden? Daher meine ich, daß diese mutvolle Entscheidung, die seinerzeit der Bürgermeister und der Gemeinderat getroffen haben, auch von der Bevölkerung anerkannt worden ist, und die am vergangenen Sonntag getroffene Entscheidung des Gemeinderates bei der Neuwahl mit dem Zugewinn eines Mandates zeigt, daß auch solche Entscheidungen, die bewußt gemacht werden, wo niemand belogen wird, wo jedem die Wahrheit gesagt wird, bei der Bevölkerung und in den Entscheidungen Anerkennung finden.

Ich darf aber auch, meine Damen und Herren, noch einmal auf den Kollegen Kowald zurückkommen. Er hat gemeint, es wäre also im Bezirk Leibnitz die Frage der Anbringung und Ausbringung von Klärschlamm eine Notwendigkeit. Ich gebe ihm recht, ist überhaupt kein Zweifel. Ich darf ihn aber auch daran erinnern, daß aus dem Bezirk Leibnitz sogar in den Libanon der Klärschlamm verschleppt wird, aber ich sage auch dazu, wenn er dort dazu dient, um eine Rekultivierung zu machen, so kann er nicht so schlecht sein, denn sonst würden uns die den nicht abnehmen.

Nun, trotz dieser Situation, meine Damen und Herren, bei der die Gemeindebürger, die Gemeinden und die Müllwirtschaftsverbände überfordert sind, ist das Land noch immer nicht bereit, ich wiederhole noch

immer nicht bereit, die Verantwortung in der Frage der Müllwirtschaft zu übernehmen.

Auch die konsequentesten Maßnahmen, meine Damen und Herren, zur Müllvermeidung, weil diese ja bereits bei der Produktion beginnen, werden auch bei stärkster Überwachung durch die Behörden keinen Verzicht, keinen Verzicht auf die thermische Verwertung bringen. Der Müllberg wächst. Einzelinteressen beschleunigen das Wachstum, und Teile der Wirtschaft wollen noch ein Geschäft daraus machen, wie das Beispiel der ARGEV zeigt. Die einzig wirksame Maßnahme, meine Damen und Herren, ist ein Erzeugungsverbot für solche Produkte. Hierzu fehlt leider, meine Damen und Herren, seit Jahren dem Gesetzgeber der Mut, auch unserer Steirerin Ruth Feldgrill-Zankel als derzeit verantwortliche Ministerin.

In der Steiermark sind große Teile der Müllfrage ungelöst. Wir steuern auf ein Müllchaos zu, und die Kostenexplosion für die Abfallentsorgung ist unabsehbar. Die Bürger dieses Landes haben die Kosten unserer fehlenden Entscheidungen zu tragen. Mit deftigen Worten allein – ich meine das so, wie ich es sage, meine Damen und Herren – und dem Zugeständnis, daß die Müllbeseitigung ein Problem ist, ist den Steirerinnen und Steirern sicherlich nicht geholfen. Dazu gehört mehr. Dazu gehört Initiative, dazu gehört Entscheidungskraft, und dazu gehört Mut, und zu dem rufe ich uns gemeinsam wieder auf!

Meine Damen und Herren! Hier in diesem Bereich besteht Handlungsbedarf, wir haben unsere Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitverantwortung sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den Parteienverhandlungen zur Änderung des Abfallwirtschaftsgesetzes betont und gezeigt. Wir stehen auch dazu. Das Thema ist viel zu ernst, um daraus eine parteipolitische Spielwiese zu machen. Nachdem die ÖVP-Fraktion, lassen Sie mich auch das sagen, über unser Betreiben nun endlich auch die dritte Partei, nämlich die FPÖ, in diese Parteienverhandlungen miteinbezogen hat, steht – so meine ich – einer gemeinsamen Problemlösung, meine Damen und Herren, nichts mehr entgegen. Denn den Gemeinden allein, meine Damen und Herren, dürfen und können wir diese schwere Last der Verantwortung nicht überlassen. Seien wir daher mutig, verhandeln wir, aber entscheiden wir rechtzeitig, bevor es zu spät ist. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 19.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ebner gemeldet.

Abg. Dr. Ebner (19.48 Uhr): Ich darf nur zum Schluß des Kollegen Vollmann wegen der Parteienverhandlungen zum Abfallwirtschaftsgesetz sagen, er unterliegt einem Irrtum. Ihr habt zuerst mit dem Landesrat Pörtl konferiert, dann haben wir mit dem Landesrat Pörtl konferiert, und – (Abg. Vollmann: „Wir haben gesagt gemeinsam!“) entschuldige, und dort habe ich bereits gesagt und mit Landesrat Pörtl bereits vereinbart gehabt, die nächste Runde machen wir zu dritt. Ihr seid dann noch in die Zeitung hinausgegangen und habt es lauthals gefordert, und der Herr Landesrat Pörtl hat gesagt, ja, ja, werden wird machen! Aber ausgemacht war es in Wahrheit schon vorher. (19.49 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster Redner kommt Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Nach ihm werden wir auf 30 Minuten unterbrechen.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (19.50 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ein Zwischenruf vom Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura hat mich begleitet: die letzte Chance. Aber ich beziehe das nicht auf mich, sondern auf dieses Thema und auf die Problematik. Ich möchte an den ersten Satz von meiner Vorrednerin, Frau Dr. Karisch, anknüpfen. Es fehlt mir die Erregung, die eigentlich vom Landtag ausgehen müßte, wenn festgestellt wird, daß in einem Industriestaat die jährlichen Umweltschäden auf 6 Prozent des Bruttoinlandproduktes geschätzt werden. Das würde bedeuten, daß dieser Betrag das Vierfache dessen ist, was der österreichische Staat pro Jahr für Wissenschaft und Forschung auszugeben bereit ist.

Ich kann noch mit einer zweiten Zahl aufwarten: Man hat einmal berechnet, was es kostet, würde man in der Schweiz durch Lawinenschutzbauten die Schutzfunktion des Waldes ersetzen müssen. Es ist ein Betrag, der in die Billionen Schweizer Franken geht. Diese zwei Zahlen mögen Ihnen vor Augen führen, daß wir im Umweltschutz wirklich vielleicht die letzte Chance wahrzunehmen haben. Denn noch immer liegen wir in allen Industrieländern auf der Schiene des reparierenden Umweltschutzes und nicht des vorsorgenden. Und die Umweltprobleme, vor denen wir heute stehen, werfen natürlich die Frage der Verantwortlichkeit, zumindest der Teilverantwortlichkeit, von Technik und Naturwissenschaften auf. War es 1969 bei der Mondlandung noch so, daß sie ein Gefühl des Triumphes auslöste, steht man heute den Leistungen der Technik und der Naturwissenschaften wesentlich differenzierter gegenüber. Die Bewußtseinslage hat sich zu Recht geändert. Was ist, so werden sich viele fragen, der durch die Technik geschaffene Wohlstand noch wert, wenn man das Wasser nicht trinken und die Luft nicht atmen kann? Und die Kritik an der Technik führt zur Ablehnung und manchmal zur Forderung der Abschaffung derselben. Selbst vernünftiges, auf das Notwendige und Machbare fixierte Denken scheint heute in eine Krise geraten zu sein oder wird vom Bürger abgelehnt. Und die Bestätigung findet man in der Diskussion zur Frage von Deponiestandplätzen oder zur Frage der Lagerung schwach aktiver Abfälle. Der Bürger ist nicht bereit, das, was er auch verursacht, in letzter Konsequenz zu entsorgen. Aber der Schritt, die Rationalität zu denunzieren und zur Irrationalität oder Unvernunft zurückzukehren oder aufzurufen, ist nur klein, dafür aber umso verheerender. Mit einer Verurteilung der Vernunft sind wir auch heute schlecht beraten, denn es gilt aufzuzeigen, wo wir ohne Technik stünden. Ich möchte es nicht in Euphorie tun, aber doch erinnern. Vor 100 Jahren war die Lebenserwartung der Steirer knapp 40 Jahre. Im Jahre 1945 gab es in Italien 440.000 Malariafälle, weil die Sümpfe noch nicht trockengelegt waren. Die Lebenserwartung eines 1970 in Äthiopien geborenen jungen Menschen ist halb so groß wie jedes Studenten in Österreich. Aber dem gleichaltrigen Studenten in Österreich steht auch ungefähr 400mal soviel Energie für die Gestaltung seines Lebens zur Verfügung wie dem Äthiopier. Es gibt eine Studie, die schätzt, daß ohne technische Hilfe heute in Österreich etwa

500.000 Menschen leben könnten. Für 6,5 Millionen Menschen gäbe es ohne die Technik keine Nahrung, keine Kleidung, keine Heizung. Unser materielles Leben, unser Wohlstand ist mit Energieverbrauch verknüpft. Der Wohlstand, auf den wir so schwer zu verzichten bereit sind, die Überwindung der primären Lebensnöte, wie Hunger, Durst, Hitze, Kälte, ist nur möglich, weil wir Energiesklaven für uns arbeiten lassen. Und das hat übrigens auch schon der Steinzeitmensch getan, wenn er mit Feuer und Wärme sein Überleben sicherte. Diese Beispiele sollen nicht über die Probleme hinwegtäuschen, vor denen wir stehen. Sie sollen nicht hinwegtäuschen, daß heute noch immer eine Kollision zwischen den Menschen mit der Natur, zwischen Technik und Industrie und der Umwelt stattfindet. Aber es ist auch kein guter Weg, Technik und Naturwissenschaften, Industrie und Wirtschaft zu verteufeln. Gefordert ist die Einsicht, zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zu kommen. Die unberührte Natur ist ein Geschenk Gottes und erhaltenswert, wo immer dies möglich ist. Aber menschenfreundlich ist sie nur selten und nur in wenigen Regionen dieser Welt. Wir benötigen eine intakte Umwelt, die in Kreisläufen ausbalanciert ist und wo alle Lebewesen, auch der Mensch, ihren Platz haben.

Die Montanuniversität hat 1991 nach intensiven Vorbereitungen ein neues Studium, einen neuen Ausbildungsweg aufgenommen, nämlich ein Vollstudium „Industrieller Umweltschutz, Entsorgungstechnik und Recycling“. Das Ausbildungsziel ist ein Ingenieur, der aktiv in der Lage ist, besser als bisher Umweltprobleme zu lösen, der schon im Ansatz an umweltverträgliche Lösungen denkt, der sich um das Schließen der Stoffkreisläufe bemüht, wenn Sie wollen, ein Techniker mit einem empfindsamem Herzen und grünen Augen, aber auch mit einem problemorientierten Wissen. Dieses große Vorhaben der Montanuniversität war in seiner Realisierung nur durch Hilfe von außen möglich. Ich habe an dieser Stelle einen Dank an den Herrn Landeshauptmann zu richten, der bei der 150-Jahr-Feier durch eine Sonderzusage gleichsam den Schlußstein in der Realisierung dieses Konzeptes gesetzt hat.

Diese Studienrichtung erfreut sich bei der Jugend eines außergewöhnlich positiven Zuspruches, eines Zuspruches in dem Erkennen, daß wir die Technik zum Leben brauchen, aber die Umwelttechnik, um überleben zu können. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 19.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Bevor wir die Debatte über den Umweltschutz und die Gesundheit fortsetzen, werden wir die im Augenblick positivste Umweltmaßnahme, nämlich das Durchlüften, vornehmen. Ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde bis 20.30 Uhr, also sagen wir für 34 Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen. (19.59 Uhr.).

Präsident Wegart: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (20.30 Uhr.) Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (20.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Ansprechpartner sind zum geringsten Teil anwesend, aber ich nehme gerne von meinem Rede-recht Anspruch.

Zum Thema Umwelt allgemein ist hier wohl das Kriterium des Bewußtseins die entscheidende Frage. Die Umwelt verursacht Ängste, das heißt, die Gefährdung der Umwelt, bis zu Urängsten. Diese Ängste sind schwer relativierbar, sie sind abhängig von der Sensibilität des jeweiligen Menschen und auch von der Anlaßschwere.

In Australien haben uns die Eingeborenen 50.000 Jahre vorgeführt, daß man mit der Umwelt nachhaltig umgehen kann, und sie ist heute noch ähnlich erhalten wie seinerzeit. Wenn wir an unsere Umwelt denken und an den Verlust von Flora und Fauna in den letzten Jahrzehnten, dann ist irgendwie verständlich, daß es zu Ängsten der Menschen kommen muß.

Nun will man aber diese Ängste messen, relativieren, und wie kann man das? Da setzt man dann Grenzwerte, die als Richtschnur dienen sollen, bei deren Überschreitung dann eine Angst begründet werden soll. Hier bedient man sich der Analytik, und die Analytik hat solche Fortschritte gemacht, daß sie alles und jedes nachweisen kann und damit auch für den Menschen eigentlich kein Parameter mehr ist, wo hat die Sorge zu beginnen und wo ist sie unbegründet.

Ich denke an Konzentrationsmessungen in der Größenordnung eines Pikogrammes pro Liter, das ist die elfte Stelle nach dem Komma, pro Liter, das heißt also, man kann, wenn man einen Würfelzucker in den Starhemberger See wirft, nachweisen, daß hier ein Zuckergehalt im ganzen See gegeben ist. Nun kommt irgend jemand, der sagt, er denke vernetzt, fragt einen Arzt, ob für einen Zuckerkranken der Genuß von Zucker schädlich ist, der Arzt wird das wahrscheinlich bestätigen, und dann könnte man am Seeufer eine Tafel aufstellen „Baden für Zuckerkranken verboten“. Die Grenzwerte sind also die entscheidende Frage, und obwohl wir wissen, daß einerseits bei den Umweltbelastungen zum Beispiel für die Krebssterblichkeit zu 35 Prozent die Ernährung maßgeblich ist und wir diese Ernährung sehr wohl individuell mitbestimmen können oder zu 30 Prozent der Tabakgenuß und andere Dinge, so können wir infolge dieser vorerwähnten Analytik auch so viele neue Unsicherheitsfaktoren hineinbringen, daß sich ein durchschnittlicher Bürger nicht mehr auskennen kann, von wo überall noch Gefahr droht.

Hier setzt das Feld der Politik ein. Ich möchte sagen, und das ist ja von meinen Vorrednern schon bestätigt worden, daß man oft natürlich aus Oppositionsgründen versucht ist, politisches Kapital aus diesen Dingen zu schlagen.

Ich möchte zum Thema Müll kommen, konkret. Wir wissen, daß wir Müll vermeiden müssen, daß wir trennen müssen, daß wir kompostieren müssen, daß wir Recycling betreiben müssen, und wir wissen aber auch, daß es wahrscheinlich notwendig ist – und hier liegt ja ein einstimmiger Grundsatzbeschuß vor –, die thermische Verwertung des Mülls zu betreiben. Der Mensch ist im allgemeinen bereit, Hight-Tech zu akzeptieren, denken wir an die Wärmepumpe, an die Solarenergie und an verschiedene Dinge, auch weniger umweltbewußte, aber er traut sich nicht zu, zum Beispiel zur thermischen Verwertung ein klares Ja zu sagen. Einfach deswegen, weil man ja nicht weiß, wie die Abgaswerte ausschauen und wie die Analytik dieser Abgase ausschaut, und aus Überforderung die-

ser Menschen entsteht ein Vakuum, in das dann die Politik einstößt und ihr jeweiliges Kapital sucht.

Tatsache ist zum Beispiel, daß in Dänemark und in Deutschland es 50 thermische Verwertungsanlagen gibt, in der Schweiz 35, und daß wir in Österreich zwei haben, und trotzdem glauben sehr viele, es wäre unmöglich, noch eine dritte oder vierte verantworten zu können. Hier wird also die Politik aufgerufen sein, klar die Risiken zu untersuchen, auch die mögliche Gefährdung zu nennen, es geht nicht um die Schönfärberei, aber zum Beispiel im Fall von Alternativen, was passiert, wenn er Müll nicht entsorgt, das heißt thermisch verwertet, sondern einfach unkontrolliert deponiert wird, wo ist das Risiko wesentlich höher und so weiter. Wir müssen uns auch damit abfinden, vorläufig – nachdem wir noch keine Insel der Seligen sind – mit Alternativen leben zu können. Das ist nicht nur Realpolitik, sondern das ist einfach eine Lebensweisheit.

Weil ich schon beim Thema Politik und Parteien bin, da möchte ich konkret gesagt zwei Beispiele nennen:

Die Landesregierung ist zur Erkenntnis gekommen, daß ein Containerbahnhof zur Entlastung des Schwerkverkehrs auf der Straße im südlichen Raum von Graz erforderlich ist. Wir wissen, wie groß der südliche Raum ist, und nun kommt es zur Bürgerversammlung in diesen Gemeinden. Nun ziehen einzelne Vertreter, politische Parteien herum, von Versammlung zu Versammlung, und erklären, „namens meiner Partei garantiere ich, daß hier nie ein Containerstandort in Frage kommen wird“. Dann kommt der Verkehrsminister bei einer Wahlversammlung in dieselbe Gegend und muß eingestehen, daß es hier sehr, sehr wohl möglich ist, und dieselbe Partei erklärt aber vorher bei Versammlungen, nie. Das heißt also, die Taktik ist leider überbetont, würde ich sagen, und dient nicht zur Lösung solcher Probleme.

Ich darf heute, auch in Ansehung dieser Taktik, mich zu einem anderen Problem äußern: es ist die Frage des Abfallwirtschaftsverbandes Graz und Graz-Umgebung – heute schon zitiert und mehrmals erwähnt. Hier ist ein Sonderfall, ein steirischer, weil jeder andere Bezirk einen eigenen geschlossenen Abfallwirtschaftsverband bilden kann, Graz aber verständlicherweise auf Grund seiner Geographie im Stadtgebiet keine Mülldeponieflächen ausweisen kann – zumindest überhaupt keine Aussichten hat, diese akzeptiert zu bekommen – und deswegen per Landesgesetz mit dem Umland Graz zu einer Einheit, zu einem einheitlichen Müllverband oder Abfallwirtschaftsverband zusammengeschlossen wurde. Nun haben sich die Geologen und die sonstigen Spezialisten an die Arbeit gemacht und haben mögliche Standorte gesucht, auch gefunden und vorgeschlagen.

Wir wissen, einer dieser oder der Standorte wäre der Kaiserwald. Ich darf nun sagen, daß sämtliche von einer eventuellen zukünftigen Kaiserwalddeponie betroffenen Gemeinden mit ÖVP-Bürgermeistern sind. Und hier werde ich sehr realpolitisch. Und die Bürgermeister dieses Bezirkes haben es sich nicht leicht gemacht, noch dazu, wo der Vorsitzende des Abfallwirtschaftsverbandes Graz-Stadt und Umgebung ein ÖVP-Bürgermeister des Bezirkes Graz-Umgebung ist. Und trotzdem haben wir uns dazu bekannt, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, keine Vogel-

Strauß-Politik zu machen, sondern den Standort Kaiserwald zu bekennen. Und nun kam es zu einer internen ausgiebigen Diskussion, die damit endete, daß bei Stimmenthaltung der betroffenen Gemeinden – das wird wohl jeder verstehen – die Mehrheit der ÖVP-Gemeinden, die hier wiederum die Mehrheit der Gesamtgemeinden sind, sich für den Standort Kaiserwald ausgesprochen haben. Und dann geschah folgendes: Innerhalb von 24 Stunden oder noch weniger begann man politisch zu agieren, und man stellte fest, daß eine Deponie Kaiserwald erstens einmal eine Konkurrenz für die Deponie der Gemeinde Frohnleiten wäre, wir haben nichts gegen Konkurrenzen, im Gegenteil, man würde sich in Zukunft solche mehr und verstärkt wünschen. Aber innerhalb von 24 Stunden war per Telefax die Gemeinde Frohnleiten bereit, den Müll Graz auf die Dauer von zehn Jahren aufzunehmen zu einem einheitlich geregelten Preis, zu einem Fixpreis pro Jahr. Ich darf nur nebenbei verweisen, daß aus Frohnleiten vorher wiederholt am Wochenende mitgeteilt wurde, zu welchen Preisen man ab der kommenden Woche noch in Frohnleiten Müll anliefern dürfe, sonst müsse man das einstellen. Ich verabsäume hier, das näher zu erläutern. Aber durch den Druck des Umlandverbandes beziehungsweise der Umlandgemeinden hat man zu einer Einigung gefunden. Ich bin nicht dagegen, wenn es zur Einigung kommt, auch wenn die Gründe nicht immer ganz sauber sein mögen für derlei Einigungen. Aber nun kam es zu einer Sitzung des Umlandverbandes, das heißt des Abfallwirtschaftsverbandes Graz-Stadt und Umgebung, und in dieser Sitzung haben so viele SPÖ-Gemeinden nicht für den Abfallwirtschaftsplan gestimmt, damit hier nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit zustande kommen konnte. Und obwohl die betroffenen Gemeinden alle ÖVP-Gemeinden waren, haben die sozialistischen Gemeinden dem nicht zugestimmt, und zwar wieso? Man hat vorher im Landtag einen Gesetzesabänderungsantrag eingereicht, wonach die Lösung der Müllprobleme – und das ist heute auch schon argumentiert worden – von Bezirks- auf Landesebene erhöht werden soll, weil – die Begründung – die Bezirke überfordert sind, dieses Problem intern zu lösen. Und nun frage ich Sie erstens, hat der Widerstand auf Landesebene bestanden oder dort, wo die Deponiegemeinden sein sollen, also auf Ortsebene? In welchem Bezirk der Steiermark besteht der Widerstand auf Landesebene für eine Deponie, in welchem besteht er auf Ortsebene, auf lokaler? Ich glaube, die Antwort ist eindeutig. Das Problem liegt auf Ortsebene. Und wenn sich die Gemeinden unten nicht einigen können oder wenn nicht die Erkenntnis der Notwendigkeit sich zu Aktionen durchsetzt, wird auch das Land theoretisch mit Zwangsmaßnahmen zwar durchsetzen können, aber wir sind eigentlich in der demokratischen Reife schon so weit, daß wir meinen, man sollte nicht mit Zwangsmaßnahmen von vornherein operieren. Und ich habe es im Zuge der Budgetdebatte schon – ich glaube – dreimal erlebt, daß seitens der Sozialisten die Lösung von Problemen immer auf Landesebene gesehen wird. Denken wir an die Kulturdebatte, da soll eine zentrale Holding kommen. Denken wir an verschiedene andere Dinge, denken wir an den Tourismus, es soll immer von oben bestimmt werden. (Abg. Schrittwieser: „Seit 1987 verlangen wir das!“) Wir waren mitten drinnen in der Arbeit und

knapp vor dem Abschluß, aber die SPÖ hat den Antrag gestellt, die Verantwortung auf Landesebene zu transferieren, natürlich zum Landesrat Erich Pörtl, weil das politisch nicht schlecht liefe. Das liefe sicher nicht schlecht, denn dann hätte man einen Buhmann. Man kann hier ja sagen, und dann geht man in die Gemeinden hinaus und sagt aber, aber der Pörtl möchte euch den Müll schicken, und wehrt euch dagegen. Ja, ich weiß sogar von den sozialistischen Bürgermeistern des Bezirkes Graz-Umgebung, daß sie von Landesebene aus beeinflußt wurden, hier nicht mitzustimmen, damit das Problem nicht gelöst werden kann, weil die Parteistrategie der Lösung von Sachproblemen übergeordnet wird, eindeutig übergeordnet wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich sage das, Kollege Trampusch, weil du früher gesagt hast, die Parteien müßten einmal über den Rand, über den eigenen Horizont drüberschauen können, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Und hier sehe ich, gelinde gesagt, einen deutlichen Widerspruch. (Abg. Trampusch: „Ich werde das gleich aufklären!“)

Ich muß ehrlich sagen, wenn ihr ein paar SPÖ-Gemeinden anbietet, die den Müll aufnehmen wollen, ich garantiere für unsere Gemeinden, daß keine davon dagegen sein wird. Auch nicht aus taktischen Gründen. Und hier war es sehr wohl so. Also seien wir fair und ehrlich. Und wenn es uns wirklich um die Lösung der Probleme geht, dann tun wir etwas. Wir werden – jetzt sage ich die Österreichische Volkspartei – morgen im Landtag einen Antrag einbringen, wo wir dann den Abfallwirtschaftsverband Graz-Stadt und Umgebung zu trennen vorschlagen. Denn Graz hat jetzt mit Vertrag die Entsorgungsverpflichtung für zehn Jahre nach Frohnleiten erledigt, Graz steht nicht mehr unter Zeidruck. In Graz entstehen 80 Prozent des Mülls des Abfallwirtschaftsverbandes von Graz-Stadt und Graz-Umgebung. Die Gemeinden des Bezirkes Graz-Umgebung betreiben intensivste Müllvermeidung und Trennung und haben eine Kopfquote von 100 Kilogramm pro Einwohner und Jahr, und in der Stadt Graz sind es 400 Kilogramm, viermal soviel. Ich mache der Stadt Graz auch keinen Vorwurf oder nicht unbegrenzt, denn es ist einfach technisch schwieriger, in Graz den Müll zu trennen. Das ist mir alles klar. Es ist auch schwieriger zu kompostieren. Das nehmen wir alles zur Kenntnis. Aber dieses Problem ist ja jetzt in den nächsten zehn Jahren gelöst, und bitte lassen Sie dann das Umland Graz in den nächsten zehn Jahren ohne parteipolitische Querschüsse die eigenen Probleme lösen. Wir werden es allein schon können. (Beifall bei der ÖVP. – 20.45 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung eine Wortmeldung, Herr Abgeordneter Trampusch.

Abg. Trampusch (20.45 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich muß wirklich jetzt, weil es so dargestellt wird, als sei es ein Parteipolitikum, einiges sagen. Es wurden Standorte für den Müllverband, damals war er noch nicht offiziell Graz-Graz-Umgebung, untersucht. Der Herr Prof. Möse hat das seinerzeit gemacht. Bevor die Auftraggeber wußten, welche Standorte in Frage kommen, hat ein gewisser Herr Schöffel bereits einen Brief